

Wie Multikulti und Diversität Ungleichheit fördern

—| Lesedauer: 12 Minuten

Von Mladen Gladić



„Das Konzept ‚Arbeiterkultur‘ ist leer“: Walter Benn Michaels

Quelle: via edition tiamat

Multikulti und Diversität sind Symptome für den Linksruck unserer Gesellschaft, heißt es. Absolut falsch, findet der Literaturtheoretiker Walter Benn Michaels. Denn die Propheten der Vielfalt können mit demjenigen Missstand, der jedem echten Linken ein Dorn im Auge ist, hervorragend leben.

Nicht nur amerikanische Universitäten scheinen besessen von der Idee, Diversität sei der Königsweg zu einer weniger ungleichen Gesellschaft. Auch viele Unternehmen verschreiben sich identitätspolitische Programme.

Vor 15 Jahren veröffentlichte Walter Benn Michaels, Literaturwissenschaftler an der Universität von Illinois, ein Buch, das im Glauben an Diversität stattdessen ein Hindernis für echte Gleichheit ausmachte. Jetzt ist es in der Übersetzung von Christoph Hesse auf Deutsch erschienen („Der Trubel um Diversität. Wie wir lernten, Identitäten zu lieben und Ungleichheit zu ignorieren.“ Edition Tiamat, 300 S., 24 Euro).

Ein Gespräch über das Fortleben der Rassenidee in vermeintlich liberalen Kreisen, Konservative in linker Verkleidung, Karl Marx und Gegensätze, die sich nicht einfach auflösen lassen.

WELT: Professor Michaels, Sie sind Amerikanist. Wie ist Diversität zu Ihrem großen Thema geworden?

Walter Benn Michaels: Eigentlich ist es das gar nicht. Ich schreibe mindestens genauso viel über amerikanische Literatur und über Literaturtheorie. Das hat keine große Leserschaft, aber das breite Publikum

interessiert sich für Diversität. Manchmal gehört beides auch zusammen. Vor fünfundzwanzig Jahren habe ich ein Buch über „Rasse“ und Kultur in der amerikanischen Literatur zwischen 1890 und den 1920er Jahren geschrieben.

Dabei begann ich zu begreifen, in welchem Ausmaß Ideen über „Rasse“ nicht nur für die amerikanische Literatur von zentraler Bedeutung waren, sondern noch für die amerikanische Kultur zentral sind. Damals wurde „Multikulturalismus“ zu einem immer wichtigeren Aspekt des amerikanischen Lebens. Es war ziemlich klar, dass wir, obwohl wir „Rasse“ als biologische Tatsache aufgegeben hatten, sie in unserer Vorstellung von Kultur reproduziert hatten.

WELT: Im Untertitel Ihres Buches bezieht sich das Wort „Ungleichheit“ nicht auf Kulturen oder gar „Rassen“.

Michaels: Meine Frage war, was es bedeutet, dass wir einerseits nicht mehr an Rassen glauben, aber andererseits ständig über „Rasse“ sprechen wollen. Und das, obwohl wir nicht nur wissen, dass es so etwas wie Klassen gibt, sondern auch, dass Klassenunterschiede immer wichtiger werden. 1968 war das Jahr, in dem die wirtschaftliche Ungleichheit in den USA so gering war wie nie zuvor. Zu Beginn der 2000er-Jahre war sie extrem. Nicht so schlimm wie heute, aber schlimmer als irgendwo in Europa. Und trotzdem reden die Leute noch immer nur darüber, welcher Kultur, welcher Identität man angehört.

WELT: Hierzulande hat das Interesse an „Klasse“ seit etwa fünf Jahren deutlich zugenommen – seit der verspäteten Veröffentlichung von Didier Eribons „Rückkehr nach Reims“ auf Deutsch.

Michaels: In Deutschland und Frankreich füllen sich alle so sehr zu Eribon hingezogen, weil der über Klasse genauso denkt wie über Sexualität oder „Rasse“.

WELT: Was ist denn falsch daran?

Michaels: Weil wir wissen, dass Schwarze weder besser noch schlechter sind als Weiße, wissen wir, dass Rassismus ein Fehler ist. Der Sinn von Antirassismus ist, solche Stigmatisierung und ihre Folgen zu beseitigen. Eribon behandelt die Arbeiterklasse so, als ob das Stigma das Problem wäre.

WELT: Die Arbeiterklasse wird gar nicht stigmatisiert?

Michaels: Zweifellos wird sie das manchmal. Aber das Problem der Arbeiterklasse ist die Arbeiterklasse, niedrige Löhne und inakzeptable Arbeitsbedingungen. Die Klasse, nicht das Stigma, ist das Problem. Das Problem des Schwarzseins dagegen ist nicht das Schwarzsein. Ich denke, es wäre rassistisch, so etwas zu sagen. Eribon kommt daher und sagt: „Die Klasse ist auch wichtig. Und ich kenne die liberale Art und Weise, mit Klasse umzugehen: Man behandelt sie wie ‚Rasse‘ und Kultur.“

In den USA ist Eribon nicht so bekannt. Aber dort gibt es die Denkrichtung der „Intersektionalität“. Und dieses Denken, da bin ich mir sicher, kommt auch nach Deutschland. Es wird über den Westen hineinbrechen, und zwar aus demselben Grund, aus dem Eribon über Deutschland hereingebrochen ist. Auch die Anhänger der Intersektionalität sagen: „Nein, nein, nein, wir erkennen an, dass Klasse wichtig ist“, und auch sie behandelt Klasse, als wäre sie ein Stigma, ein potenzielles Hindernis, um in der neoliberalen Gesellschaft voranzukommen. Deshalb muss sie anerkannt werden; ihre Nachteile müssen überwunden werden.

WELT: Sie sagen in ihrem Buch etwas ganz anderes.

Michaels: Die Stigmatisierung macht die eigentliche Erniedrigung noch schlimmer. Aber das Eribon-Modell gibt vor, dass es das eigentliche Problem ist. Das ist es nicht. Es ist falsch, Erniedrigte auch noch zu beleidigen, aber es ist noch schlimmer, so zu tun, als sei das Stigma die eigentliche Erniedrigung. Die hat nämlich, wie die alten Marxisten es nannten, sowohl eine materielle als auch eine objektive Grundlage. Der ganze Kern des Stigma ist jedoch, dass es die nicht hat.

WELT: Aber selbst Karl Marx, in seinem Text „Das Elend der Philosophie“ von 1847 etwa, ging davon aus, dass die Arbeiterklasse aus einer „Klasse an sich“ zu einer „Klasse für sich“ werden müsse. Ist das nicht eine Klassenidentität, die er da beschreibt? So sehen es heute jedenfalls viele Linke in Deutschland.

Michaels: Das lässt die Idee der Klassenidentität mit der Idee des Klassenbewusstseins zusammenfallen. Wer das tut, kann seinen Marxismus genauso gut aufgeben. Das Ziel des Klassenbewusstseins ist es, Klassen zu beseitigen. Nicht die Wertschätzung dessen, was es bedeutet, zur Arbeiterklasse zu gehören. Bei der Arbeiterklasse geht es nicht um Identität.

Sie ist eine strukturelle Position innerhalb einer Klassengesellschaft. Was man zwar will, ist, ein Bewusstsein entwickeln. Das ist richtig. Und es ist auch wahr, dass das heute eine enorme Schwierigkeit darstellt, weil die industrielle Arbeiterklasse im Grunde genommen tot ist. Es ist wichtig, das als Problem zu

erkennen. Aber in dem Moment, in dem man Klassenbewusstsein in Klassenidentität verwandelt, tut man etwas, das grundlegend anders ist. Das ist das Problem des „Klassismus“.

WELT: Dessen Kritik nicht zuerst von ökonomischer Benachteiligung ausgeht, sondern von mangelndem Respekt gegenüber Mitgliedern einer benachteiligten Klasse.

Michaels: Ja. Man tut aber nichts für die Arbeiterklasse, wenn man die Leute dazu bringt, mehr Respekt vor ihr zu haben. Die britischen Tories lieben es, die Arbeiterklasse zu respektieren, innerhalb einer Hierarchie, in der jeder seinen Platz hat: Der Bauer ist genauso wichtig wie der Adelige. Bei Marx wie bei jedem sozialistischen Projekt geht es nicht um Respekt für die Arbeiterklasse, und auch nicht um Respekt für ihre Werte oder Kultur. Es gibt nichts Leereres als das Konzept der Arbeiterkultur. Klassenbewusstsein ist der Produktion einer Gesellschaft gewidmet, in der es so etwas wie die Arbeiterklasse nicht mehr gibt.

WELT: In welchem Verhältnis stehen neoliberales Wirtschaftssystem und Diversität?

Michaels: Das Verhältnis zwischen verschiedenen Identitäten am Arbeitsplatz zu managen und dafür zu sorgen, dass sie am Arbeitsplatz respektiert werden, dafür zu sorgen, dass Menschen unterschiedlicher Kulturen und „Rassen“ gleichermaßen gefördert und fair behandelt werden, das ist die Aufgabe der Unternehmen. Was ist das Ideal des Unternehmens? Auf der untersten Ebene von Amazon sollte es wie in der amerikanischen Bevölkerung aussehen. Auch auf der mittleren Managementebene. Der Vorstand sollte wie die amerikanische Bevölkerung aussehen. Ist das eine Bedrohung für die Gewinne des Unternehmens? Nein. Das ist schwer zu erreichen, aber keine Bedrohung. Jedes amerikanische Unternehmen wird Ihnen sagen – und das völlig zu Recht –, dass Diversität gut fürs Geschäft ist. Dem steht entgegen, was die Arbeitnehmer von der Unternehmensleitung wollen. In erster Linie wollen sie mehr Geld, eine bessere Gesundheitsversorgung und mehr Freizeit.

Aber alles, was die Arbeitnehmer von der Unternehmensleitung wollen, ist eine Bedrohung für die Gewinne. Alles, was der Antirassismus fordert, ist mit dem vereinbar, was die Unternehmensleitung will. Alles, was zum Beispiel eine Gewerkschaft will, ist nicht mit dem vereinbar, was die Geschäftsleitung will. Für Marx sind die Klassenbeziehungen im Wesentlichen antagonistisch. Die Beziehungen zwischen den „Rassen“ ist es im Wesentlichen nicht. Der Sinn der antirassistischen Bewegung besteht darin, zu sagen: „Oh, wisst Ihr, der Antagonismus besteht in der Vorherrschaft der Weißen, und wir können sie loswerden.“ Und es ist wahr! Wir müssen sie überwinden. Aber niemand verteidigt die Vorherrschaft der Weißen – nun, „niemand“ wäre übertrieben – aber niemand auf der Linken. Aber wenn man diese Vorherrschaft abschafft, dann leben

Weißer, Schwarzer, Weißer und Latino zusammen, und man nennt das Gleichheit. Im Gegensatz dazu kann es keine Gleichheit zwischen Kapital und Arbeit geben.

WELT: Würden Sie nicht sagen, dass angesichts der gewalttätigen Black-Lives-Matter-Demonstrationen ein Antagonismus am Werk ist?

Michaels: Sicherlich gibt es dort einen Antagonismus. Es gibt die Vorherrschaft der Weißen und einen Antagonismus zwischen Schwarz und Weiß. Aber das Ziel der antirassistischen Bewegung ist es, Gleichheit zwischen Schwarz und Weiß herzustellen. Aber die Gleichheit zwischen Arbeit und Kapital ist ein Oxymoron, ein Widerspruch in sich, während die Gleichheit zwischen Schwarz und Weiß kein Widerspruch in sich ist. Das ist auch der Grund, warum all die Unternehmen, die Milliarden und Abermilliarden von Dollar zur Unterstützung von Black Lives Matter zugesagt haben, keinen Penny zur Abschaffung des Privateigentums zusagen würden. Und schauen Sie sich doch all die Kids in Harvard, Yale, schwarze Kids, braune Kids an. Sie alle werden diese Jobs bei Goldman Sachs annehmen, weil es nichts an Black Lives Matter gibt, was dem Geschäftsmodell eines Unternehmens grundsätzlich widerspricht.

WELT: Ihre Kritik zielt nicht auf das konservative Spektrum oder Unternehmen, sondern auf Linksliberale.

Michaels: Absolut, meine Argumente richten sich vor allem gegen die, die aus dem Begriff der „Rasse“ einen Begriff von Kultur machen. Aber dazu gehören auch viele Leute, die Unternehmen leiten! Ich richte mich also auch gegen die Konservativen. Das heißt, gegen alle, die Fragen von Kapital und Arbeit durch Fragen von Identitäten ersetzen. Das tun die Trumpisten, die sich auf die weiße Arbeiterklasse kaprizieren genauso wie die Liberalen. Aber mein Argument ist: Was ihr tun solltet, ist, euch primär für die Arbeit einzusetzen. Das ist ein Argument gegen die Konservativen.

WELT: Wie sieht ein solches Engagement aus?

Michaels: Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Ich bin Mitglied der Gewerkschaft an unserer Universität. Es war ein großer Kampf, da viele amerikanische Universitäten nicht gewerkschaftlich organisiert sind, und wir brauchten mehrere Jahre, viel Zeit, um von Tür zu Tür zu gehen, eine Menge Leute, viel Zeit vor Gericht, um unseren ersten Vertrag auszuhandeln. Ich war sogar unser Sprecher bei den Verhandlungen über diesen ersten Vertrag. Was wir sofort feststellten, war Folgendes: Wenn man beginnt, einen Vertrag auszuhandeln, versucht man zunächst, sich auf die einfachen Dinge zu einigen, auf Dinge, über die man sich bereits einig ist. Nach etwa vier Monaten einigten wir uns schließlich auf die einfachste Sache, über die man sich einigen konnte.

WELT: Und die war?

Michaels: Das war die Diversitätsklausel in unserem Vertrag! Und warum? Weil die Universität für Vielfalt war und wir auch für Vielfalt waren. Alles andere war ein Kampf, der zwei Jahre dauerte und einen zweitägigen Streik notwendig machte. Und warum? Weil es bei jeder anderen Sache um Geld ging. Also gegen die Konservativen, die es nicht bezahlen wollen. Wir wollen ihnen ihr Geld wegnehmen. Alle meine Argumente richten sich in gewisser Weise gegen die Konservativen. Wenn die Liberalen tatsächlich aufhören würden, verkappte Konservative zu sein, wäre die Trennung viel klarer. Mein Buch sieht danach aus, dass es Argumente gegen die Liberalen formuliert, aber in Wirklichkeit sind es Argumente gegen diejenigen Liberalen, die nur verkappte Konservative sind. Das sind die Liberalen, die nicht wissen, dass sie auf der rechten Seite stehen – die Konservativen haben zumindest den Vorteil, dass sie wissen, wo sie stehen. Ich greife also oft Leute an, die sich selbst für links halten, die aber in Wirklichkeit daran arbeiten, das Wirtschaftssystem zu verteidigen, das die Situation für die Arbeiterklasse immer schlechter gemacht hat. Ja, ich greife Liberale an. Aber in Wirklichkeit sind sie rechts, ohne es zu merken, also greife ich immer noch Leute auf der Rechten an.

WELT: Wie reagieren Sie, wenn Ihre Ablehnung der Identitätspolitik geteilt wird, gleichzeitig aber liberale Ideale wie „Farbenblindheit“ oder „Chancengleichheit“ propagiert werden?

Michaels: Während Rechte gelegentlich daherkommen und sagen, sie können Benn Michaels manchmal zustimmen, wenn es darum geht, dass „Rasse“ Blödsinn ist, aber eigentlich , Meritokratie wollen – also die Möglichkeit, aus der Arbeiterklasse aufzusteigen, besteht für mich der ganze Sinn der Kritik an der Identität darin, den Aufstieg der Arbeiterklasse zu ermöglichen.

WELT: Worin besteht das Problem individueller Leistung?

Michaels: Ich versuche in meinen Vorträgen immer, die Situation der amerikanischen Beschäftigten im Gesundheitswesen in den Mittelpunkt zu stellen. Das ist der am stärksten wachsende Beschäftigungszweig im Land; der Job ist superschwer und wird fast gar nicht bezahlt. Es sind hauptsächlich nicht-weiße Frauen, die das machen. Es gibt nun zwei Möglichkeiten, darüber nachzudenken: Die rechte Version (und die ist nicht wirklich von der liberalen Version zu unterscheiden) lautet: Nicht-weiße Frauen sollten nicht zu dieser Arbeit verdammt sein.

In einer leistungsorientierten Gesellschaft sollten die, die diese Jobs haben, die sein, die keine besseren Jobs verdienen. Und nicht-weiße Frauen, die aus armen Verhältnissen kommen oder aus welchen auch immer,

sollten als Individuen behandelt werden. Sie sollten die gleichen Chancen haben. Sie sollten die Möglichkeit erhalten, aufzusteigen. Warum sollten nicht einige von ihnen Ärzte werden? Die identitäre Linke und die anti-identitäre Rechte sind sich also einig, dass wir nicht-weiße Frauen nicht auf die unterste Ebene beschränken sollten.

WELT: Was sagen Sie?

Michaels: Was ich sage, ist: „Wen kümmert es, wer sie sind? Es spielt keine Rolle, wer sie sind.“ Als Linker interessiert es Sie nicht, wer diese Jobs bekommt. Sie wollen eine Gesellschaft schaffen, in der die Menschen, die diese Arbeitsplätze haben, gut bezahlt und behandelt werden und sich darüber freuen, diese Arbeitsplätze zu haben. Sie interessieren sich für die Organisation eines Arbeitsplatzes, nicht für die Identität der Menschen, die einen Arbeitsplatz haben. Sie sind nicht an Leistungsgesellschaft und daran interessiert, dass jeder eine Chance hat, voranzukommen.

Sie sind daran interessiert, dass jeder einen existenzsichernden Lohn bekommt, auch wenn er nicht vorankommt. Die einzige Möglichkeit, das zu erreichen, ist, die Arbeit dem privaten Markt zu entziehen. Wenn also Meritokraten sagen: „Ich stimme mit Ihnen überein, dass Wokeness schlecht ist und Identitätspolitik auch“, möchte ich nur antworten: „Du raffst es nicht. Mit diesem Bekenntnis ist kein verdammter Blumentopf zu gewinnen.“

WELT: Worin besteht also die Alternative?

Michaels: „Klassenkampf“ klingt heute total melodramatisch. Aber es gibt einen Unterschied zwischen Leuten, die für Black Lives Matter auf die Straße gehen, und Leuten, die das für einen existenzsichernden Lohn tun. Können sich diese Anliegen überschneiden? Das können sie. Und manchmal tun sie das auch. Aber das Argument in „The Trouble with Diversity“ ist, dass der existenzsichernde Lohn an erster Stelle stehen muss. Wenn man nicht versucht, das Verhältnis zwischen Managern und Arbeiternehmern zu ändern, dann versucht man nur, mehr Nicht-Weiße in Managerpositionen zu bringen.

Le Figaro (site web)

mercredi 8 septembre 2021 - 14:38 UTC +02:00 1096 mots

Culture

Astérix, Tintin, Lucky Luke... Au nom de la cancel culture, des écoles canadiennes détruisent 5000 livres jugés offensants

RÉCIT - Des autodafés, baptisés « cérémonies de purification par les flammes », ont même été pratiqués sur certains ouvrages.

«*Pas fiables, paresseux, ivrognes, stupides...*» Tels sont les clichés sur les peuples amérindiens que propagerait la littérature jeunesse européenne, selon Suzy Kies, chercheuse indépendante canadienne qui se présente comme «*gardienne du savoir*» autochtone.

Dans le sud-ouest de l'Ontario, près de cinq mille livres jeunesse ont été détruits, dans un «*geste de réconciliation*» avec les Autochtones, rapportent nos confrères de Radio-Canada. Les ouvrages, supprimés des bibliothèques, ont été tout bonnement jetés, enterrés, voire brûlés, sous l'égide du Conseil scolaire catholique Providence, qui regroupe trente écoles francophones dans la région.

Des autodafés - baptisés «*cérémonies de purification par les flammes*» pour l'occasion - auraient notamment été perpétrés en 2019 «*dans un but éducatif*», comme en atteste une vidéo destinée aux élèves et mise en ligne par ledit Conseil. Les cendres du brasier ont ensuite été enterrées, afin de servir d'engrais pour planter un arbre et «*tourner du négatif en positif*» : «*Nous enterrons les cendres de racisme, de discrimination et de stéréotypes dans l'espoir que nous grandirons dans un pays inclusif où tous pourront vivre en prospérité et en sécurité*», professait l'auteur de la vidéo, Suzy Kies. D'autres festivités de ce type devaient se tenir par la suite. Mais celles-ci ont dû être reportées en raison de la pandémie de Covid-19.

4716 ouvrages détruits

En moyenne, chacune des écoles chapeautées par la Providence a retiré 157 livres des rayons de ses bibliothèques, parmi lesquels *Tintin en Amérique*, *Le Temple du soleil*, des bandes dessinées de Lucky Luke ou encore *Astérix et les Indiens*. Au total, 155 œuvres ont été désignées comme offensantes et 4716 ouvrages ont été détruits. Cette décision a été prise par un comité formé de membres du conseil et d'accompagnateurs autochtones. Ceux-ci ont évalué des centaines de livres de jeunesse, mais pas seulement. Des encyclopédies et des biographies sont également visées. Des représentants du ministère de l'Éducation de l'Ontario y auraient aussi participé, selon le conseil scolaire, mais le ministère assure n'avoir joué «*aucun rôle*» dans la sélection des ouvrages «*cancellés*».

«*Ces livres ont été recyclés ou sont en voie de l'être*», explique la porte-parole du conseil scolaire catholique de Providence, Lyne Cossette, laquelle justifie ces pratiques par le contenu prétendument désuet et inapproprié des œuvres jetées aux ordures. «*Il s'agit d'un geste de réconciliation avec les Premières Nations, et un geste d'ouverture envers les autres communautés présentes dans l'école et notre société*», estime-t-elle.

Interrogée au sujet des autodafés par Radio-Canada, la «*gardienne du savoir*» Suzy Kies, coprésidente la commission des peuples autochtones du Parti libéral du Canada depuis 2016 et également consultante au conseil Providence, tente de tourner la situation à son avantage, avançant que les personnages autochtones sont présentés dans les livres pour enfants comme «*pas fiables, paresseux, ivrognes, stupides...*» : «*Les gens paniquent avec le fait de brûler des livres, mais on parle de millions de livres qui ont des images négatives des personnes autochtones, qui perpétuent des stéréotypes, qui sont vraiment dommageables et dangereux*», pense-t-elle.

«Une pure censure»

Ainsi, Pocahontas, le personnage de Disney, est pointée du doigt par Kies, laquelle considère qu'il s'agit d'une représentation fantasmée de la femme autochtone. «*Pocahontas, elle est tellement sexuelle et sensuelle, pour nous, les femmes autochtones, c'est dangereux*», prétend la chercheuse. Reproche qu'elle formule également au sujet de la bande dessinée *Astérix et les Indiens*, dans laquelle une Autochtone en mini-jupe et décolleté plongeant tombe amoureuse d'Obélix. «*Irais-tu courir dans les bois avec une mini-jupe? Les gens le croient*, avance-t-elle, persuadée visiblement des limites de l'entendement humain. *On a développé ce qu'on appelle la sauvagesse sexuelle, une image des femmes autochtones comme étant des femmes faciles.*»

L'ennui est que cette «cancel culture» ne concerne pas seulement la littérature jeunesse mais aussi des ouvrages dits «sérieux». Deux biographies du navigateur Jacques Cartier, publiées dans les années 1980, ont été retirées, tout comme celle de l'explorateur et premier Français à avoir cohabité avec des Autochtones, Étienne Brûlé. Baptisé *Le Fils des Hurons*, le livre a été banni pour «*fausse information historique*». Le comité a notamment jugé que le tableau utilisé en couverture, où l'on voit l'aventurier en costume de chasseur entouré d'hommes à moitié dévêtus, pouvait être sujet à offense.

Les auteurs, Jean-Claude Larocque et Denis Sauvé, tous deux diplômés en histoire à l'Université d'Ottawa et qui ont enseigné dans des écoles francophones de l'Ontario, sont consternés. Leur livre, qui s'appuie sur la thèse de l'archéologue Bruce G. Trigger, avait reçu plusieurs distinctions au Canada. Après de nos confrères, Jean-Claude Larocque s'insurge : «*On a été très rigoureux dans notre recherche et on trouve ça très décevant. C'est une pure censure!*» D'autant que le livre a été mis sur liste noire «*sans nous consulter, sans amorcer une discussion.*»

Suzy Kies juge de son côté que «*ce sont des histoires écrites par les Européens, d'une perspective eurocentriste et non pas des Autochtones*». Elle remet également en cause l'enseignement traditionnel de l'histoire, prétendant que les «*gardiens du savoir*», comme elle, qui mémorisent la connaissance transmise oralement, sont plus fiables que les archives écrites : «*C'est ça le problème, ils ont fait des recherches historiques basées sur les comptes rendus des Européens. [...] On n'essaie pas d'effacer l'Histoire, on essaie de la corriger*», assure-t-elle.

Réaction de la classe politique canadienne

Cette enquête n'a pas manqué de faire réagir la classe politique canadienne, alors que le pays est en pleine campagne électorale fédérale. Si le parti du Bloc Québécois a renouvelé son attachement à la littérature et à la culture en général, par l'intermédiaire de son chef, Yves-François Blanchet, d'autres formations se sont montrées plus frileuses telles que celle du Premier ministre canadien, Justin Trudeau.

Ce dernier s'est dit «*personnellement*» en désaccord avec le principe de l'autodafé. Mais «*ce n'est pas à moi, ce n'est pas aux non-Autochtones, de dire aux Autochtones comment ils devraient se sentir ou comment ils devraient agir pour faire avancer la réconciliation. Nous devons nous montrer compréhensifs de la tristesse, peut-être de la colère, que beaucoup d'entre eux éprouvent par rapport à la réconciliation et au travail que nous avons encore à faire*», a-t-il ajouté.

Livres détruits : la « gardienne du savoir » n'est pas Autochtone

On ne trouve aucun ancêtre autochtone sur sept générations à la coprésidente de la Commission autochtone du Parti libéral du Canada.



Suzy Kies est coprésidente de la Commission autochtone du Parti libéral du Canada.

PHOTO : CRESTWOOD.ON.CA

Thomas Gerbet

2021-09-08 | Mis à jour aujourd'hui à 2 h 35

La « gardienne du savoir » autochtone gardait aussi certains secrets. Suzy Kies, coprésidente de la Commission autochtone du Parti libéral du Canada, n'a pas de statut d'Indien en vertu de la Loi, elle ne figure pas dans les registres des conseils de bande abénakis et on ne lui trouve aucun ancêtre autochtone jusqu'à au moins l'année 1780.

Celle qui a accompagné le Conseil scolaire catholique Providence dans [la destruction controversée de 5000 livres jugés néfastes aux Autochtones](#) dénonçait pourtant les Blancs qui s'approprient l'histoire des Premières Nations.

En entrevue avec Radio-Canada, Suzy Kies nous a dit avoir un parent européen et un parent autochtone.

Selon les registres d'état civil, son père est effectivement né au Luxembourg, mais sa mère est classée d'origine raciale française.

La famille de ma mère est de plusieurs communautés, affirme-t-elle. Du côté de mon grand-père, c'est les Malécites, de St. Mary's, au Nouveau-Brunswick, il y a aussi les Laporte qui sont Innus. Et ma grand-mère, elle, était Abénakis, d'Odanak.

Elle n'est pas sur notre liste de bande, indique Jacques Thériault-Watso, élu au Conseil des Abénakis d'Odanak, après avoir fait des vérifications auprès de la registraire.

Même si elle avait un seul grand-parent abénakis, Suzy Kies aurait dû apparaître sur cette liste, explique-t-il.

Suzy Kies n'apparaît pas non plus sur la liste de l'autre bande abénakis, de Wôlinak.

Un ancêtre autochtone au 17e siècle, comme beaucoup de Canadiens français

La Madame, elle en beurre épais. Elle n'a aucun ancêtre autochtone sur au moins sept générations, lance Dominique Ritchot, coordonnatrice de la Société généalogique canadienne-française, qui a collaboré avec Radio-Canada à titre de chercheuse indépendante.

Elle a fouillé dans les actes d'état civil de baptêmes, mariages et sépultures, ainsi que les recensements. Résultat : aucun ancêtre autochtone avant au moins 1780. Toutes les branches ont été analysées jusqu'à la période contemporaine. S'ils étaient Autochtones, ça serait écrit.

La seule ascendance autochtone qu'elle lui a trouvée est Marie Manitouébéouich, une Algonquine qui a intégré la nation huronne au 17e siècle. Cette ancêtre se retrouve dans l'arbre généalogique de milliers de Canadiens français, précise Dominique Ritchot.

Je suis la petite fille des pins, je viens du territoire de la Confédération des Wabanakis [Abénakis] et je suis du clan de la Tortue.

Une citation de :Suzy Kies en introduction d'une vidéo réalisée pour le compte du conseil scolaire Providence

C'est un chaos absolu. Je ne connais personne de la communauté d'Odanak qui se souvienne de son clan familial, dit Éric Pouliot-Thisdale, chercheur pour le département de démographie de l'Université de Montréal, lui-même Autochtone, spécialiste de la démographie autochtone.

Éric Pouliot-Thisdale rappelle qu'il faut une différence maximale de trois générations avec un Autochtone pour avoir droit au statut reconnu légalement.



Suzy Kies avec le premier ministre Justin Trudeau, en 2018

PHOTO : FACEBOOK/CPA

Jacques T. Watso, du Conseil de bande d'Odanak, lui reproche une fausse représentation et une appropriation de la culture autochtone.

C'est une autre personne qui a joué sur le fait qu'il y a peu d'Autochtones dans le milieu politique et institutionnel et le Parti libéral n'a pas fait ses devoirs, en la croyant sur parole.

Une citation de :Jacques Thériault-Watso, élu au Conseil des Abénakis d'Odanak

Suzy Kies n'a pas répondu à nos courriels et appels mardi. Le Parti libéral du Canada (PLC) a indiqué dans la soirée que Mme Kies s'identifie elle-même comme Autochtone non inscrite. Il n'a toutefois pas été possible d'obtenir plus de commentaires ni de savoir si cette situation convient au parti.

La femme de 61 ans occupe le rôle de coprésidente de la Commission autochtone du PLC depuis 2017. Le site web du parti la présente comme une Autochtone urbaine de descendance abénaquise et montagnaise [ancien terme désuet pour innu].

Selon le PLC, la Commission représente et fait valoir les intérêts des membres autochtones du Parti libéral, et encourage la participation active et à part entière des Autochtones à tous les niveaux de la structure du parti.

Justin Trudeau ne veut pas que les non-Autochtones décident pour les Autochtones

Dans le cadre du retrait des livres des écoles du conseil scolaire, Suzy Kies a défendu l'idée de brûler tous les ouvrages, en 2019, lors de cérémonies à faire dans chaque école. La pandémie a finalement réduit le projet à une seule cérémonie où 30 livres ont été brûlés.

Invité à réagir, mardi, au tollé provoqué par l'initiative, le chef libéral Justin Trudeau a critiqué le choix de brûler des livres, mais il a tenu à ajouter : Ce n'est pas à moi, ce n'est pas aux non-Autochtones de dire aux Autochtones comment ils devraient se sentir ou devraient agir pour avancer la réconciliation.

My University Sacrificed Ideas for Ideology. So Today I Quit.

The more I spoke out against the illiberalism that has swallowed Portland State University, the more retaliation I faced.



Peter Boghossian has taught philosophy at Portland State University for the past decade. In the letter below, sent this morning to the university's provost, he explains why he is resigning.

Dear Provost Susan Jeffords,

I'm writing to you today to resign as assistant professor of philosophy at Portland State University.

Over the last decade, it has been my privilege to teach at the university. My specialties are critical thinking, ethics and the Socratic method, and I teach classes like Science and Pseudoscience and The Philosophy of Education. But in addition to exploring classic philosophers and traditional texts, I've invited a wide range of guest lecturers to address my classes, from Flat-Earthers to Christian apologists to global climate skeptics to Occupy Wall Street advocates. I'm proud of my work.

I invited those speakers not because I agreed with their worldviews, but primarily because I didn't. From those messy and difficult conversations, I've seen the best of what our students can achieve: questioning beliefs while respecting believers; staying even-tempered in challenging circumstances; and even changing their minds.

I never once believed — nor do I now — that the purpose of instruction was to lead my students to a particular conclusion. Rather, I sought to create the conditions for rigorous thought; to help them gain the tools to hunt and furrow for their own conclusions. This is why I became a teacher and why I love teaching.

But brick by brick, the university has made this kind of intellectual exploration impossible. It has transformed a bastion of free inquiry into a Social Justice factory whose only inputs were race, gender, and victimhood and whose only outputs were grievance and division.

Students at Portland State are not being taught to think. Rather, they are being trained to mimic the moral certainty of ideologues. Faculty and administrators [have abdicated](#) the university's truth-seeking mission and instead drive intolerance of divergent beliefs and opinions. This has created a culture of offense where [students are now afraid](#) to speak openly and honestly.

I noticed signs of the illiberalism that has now fully swallowed the academy quite early during my time at Portland State. I witnessed students refusing to engage with different points of view. Questions from faculty at diversity trainings that challenged approved narratives were instantly dismissed. Those who asked for evidence to justify new institutional policies were accused of microaggressions. And professors were accused of bigotry for assigning canonical texts written by philosophers who happened to have been European and male.

At first, I didn't realize how systemic this was and I believed I could question this new culture. So I began asking questions. What is the evidence that trigger warnings and safe spaces contribute to student learning? Why should racial consciousness be *the* lens through which we view our role as educators? How did we decide that "cultural appropriation" is immoral?

Unlike my colleagues, I asked these questions out loud and in public.

I decided to study the new values that were engulfing Portland State and so many other educational institutions — values that sound wonderful, like diversity, equity, and inclusion, but might actually be just the opposite. The more I read the [primary source material](#) produced by critical theorists, the more I suspected that their conclusions reflected the postulates of an ideology, not insights based on evidence.

I began networking [with student groups](#) who had similar concerns and brought in speakers to explore these subjects from a critical perspective. And it became increasingly clear to me that the incidents of illiberalism I had witnessed over the years were not just isolated events, but part of an institution-wide problem.

The more I spoke out about these issues, the more retaliation I faced.

Early in the 2016-17 academic year, a former student complained about me and the university initiated a Title IX investigation. (Title IX investigations are a [part of federal law](#) designed to protect "people from discrimination based on sex in education programs or activities that receive federal financial assistance.") My accuser, a white male, made a slew of baseless accusations against me, which university confidentiality rules unfortunately prohibit me from discussing further. What I can share is that students of mine who were interviewed during the process told me the Title IX investigator asked them if they knew anything about me beating my wife and children. This horrifying accusation soon became a widespread rumor.

With Title IX investigations there is no due process, so I didn't have access to the particular accusations, the ability to confront my accuser, and I had no opportunity to defend myself. Finally, the results of the investigation were revealed in December 2017. Here are the last two sentences of the report: "Global Diversity & Inclusion finds there is insufficient evidence that Boghossian violated PSU's Prohibited Discrimination & Harassment policy. GDI recommends Boghossian receive coaching."

Not only was there no apology for the false accusations, but the investigator also told me that in the future I was not allowed to render my opinion about “protected classes” or teach in such a way that my opinion about protected classes could be known — a bizarre conclusion to absurd charges. Universities can enforce ideological conformity just through the threat of these investigations.

I eventually became convinced that corrupted bodies of scholarship were responsible for justifying radical departures from the traditional role of liberal arts schools and basic civility on campus. There was an urgent need to demonstrate that morally fashionable papers — no matter how absurd — could be published. I believed then that if I exposed the theoretical flaws of this body of literature, I could help the university community avoid building edifices on such shaky ground.

So, in 2017, I co-published an intentionally garbled peer-reviewed paper that took aim at the new orthodoxy. Its title: “[The Conceptual Penis as a Social Construct](#).” This example of pseudo-scholarship, which was published in *Cogent Social Sciences*, argued that penises were products of the human mind and responsible for climate change. Immediately thereafter, I revealed the article as a hoax designed to shed light on the flaws of the peer-review and academic publishing systems.

Shortly thereafter, [swastikas in the bathroom](#) with my name under them began appearing in two bathrooms near the philosophy department. They also occasionally showed up on my office door, in one instance accompanied by bags of feces. Our university remained silent. When it acted, it was against me, not the perpetrators.

I continued to believe, perhaps naively, that if I exposed the flawed thinking on which Portland State’s new values were based, I could shake the university from its madness. In 2018 I [co-published a series](#) of absurd or morally repugnant [peer-reviewed articles](#) in journals that focused on issues of race and gender. In one of them [we argued](#) that there was an epidemic of dog rape at dog parks and proposed that we leash men the way we leash dogs. Our purpose was to show that certain kinds of “scholarship” are based not on finding truth but on advancing social grievances. This worldview is not scientific, and it is not rigorous.

Administrators and faculty were so angered by the papers that they published an [anonymous piece in the student paper](#) and Portland State [filed formal charges](#) against me. Their accusation? “Research misconduct” based on the absurd premise that the journal editors who accepted our intentionally deranged articles were “human subjects.” I was found guilty of not receiving approval to experiment on human subjects.

Meanwhile, ideological intolerance continued to grow at Portland State. In March 2018, a [tenured professor disrupted](#) a public discussion I was holding with author Christina Hoff Sommers and evolutionary biologists Bret Weinstein and Heather Heying. In June 2018, someone triggered [the fire alarm](#) during my conversation with popular cultural critic Carl Benjamin. In October 2018, an activist [pulled out the speaker wires](#) to interrupt a panel with former Google engineer James Damore. The university did nothing to stop or address this behavior. No one was punished or disciplined.

For me, the years that followed were marked by continued harassment. I’d find [flyers](#) around campus of me with a Pinocchio nose. I was spit on and threatened by passersby while walking to class. I was informed by

students that my colleagues were telling them to avoid my classes. And, of course, I was subjected to more investigation.

I wish I could say that what I am describing hasn't taken a personal toll. But it has taken exactly the toll it was intended to: an increasingly intolerable working life and without the protection of tenure.

This isn't about me. This is about the kind of [institutions we want](#) and the values we choose. Every idea that has advanced human freedom has always, and without fail, been [initially condemned](#). As individuals, we often seem incapable of remembering this lesson, but that is exactly what our institutions are for: to remind us that the freedom to question is our [fundamental right](#). Educational institutions should remind us that that right is also our duty.

Portland State University has failed in fulfilling this duty. In doing so it has failed not only its students but the public that supports it. While I am grateful for the opportunity to have taught at Portland State for over a decade, it has become clear to me that this institution is no place for people who intend to think freely and explore ideas.

This is not the outcome I wanted. But I feel morally obligated to make this choice. For ten years, I have taught my students the importance of living by your principles. One of mine is to defend our system of liberal education from those who seek to destroy it. Who would I be if I didn't?

Sincerely,

Peter Boghossian

Le Figaro (site web)

jeudi 9 septembre 2021 - 18:00 UTC +02:00 2287 mots

Actualité ; Politique

Éric Zemmour: les extraits exclusifs de son nouveau livre choc

Meeus, Carl

EXCLUSIF - En appelant à une « renaissance » et une « reconquête française » dans son livre, *La France n'a pas dit son dernier mot*, l'essayiste admet qu'il ne peut plus se contenter de décrire ce qu'il voit, mais qu'il lui faut agir pour «sauver» le pays.

• «On n'attire pas les mouches avec du vinaigre»

8 janvier 2007

Son sourire reste accroché un long moment. Il est content de son bon mot. Il observe un instant sur mon visage l'effet produit. Le rôle de cynique qui rit et se joue de tout est sans doute un de ceux qu'il préfère tenir. J'ai retrouvé Alain Minc chez Marius et Janette, un chic restaurant de poisson avenue George-V. [...] Je marque un point décisif en me moquant des discours du candidat Sarkozy qui, sous la plume d'Henri Guaino, multiplie avec lyrisme les références à de Gaulle, Malraux, Jaurès, à la grandeur de la nation, à l'unité du peuple français. Ainsi Sarkozy aurait renié Minc? Il aurait rejoint la cohorte des «sous-doués» du nationalisme? J'insiste, je brocarde, je plastronne. Il me laisse venir, me laisse triompher.

Et soudain, d'un coup, d'un seul, il me porte l'estocade: *«Oh, vous savez, tout cela, ce ne sont que des mots pour gagner la présidentielle. On n'attire pas les mouches avec du vinaigre. Le seul point important: Sarko a annoncé qu'un minitraité institutionnel sur l'Europe sera adopté par le Parlement après son élection. On y mettra tout ce que le référendum de 2005 a rejeté et le tour sera joué.»* La phrase, tirée à bout portant, m'a étendu au sol comme un oiseau mort. Mon bar en croûte de sel ne passe plus ; je me tais, le regard absent. Vaincu. Minc n'en finit pas de sourire. Le sourire du vainqueur.

• Du chiffre au nombre

17 février 2008

Quand on les pousse dans leurs retranchements, nos sophistes distinguent entre l'est de l'Europe, ou la nation a émergé avant l'État, et l'ouest de l'Europe, et surtout de la France, ou c'est l'État qui a fondé la nation, d'abord les quarante rois qui ont fait la France, puis la République, et qui ont accouché d'un peuple de citoyens. Distinguo pour le coup un brin manichéen, qui mériterait d'être nuancé, mais qui n'est pas faux sur l'essentiel. Et c'est justement là où la France se retrouve en grand danger. Depuis une quarantaine d'années, la communauté de citoyens se désagrège sous les coups portés d'une société des individus qui ne veulent connaître que leurs droits, et aucun devoir, et ne voient l'État que comme un distributeur de services et de lois pour satisfaire leurs moindres caprices. Des individus sans racines et sans histoire, qui se rêvent «citoyens du monde» détachés de tout ancrage national. Ils ne connaissent ni territoire ni peuple. Ils se côtoient sans se fondre dans un ensemble unifié et cohérent. Ils appellent «république» cette société des individus qui n'a plus rien à voir avec la République des citoyens. C'est dans ce vide abyssal que sont venues se loger des diasporas islamiques, de plus en plus nombreuses, liées par les notions archaïques de famille, de clan, de religion, et qui importent ces archaïsmes au sein d'une postmodernité aveugle qui ne veut voir en eux que des individus isolés. Les plus habiles représentants de ces diasporas ont bien compris l'usage qu'ils pouvaient faire de ce libéralisme pour dynamiter les restes de l'État-nation et de la République, s'émanciper de sa tutelle devenue débile, et imposer à sa place, dans des enclaves étrangères, la loi archaïque d'Allah.

La Seine-Saint-Denis est l'emblème de ce grand remplacement qui n'existe pas. Ce département est le cœur historique de la France, avec la basilique Saint-Denis, ou reposent les tombeaux de nos rois. On recense aujourd'hui dans ce département que

deux tiers des naissances viennent d'au moins un parent né à l'étranger et que plus de 60 % des jeunes de moins de 18 ans sont d'origine étrangère. Dans la liste des dix prénoms les plus donnés aux enfants, tous sont musulmans (Mohamed) ou affiliés (Ryan, Ines). Un rapport parlementaire avait signalé en mai 2018 que «l'État ignore le nombre d'habitants» qui résident en Seine-Saint-Denis, que le nombre d'étrangers clandestins, alimenté par l'aéroport Charles-de-Gaulle, tout proche, y est inconnu: «150.000, 250.000, voire 400.000, soit entre 8 % et 20 % de la population du département.» En Seine-Saint-Denis, 40 % de la population a moins de 29 ans, et 26,1 % de ces jeunes sont au chômage, chiffre qui monte à 40 % dans de nombreuses cités. [...]

Le paysage urbain de la Seine-Saint-Denis est dévasté, les petits commerces traditionnels des villages français ont disparu pour laisser place aux grandes surfaces à l'extérieur des villes, et aux commerces estampillés halal (boucheries, mais aussi librairies ou encore kebabs), sans oublier les agences de la Western Union, qui transfèrent le produit des allocations sociales françaises ou des divers trafics vers les familles restées au bled. La plupart des cafés sont réservés aux hommes par une loi non écrite mais appliquée avec rigueur, les femmes voilées, de plus en plus nombreuses, y compris celles vêtues du niqab les couvrant de la tête aux pieds, prohibés par la loi du 11 octobre 2010, interdisant la dissimulation du visage dans l'espace public que personne n'ose faire respecter, les hommes se rendent à la mosquée en djellaba. Cette colonisation religieuse entraîne une colonisation visuelle qui entraîne une colonisation des âmes. C'est le but. [...]

Ces enclaves étrangères vivent sous le règne d'Allah et des caïds de la drogue qui assurent l'ordre et la vie de tous les jours. Après le massacre du Bataclan, en novembre 2015, un commando du Raid, pourchassant un des djihadistes jusque dans son repaire de Saint-Denis, eut la surprise de subir, pendant leur siège, les insultes, voire les coups, de badauds et de voisins solidaires des djihadistes fuyards.

[...] Cette situation paradoxale et explosive - un département riche avec des habitants pauvres - n'a pas empêché le président Emmanuel Macron de comparer la Seine-Saint-Denis à la «Californie sans la mer»! Plus lucide, et en même temps bien plus lâche, son prédécesseur François Hollande avait confié à des journalistes, quelques années plus tôt: «*Tout cela finira par une partition.*»

- L'aveu

3 mai 2010

On ôte les micros accrochés à nos vestes et on se passe de fraîches lingettes sur nos visages pour nettoyer les restes de maquillage. C'est la fin de l'émission «Ce soir ou jamais». À la demande de Frédéric Taddeï, j'y ai défendu mon *Mélancolie française*. Un de mes contradicteurs s'approche de moi, afin de poursuivre la conversation. Le ton est moins guindé, et le tutoiement s'immisce peu à peu. Il s'appelle Pascal Blanchard. Au cours du débat, on l'a présenté comme historien, spécialiste de la période coloniale. Notre affrontement a été rude à l'antenne, et personne ne renonce à ses idées une fois les lumières éteintes. Avant de me quitter, Blanchard se penche vers moi, et me lance en aparté, d'un air triomphant: «*Tu pourras dire ce que tu veux. On s'en fout, on gagnera, on tient les programmes scolaires.*»

- Impuissance d'État

23 mai 2011

Claude Guéant est un hôte empressé et sympathique. La discussion court sur ses anciens patrons (Pasqua et Sarkozy) et sur la situation politique à la veille de la présidentielle de 2012. Quand je lui rappelle d'un ton de reproche que le nombre d'entrées légales a atteint sous son ministère les 200.000 étrangers par an quand, dix ans plus tôt, sous Jean-Pierre Chevènement, elles ne grimpaient qu'à 100.000, Guéant, d'un air gêné d'enfant impuissant derrière ses épaisses lunettes de bon élève, me confie: «*Vous savez, avec tous les droits accordés aux étrangers, le ministre de l'Intérieur ne peut réduire les flux que de 10 %.*»

- La guerre des trains a bien eu lieu

30 janvier 2012

J'ai connu Guillaume Pepy rue Saint-Guillaume, il y a plus de trente ans. Nous n'étions pas amis, même pas «copains», mais nous avions une amie commune. On s'est perdu de vue. À son entrée à l'ENA. [...] Pepy m'a appelé après qu'il a entendu une de mes chroniques sur RTL concernant la SNCF. Il veut «rétablir certaines vérités». Je me rends volontiers au siège de sa maison, dans un immeuble moderne et laid, situé derrière la gare Montparnasse. Son bureau est froid et sans charme, mais nos retrouvailles sont chaleureuses. Il goûte sa posture de patron de gauche converti aux rigueurs de la gestion entrepreneuriale ; d'ancien socialiste qui

lutte contre le laxisme syndical. Et puis, soudain, alors que je lui rappelle timidement les souffrances des banlieusards pris dans «l'enfer des transports», il me lâche tout à trac: *«Tu sais, le dernier a avoir mis de l'argent dans le RER, c'est Pompidou. La gauche a tout mis sur le TGV pour permettre à la gauche caviar de descendre dans le Luberon.»*

Il me regarde de son unique œil qui frise pour mieux observer l'effet produit. Je le sens joyeux de son aveu qui sonne comme une condamnation des siens et de lui-même. Comme soulagé par cette confession imprévue.

- Mamie Trump

6 décembre 2016

Je l'ai laissée attendre dans le hall du *Figaro* un long moment, mais elle me sourit sans un reproche quand j'arrive enfin, me faisant honte de ma goujaterie. C'est une vieille dame apprêtée avec soin. Elle ressemble à ces Américaines des années 1950, avec bigoudis dans les cheveux au volant d'une grosse voiture. Elle est française pourtant, mais a longtemps été mariée à un riche américain. Elle m'explique qu'elle était responsable des sections féminines pour l'élection de Trump. Elle l'appelle drôlement «le Donald».

Elle a un message à me délivrer et est pressée de s'exécuter. Je m'assois en face d'elle sur le canapé sans dossier. Elle débite son discours de son ton aigu auquel j'ai décidément du mal à m'habituer: *«Voilà, il faudrait en France la même chose que chez nous. Il vous faudrait le même que le Donald pour donner un grand coup de balai. Cela fait des mois qu'on y pense. On a cherché en France parmi les grands patrons qui pourraient tenir le rôle qu'a tenu le Donald. Mais on n'en a pas trouvé.»*

Je m'apprête à lui asséner des banalités sur le rapport différent que nous entretenons en France avec l'argent, les patrons, le capitalisme, mais aussi la politique, la littérature, lorsqu'elle me coupe de sa voix stridente: *«Cela fait des mois qu'on a étudié la situation en France. On a bien vu les différences avec l'Amérique. On a tout compris. Le Trump français, c'est vous.»*

- Le copain de Dany

13 mai 2019

J'ai la nuque raide et douloureuse. La climatisation excessive m'a transformé en automate. Trois heures de débat sur l'Europe m'ont chauffé l'esprit mais glacé le corps. Je m'empresse de ceindre mon cou d'une écharpe que mon fils me donne sans un mot. Daniel Cohn-Bendit me tend, sans me regarder, le torse déjà tourné vers la sortie, une main aussi froide que la soufflerie du studio de LCI. David Pujadas me tape sur l'épaule en guise de remerciement. Je m'apprête à partir lorsqu'un grand gaillard se plante devant moi. Je le reconnais aussitôt: C'est Romain Goupil. Il est venu dans les bagages de Dany, son vieux complice de Mai 68. Il n'a plus le lumineux visage d'ange qu'il arborait à l'époque, mais son physique massif en impose encore. Il m'interpelle abruptement d'une voix vibrante de colère: *«Tu auras beau dire, tu auras beau faire, on a gagné. La France, c'est fini.»*

«Oui malheureusement. L'islam va tirer les marrons du feu.»

«C'est vrai, mais on s'en fout.»

- La guerre à Macron

13 mai 2019

Longtemps j'ai pensé que Macron était un Sarkozy en moins vulgaire ; pour la première fois, je comprends qu'il n'est qu'un Hollande en mieux vêtu. *«Nous sommes en guerre... Nous sommes en guerre... Nous sommes en guerre...»* Six fois dit et répété. Sans craindre l'emphase ni le ridicule. La même anaphore belliqueuse que l'Autre, qu'il avait pourtant juré de n'imiter en rien, et même de prendre comme repoussoir absolu. *« Nous sommes en guerre.»* Hollande l'avait proclamé devant le Congrès, réuni à Versailles après les sanglants attentats du Bataclan en novembre 2015. Macron retrouvait cette inspiration cinq ans plus tard, face à un virus. Des deux, Macron était le plus grotesque. Au moins, les djihadistes étaient-ils des soldats, certes d'une guerre asymétrique, mais qui tuaient et risquaient leur peau ; et on sait désormais que Hollande a donné l'ordre aux services spéciaux d'exécuter chacun des membres du commando: actes de guerre s'il en est.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/weshalb-die-cdu-kurz-vor-der-bundestagswahl-umfragetief-erreicht-17515461.html?premium>

UMFRAGETIEF DER UNION:

Die Bürgerlichkeit vernachlässigt

- EIN KOMMENTAR VON REINHARD BINGENER
- -AKTUALISIERT AM 09.09.2021-21:50



Die Union steht in Umfragen so schlecht da wie nie zuvor. Man machte es sich zu einfach, diese Entwicklung allein Armin Laschet zuzurechnen. Bild: dpa

Bürgerlichkeit hat auch eine ökonomische Komponente. Das haben CDU und CSU zu lange ignoriert – und zahlen jetzt einen Preis dafür.

Drei Wochen vor der Bundestagswahl stehen CDU und CSU in den Umfragen so schlecht da wie nie zuvor. Und man machte es sich zu einfach, diese Entwicklung allein ihrem Kanzlerkandidaten Armin Laschet zuzurechnen. Mit seiner rheinländischen Wurstigkeit bringt er lediglich das tiefer liegende Problem zur Geltung: Der Union fehlt es an Profil. Und sie bindet darum immer weniger Wähler.

Diese Entwicklung geht einher mit der zunehmenden Scheu der Partei, sich zu einer „bürgerlichen“ Politik zu bekennen. Weil dieses Etikett zu sehr nach Jägerschnitzel mit Bratkartoffeln schmeckt? Das allerdings wäre ein Missverständnis. Denn neben dem viel zitierten „christlichen Menschenbild“ markiert die „Bürgerlichkeit“ den Standpunkt, von dem aus die Unionsparteien in der Vergangenheit ziemlich erfolgreich Politik betrieben haben. Die gemeinsame Wurzel beider ist der christliche Personalismus, also die Überzeugung, dass der Mensch sein Leben frei und eigenverantwortlich gestaltet – und der Staat ihm auch die Möglichkeit dazu gibt. Das „christliche Menschenbild“ deckt die moralische, auch soziale Seite dieses Konzepts ab. Bei der „Bürgerlichkeit“ schwingt hingegen eine ökonomische Komponente mit. Denn wer auf seinen eigenen Beinen stehen möchte, benötigt dazu auch eine gewisse wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. „Bürgerlich“ ist es, seinen Lebensunterhalt durch Arbeit zu bestreiten, seine Familie zu unterhalten und für das Alter vorzusorgen.

Glaubwürdigkeitsproblem von CDU und CSU

Und genau an diesem Punkt beginnt das Glaubwürdigkeitsproblem von CDU und CSU. Beide Parteien haben sich 16 Jahre lang zu wenig um die ökonomischen Interessen der Mittelschicht gekümmert. Die Voraussetzung der schwarzen Null im Staatshaushalt sind die niedrigen, inzwischen negativen Zinsen, die zwar dem Staat und einigen Unternehmen zugutekommen, aber den meisten Bürgern schaden. Deren Ersparnisse bringen immer weniger Rendite ein und schmelzen mit der Inflation dahin. Zugleich steigen die Immobilienpreise, wovon der Staat über die – zusätzlich noch stark erhöhten – Grunderwerbssteuern ebenfalls profitiert. Der Traum von den eigenen vier Wänden – eine zutiefst bürgerliche Vorstellung – wird so für immer mehr Angehörige der Mittelschicht unerreichbar.

In der Rentenpolitik sieht die Bilanz nicht besser aus. Im Kern wurden dort unter Kanzlerin Angela Merkel 16 Jahre lang die Grundrechenarten ignoriert. Auf dem jährlichen Rentenbescheid sieht die Zukunft

vielleicht noch halbwegs rosig aus. Aber viele ahnen, dass es sich um ein Luftschloss handelt und auch in der Gesundheits- und Pflegepolitik mit ungedeckten Schecks gearbeitet wird.

Eine solche Politik ist unbürgerlich. Wenn die Menschen länger leben, müssen sie auch länger arbeiten. Woher kommt die Scheu, den Wählern diesen einfachen Zusammenhang zuzumuten? Er holt sie doch ohnehin früher oder später ein. Die Union aber hatte in den vergangenen Jahren nie den Mut, der SPD in solchen Fragen entschieden entgegenzutreten. Bei der [Bundestagswahl](#) wird sie dafür nun womöglich einen hohen Preis zahlen. Denn die Wähler wollen keinen schwankenden Untergrund, sondern eine bodenständige Politik. Bürgerlich eben.

Ouvrages brûlés par des écoles canadiennes : l'imposture Suzy Kies, «gardienne du savoir» autochtone

Par **Lou Fritel**

Publié hier à 13:28, mis à jour il y a 5 heures

La BD *Astérix et les Indiens* a fait partie des ouvrages retirés des bibliothèques de trente écoles primaires et secondaires de l'Ontario. *Bridgemanimages/Leemage*

Alors que le monde entier s'insurge contre la destruction de livres destinés aux enfants, dont des bandes dessinées d'Astérix ou de Tintin, la chercheuse indépendante qui a incité à cette purge n'aurait, contrairement à ses dires, aucun lien avec les peuples des Premières Nations.

Au pays du multiculturalisme, son ascendance autochtone lui assurait la légitimité nécessaire dans son combat pour la réconciliation avec les Premières Nation. Mais une nouvelle enquête de Radio-Canada démontre que Suzy Kies, «gardienne» autoproclamée du «savoir» autochtone et coprésidente de la commission des peuples autochtones du Parti libéral du Canada (PLC, formation du Premier ministre Justin Trudeau), n'a pas les origines qu'elle prétend avoir. La dame n'apparaît en effet sur aucun des registres amérindiens consultés par nos confrères.

Démission du Parti Libéral

Après des recherches approfondies dans les actes d'état civil, ainsi que dans les registres de recensement, il apparaît que Suzy Kies ne descend d'aucune des branches du peuple Abénakis, ethnie dont elle se réclame pourtant. En vertu de la Loi autochtone, elle n'a donc aucun statut d'Indien. Ironie de l'histoire pour celle qui dénonçait l'appropriation de l'histoire des Premières Nations par les Blancs. Et qui est en partie responsable de la destruction de près de 5000 livres destinés aux enfants, dont des bandes dessinées d'Astérix, Tintin et Lucky Luke, jugés offensants pour les peuples autochtones. Après ces révélations, cette chercheuse a démissionné le 8 septembre du PLC. Tout en maintenant ses affirmations quant à sa généalogie: «*Ces recherches [Effectuées par elle et sa famille dans les années 1990, N.D.L.R.] ont confirmé que nous étions d'ascendance abénakise. Cela a confirmé ce que ma grand-mère nous avait toujours dit*», a-t-elle écrit dans un communiqué transmis à la presse. Elle a également justifié son retrait du parti par le refus «*que l'on se serve de [son] histoire pour nuire à Justin Trudeau*». Elle s'est également dite blessée de cette remise en question publique de son identité, arguant qu'elle poursuivrait son «*travail pour faire avancer la réconciliation et honorer l'histoire de [sa] famille*». «*J'ai consacré ma vie à rendre hommage à ma culture et à défendre les droits des enfants et jeunes Autochtones à bénéficier des mêmes opportunités d'éducation et d'emploi que les peuples non autochtones*», poursuit-elle. Contactée par *Le Figaro*, Suzy Kies n'a pas donné suite pour l'instant à nos demandes d'entretiens.

Mise en pause du processus du projet «Redonnons à Mère-Terre»

De son côté, les membres du conseil scolaire catholique Providence, l'autorité administrative qui, après avoir fait appel à Suzy Kies, a mis en place la purge littéraire dans trente écoles primaires et établissements secondaires de l'Ontario, se sont dits «*profondément troublés et inquiets*». «*Nous avons la certitude que Suzy Kies était de descendance autochtone. Nous lui avons d'ailleurs demandé et elle nous l'avait confirmé. Nous nous étions fiés à sa parole. [...] Nous avons le regret de ne pas avoir fait des recherches plus approfondies à son sujet*», nous confie la porte-parole du conseil, Lyne Cosette. Évitant soigneusement nos questions au sujet du projet baptisé «Redonnons à Mère-Terre», dont le but est de «*dépouiller les bibliothèques de tous les livres qui promeuvent des stéréotypes négatifs et faux à propos des personnes autochtones*», comme le racontait Suzy Kies dans une vidéo tournée en 2019, Lyne Cosette concède néanmoins : «*Ces révélations nous poussent à entreprendre une nouvelle réflexion sur notre processus de refonte. En ce sens, nous [...] mettons sur pause l'ensemble du projet "Redonnons à Mère-Terre".*»

Le débat enflamme la campagne électorale canadienne

Cette démission est intervenue quelques heures avant le «débat des chefs», où Justin Trudeau s'est notamment confronté à Yves-François Blanchet, chef du Bloc québécois et principal opposant dans les sondages au Québec. Attaqué sur son manque de fermeté face au scandale engendré par les pratiques de Kies et du conseil scolaire catholique Providence, le Premier ministre assuré qu'il jugeait, à titre personnel, «*inacceptable*» la destruction de ces ouvrages.

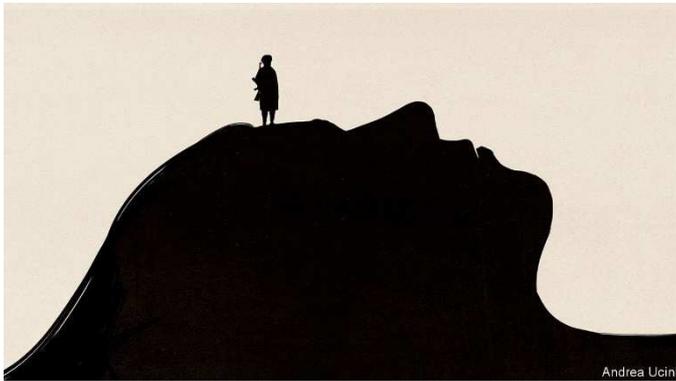
Il s'est néanmoins réfugié derrière son statut de non-autochtone. «*Il faut laisser beaucoup d'espace à l'identité personnelle. Je ne suis pas en train de défendre le geste, mais je veux que tout le monde fasse attention, a-t-il déclaré. Nous n'allons pas dire aux peuples autochtones comment ils doivent se sentir et trouver cet équilibre est important.*»

Des élections fédérales anticipées doivent se tenir le 20 septembre dans le pays, après que le Premier ministre a demandé la dissolution du Parlement le 15 août 2021. Alors que le PLC placé deuxième dans les sondages, derrière les conservateurs, l'affaire Suzy Kies enfonce un peu plus Justin Trudeau, déjà mis en minorité à la Chambre des communes depuis le scrutin de 2019.

Sex and geopolitics

Why nations that fail women fail

And why foreign policy should pay more heed to half of humanity



[Sep 11th 2021 edition](#)

After America and its allies toppled the Taliban in 2001, primary-school enrolment of Afghan girls rose from 0% to above 80%. Infant mortality fell by half. Forced marriage was made illegal. Many of those schools were rinky-dink, and many families ignored the law. But no one seriously doubts that Afghan women and girls have made great gains in the past 20 years, or that [those gains are now in jeopardy](#).

The United States is “committed to advancing gender equality” through its foreign policy, according to the State Department. Bequeathing billions of dollars-worth of arms and a medium-size country to a group of violent misogynists is an odd way to show it. Of course, foreign policy involves [difficult trade-offs](#). But there is growing evidence that Hillary Clinton was on to something when she said, a decade ago, that “The subjugation of women is...a threat to the common security of our world.” [Societies that oppress women](#) are far more likely to be violent and unstable.

There are several possible reasons for this. In many places girls are selectively aborted or fatally neglected. This has led to skewed sex ratios, which mean millions of young men are doomed to remain single. Frustrated young men are more likely to commit violent crimes or join rebel groups. Recruiters for Boko Haram and Islamic State know this, and promise them “wives” as the spoils of war. Polygamy also creates a surplus of single young men. Multiple wives for men at the top means brooding bachelorhood for those at the bottom.

All conflicts have complex causes. But it may be no coincidence that Kashmir has one of the most unbalanced sex ratios in India, or that all of the 20 most turbulent countries on the Fragile States index compiled by the Fund for Peace in Washington practise polygamy. In Guinea, where a [coup](#) took place on September 5th, 42% of married women aged 15-49 are in polygamous unions. China’s police state keeps a lid on its many surplus men, but its neighbours sometimes wonder whether their aggression may some day seek an outlet.

Outside rich democracies, the male kinship group is still the basic unit of many societies. Such groups emerged largely for self-defence: male cousins would unite to repel outsiders. Today, they mostly cause trouble. Tit-for-tat clan feuds spatter blood across the Middle East and the Sahel. Tribes compete to control the state, often violently, so they can divvy up jobs and loot among their kin. Those states become corrupt and dysfunctional, alienating citizens and boosting support for jihadists who promise to govern more justly.

Societies based on male bonding tend to subjugate women. Fathers choose whom their daughters will marry. Often there is a bride price—the groom's family pay what are sometimes hefty sums to the bride's family. This gives fathers an incentive to make their daughters marry early. It is not a small problem. Dowries or bride prices are common in half the world's countries. A fifth of the world's young women were married before the age of 18; a twentieth before 15. Child brides are more likely to drop out of school, less able to stand up to abusive husbands and less likely to raise healthy, well-educated children.

Researchers at Texas a&m and Brigham Young universities compiled a global index of pre-modern attitudes to women, including sexist family laws, unequal property rights, early marriage for girls, patrilocal marriage, polygamy, bride prices, son preference, violence against women and legal indulgence of it (for example, can a rapist escape punishment by marrying his victim?). It turned out to be highly correlated with violent instability in a country.

Various lessons can be drawn from this. In addition to their usual analytical tools, policymakers should study geopolitics through the prism of sex. That index of sexist customs, had it existed 20 years ago, would have warned them how hard nation-building would be in Afghanistan and Iraq. Today, it suggests that stability cannot be taken for granted in Saudi Arabia, Pakistan or even India.

Peace talks should include women. Between 1992 and 2019, only 13% of negotiators and 6% of signatories of peace deals were female. Yet peace tends to last longer when women are at the table. This may be because they are more ready to compromise; or perhaps because a room without women implies a stitch-up between the men with guns without input from non-combatants. Liberia got this right and ended a ghastly civil war; Afghanistan's new rulers have not.

More broadly, governments should mean it when they say they want to liberate half of humanity. Educate girls, many of whom have quit school to work or marry since covid-19 impoverished their families. Enforce bans on child marriage and on female genital mutilation, hard though that is in remote villages. Do not recognise polygamy. Equalise inheritance rights. Teach boys not to hit women. Introduce public pensions, which undermine the tradition whereby couples are expected to live with the man's parents, because the elderly have no other means of support.

Most of these are tasks for national governments, but outsiders have some influence. Since Western donors started harping on about girls' education, more girls have gone to school (primary enrolment has risen from 64% in 1970 to nearly 90% today). Campaigners against early marriage have prompted more than 50 countries to raise the minimum age since 2000. Boys need to learn about non-violence from local mentors, but ideas about how to design such programmes are shared through a global network of charities and think-tanks. Donors such as usaid and the World Bank have done a fair job of promoting property rights for women, even if their Afghan efforts are about to go up in smoke.

The radical notion

Foreign policy should not be naive. Countries have vital interests, and need to deter foes. Geopolitics should not be viewed solely through a feminist lens, any more than it should be viewed solely in terms of economics or nuclear non-proliferation. But policymakers who fail to consider the interests of half the population cannot hope to understand the world.



The Economist

But they also know precious little about the dozen or so missions in which German troops serve, from Atalanta, an anti-piracy naval effort off the Horn of Africa, to stabilisation forces in Kosovo. Polls also show that Germans are persistently reluctant to throw their military weight around. There is a yawning gap between the views of voters and the security establishment. This finds expression in the mandates that parliament gives the army, which can scale absurd heights. At one point German troops in Afghanistan carried cards bearing instructions on what to say to enemies in the field: “United Nations—Stop, or I will fire!” A Pushtu translation was also provided.

Unsurprisingly, then, Afghanistan has failed to turn Germany’s election campaign upside down. There have been ritualistic expressions of support for the eu to do more for its own security amid a dawning awareness that, as an official puts it, Mr Biden’s administration is about “Americans first”. But the only substantial idea in the air is to set up a national security council to weave a coherent policy from the competing strands of Germany’s foreign-policy machinery. Opinions vary on whether such bureaucratic answers match up to Germany’s strategic challenges.

There are nuances in the parties’ foreign-policy platforms. In government the Greens would inject a degree of hawkishness towards authoritarian states; the Social Democratic Party (spd) has a contingent of Russia doves. But whichever of the possible coalitions emerges is unlikely to have a decisive impact on Germany’s foreign-policy outlook, says Fritz Felgentreu, an outgoing spd mp. None of the four parties in contention for government questions Germany’s transatlantic bond, its European vocation or its position in nato. All accept the need to recalibrate the relationship with China. The foreign-policy chapter of the next coalition agreement will be the product less of considered reflection on Germany’s place in the world than of hard-fought compromise between several parties that must find a way to govern together.

Yet there is still scope for wrangling. The next parliament must resolve a long-running debate over giving the Bundeswehr armed drones; it must boost Germany’s cyber-resilience; and it must consider its role in nato’s nuclear-sharing. The overstretched armed forces need stable funding increases, even as Germany confronts its debt overhang from covid-19. It must also articulate a new China policy that takes into account American pressure and growing Sino-scepticism among German businesses. Meanwhile its eu partners will expect it to lead the response to the next crisis, be it a fresh Russian military challenge or another flow of refugees.

Fresh thought also needs to be given to the Bundeswehr’s outstanding deployments. This applies especially to the Sahel, which now that the Afghanistan mission has ended is the largest: around 1,200 German troops take part in eu and un missions. Parallels with the Afghan effort are obvious. A German force dispatched

initially to support an ally battling terrorism (America in Afghanistan; France in Mali), with a limited mandate, uncertain prospects for success and growing questions over its purpose. French troops do the serious fighting, but German soldiers are exposed: a dozen were hurt in a suicide attack in June. “We need a serious discussion about the conditions under which we deploy,” says Carlo Masala at the Bundeswehr University in Munich. “If we do things like Afghanistan and Mali in future, we have to go fully in: meaning doing the dirty stuff.”

Yet a “grave rethinking” of public life would be needed to make Germany a truly autonomous power, argues Cathryn Clüver Ashbrook, director of the German Council on Foreign Relations. Better to carve out a role as a “hinge” power, conducting shrewd diplomacy in those areas where America or other allies struggle, including with China. But even that will require a hard-headed assessment of Germany’s interests, ambitions and limitations. If the election campaign is any guide, the country is far from ready for one.

The cost of misogyny

Societies that treat women badly are poorer and less stable

Oppressing women not only hurts women; it also hurts men



Kiana Hayeri/The New York Times/Redux/Eyevine

Sep 11th 2021

BASRA AND TORORO

“A woman who drives a car will be killed,” says Sheikh Hazim Muhammad al-Manshad. He says it matter-of-factly, without raising his voice. The unwritten rules of his tribe, the al-Ghazi of southern Iraq, are clear. A woman who drives a car might meet a man. The very possibility is “a violation of her honour”. So her male relatives will kill her, with a knife or a bullet, and bury the body in a sand dune.

The sheikh is a decorous host. He seats his guests on fine carpets, in a hall that offers shade from the desert sun. He bids his son serve them strong, bitter coffee from a shared cup. He wears a covid face-mask.

Yet the code he espouses is brutal. And one aim of that brutality is to enable men to control women’s fertility. A daughter must accept the husband her father picks. If she dallies with another man, her male kin are honour-bound to kill them both.

Women mostly stay indoors. Your correspondent visited three Shia tribes in southern Iraq in June, and wandered through their villages. He did not see a single post-pubescent woman.

Oppressing women is not only bad for women; it hurts men, too. It makes societies poorer and less stable, argue Valerie Hudson of Texas a&m University and Donna Lee Bowen and Perpetua Lynne Nielsen of Brigham Young University.

Some Iraqi cities are quite liberal by Middle Eastern standards, but much of the rural hinterland is patriarchal in the strict sense of the word. The social order is built around male kinship groups. The leaders are all men.

At home, women are expected to obey husbands, fathers or brothers. At tribal meetings, they are absent. “I’ll be clear: according to tribal custom, a woman does not have freedom of expression,” says Mr Manshad.

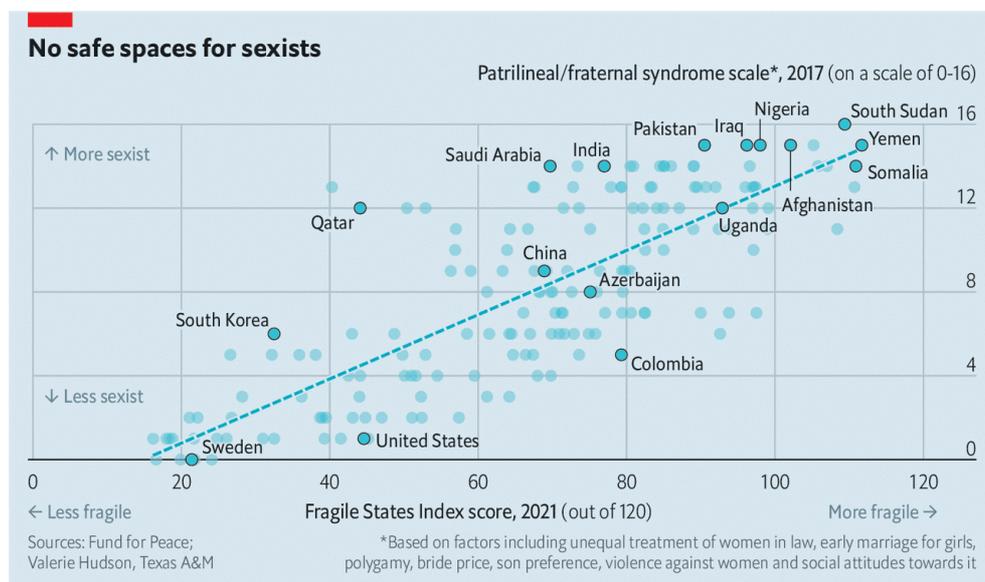
The male kinship group has been the basic unit of many, if not most, societies for much of history. It evolved as a self-defence mechanism. Men who were related to each other were more likely to unite against external enemies.

If they married outside the group, it was the women who moved to join their husbands. (This is called “patrilocal” marriage, and is still common in most of Asia, Africa and the Middle East.) The bloodline was deemed to pass from father to son (this arrangement is called “patrilineal”). Property and leadership roles also passed down the male line. Daughters were valued for their ability to give birth to sons. Strict rules were devised to ensure women’s chastity.

Such rules were designed for a world without modern states to keep order, or modern contraception. In rich, liberal countries, the idea of the male kinship group as the building block of society faded long ago. Elsewhere, it is surprisingly common. As a group that champions an extreme version of it has just seized power in Afghanistan, it is worth looking at how such societies work.

In “The First Political Order: How Sex Shapes Governance and National Security Worldwide”, Ms Hudson, Ms Bowen and Ms Nielsen rank 176 countries on a scale of 0 to 16 for what they call the “patrilineal/fraternal syndrome”. This is a composite of such things as unequal treatment of women in family law and property rights, early marriage for girls, patrilocal marriage, polygamy, bride price, son preference, violence against women and social attitudes towards it (for example, is rape seen as a property crime against men?).

Rich democracies do well; Australia, Sweden and Switzerland all manage the best-possible score of zero (see chart). Iraq scores a woeful 15, level with Nigeria, Yemen and (pre-Taliban) Afghanistan. Only South Sudan does worse. Dismal scores are not limited to poor countries (Saudi Arabia and Qatar do terribly), nor to Muslim ones (India and most of sub-Saharan Africa do badly, too). Overall, the authors estimate that 120 countries are still to some degree swayed by this syndrome.



The Economist

As a patriarch, Mr Manshad is expected to resolve problems his tribesmen bring to him. Many involve bloodshed. “Yesterday,” he says, he had to sort out a land dispute. Men from another tribe were digging up sand to make cement on a patch of land that both they and Mr Manshad’s tribe claim. Shooting broke out. A man was hit in the thigh. A truce was called to discuss compensation, mediated by a third tribe. In a separate incident five days ago, three men were killed in a quarrel over a truck. We have “many problems like this”, sighs the sheikh.

The Iraqi police are reluctant to intervene in tribal murders. The culprit is probably armed. If he dies resisting arrest, his male relatives will feel a moral duty to kill the officer who fired the shot or, failing that, one of his colleagues. Few cops want to pick such a fight. It is far easier to let the tribes sort out their own disputes.

The upshot is that old codes of honour often trump Iraqi law (and also, whisper it, Islamic scripture, which is usually milder). Cycles of vengeance can spiral out of control. “Innocent bystanders are being killed,” complains Muhammed al-Zadyn, who advises the governor of Basra, a southern city, on tribal affairs. “The last gun battle was the day before yesterday,” he says. The previous month he had helped resolve a different quarrel, which dated back to a murder in 1995 and had involved tit-for-tat killings ever since. Mr Zadyn has two bullet wounds in his head, inflicted after he decried tribal shakedowns of oil firms.

His phone rings; another feud needs mediation. A woman was accused of having sex outside marriage. So far, seven people have been killed over it, and five wounded in the past few days. Because two of the slain were elders, their kin say they must kill ten of the other tribe to make it even. Mr Zadyn has a busy night ahead.

Clan loyalties can cripple the state. When a clan member gets a job in the health ministry, he may feel a stronger duty to hire his unqualified cousins and steer contracts to his kin than to improve the nation’s health. This helps explain why Iraqi ministries are so corrupt.

And when the state is seen as a source of loot, people fight over it. Iraq saw five coups between independence in 1932 and Saddam Hussein’s takeover in 1979; since then it has invaded two neighbours, been invaded by the United States, seen jihadists set up a caliphate, Kurds in effect secede and Shia militias, some backed by Iran, become nearly as powerful as the government. Clearly, not all this can be blamed on patriarchal clans. But it cannot all be blamed on foreigners, either.

Ms Hudson and her co-authors tested the relationship between their patrilineal syndrome and violent political instability. They ran various regressions on their 176 countries, controlling for other things that might foster conflict, such as ethnic and religious strife, colonial history and broad cultural categories such as Muslim, Western and Hindu.

They did not prove that the syndrome caused instability—that would require either longitudinal data that have not yet been collected or natural experiments that are virtually impossible with whole countries. But they found a strong statistical link. The syndrome explained three-quarters of the variation in a country’s score on the Fragile States index compiled by the Fund for Peace, a think-tank in Washington. It was thus a better predictor of violent instability than income, urbanisation or a World Bank measure of good governance.

The authors also found evidence that patriarchy and poverty go hand in hand. The syndrome explained four-fifths of the variation in food security, and four-fifths of the variation in scores on the UN’s Human Development Index, which measures such things as lifespan, health and education. “It seems as if the surest way to curse one’s nation is to subordinate its women,” they conclude.

Sexism starts at home

The obstacles females face begin in the womb. Families that prefer sons may abort daughters. This has been especially common in China, India and the post-Soviet Caucasus region. Thanks to sex-selective abortion and the neglect of girl children, at least 130m girls are missing from the world’s population, by one estimate.

That means many men are doomed to remain single; and frustrated single men can be dangerous. Lena Edlund of Columbia University and her co-authors found that in China, for every 1% rise in the ratio of men to women, violent and property crime rose by 3.7%. Parts of India with more surplus men also have more violence against women. The insurgency in Kashmir has political roots, but it cannot help that the state has one of most skewed sex ratios in India.

Family norms vary widely. Perhaps the most socially destabilising is polygamy (or, more precisely, polygyny, where a man marries more than one woman). Only about 2% of people live in polygamous households. But in the most unstable places it is rife. In war-racked Mali, Burkina Faso and South Sudan, the figure is more than a third. In the north-east of Nigeria, where the jihadists of Boko Haram control large swathes of territory, 44% of women aged 15-49 are in polygynous unions.

If the richest 10% of men have four wives each, the bottom 30% will have none. This gives them a powerful incentive to kill other men and steal their goods. They can either form groups of bandits with their cousins, as in north-western Nigeria, or join rebel armies, as in the Sahel. In Guinea, where soldiers carried out a coup on September 5th, 42% of married women aged 15-49 have co-wives.

Bride price, a more widespread practice, is also destabilising. In half of countries, marriage commonly entails money or goods changing hands. Most patrilineal cultures insist on it. Usually the resources pass from the groom's family to the bride's, though in South Asia it is typically the other way round (known as dowry).

The sums involved are often large. In Tororo district in Uganda, a groom is expected to pay his bride's family five cows, five goats and a bit of cash, which are shared out among her male relatives. As a consequence, "some men will say: 'you are my property, so I have the right to beat you,'" says Mary Asili, who runs a local branch of Mifumi, a women's group.

Bride price encourages early marriage for girls, and later marriage for men. If a man's daughters marry at 15 and his sons at 25, he has on average ten years to milk and breed the cows he receives for his daughters before he must pay up for his sons' nuptials. In Uganda, 34% of women are married before the age of 18 and 7% before the age of 15. Early marriage means girls are more likely to drop out of school, and less able to stand up to an abusive husband.

A story from Tororo is typical. Nyadoi (not her real name) waited 32 years to leave her husband, though he once threatened to cut off her head with a hoe. He was "the kind of man who marries today, tomorrow and everyday." She was the first wife. When he added a third, her husband sold the iron sheets that Nyadoi had bought to make a new roof. Perhaps he needed the cash for his new wife.

Bride price can make marriage unaffordable for men. Mr Manshad in Iraq complains: "Many young men can't get married. It can cost \$10,000." Asked if his tribe's recent lethal disputes over sand and vehicles might have been motivated by the desire to raise such a sum, he shrugs: "It is a basic necessity in life to get married."

Insurgent groups exploit male frustration to recruit. Islamic State gave its fighters sex slaves. Boko Haram offers its troops the chance to kidnap girls. Some Taliban are reportedly knocking on doors and demanding that families surrender single women to "wed" them.

You don't own me

Patrilineality is sustained by property rules that favour men. To keep assets within the patriline, many societies make it hard for women to own or inherit property. Written laws are often fairer, but custom may trump them. In India, only 13% of land is held by women. Several studies have shown that women who own land have more bargaining power at home and are less likely to suffer domestic violence.

Nyadoi tried to build a small house on the land of her deceased parents, but her cousins told her she could not, because she was a woman. Only when staff from Mifumi interceded at a clan meeting and laid out her rights under Ugandan law did her relatives let her have a small patch of land. She now lives there, away from her husband. She sobs as she recalls "all the suffering for so many years...fighting, beatings, cuttings, being chased away."

Home matters. If boys see their fathers bully their mothers, they learn to bully their future wives. They may also internalise the idea that might makes right, and apply it in the public sphere. Ms Hudson argues that if women are subject to autocracy and terror in their homes, society is also more vulnerable to these ills.



Ready to take on the world

Yet there are reasons for optimism. Globally, patrilineal culture is in retreat. The selective abortion of girls is declining. The male-to-female ratio at birth peaked in China and India and has fallen since. In South Korea, Georgia and Tunisia, which used to have highly skewed sex ratios, it has fallen back to roughly the natural rate.

Child marriage is falling, too. Since 2000 more than 50 countries have raised the legal minimum age of marriage to 18. Globally, 19% of women aged 20-24 were married by 18 and 5% by 15, according to Unicef, the UN's children's fund, but that is down from 31% and more than 10% in 2000. Polygyny is less common than it was, and often unpopular even where it is widespread, because of the harm it does to women and non-elite men. Women's groups have pushed for bans in countries such as India, Uganda, Egypt and Nigeria.

Even in rural Iraq, some sexist traditions are in retreat. Mr Manshad says it is no longer acceptable for men to pay blood debts by handing over a daughter. "It is *haram* [sinful]," he says, though local feminists say it still goes on.

Other trends that help include urbanisation and pensions. When women move to cities, they earn higher wages and increase their clout at home. Their clan ties tend to loosen, too, since they live surrounded by non-members.

When the state provides pensions, old people no longer depend so completely on their children to support them. This weakens the logic of patrilineality. If parents do not need a son to take care of them, they may not desire one so fervently, or insist so forcefully that he and his wife live with them. They may even feel sanguine about having a daughter.

That is what happened in South Korea, the country that in modern times has most rapidly dismantled a patrilineal system. In 1991 it equalised male and female inheritance rights, and ended a husband's automatic right to custody of the children after divorce. In 2005 the legal notion of a single (usually male) "head of household" was abolished. In 2009 a court found marital rape unconstitutional. Meanwhile, increased state pensions sharply reduced the share of old Koreans who lived with, and depended on, their sons. And among parents, one of the world's strongest preferences for male babies switched within a generation to a slight preference for girls.

The change was so fast that it prompted a backlash among bewildered men. By comparison, it took ages for patrilineal culture to wither in the West, though it started much earlier, when the Catholic church forbade polygamy, forced and cousin marriage and the disinheritance of widows in the seventh century.

Individual attitudes can evolve. In Uganda, which has seen five violent changes of government since independence and invaded most of its neighbours, 49% of women and 41% of men tell pollsters that it is sometimes acceptable for a man to beat his wife. But this rate is in decline.

In the northern district of Lira, which is still recovering from a long war against rebels of the Lord's Resistance Army, domestic violence is rampant, says Molly Alwedo, a social worker. But it is falling. She credits the real Fathers Initiative, a project designed by Save the Children, a charity, and the Institute for Reproductive Health at Georgetown University. It offers older male mentors to young fathers to improve their parenting and relationship skills.

Gary Barker of Promundo, an ngo that promotes such mentoring globally, says: "There's always a cohort of men who say, wait a minute, I don't believe in these [sexist] norms. [They see the] consequences for their mums and their sisters." It is local dissidents, rather than parachuting Westerners, who make the best messengers. Mentors do not tell young men their attitudes are toxic. They get them to talk; about what happens in their homes and whether it is fair. Peers swap tips on how to control their anger.

It doesn't work everywhere. But a randomised controlled trial with 1,200 Ugandan fathers found that such efforts resulted in a drop in domestic violence. Emmanuel Ekom, a real Fathers graduate, used to come home drunk and quarrel until morning, says his wife, Brenda Akong. Now he does jobs he once scorned as women's work, such as collecting firewood and water. One day she came home and discovered him cooking dinner.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/anschlaege-vom-11-september-2001-und-modernisierung-des-islams-17531321.html?premium>

FOLGEN DER ANSCHLÄGE VON 9/11:

Der Kampf um die Seele des Islams

- VON RAINER HERMANN
- -AKTUALISIERT AM 10.09.2021-16:51



Am 28. September 2001 demonstrieren Islamisten in der pakistanischen Stadt Peschawar mit Bildern des Al-Qaida-Führers Osama bin Laden. Bild: Georges Merillon/Gamma

Unmittelbar nach den Anschlägen jubelten viele Muslime. Doch das hielt nicht lange an: Als Gegenreaktion setzten Bemühungen ein, den Islam zu modernisieren – und die Islamisten gerieten in die Defensive.

In vielen Ländern der arabischen Welt waren die Menschen zu Freudenkundgebungen auf die Straße geströmt, als sie am 11. September 2001 die Bilder von den beiden einstürzenden Türmen des World Trade Centers sahen. Sie lagen sich in den Armen, zunächst interessierte sie nicht, wer die Attentäter waren. Die Älteren zogen Parallelen zum Oktober 1973, als die ägyptische Armee die israelische Verteidigungslinie am Ostufer des Suezkanals überquerte. Die einstürzenden Türme hätten die „amerikanische Arroganz“ unter sich begraben, hieß es. In den Medien wurde der Koranvers 4:78 rezitiert: „Wo immer ihr auch seid, wird euch der Tod erfassen, und wäret ihr auch in hochgebauten Türmen.“

Die Muslime fanden sich in ihrer Religion bestätigt. Als wenig später der amerikanische Präsident George W. Bush einen „Kreuzzug gegen den Terror“ ausrief, nahmen die Muslime ihn als Krieg gegen ihre Religion wahr. Und nun machten Verschwörungstheorien die Runde: Einmal steckten die Amerikaner selbst hinter dem Attentat, dann war es die „jüdische Weltverschwörung“.

Erst als der Terror auch islamische Länder erreichte, setzte ein Umdenken ein, der Jubel wich der Ernüchterung. Der Wendepunkt war das Jahr 2003. Zunächst bestätigte der von den Vereinigten Staaten angeführte Einmarsch im Irak die Selbstwahrnehmung vieler Muslime, dass ihre Religion „verfolgt“ werde. Dann waren die Selbstmordanschläge vom 12. Mai 2003 in Riad, bei dem 35 Menschen getötet und viele hundert verletzt wurden, der Auftakt zu einer Terrorserie vor allem gegen Saudi-Arabien. Die Einsicht machte sich breit, dass sich die Brut, die der intolerante wahhabitische Islam hervorgebracht hatte, auch gegen das Königreich richtete.

In den folgenden zwei Jahrzehnten fielen dem Terror, der im Namen des Islams verübt wurde, weit mehr Muslime als Nichtmuslime zum Opfer – in Bürgerkriegen wie im Irak und in Syrien und durch Anschläge. Regierungen nahmen den Kampf gegen den Terror auf, und in der islamischen Welt setzte eine Debatte über die Religion mit einer Intensität ein, wie sie es im 20. Jahrhundert nicht gegeben hatte.

Seither wird ein Kampf um die Deutungshoheit und um die Seele des Islams geführt. Während um die Jahrtausendwende ein Fundamentalismus, der den Koran buchstabengetreu auslegt, starken Zulauf hatte, gewann in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine Auslegung die Oberhand, die von den Muslimen Toleranz gegenüber Nichtmuslimen und Offenheit gegenüber der nichtmuslimischen Welt fordert. Die Extremisten, die behaupten, sie allein legten die Quellen des Islams richtig aus, sind in die Defensive geraten.

Saudi-Arabiens Rolle wandelte sich

Zwar haben in Afghanistan die Taliban wieder die Macht übernommen, und die Terrororganisationen „Islamischer Staat“, Al-Qaida und Boko Haram verbreiten aus ihren Rückzugsgebieten heraus weiterhin Angst und Schrecken. Jedoch haben sich die führenden religiösen Autoritäten im Islam noch nie so deutlich wie heute von den extremistischen Auslegungen der Quellen ihrer Religion distanziert. Dazu bedurfte es jedoch erst des Terrors vom 11. September 2001. Saudi-Arabien, das mit dem Export des wahhabitischen Islams die Saat des Terrors in die Welt getragen hatte, übernahm nun auch im Kampf gegen den extremistischen Islam eine führende Rolle. Muhammad Bin Salman, Kronprinz seit 2017, hat der Welt versprochen, dass das Königreich künftig für einen „moderaten Islam“ stehen werde.

So hatte die in Saudi-Arabien beheimatete Muslimische Weltliga noch in den 1980er-Jahren mit Fatwas, also Rechtsgutachten, den Dschihad gerechtfertigt. In ihrer Mekka-Charta aus dem Jahr 2019 rief sie indes zum weltweiten Dialog auf. Sie bekräftigte die Gleichheit aller Menschen, unabhängig ihrer Rasse oder Religion, denn die Unterschiede zwischen den Menschen seien Gottes Wille, und wies jeglichen Überlegenheitsanspruch von Religionen zurück. Zudem distanzierte sie sich von der Erklärung von Kairo aus dem Jahr 1993, die die Menschenrechte unter den Vorbehalt der Scharia stellte.

Jugendliche wenden sich von der Religion ab

In den vergangenen zwei Jahrzehnten sind mehr als 120 Fatwas und Erklärungen hoher islamischer Persönlichkeiten ergangen. Viele beschäftigen sich mit dem Konzept des Dschihad, um die Behauptung der Extremisten zu widerlegen, dass der Dschihad gegen die „Ungläubigen“ die Pflicht eines Muslimen sei. **Seit 2007 findet zudem auf höchster Ebene ein ernsthafter Dialog zwischen den beiden größten Weltreligionen, dem Christentum und dem Islam, statt. So unterzeichneten 2019 Papst Franziskus und der Scheich al-Azhar, Ahmad al Tayyeb, in Abu Dhabi das Dokument über die Brüderlichkeit aller Menschen.**

Während die Extremisten an ihrer vormodernen Auslegung der Quellen des Islams festhalten, versuchen Religionsgelehrte, den Islam in Einklang mit der modernen Welt zu bringen, ohne die Grundwerte ihrer Religion aufzugeben. **Viele von ihnen sind jedoch Beamte, so in Saudi-Arabien, Ägypten und der Türkei. Sie führen aus, was die Politik ihnen vorgibt. Diese Abhängigkeit von einem Staat schwächt ihre Glaubwürdigkeit.**

Glaubwürdiger sind unabhängige Religionsgelehrte wie **Yahya Cholil Staquf, der Vorsitzende der größten indonesischen islamischen Vereinigung Nahdlatul Ulama**. Er sagt, solange die Muslime an Doktrinen der mittelalterlichen Orthodoxie festhielten, könnten sie nicht friedlich in den multikulturellen und multireligiösen Gesellschaften des 21. Jahrhunderts leben. **Bei allem Fortschritt in den öffentlichkeitswirksamen Erklärungen: Die Wirklichkeit in vielen Ländern der islamischen Welt sieht anders aus. Das ist ein Grund dafür, dass sich in arabischen Ländern mehr und mehr Jugendliche von der Religion abwenden.** Aber es bleibt dabei: Die Muslime arbeiten an einer zeitgemäßen Auslegung ihrer Religion. So hat der Terror des 11. September 2001 in der islamischen Welt eine Erneuerung angestoßen.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/leila-slimani-zum-internationalen-literaturfestival-berlin-17530381.html?premium>

SLIMANI ÜBER CANCEL CULTURE:

Aufruf zum Verbrechen

- VON LEÏLA SLIMANI
- -AKTUALISIERT AM 10.09.2021-18:04



Die französisch-marokkanische Schriftstellerin Leïla Slimani bei der Eröffnung des Internationalen Literaturfestivals Berlin im September 2021 Bild: Jens Gyarmaty

Die wahre Cancel Culture ist die, die darin besteht, das Kulturerbe Aleppos in Schutt und Asche zu legen oder auf Menschen zu schießen, weil sie in Paris tanzen. Sie löscht Sprachen, Religionen und Gemeinschaften aus.

Meine Damen, ich möchte Sie dazu ermutigen, einen Mord zu begehen. Sie brauchen dafür keine ausgefeilten Waffen. Nehmen Sie, was Sie gerade zur Hand haben. Ihre Tasche, einen spitzen Stift, einen Regenschirm oder ein paar Steine von der Straße. Ein Buch tut es auch. Frauen, die lesen, seien gefährlich, sagt man: höchste Zeit, es zu beweisen. Sie kennen das Opfer gut. Es lebt schon lange mit Ihnen zusammen. Hat Sie in schlaflosen Nächten verfolgt. Keine Angst, meine Herren, Sie sind nicht der Nabel der Welt, und es geht hier ausnahmsweise einmal nicht um Sie. Bleiben Sie bei uns, Sie haben nichts zu befürchten und könnten sogar zu Komplizen dieses Mordes werden.

Das Opfer kommt zu uns aus grauer Vorzeit. Sie ist ein Gespenst, das umgeht, ein Trugbild, das uns verzehrt, ein Mythos, der uns im Weg steht. Sie ist schön, sie ist liebreizend. Sie hat, wie in jeder Kindergeschichte, eine glockenhelle Stimme und einen Kussmund. Sie ist, um es mit [Virginia Woolf](#) zu sagen: „ungeheuer verständnisvoll, absolut bezaubernd, vollkommen selbstlos“; „eine Meisterin in der schwierigen Kunst des Familienlebens“. Meine Damen, ich fordere Sie auf, eine Unschuldige zu töten, einen Engel zu erlegen. Man wird Ihnen keine mildernden Umstände gewähren, denn das Verbrechen, zu dem ich Sie anstifte, ist unrecht und verachtenswert. Wie Germaine de Staël schrieb, findet die Frau als Engel des Hauses ihre Bestimmung, da „die Natur vorsah, dass die Gaben einer Frau dem Glück anderer dienen und ihr selbst wenig nützen sollen“.

Ein Löffel Salz

Eine Frau kann nicht alles haben, sie kann nicht mehr verlangen, als die Gesellschaft ihr zubilligt. Und wenn sie, als Ehefrau, als Mutter, die einen schützenden sozialen Status genießt, dennoch mehr verlangt, wird das Schicksal sie bestrafen. Sie wird unter einem Zug enden wie Anna Karenina, sie wird Gift trinken wie Madame Bovary, sie wird Nathaniel Hawthornes scharlachroten Buchstaben auf ihrem Kleid tragen. Sie wissen es sicher schon: Heute Abend fordere ich Sie auf, Schneewittchen zu erdrosseln, Dornröschen, die perfekte Mutter, die verständnisvolle Gattin, diejenige zum Schweigen zu bringen, die zugleich das Beste und das Schlechteste an Ihnen ist.

In Spanien und England wurde mit einer Gruppe acht- bis zehnjähriger Kinder ein sehr interessantes Experiment durchgeführt. Man sagte ihnen, sie würden für eine Joghurtwerbung gecastet und sollten diesen vor der Kamera mit begeisterter Miene probieren. Die Soziologen gaben einen Löffel Salz in jeden Joghurtbecher, und Folgendes geschah: Einhundert Prozent der Jungen spuckten den salzigen Joghurt angewidert aus. Nur ein Drittel der Mädchen weigerte sich, ihn zu essen. Der Rest lächelte weiter in die Kamera in der Hoffnung, die Rolle schließlich zu bekommen.

Die Bereitschaft zu missfallen

Mir scheint, ein wichtiger Schritt zur Emanzipation besteht für jede Frau darin, den Verhaltensmustern nicht länger zu entsprechen, die uns in der Kindheit vorgelebt wurden: nicht den Mund zu halten, nicht verständnisvoll zu sein, nicht jeden Kompromiss allein auf sich zu nehmen. Ich bin nicht die Mutter, die ich gerne wäre. Ebenso wenig die Tochter, die Ehefrau. Und so sehr mich das auch zermürbt hat, so groß meine Schuldgefühle waren, habe ich schließlich begriffen, dass es unmöglich ist, eine freie Frau zu sein, ohne zu enttäuschen. Ohne die Bereitschaft zu missfallen, während alles in unserer Erziehung, in unseren kollektiven Mythen, in der Art, wie wir uns selbst zurecht machen, uns dazu anhält, andere zufriedenzustellen. Das Bedürfnis zu gefallen, ist ein Gefängnis, das uns entfremdet und einschränkt. Die Angst, zu missfallen, Anstoß zu erregen oder Kummer zu bereiten, lässt uns schweigen und unseren Traum aufgeben. Frauen bringt man von klein auf bei, die Übertretung von Regeln zu fürchten. Diejenigen, die sich den Normen, den göttlichen oder menschlichen Geboten widersetzen, werden geächtet. Man füttert sie mit mahnenden Geschichten von kleinen Mädchen, die vom Weg abkommen und sich im Wald verirren. Man warnt sie vor jeglichem Leichtsinn, jeglicher Kühnheit, jeglicher waghalsigen Unternehmung.

Ich will ehrlich zu Ihnen sein. Wenn Sie das Verbrechen begehen, zu dem ich Sie anstifte, wird man Sie wahrscheinlich verurteilen und nicht verstehen. Man wird Sie egoistisch nennen, leichtfertig, eine Rabenmutter und schlechte Ehefrau. Aber wenn ich Sie überzeugen müsste, würde ich sagen, dass Sie in der Zelle, in der Sie enden werden, in guter Gesellschaft sind. Ich lebe in dieser Zelle. Und heute Abend möchte ich Ihnen die Geschichte der Verbrechen erzählen, die mich hierhergeführt haben.



Leïla Slimani eröffnet das Internationale Literaturfestival Berlin 2021. :Bild: Jens Gyarmaty

Mit sechzehn Jahren wurde mir bewusst, dass ich ein Mädchen war. Damals sagte ich mir: Ein Mädchen zu sein bedeutet, weniger tun zu können, weniger Rechte zu haben. Eine Frau konnte damals in Marokko, wo ich aufwuchs, mit ein paar Worten verstoßen werden. Sie konnte nicht reisen ohne die Erlaubnis ihres Mannes. Sie konnte ihre Staatsbürgerschaft nicht an die Kinder weitergeben; im Falle einer Scheidung verlor sie das Sorgerecht. Die Aussage einer Frau gegenüber einem Richter oder Notar zählte nur halb so viel wie die eines Mannes. Sie erbt nur halb so viel wie ihr Bruder. Eine Frau konnte keine Leiche zum Friedhof begleiten. Wenn ihr Sohn starb, musste eine Mutter drei Tage warten, ehe sie sein Grab besuchen durfte. Ich fragte, warum das so sei. Man sagte mir, Frauen seien unrein, anders als Männer. Ein Mädchen zu sein bedeutet genau das: irrationale Erklärungen zu bekommen. Auf deine Stimmungen, deine Periode, deine Haare, die Verwundbarkeit deines Körpers reduziert zu werden, der, so warnen uns die Frauen, von den Männern nur ausgenutzt wird. Ich war empört über diese Ungerechtigkeiten, doch mein Unbehagen saß noch

tiefer. Eine düstere, unbeschreibliche Beklommenheit, die umso quälender war, als ich sie mir selbst nicht erklären konnte.

Die Engländerin Virginia Woolf, die Marokkanerin Fatima Mernissi und die Nigerianerin [Chimamanda Ngozi Adichie](#) machten alle dieselbe Beobachtung zu unterschiedlichen Zeiten und auf unterschiedlichen Kontinenten: Die Welt ist voller „unsichtbarer Grenzen“, unausgesprochener Gesetze, an denen Frauen sich immerzu stoßen. „Hier dürfen Sie nicht rein“, sagt der Bibliothekar der Männer-Universität zu Virginia. „Hier kannst du nicht raus“, sagt der Haremswärter zur kleinen Fatima. „Sie gehören nicht hierher“, sagt ein Gast in einem Hotel in Luanda, wo Chimamanda sich allein niedergelassen hat.

Im Café de Flore

Einem Mann, der sie fragte, warum sie nicht mehr Sklaven gerettet habe, antwortete Harriet Tubman, die berühmte amerikanische Vorkämpferin für die Abschaffung der Sklaverei: „Wenn ich mehr Sklaven überzeugt hätte, dass sie Sklaven sind, hätte ich Tausende weitere retten können.“ Ich verdanke meine Bewusstwerdung [Simone de Beauvoir](#) und ihrem Buch „Das andere Geschlecht“. Ich muss ungefähr sechzehn Jahre alt gewesen sein, als ich zufällig auf ein Foto des „Bibers“ stieß. Sie sitzt an einem Tisch im Hinterzimmer des Café de Flore. Ihr Haar ist zu einem sorgfältigen Knoten gesteckt, sie trägt eine elegante Bluse und hält den Kopf gesenkt. Vor ihr türmt sich ein Stapel Bücher. Das war das erste Mal, dass ich von ihr hörte. Meine Mutter sagte mir, sie sei eine Intellektuelle, ein unabhängiger Geist, eine Frau, die es als Jugendliche gewagt habe, einer ihrer Freundinnen zu sagen, sie würde einmal eine „berühmte Schriftstellerin“ werden. Nachdem ich dieses Foto gesehen hatte, lieh ich mir „Das andere Geschlecht“ aus der Bibliothek aus. Ich muss zugeben, ich erwartete ein freizügiges, erotisches Buch, das die brennenden Fragen beantwortete, die im Körper einer Sechzehnjährigen rumoren. Ich wurde rot, als ich dem Bibliothekar meinen Leseausweis reichte. Die ersten paar Seiten waren eine Enttäuschung. Es ging nicht um Liebe, es ging nicht um Sex, es war keine Abhandlung über die Lust. Doch ich las weiter.

Schließlich fand ich einige Antworten. Was man mir als naturgegeben, in Stein gemeißelt präsentiert hatte, war nichts weiter als ein historischer Umstand. Ich verdankte meine Unterjochung nicht den ureigenen Qualitäten oder Fehlern meines Geschlechts, sondern Jahrhunderten patriarchaler Herrschaft. Ich war nicht als Frau geboren, sondern alles um mich herum hatte sich verschworen, mich dazu zu machen. Ich konnte mein Schicksal selbst bestimmen.

Ich war gefährlich

Mein Verbrechen begann in einer Bibliothek. Dem redseligen und flunkernden jungen Mädchen, das ich war, verschafften Bücher alle Freuden der Welt. Ich fand darin ein neues Leben, größer und weiter als meines und die Träume, die für mich vorgesehen waren. Literatur war ein Raum der Emanzipation, und als Frau, als Marokkanerin, als Mädchen aus einem Land, von dem ich ahnte, dass es nicht gerade der Mittelpunkt der Welt war, entdeckte ich die Möglichkeit, mich selbst neu zu erfinden. Bücher gaben mir die Waffen, um zu verstehen, mich zu verteidigen, zu reagieren und zu überzeugen. Ich war eine Frau und eine Leserin. Ich war gefährlich.

Mit achtzehn Jahren zog ich nach Paris. Als naive, nerdige Studentin entdeckte ich die schönste Stadt der Welt. Gleich am Tag meiner Ankunft ging ich ins Café de Flore, um Simone de Beauvoirs Geist nachzuspüren. Es war ein heißer Septembernachmittag. Eine Frau saß auf der Terrasse, las und trank ein Glas Wein, was in Marokko unmöglich gewesen wäre. In dem Moment sagte ich zu mir, und es ist ziemlich seltsam, wenn ich jetzt darüber nachdenke: „Wenn ich den Nachmittag trinkend und rauchend allein auf dieser Terrasse verbringen kann, dann werde ich etwas aus meinem Leben machen.“ Und genau wie Simone de Beauvoir gab ich mir selbst ein Versprechen: Schriftstellerin zu werden.

Soziale Maske

Vor nicht allzu langer Zeit hat jemand zu mir gesagt, es sei kein Wunder, dass ich Romanautorin geworden sei, da ich aus einem Land komme, in dem man uns von klein auf beibringt zu lügen. Ich bin aufgewachsen während der Regierungszeit Hassans II., in einem Land, in dem Angst und Willkür herrschten. In Marokko

lebte ich sozusagen in einer Fantasiewelt. In dieser fiktiven Welt geben wir alle vor, tugendhaft zu sein. Wir geben vor, die Gesetze zu befolgen, die Sex außerhalb der Ehe, Abtreibung und Homosexualität verbieten, und die Menschen um uns herum geben vor, uns zu glauben. Die soziale Maske, die du trägst, die Lügen, die du erzählst, dienen in dieser Welt nicht einfach nur dazu, dich gut dastehen zu lassen oder dir Respekt zu verschaffen, sondern dazu, deine Haut zu retten.

In meinem Land werfen mir manche Leute vor, dass ich kein Blatt vor den Mund nehme und mich für sexuelle Rechte einsetze. Doch was mich am meisten verletzt, sind nicht die Anfeindungen, die Todesdrohungen, die Nachrichten, in denen jemand bis ins Detail beschreibt, wie er mich vergewaltigen will. Es ist nicht der islamistische Abgeordnete, der sagte, ich würde mich nur deshalb dafür einsetzen, Sex zu entkriminalisieren, weil ich zu hässlich wäre, selbst welchen zu haben. Nein, am meisten verletzen mich diejenigen, die meinen: „Du hast recht. Aber du solltest es nicht sagen.“ Diejenigen, die, obwohl sie meine Werte teilen und die Rechtmäßigkeit dieses Kampfes anerkennen, am Ende doch flüstern: „Auch wenn es stimmt, solltest du den Mund halten.“ Diese Verurteilung zum Schweigen ist für mich untragbar.

Selbst auferlegte Zensur

Der algerische Schriftsteller, Dichter und Journalist Tahar Djaout schrieb: „Schweigen ist Tod. Aber wenn du redest, stirbst du. Wenn du schweigst, stirbst du. Also rede und stirb.“ Tahar Djaout bekam am 26. Mai 1993 zwei Kugeln in den Kopf, ein Opfer von Hass und Obskurantismus wie so viele andere. Ist das nicht letztlich, auf tragische Weise, der Aufruf an uns Intellektuelle, Schriftstellerinnen, Forscher, Journalistinnen oder Künstler? Redet, koste es, was es wolle! Im Namen derer, die keine Stimme haben, die unsichtbar sind, die marginalisiert werden. Auch wenn ihre Worte stören, irritieren, den herrschenden Überzeugungen oder Normen widersprechen. Redet, bringt eine Sprache hervor, die sowohl Gewicht als auch Bedeutung hat und so die Litanei der Floskeln und abgestandenen Ideologien durchbricht. Hört nicht auf, daran zu glauben, dass ein Mensch, der liest, denkt, hinterfragt, ein Mensch ist, der für Fortschritt sorgt, der eher gewappnet ist, das Leben zu meistern und kollektive Ideale aufzubauen.

Sie werden mir sagen: Wie können wir das heutzutage tun, wo man uns einschärft, niemanden zu beleidigen; wie können wir Autorität umstürzen, wenn Künstler zum Schweigen gebracht werden, sobald sie als Person nicht makellos sind, und Kreative jeden schlechten Gedanken beichten sollen? Wie kann man ohne einen schlechten Gedanken schreiben? Der Druck der öffentlichen Debatte, die Verbreitung sozialer Netzwerke und solcher Phänomene wie der Cancel Culture tragen heute dazu bei, die Freiheit von Künstlerinnen und Schriftstellerinnen einzuschränken. Vielleicht ist das Deprimierendste, was heutzutage geschieht, die Zensur, die viele von uns sich selbst auferlegen. Aus Angst, missverstanden zu werden, sind Künstler nicht bereit, unbequem zu sein; sie fügen sich dem Zeitgeist und passen sich der gängigen Meinung an. Natürlich soll das nicht heißen, dass wir alles sagen können und dass Autoren keine Verantwortung tragen. Sie sind frei und haben deswegen, wie Bataille schrieb, eine „moralische Hyperverantwortung“. Und ich halte es für vollkommen normal und richtig, dass wir Werke der Vergangenheit, die möglicherweise sexistische oder rassistische Ideen verbreitet haben, einer äußerst kritischen Revision unterziehen.

Doch löschen und streichen? Das kann ich als Schriftstellerin nicht unterstützen. Wir schreiben gegen das Auslöschen an, wir exhumieren Leichen, sprechen mit Geistern, nähren unsere Scham und unsere Reue. Wir wissen, dass in der Literatur nichts gelöscht wird. Zeit und Grenzen existieren in Büchern nicht. Sie sind das Territorium, auf dem die Lebenden und die Toten für immer koexistieren können. Woolf, Duras, Tschechow, Tolstoi haben die Mauern eingerissen, die unsere Städte von unseren Friedhöfen trennen. Wir wissen, dass wir menschlicher Niedertracht und Monstrosität ins Gesicht sehen müssen, dass wir unserer Vergangenheit ins Gesicht sehen, uns ihr stellen müssen. Literatur liebt Narben. Vor allem ist sie ein Ort der Komplexität. Das ist es, was große Bücher uns lehren: dass wir nicht alles verstehen können, dass die Welt vieldeutig ist, dass sich uns der Sinn der Dinge oder Ereignisse oft nicht erschließt. Und dass es oft nicht ausreicht, sich aufs Urteilen zu beschränken.

Auf die Frage: „Können wir weiter Céline, Heidegger oder Nabokov lesen, können wir noch Wagner hören oder die Werke Gauguins bewundern?“ würde ich antworten, dass wir aufhören müssen, Leser oder Betrachter wie Dummköpfe zu behandeln. Wir sollten auf ihre Klugheit, ihr Wissen und ihren Sinn für die

Komplexität der Welt vertrauen. Man kann mit Begeisterung „Reise ans Ende der Nacht“ lesen und zugleich den Mann, der es geschrieben hat, verachtenswert finden.

Lassen Sie uns dieser Mode der Cancel Culture nicht mehr Bedeutung beimessen, als sie hat. Europäische Intellektuelle reden sich gern die Köpfe heiß über das, was an amerikanischen Hochschulen passiert. Doch das hindert uns daran, zu sehen, dass dort nicht die größte Gefahr lauert. Die wahre Cancel Culture ist die, die darin besteht, Buddha-Statuen zu sprengen, in Timbuktu historische Handschriften zu verbrennen, das Kulturerbe Aleppos in Schutt und Asche zu legen oder auf Menschen zu schießen, weil sie in Paris tanzen. Sie löscht Sprachen, Religionen und Gemeinschaften aus. Sie sperrt Künstler ein und macht sie mundtot, sie vernichtet die Träume von Millionen Frauen, die man daran hindert, zu werden, was sie möchten. Das ist es, was wir zuallererst bekämpfen müssen.

Einmal, nach einer Veranstaltung wie dieser, kam eine junge Frau zu mir. Meine Mutter war bei ihr, und die junge Frau fragte sie: „Lieben Sie Ihre Tochter noch? Ich würde selbst gerne schreiben, aber ich habe zu große Angst, dass meine Familie mich verstößt, dass die Leute in der Nachbarschaft es mir übelnehmen, dass niemand mich versteht.“ Sie können sich denken, was ich ihr geantwortet habe. Ich habe sie aufgefordert, ein Verbrechen zu begehen. Zu lesen und zu schreiben.

Deutsch von Amelie Thoma

Die marokkanisch-französische Schriftstellerin Leïla Slimani veröffentlichte zuletzt ihren Roman „Das Land der anderen“ (Luchterhand). Der Text ist die leicht gekürzte Eröffnungsrede des Internationalen Literaturfestivals Berlin, die sie am 8. September 2021 im silent green gehalten hat.

Le Figaro (site web)

vendredi 10 septembre 2021 - 19:55 UTC +02:00 3945 mots

Vox ; Vox Monde

Pierre Manent-Pascal Bruckner: «Le pire ennemi de l'Occident, c'est l'Occident lui-même»

Bastie, Eugénie

GRAND ENTRETIEN - Vingt ans après les attentats du 11 Septembre, les talibans sont de nouveau maîtres de l'Afghanistan, des régimes autoritaires s'assument et l'islamisme triomphe en plusieurs points du globe. L'Occident a-t-il encore un avenir? Pierre Manent et Pascal Bruckner en débattent.

Il y a vingt ans les tours jumelles du World Trade Center s'effondraient à New York, et avec elles, nombre d'illusions intellectuelles. Le rêve d'une paix perpétuelle, d'une mondialisation heureuse et d'une convergence démocratique laissait place au retour du tragique. Vingt ans plus tard, les talibans sont de nouveau maîtres de l'Afghanistan, des régimes autoritaires s'assument et l'islamisme triomphe en plusieurs points du globe. L'Occident a-t-il encore un avenir? L'auteur de *Situation de la France* * s'inquiète de voir triompher sans partage le dogme qu'il n'existe pas de peuples aux différences culturelles profondes, mais seulement des individus titulaires de droits. Pour sa part, l'auteur du *Sanglot de l'homme blanc* **, favorable à l'intervention en Irak en 2003 avant de modifier sa position, déplore le sentiment de culpabilité malade de l'Occident qui conduit au suicide civilisationnel.

LE FIGARO. - Il y a vingt ans avaient lieu les attentats du 11 Septembre. Comment avez-vous perçu cet événement à l'époque? A-t-il bouleversé chez vous des certitudes intellectuelles?

Pierre MANENT. - Je me souviens fort bien de cette fin de journée et de mes sentiments sur le moment et les jours suivants. Stupeur d'abord bien sûr, mais surtout colère et humiliation: la ville-monde était frappée avec une diabolique habileté et férocité, je me sentais moi aussi atteint et humilié, je désirais vivement que le crime fût puni et l'affront vengé, et pour cela que les Américains frappent durement ceux qui venaient de les attaquer. Ils frappèrent durement certes, mais au lieu de s'en tenir là - de s'en tenir à la légitime rétribution -, ils s'engagèrent dans une action indéfinie qui, vingt ans après, s'achève par une défaite éclair. Jamais les Américains n'ont aussi mal conçu, mal conduit, mal conclu une entreprise.

Au lendemain de l'attaque, désireux d'effacer au plus vite l'affront, ils ne prirent pas le temps d'évaluer sobrement la situation. Or, aussi cruelle et humiliante fût-elle, la destruction des tours jumelles n'entamait pas la puissance américaine et ne modifiait pas substantiellement le rapport des forces. Mais la République impériale, qui, depuis la chute du Mur, se sentait toute-puissante, se vit soudain vulnérable. Elle en éprouva une panique qu'elle exorcisa par une affirmation démesurée de son droit et de sa force, et qui fut en somme la première grande panique du nouveau millénaire.

Pascal BRUCKNER. - Les attentats du 11 Septembre m'ont horrifié sans me surprendre. J'avais déjà vu à Sarajevo, lors de la guerre, les pickups remplis de soldats de l'islam, revenus d'Afghanistan, oriflammes au vent. Les moudjahidines armés par la CIA contre l'URSS allaient retourner leurs fusils contre leurs anciens alliés. J'ai été atterré en revanche par les commentaires d'une partie de la presse qui attribuaient aux États-Unis la responsabilité de ces attaques: Jacques Derrida, mais surtout Jean Baudrillard ont expliqué très doctement que l'Amérique, concentrant entre ses mains une puissance énorme, recevait la monnaie de sa pièce. L'«autre», en l'occurrence l'islam, lui administrait une correction bien méritée. Une journaliste d'Europe 1 me demanda si les tours du World Trade Center ne symbolisaient pas une arrogance insupportable pour les peuples pauvres. Rappelons qu'en 2021 la plus haute tour du monde, la Burj Khalifa, est à Dubaï. Le 11 Septembre marque un double tournant: un nouvel ennemi est né mais, cet ennemi, les élites s'évertueront pendant au moins quinze ans à le nier. **Le schéma que j'avais déjà analysé en 1983 dans *Le Sanglot de l'homme blanc* est le suivant: on nous attaque, donc nous sommes coupables. C'est à la victime de s'excuser**

d'avoir été frappée. **Enfin l'argument burlesque de «l'islamophobie» a servi de cataplasme idéologique pour frapper toute critique de l'islam politique d'interdit. La seule fonction de ce terme est de rendre une religion intouchable alors qu'on peut allègrement piétiner le christianisme sans risques.**

Entre 1989 et 2001, l'Occident a cru dans la possibilité d'une paix perpétuelle et d'une démocratie universelle. De quoi s'est nourrie cette illusion?

P.M. - La peur de la guerre revient, mais pour le moment les «chiens de la guerre» n'ont pas été lâchés. Il n'y a rien aujourd'hui qui ressemble non seulement bien sûr à la Première ou à la Seconde Guerre mondiale, mais rien non plus à la guerre de Corée ou à la guerre du Vietnam. Rien non plus qui ressemble à la crise de Cuba. Mais la guerre est toujours possible, et nous devons nous y préparer selon la nature et le degré de la menace.

Votre question lie étroitement paix perpétuelle et démocratie universelle. De fait, la «grande illusion» de la fin du millénaire précédent portait principalement sur la démocratie, la paix devant en être la conséquence. Le président Bush pensait que, étant égaux et semblables, tous les hommes désiraient naturellement jouir des bienfaits de ce régime et que donc l'objectif de «démocratiser» le Proche-Orient par une application résolue de la force américaine en quelques points stratégiques était à la fois désirable et praticable. Ce président américain fut fort impopulaire chez nous, mais en somme il ne faisait que prendre au sérieux la religion démocratique qui est la nôtre. De fait les Français et les Anglais l'imitèrent en Libye avec les résultats que nous pouvons constater. L'«intervention humanitaire» résume les illusions de la période. Sûrs de notre bonté et de notre compétence, nous postulons que «les autres» se conformeront docilement à nos vœux. Au nom de l'égalité et de la ressemblance humaine, nous exerçons soudain sur eux une supériorité écrasante et humiliante. Nous agissons au nom de l'humanité, pourquoi nous résisteraient-ils? Nous allons répétant que «l'homme est un être de culture», mais nous agissons comme si «leur» culture était un vêtement importun qu'ils abandonneront dès qu'ils verront paraître nos avions dans leur ciel ou nos vaisseaux sur leurs rivages.

Il faut admettre que nous nous traitons nous-mêmes comme nous les traitons. De même que nous ne voyons pas pourquoi ils nous résisteraient quand nous intervenons chez eux, nous ne voyons aucune raison de leur dire non quand ils se présentent chez nous. Nous mettons alors un point d'honneur à accepter de bonne grâce leur «différence». **Ainsi «l'intervention humanitaire» et l'acceptation de fait inconditionnelle de l'immigration sont deux faces d'une même représentation de l'humanité: les différences entre les hommes - régimes, religions, mœurs, etc. - n'ont aucun sens profond, elles sont des accidents superficiels sous lesquels vit ou attend de vivre celui que nous connaissons bien, le seul que nous voulions connaître, l'individu titulaire de droits. Alors les bombarder chez eux ou leur ouvrir les bras chez nous, c'est la même démarche pour faire surgir en eux celui qui nous ressemble.**

P.B. - Pendant cette décennie douceuse, nous avons vécu dans le conte de fées néolibéral: l'économie et la prospérité allaient assurer le bonheur du genre humain, endormir les passions belliqueuses, transformer le fanatique en ami de la tolérance. Le marxisme gisait dans les poubelles de l'histoire, les idéologies étaient mortes. Place au doux commerce et à l'esprit de calcul. Résultat: en 2021, le communisme est bien vivant en Asie du Sud-Est, en Chine, à Cuba. Plus de 1,5 milliard d'hommes se réclament encore de Marx, Engels, Lénine, Staline. C'est pas mal pour un cadavre! Enfin, la guerre revient partout, le djihadisme triomphe en Afrique, en Asie Centrale, la Russie agresse ses voisins, les chrétiens d'Orient vivent une extermination progressive, les cartels de la drogue ensanglantent l'Amérique latine. **La paix perpétuelle promise en 1989 ressemble étrangement à un charnier.** L'Europe ne croit plus au mal, elle ne connaît que des malentendus à résoudre par la concertation. Si nous sommes gentils avec nos adversaires, ils seront gentils avec nous. Elle n'aime pas plus l'Histoire: celle-ci est un cauchemar dont elle est ressortie à grand-peine, une première fois en 1945, une seconde en 1989. Elle se cale contre ce poison à coups de normes, de règles et de procédures. **Or la première tâche d'une grande puissance est de savoir désigner ses ennemis: écoutons Poutine, Erdogan, Khamenei, Xi Jinping et prenons-les au sérieux.** Sur ce plan, la France est la seule qui ait maintenu, avec la Grande Bretagne, une capacité militaire et l'arme nucléaire. L'échec de l'intervention au Sahel s'explique aussi par la frilosité de Bruxelles et de Berlin. **L'Europe veut être une grosse Allemagne qui bat sa coulpe et fait des affaires. Sans une armée forte et dissuasive, pas de liberté, pas de démocratie.**

Pierre Manent, vous avez étudié l'histoire de la nation européenne. Vingt ans après le 11 Septembre, pensez-vous qu'elle est de retour?

P.M. - L'important est de saisir la dynamique historique. À partir du XVI^e siècle, l'Europe a de plus en plus complètement imposé son ordre au monde. En même temps que les nations européennes renforçaient et perfectionnaient leur ordre intérieur, et formaient le cadre de déploiement des révolutions industrielle et démocratique, l'ensemble européen exerçait son ascendant sur le reste du monde. **L'Europe était un concert de nations qui formait à l'égard du reste du monde comme un empire**

mondial. Le langage des «valeurs» méconnaît le lien intrinsèque entre ce que nous continuons d'admirer, le progrès technique et politique, et ce que nous avons décidé de détester, l'exercice de la puissance ou la domination. **Dans la nation moderne comme dans la cité antique, l'effort pour faire entrer le peuple dans la chose commune fut un prodigieux multiplicateur d'énergie.** Les nations capables de maîtriser le processus parvinrent à une telle supériorité de compétences qu'elles furent entraînées irrésistiblement à ce «partage du monde» dont elles ne savent comment s'excuser aujourd'hui. Non seulement elles ne veulent plus exercer la force vers l'extérieur - et elles s'en ôtent délibérément les moyens - **mais elles renoncent même à cette force intérieure qui permet à un groupe humain de se donner forme en décidant pour lui-même.**

Pascal Bruckner, vous aviez soutenu la guerre en Irak en 2002. Vingt ans plus tard, le chaos au Moyen-Orient est total et les talibans ont repris le pouvoir en Afghanistan. Pensez-vous aujourd'hui que le droit d'ingérence était une erreur?

P.B. - Ce fut une erreur et je l'ai reconnu dans *Le Figaro*, un an après. La faute principale en revient au proconsul Paul Bremer qui a commis l'irréparable: démanteler l'armée de Saddam au lendemain de la chute du dictateur, ce qui a provoqué la fureur des cadres et des officiers dont beaucoup passeront ensuite au service d'al-Qaida et de Daech. Un bémol toutefois: **la disparition du régime de Saddam a été saluée comme une bénédiction par l'immense majorité de la population, les 60 % de chiites et les 20 % de Kurdes. Seuls les sunnites se sont sentis frustrés de leur protecteur.** Cela condamne-t-il toute ingérence? Je ne le crois pas. Mais l'Amérique de Bush a eu le tort et de se disperser et de nourrir des ambitions démesurées qui se terminent aujourd'hui par une pantalonnade. Elle a voulu édifier, à Bagdad et à Kaboul, une démocratie instantanée, comme le café du même nom, sans tenir compte des mentalités qui accompagnent ce régime. Il faut frapper l'adversaire et partir, laisser aux forces en présence le soin de trouver une solution politique. Contre-exemple: l'Occident n'est pas intervenu en Syrie, Obama s'est rétracté, seule la Russie a soutenu sans scrupule le régime meurtrier de Bachar et cette guerre de neuf ans a été la plus abominable du nouveau siècle, des deux côtés. **Depuis quarante ans, l'Amérique perd toutes ses guerres et manifeste l'impuissance de l'hyperpuissance.** Elle réjouit ses ennemis et désole ses alliés. **Qui peut encore accorder le moindre crédit à sa parole? Les djihadistes du monde entier jubilent après la chute de Kaboul. Ma conviction? Le 11 Septembre recommencera, il est le visage de notre avenir.**

Selon vous, les vingt dernières années ont-elles été celles d'une déroute de l'Occident?

P.M. - L'Europe, les États-Unis et le Canada jouissent encore d'une situation enviable. Nous voulons croire qu'elle tient à l'attrait de nos «valeurs» et de notre mode de vie. Elle tient surtout à ce qui nous reste de l'ascendant acquis dans les siècles de l'empire européen - à ce que nous étions plus qu'à ce que nous sommes - **et aussi bien sûr à la protection assurée gratuitement par l'empire américain.** En dépit de ses doutes croissants sur la fiabilité de cette protection, **l'Union européenne refuse de constituer une défense européenne crédible: quand on déclare depuis plus d'un demi-siècle que l'on va faire quelque chose, c'est que l'on ne veut pas le faire.** Seuls le Royaume-Uni et la France parviennent encore à préserver une armée digne de ce nom. Pour combien de temps? **Honteux et confus d'avoir dominé le monde, les Européens ont décidé de se livrer à lui en s'ouvrant sans réserve à la circulation des flux - marchandises, capitaux, êtres humains. Nous avons décidément tenu trop de place, il est temps de nous effacer... C'est le fond de la cancel culture dont nous feignons de nous indigner.**

P.B. - « Aucune puissance ne peut détruire l'esprit d'un peuple, soit du dehors, soit du dedans s'il n'est déjà lui-même sans vie, s'il n'a déjà dé péri », disait Hegel. Le pire ennemi de l'Occident, c'est l'Occident lui-même, la haine qu'il nourrit à l'égard de ses réalisations. Jusque-là, seule l'Europe s'adonnait à cette dénonciation mécanique et réclamait le monopole universel et apostolique de la barbarie ; l'Amérique, déjà en proie à une guerre des cultures qui pourrait vite dégénérer en guerre civile, la rejoint, au moins à gauche du Parti démocrate en instaurant la réécriture de sa propre histoire. **De part et d'autre de l'Atlantique, les colporteurs de la flétrissure pullulent: ils veulent nous persuader que le monde occidental est une machine à déshumaniser qui a mis la planète à genoux en la détruisant. Naître européen, c'est porter sur soi tout un fardeau de vices et de laideurs, c'est reconnaître que l'homme blanc a semé le deuil et la ruine partout où il a posé le pied. Exister pour lui, ce devrait être d'abord, selon nos flagellants, s'excuser. La férocité est blanche comme nous le disent nos «antiracistes», blanche et non pas noire ou asiatique: l'homme blanc est génétiquement déterminé à tuer, massacrer, piller, violer. D'où ce contresens hallucinant: les seules cultures qui se sont mises à distance de leur propre barbarie, qui ont inventé l'anticolonialisme, l'antiracisme et dénoncé la traite sont précisément celles qu'on accuse de ces maux. Rappelons ce fait: l'Europe n'a pas inventé l'esclavage, elle a inventé l'abolition.** Le premier pays à l'interdire fut le Portugal en 1761, suivi du Danemark et de la Norvège en 1782, le dernier le Niger en 1999 qui l'a criminalisé en 2003. Mais rappeler qu'il y eut trois traites, l'orientale qui commence dès le VIIe siècle, l'africaine et l'atlantique qui relève encore du tabou, du moins de l'inconvenance. **Nous n'avons même plus le droit de nous réjouir de nos progrès, juste le droit de nous couvrir la tête de cendres.** Seul est dénoncé comme criminel celui qui, à juste titre, dénonce ses propres forfaits: la Russie réhabilite Staline, la Chine honore Mao Tsé-toung, la Turquie nie le génocide des Arméniens et des Assyro-Chaldéens et ne rêve que de finir le travail mais les coupables, c'est nous!

Le 11 Septembre semblait donner raison à l'hypothèse formulée par Samuel Huntington d'un « choc des civilisations ». Vingt ans plus tard, l'affrontement entre islam et Occident vous paraît-il plus ou moins d'actualité?

P.B. - L'islam n'est pas un bloc, heureusement, il est divisé et pluriel. L'affrontement n'est pas entre islam et Occident mais à l'intérieur de l'islam entre les conservateurs et les réformistes. Ne méconnaissons pas l'impatience de la liberté au sein des sociétés arabo-musulmanes: les progrès de l'athéisme, les conversions secrètes ou tout simplement l'indifférence religieuse vont en augmentant. L'Orient lui aussi est touché par la grande promesse des Lumières. Il faut aider partout ces hommes et ces femmes qui se battent pour le droit de croire ou de ne pas croire. Bénis soient les sceptiques et les apostats qui souhaitent refroidir le fleuve ardent de la foi. **L'islam conquérant est plus faible que nous ne pensons ; nous sommes plus forts que nous le croyons.**

P.M. - Depuis sa fondation il y a quatorze siècles, l'islam a été l'ensemble humain le plus constamment et radicalement opposé à l'Europe. C'est pour cela précisément qu'il est aujourd'hui l'objet d'une telle complaisance dans une Europe qui ne veut surtout pas se reconnaître ni se ressembler. La rhétorique du « choc des civilisations » est superficielle. L'islam n'est pas simplement une autre religion, ou une autre civilisation. L'islam s'est défini et construit contre le judaïsme et le christianisme, contre les écritures juives et chrétiennes. Il entend rétablir la vérité révélée à Abraham, Moïse et Jésus, mais faussée et trahie par les juifs et les chrétiens. **Pour l'islam, tous les hommes naissent naturellement musulmans. Pour le christianisme, être chrétien résulte d'un choix de la liberté - d'une conversion. L'Europe « post-chrétienne » vit encore de ce libre choix de l'âme dont elle prétend s'être libérée. Entre l'Europe et l'islam, la question de fond n'est pas celle de la démocratie ou de la laïcité, ni celle des « mœurs ». Elle concerne la vie de l'âme.**

Le terrorisme, les crises migratoires puis la crise du Covid ont vu les libertés considérablement réduites dans des objectifs de santé et de sécurité. Finalement, le régime occidental de la démocratie libérale, le fameux « monde libre » n'était-il pas un régime pour temps calmes, voué à disparaître dès que l'histoire s'agite? Le passe sanitaire durera-t-il aussi longtemps que les portiques dans les aéroports?

P.M. - Le rétrécissement continu des libertés dans nos pays est un fait avéré mais qui reste énigmatique. Ce sont les sociétaires eux-mêmes qui, dans les différents domaines d'activité et de vie, se surveillent et se dénoncent les uns les autres. Osons une hypothèse. Dans le commerce social, nous devons nécessairement tenir compte de nos qualités respectives - de nos différences. Dans toute relation intervient presque toujours ce que Rousseau appelle une « *inégalité de crédit et d'autorité* ». Or, la religion de l'égalité et de la ressemblance humaine a pris sur nous un tel empire que nous voulons chasser de toutes nos relations jusqu'à la dernière trace d'inégalité. Nous ne pourrions y réussir qu'en immobilisant entièrement et définitivement toute vie sociale. Les militants peuvent bien dire qu'ils sont des victimes ou parler au nom de celles-ci, à l'instant ils revendiquent cette « *inégalité de crédit et d'autorité* » dont ils prétendaient nous délivrer. Leur tyrannie est ridicule, mais elle est aussi démoralisante, car l'égalité qui avait été le principe de mouvement de la société moderne se retourne en son contraire, devenant un principe d'arrêt et de stérilité. Lorsque la Cour de justice de l'Union européenne décide que les militaires des États membres sont assujettis au même droit du travail que n'importe quel travailleur, sauf en opérations, non seulement elle montre peu d'intérêt pour les besoins de notre défense, mais elle introduit une distinction - entre opérations et temps ordinaire - qui tend à détruire l'unité, et donc le sens même, de la vie et de la vocation militaires. Nulle « forme de vie » particulière, nulle vie dévouée, ne doit rompre la parfaite égalité et régularité du paysage social.

P.B. - La pandémie porte un coup fatal à l'hubris moderne: la science et la médecine ne peuvent guérir toutes les maladies. Ce scandale absolu - incurable est le seul mot obscène de notre langue -, nous le traduisons en termes de liberté bafouée, de complot des laboratoires ou des gouvernants alors qu'il s'agit d'une limite de nos capacités. Contrairement à ce que proclament certains matamores, nous avons raison d'avoir peur et de vouloir nous protéger même s'il faut veiller aux abus toujours possibles. La sécurité sanitaire est la première condition de la liberté. Le grand enjeu pour moi n'est pas là. Une partie de nos élites, surtout à Bruxelles veut la mort de l'Europe au nom de la justice climatique, du péché colonial. Rappelons que le « grand remplacement » est d'abord un idéal de l'ultra-gauche avant d'être le cauchemar de l'extrême droite. Quand un Yves Cochet réclame de limiter les naissances en Europe pour accueillir les migrants, quand la romancière Marie Darrieussecq prévoit que l'humain du futur sera beige et que le « petit Blanc » devra disparaître dans un métissage général, **quand le philosophe Alain Badiou appelle de ses vœux la migration massive « pour ne plus être captifs de cette longue histoire occidentale et blanche qui s'achève », ils militent ouvertement pour notre effacement progressif.** Mais à ce désir d'extinction répond un véhément désir de résurrection de la part des peuples. La décadence n'est pas une fatalité, c'est le projet d'une minorité influente. Que pouvons-nous répondre à cette fraction du Vieux Monde, gagné par le défaitisme et qui veut mourir? Simplement ceci: après vous. Si vous désirez disparaître, ne vous privez pas. Mais laissez les autres vivre. La résistance contre le nihilisme s'organise: le suicide civilisationnel n'est pas une option!

* Philosophe, disciple de Raymond Aron, directeur d'études honoraire à l'EHESS, Pierre Manent s'est en particulier consacré à l'étude des formes politiques - tribu, cité, empire, nation - et à l'histoire politique, intellectuelle et religieuse de l'Occident. Plusieurs de ses ouvrages, tels «Histoire intellectuelle du libéralisme» (Hachette, coll. «Pluriel») et «Les Métamorphoses de la cité» (Flammarion, coll. «Champs Essais»), sont des classiques.

** Ecrivain et philosophe, Pascal Bruckner, de l'académie Goncourt, a publié de nombreux romans et des essais, notamment sur la question de la culpabilité occidentale, comme «Un racisme imaginaire: la querelle de l'islamophobie» (Grasset-Fasquelle) et «Un coupable presque parfait: la construction du bouc émissaire blanc» (Grasset), qui ont suscité un vif débat.

« Le mouvement “woke” pratique l'autodafé au nom de l'inclusivité »

Par **Pierre Valentin** Publié hier à 17:59



La BD *Astérix et les Indiens* a été retirée des bibliothèques de plusieurs écoles primaires de l'Ontario. *Bridgemanimages/Leemage*

FIGAROVOX/TRIBUNE - Au Canada, une cérémonie a été organisée dans une école pour détruire des livres jugés offensants pour les autochtones. Pierre Valentin, auteur d'une étude sur le phénomène «woke», analyse les ressorts de cette idéologie progressiste qui conduit à de tels actes.

Pierre Valentin est l'auteur d'une étude en deux volumes sur le phénomène woke pour la Fondapol.

En 2019, dans le sud-ouest de l'Ontario, le Conseil scolaire catholique Providence s'est lancé dans une vaste entreprise de censure. Des bibliothèques scolaires, il fallait désormais retirer l'intégralité des ouvrages jugés désuets qui contenaient des stéréotypes à l'égard des Autochtones amérindiens. Certains classiques de la bande dessinée ont été «cancellés» comme *Tintin en Amérique*, *Astérix et les Indiens*, ou encore deux *Lucky Luke*.

Dans d'autres rayons, deux biographies du navigateur Jacques Cartier ont été supprimées, ainsi qu'une sur Étienne Brûlé, le premier explorateur français à avoir vécu avec des Autochtones. En total, Radio-Canada affirme que «155 œuvres différentes ont été retirées, 152 ont été autorisées à rester en place. [...] Au total 4716 livres ont été retirés des bibliothèques du conseil scolaire, dans 30 écoles, soit une moyenne de 157 livres par école».

Suzy Kies, coprésidente de la commission des peuples autochtones du Parti libéral du Canada (PLC, formation du Premier ministre Justin Trudeau) – qualifiée de «gardienne du savoir» par le Conseil scolaire – a accompagné ce projet. Face aux réactions, cette dernière se voulait pourtant rassurante : «*On n'essaie pas d'effacer l'Histoire, on essaie de la corriger*». Pourtant, en 2019 Madame Kies a bien fait brûler une trentaine de livres. Voilà l'Histoire «*corrigée*». Un autodafé ? Il n'y a vraiment pas de quoi s'inquiéter, tempère-t-elle : «*les gens paniquent avec le fait de brûler des livres, mais on parle de millions de livres qui ont des images négatives des personnes autochtones, qui perpétuent des stéréotypes, qui sont vraiment dommageables et dangereux*».

Ces militants ne savent que faire tomber des statues, et non en construire d'autres.

Pierre Valentin

Madame Kies savait-elle qu'elle marchait dans les pas d'un totalitarisme qu'elle croit sans doute combattre ? Quelle que soit la réponse à cette question, il y a des raisons d'être inquiets. Ce qui ressort d'un examen approfondi sur la mouvance *woke* c'est son incapacité à construire, affirmer, proposer. Si cette thèse paraît à première vue caricaturale ou outrancière, elle finit par s'imposer face aux litanies de nouveaux faits divers de ces progressistes radicalisés. **Ces militants ne savent que faire tomber des statues, et non en construire d'autres. Les théories dites «critiques» qui pullulent dans certains domaines académiques n'ont pas pour but d'expliquer le monde, mais de le critiquer pour révéler le mal qui se cache en son sein.** La «cancel culture» ne peut qu'annuler ou bannir des personnes de l'espace public. Un des membres du Conseil scolaire, dans une vidéo à destination des élèves, disperse les cendres des ouvrages – **tenant désormais le rôle prestigieux «d'engrais» - afin de faire pousser un arbre, ce qui permettrait de «tourner du négatif en positif».** Cette cérémonie pseudo-religieuse de «purification par la flamme» cherche désespérément à échapper à la limite interne du wokisme : **l'incapacité à reconstruire après la destruction.** L'injonction alchimique de «tourner du négatif en positif» doit être vue soit comme une incantation performative, sinon comme un aveu d'échec.

On comprend mieux l'avantage que possède dans leur logiciel l'avenir sur le passé, l'abstraction conceptuelle sur la réalité matérielle : les premiers ne sont pas «incarnés», ils n'ont pas été corrompus par le simple fait de leur concrétisation comme l'ont été les seconds. Le futur - ce qui est «à-venir» - n'a pas l'inconvénient de s'être déjà souillé à travers son contact avec la réalité matérielle. Quant au concept - «l'Idée» -, il a le privilège de ne pas encore s'être embourbé dans la pratique, de ne jamais avoir pris chair.

Un autre détail frappe dans cette histoire : la surprotection des élèves. Julie Béchard, directrice générale de l'organisme Parents partenaires en éducation, affirmait : *«Si cette documentation [qui aborde divers stéréotypes] circule librement et que les enfants ont la chance de la lire sans être conscientisés du contexte et de l'impact, là, ça peut propager davantage ces stéréotypes, qui sont très défavorisant».* **Qui va se charger d'apprendre à ces enfants qu'une autre époque a déjà existé, avec ses qualités, ses défauts, ses différences ?** Madame Béchard trouve d'ailleurs que l'intention de brûler ces ouvrages choquants était «louable», bien que le geste soit «controversé».

Comme le démontrent les travaux effectués sur la question *woke* en Amérique - et notamment *The Coddling of the American Mind* de Greg Lukianoff et Jonathan Haidt – **cette volonté de protéger l'enfant de toute contrariété a des conséquences significatives. Toute surprotection générera fatalement une fragilité, et cette fragilité entraînera ensuite une demande de surprotection. La surprotection est ainsi un processus qui s'autoalimente. Ces deux psychologues qualifient cette approche éducative de *safetyism*, ou «protectionnisme».** Lukianoff et Haidt expliquent qu'en 2017 «58 % des étudiants universitaires ont déclaré qu'il était "important de faire partie d'une communauté universitaire où [ils ne sont pas exposés] à des idées contrariantes et offensantes" ».

Les Madame Kies ou Béchard de ce monde génèrent sans le savoir des générations entières d'étudiants pour lesquels la violence devient de fait une légitime défense face à des mots qui heurteraient leur sensibilité.

Pierre Valentin

Or, cette **protectionnisme** pousse paradoxalement à légitimer l'usage de la violence contre ceux qui ne la respecteraient pas. Par exemple, dans une enquête d'opinion réalisée en 2017, **si seulement 1 % des étudiants se disent prêts à recourir à la violence pour empêcher quelqu'un de s'exprimer sur le campus, 20 à 30 % d'entre eux accepteraient que quelqu'un d'autre le fasse à leur place.** Les Madame Kies ou Béchard de ce monde **génèrent donc sans le savoir des générations entières d'étudiants pour lesquels la violence devient de fait une légitime défense face à des mots qui heurteraient leur sensibilité.**

Le problème lorsque certains traitent Madame Kies de caricature non-représentative, c'est **que la parodie du mouvement «woke» n'est jamais qu'une prophétie.** Et comme toute prophétie, elle ne fait qu'être en avance

sur son temps. Le journaliste et comédien britannique Andrew Doyle a su illustrer cette vérité à la perfection avec son personnage satirique Titania McGrath qui fait des ravages sur Twitter.

Doyle déclarait récemment au FigaroVox que Titania «*prédit régulièrement l'avenir*», avec de nombreux exemples savoureux à l'appui. Nous pouvons désormais rajouter un nouveau trophée dans son armoire. En avril 2019, Titania tweetait en anglais : «*Le seul inconvénient des livres électroniques est que vous ne pouvez pas les brûler s'ils sont offensants*». Dans un article datant d'avril dernier pour *The Critic*, elle concluait sobrement en récidivant : «*Alors allons-y et brûlons des livres, renommons des rues, effaçons le passé et réduisons les masses pour qu'elles aient les bonnes opinions. C'est le seul moyen de vaincre le fascisme.*» Une nouvelle fois, l'intuition de Titania s'est avérée exacte.

Qu'en conclure ? **Cette idéologie est fondée sur des paradoxes** : elle uniformise au nom de la «diversité», clame que le pouvoir corrompt pour mieux s'en saisir, légitime la violence pour défendre une génération fragile, et, en toute logique, pratique l'autodafé au nom de «l'inclusivité».

Le Figaro (site web)

vendredi 10 septembre 2021 - 19:56 UTC +02:00 852 mots

Vox ; Vox Société

Mathieu Bock-Côté:**« Le Canada, pays des autodafés »**

Bock-Côté, Mathieu

CHRONIQUE - Le wokisme, à la recherche d'une ultime transgression, voit dans le fait de brûler des livres symboliquement marqués, et associés au monde qu'on doit abattre, un geste purificateur définitif.

La nouvelle a fait le tour du monde: Radio-Canada a révélé qu'en 2019 le Conseil scolaire de Providence, rassemblant plusieurs dizaines d'écoles dans le sud de l'Ontario, a décidé, à l'invitation de Suzy Kies, qui se présentait comme une gardienne du savoir autochtone, de purger les bibliothèques scolaires de plusieurs milliers d'ouvrages accusés de relayer une vision défavorable ou négative des Amérindiens. Il fallait les détruire. Plusieurs d'entre eux furent même brûlés, dans un rituel purificateur, censé représenter l'anéantissement du racisme, pour être transformés en engrais. Dans le lot, on trouvait de nombreux essais, romans et ouvrages historiques tout à fait sérieux, et même des bandes dessinées, comme *Tintin*, *Astérix* et *Lucky Luke*.

Cette démarche se réclamant frauduleusement de la réconciliation avec les Amérindiens participe pleinement à l'entreprise «décoloniale», qui **voit, il n'est pas excessif de l'affirmer, à anéantir symboliquement la civilisation occidentale**. Elle témoigne aussi d'une **psychologie talibanesque** qui veut effacer du monde la trace de ce qui précède la révélation diversitaire.

Nulle surprise, pourtant. **Quand on renverse des statues, qu'on interdit des conférences, qu'on censure des films, il est dans l'ordre des choses qu'on en vienne à fouiller dans les bibliothèques pour trier entre les ouvrages moralement recommandables et les autres**. Et le fanatisme de l'époque pousse inévitablement à vouloir les brûler. **Nous sommes ici devant un mouvement religieux**. Le wokisme, à la recherche d'une ultime transgression, voit dans le fait de brûler des livres symboliquement marqués, et associés au monde qu'on doit abattre, un geste purificateur définitif.

Les seuls surpris sont ceux qui ne prenaient pas le politiquement correct et le wokisme au sérieux. **C'est une révolution**. C'est aussi, à l'échelle de l'histoire, **un dérèglement psychique propre aux périodes de décadence**. Car Suzy Kies, qui brandissait ses origines amérindiennes, n'en était pas vraiment une. Elle a menti sur son arbre généalogique: en fait, **il fallait remonter à sept générations pour lui trouver un ancêtre amérindien!** N'en soyons pas surpris. Dans une société qui accorde un privilège symbolique indénié à ceux qu'elle présente comme les victimes historiques de l'Occident colonialiste et raciste, **la tentation est forte, pour qui est à la recherche de prestige identitaire et de pouvoir, d'emprunter les habits victimaires pour se placer en position d'hégémonie idéologique**. Chacun est à la recherche d'une filiation prestigieuse parmi les prétendus laissés pour compte de l'«hétéropatriarcat phallocentrique occidental». Risquons néanmoins une question: s'il est possible de changer de sexe simplement parce qu'on se sent appartenir à l'autre, pourquoi ne serait-il pas possible de passer d'une «race» à une autre selon les mêmes procédés? Sur ce point, les théologiens du wokisme demeurent étrangement discrets.

On sait le rôle des consultants en diversité dans le régime diversitaire. Ceux-ci proposent aux organismes publics et privés leurs services pour déconstruire dans leur structure les mécanismes du supposé racisme systémique. **Il s'agit alors d'imposer aux salariés des séances de rééducation et des ateliers de formation en tous genres, où ils apprendront à déconstruire leurs préjugés, à identifier leurs biais inconscients**. Qui refuse d'embaucher ces consultants se voit accusé de confesser sa complicité avec le «racisme systémique», et peut dès lors être désigné à la vindicte publique. On verra là un **mélange de terreur idéologique et de stratégie d'extorsion**, comme on en voit dans toutes les révolutions. Autrement dit, le régime diversitaire engendre son propre racket. Chacun doit payer le pizzo de la diversité aux consultants antiracistes et autres commissaires idéologiques pour éviter de subir une tempête médiatique. **Il faut dire que les entreprises sont souvent plus que consentantes. Elles se font une fierté de collaborer**.

Questionné par la presse, **Justin Trudeau** a répondu qu'il s'opposait personnellement à ce qu'on brûle des livres, mais que les Blancs n'avaient pas à dire aux autochtones comment gérer la réconciliation. **Autrement dit, s'il faut brûler des livres, on les brûlera.** Les conservateurs canadiens, au courage défaillant, ont quant à eux soutenu que s'il ne fallait pas brûler les livres, on pouvait les censurer. Ne brûlons pas *Tintin en Amérique*, mais bannissons-le des bibliothèques. Les livres, pour y trouver une place, doivent relayer de belles valeurs d'inclusion. C'est le retour de la littérature édifiante. **Seuls les nationalistes québécois ont tenu tête à ce délire.** Loin de la représentation bucolique qu'en propose la presse européenne, **le Canada est le laboratoire de l'utopie diversitaire. Le wokisme est un totalitarisme, et le Canada est son prophète.**

11-Septembre : l'histoire méconnue des deux pilotes de chasse américains chargés d'une mission suicide

Par **Le Figaro**

Publié hier à 14:59, mis à jour il y a 56 minutes



Un F-16 américain. AFP

Alors que les deux avions ont percuté les tours jumelles, la base aérienne la plus proche de Washington ne dispose pas d'appareils armés. Une jeune pilote et son instructeur se voient confier une mission terrible : heurter le quatrième avion détourné pour l'empêcher d'atteindre sa cible.

Dans les colonnes du *Parisien* ce samedi, la pilote de chasse américaine Heather Penney revient sur la mission héroïque qu'elle a acceptée le 11 septembre 2001, au moment où Manhattan plongeait dans l'horreur.

Tout juste diplômée de l'armée de l'air, cette jeune pilote a alors 26 ans et se trouve en poste sur la base d'Andrews, la plus proche (une quinzaine de kilomètres) de Washington. Lorsque les pilotes de chasse sont avertis des attentats terroristes en cours, deux appareils ont déjà été détournés par les terroristes et se sont abattus sur les tours new-yorkaises. Mais rapidement, on apprend qu'un troisième, puis un quatrième vol de ligne sont également tombés aux mains des djihadistes.

C'est le dernier d'entre eux qui va attirer l'attention des militaires. Ce vol de United Airlines, qui a décollé à proximité de New York, a bifurqué brusquement de sa trajectoire après 50 minutes dans les airs et fait désormais route vers... Washington. Les radars viennent de perdre sa trace : il faut faire vite. Seulement voilà, sur la base d'Andrews, aucun des avions militaires n'est équipé de missiles. Cette base, en effet ne fait pas partie des cinq seules bases américaines dont les pilotes sont autorisés à décoller armés en cas d'alerte urgente. Il faut dire que depuis la fin de la guerre froide, le nombre d'avions de chasse américains a reculé et la menace extérieure est jugée moins inquiétante.

Un ciel entièrement vide

Ce jour-là, qui plus est, les pilotes présents sur la base aérienne sont moins nombreux que d'habitude car plusieurs d'entre eux reviennent d'un exercice d'entraînement. Dans l'urgence, la jeune lieutenant, qui n'a encore aucune expérience de combat, suit un briefing ultrarapide. Puis, elle s'élance vers son F-16, épaulée

par son instructeur qui décolle à ses côtés. Sans missiles, une seule solution pour interrompre la trajectoire meurtrière du vol 93 qui se précipite vers la capitale : emboutir son avion de chasse dans l'appareil.

L'opération a été validée en urgence par le vice-président américain, Dick Cheney : aucun doute possible, c'est une mission suicide. Ni les passagers du vol aux mains des terroristes, ni les deux pilotes de chasse ne pourront survivre à la collision. Mais les éventuelles victimes d'un quatrième attentat, elles, seront épargnées.

Aussitôt qu'elle est dans les airs, Heather Penney se souvient d'un ciel immensément vide, car l'espace aérien a été dégagé sur demande des autorités. Tous les avions ont dû atterrir ou ont été détournés. Commence la longue quête, dans les airs, de cet avion qui vient d'échapper aux contrôleurs aériens et qui peut surgir de n'importe où. Une heure durant, lancée à 2000 km/h, la jeune pilote va arpenter l'espace aérien à sa recherche, avec pour consigne de foncer dans l'arrière de l'appareil tandis que son instructeur doit viser l'avant. Il ne sera pas possible de s'éjecter avant l'impact : cela risquerait de fausser la trajectoire et de manquer la cible.

Plus de huit heures de vol

Finalement, les deux pilotes de chasse ne trouveront jamais l'appareil, et pour cause : comprenant ce qui se passe, les passagers vont se rebeller et finiront par contraindre les terroristes à s'écraser dans un pré de Pennsylvanie.

La mission d'Heather Penney ne s'arrête pas là : elle se pose au bout d'une heure et demie pour faire armer son appareil, puis est chargée d'escorter le président George Bush, en voyage ce jour-là, qui revient de toute urgence à la Maison-Blanche. Elle volera en tout plus de huit heures ce jour-là.

Vingt ans plus tard, elle se souvient n'avoir pas hésité un seul instant, uniquement préoccupée par l'événement : *«J'étais totalement concentrée sur la mission... et sur le fait de ne pas tout foirer. Je n'ai pas l'impression d'avoir fait partie de cette histoire, mais plutôt d'en avoir été le témoin»*, raconte-t-elle aujourd'hui.

La classe politique divisée après les critiques de Michel Barnier contre la justice européenne

Par Le Figaro avec AFP

Publié il y a 2 heures, mis à jour il y a 8 minutes



«*Nous ne pouvons pas faire tout cela sans avoir retrouvé notre souveraineté juridique*», a déclaré Michel Barnier. PASCAL GUYOT / AFP

Ancien commissaire européen, négociateur du Brexit, le candidat à la primaire de la droite a pourtant défendu la nécessité pour la France de retrouver sa «souveraineté juridique» face à l'UE.

Plusieurs élus de droite sont venus ce samedi au secours de Michel Barnier après la bronca que ses propos sur le droit européen et la justice européenne ont suscité chez une partie de la classe politique. Le candidat à la primaire de la droite pour l'élection présidentielle de 2022, qui a été deux fois commissaire européen, ministre des Affaires étrangères lors du projet de traité établissant une constitution pour l'Europe en 2005 et négociateur européen pour le Brexit, s'est pourtant montré cette semaine très critique de l'Union européenne. Une position souverainiste qui a produit la sidération de certains élus europhiles.

Tout est parti de cette phrase prononcée jeudi lors des journées parlementaires du parti Les Républicains à Nîmes dans le sud de la France : «*Nous ne pouvons pas faire tout cela sans avoir retrouvé notre souveraineté juridique, en étant menacés en permanence d'un arrêt ou d'une condamnation de la Cour de justice européenne ou de la Convention des droits de l'homme, ou d'une interprétation de notre propre institution judiciaire*». «*Souveraineté juridique*», le mot était lâché... «*La bulle eurobéate s'offusque que Barnier rappelle que la primauté du droit européen puisse exceptionnellement être contestée par des constitutions nationales. Ce que prévoient les traités européens. Rappel régulier par la cour de Karlsruhe aussi. Mais la caricature est confortable*», a argué ce samedi le député européen LR Arnaud Danjean sur Twitter, faisant notamment référence aux arrêts de la cour suprême allemande qui, de longue date, se réserve en effet le droit d'écarter une disposition européenne qui irait contre la loi fondamentale allemande. Dès une décision de 2006, le Conseil constitutionnel français lui-même a d'ailleurs envisagé cette possibilité - sans la mettre en application - en invoquant «*l'identité constitutionnelle de la France*».

«Des propos inouïs»

«Donc parce qu'il évoque cette possibilité juridique, Barnier devient un horrible Frexiter (!) et europhobe. Mais quand tous les politiques français hurlent (légitimement) contre la directive temps de travail appliquée aux militaires, ils ne remettent pas en cause le droit UE ?», poursuit l'eurodéputé. «Il est consternant que tous ces juristes aient oublié que la supériorité des traités sur la loi vient d'une constitution approuvée par le peuple. Aucun juge n'est au-dessus», a également estimé le député LR Julien Aubert, président du mouvement Oser la France.

Ces déclarations d'élus de droite viennent après celles, beaucoup moins amènes, d'autres responsables politiques, à commencer par celle du secrétaire d'État aux Affaires européennes. «Comment une telle phrase peut-elle avoir été prononcée par un Européen aussi engagé ?», a ironisé Clément Beaune, interrogé par le site Politico. «Comme négociateur européen du Brexit, Michel Barnier défendait bec et ongles la primauté de la Cour de Justice de l'UE et de la CEDH. Ou du moins on l'espère. Comme candidat à une primaire, il renierait ce qu'il a défendu ? Lui qui a toujours donné du prix à la parole donnée ?», a de son côté tweeté l'eurodéputé de la majorité Nathalie Loiseau, faisant référence aux deux grandes cours européennes.

Il existe d'une part la Cour de justice de l'Union européenne, juridiction suprême de l'organisation aux 27 États membres. D'autre part, il existe la Cour européenne des droits de l'homme, juridiction chargée de veiller au respect de la Convention européenne des droits de l'homme. Cette dernière ne dépend pas de l'Union européenne, mais d'une autre organisation, le Conseil de l'Europe, qui compte 47 États membres.

L'écho des propos de Michel Barnier a même dépassé les frontières hexagonales. «Des propos inouïs de la part de Michel Barnier. Ces déclarations jettent le discrédit sur le travail énorme qu'il a réalisé à Bruxelles comme commissaire européen puis comme négociateur de l'UE sur le Brexit», a par exemple déclaré la présidente du groupe des socialistes et démocrates au Parlement européen, Iratxe Garcia Perez. Des Britanniques n'ont pas caché non plus leur agacement teinté d'amusement. «Époustouflant ! Quelle hypocrisie ! Le même Michel Barnier qui essayait de rabaisser le Royaume-Uni en demandant un contrôle sur nos cours et nos frontières... » a lancé le député conservateur Michael Fabricant.

Les mots de Michel Barnier en faveur d'une «souveraineté juridique» étaient en fait liés à l'immigration, le candidat à la primaire souhaitant proposer «un référendum au mois de septembre sur la question de l'immigration» et défendant lui-même un moratoire de cinq ans sur l'immigration. Une proposition qui ne serait pas forcément conforme au droit de l'Union européenne, en tout cas tel qu'il existe aujourd'hui.

Quelques heures après sa déclaration polémique, Michel Barnier a précisé son propos : «Restons calmes ! Pour éviter toute polémique inutile et comme je l'ai toujours dit très précisément, ma proposition de 'bouclier constitutionnel' ne s'appliquera qu'à la politique migratoire». Pour l'instant, tout le monde n'est pas resté calme devant cette proposition qui suscite un vif débat.

L'après 11 septembre : la lutte contre l'islamophobie est nécessaire, mais elle ne doit pas être un appui à l'islamisme

10 septembre 2021, 16:56 CEST

Rachad Antonius Adjunct professor, University of Quebec in Montreal, Université du Québec à Montréal (UQAM)

Les attentats du 11 septembre 2001 ont lancé un signal clair : les mouvements djihadistes islamistes étaient désormais prêts à s'en prendre directement aux puissances occidentales par des actions violentes d'envergure.

En réponse à ce défi, les États-Unis ont déployé une double stratégie au Moyen-Orient. D'abord militaire, pour combattre Al-Qaeda ainsi que certains régimes jugés menaçants, dont celui des talibans en Afghanistan. Puis politique, pour convaincre leurs alliés arabes autoritaires de laisser une plus grande marge de manœuvre à leurs sociétés civiles.

Ce deuxième volet de la stratégie était fondé sur l'idée qu'un espace démocratique plus grand rendrait le recours à la violence moins attirant pour les courants contestataires, en particulier islamistes. Cette stratégie a donc été accompagnée de diverses initiatives d'ouverture envers les courants de l'islam politique qui ne revendiquaient pas la violence comme moyen d'action privilégié.

Ces tentatives de cooptation, voire de glorification d'un certain islam conservateur, ont constitué un désavantage pour les courants sociaux et politiques sécularisés au sein même des sociétés musulmanes, mais elles ne les ont pas paralysés. Au contraire, ces sociétés ont elles aussi bénéficié de cette ouverture, qui a permis les lentes et patientes mobilisations qui ont rendu possibles les révoltes arabes de 2011.

J'ai commenté et publié sur ces événements, en tant que professeur de sociologie à l'Université du Québec à Montréal. Je m'intéresse entre autres aux transformations sociales dans les sociétés arabes, incluant l'émergence de l'islam politique, aux conflits au Proche-Orient, en particulier israélo-palestinien, ainsi qu'aux stéréotypes et aux discriminations qui ont ciblé les communautés arabes et musulmanes.

L'agenda sécuritaire et l'islamophobie

En même temps qu'il développait ses nouvelles stratégies dans le grand Moyen-Orient, le gouvernement américain a développé des stratégies sécuritaires visant à empêcher que des attaques semblables à celles du 11 septembre 2001 ne se reproduisent sur son territoire. Allié fidèle des États-Unis, le gouvernement du Canada, a lui aussi développé des stratégies similaires de lutte contre le terrorisme.

La menace du 11 septembre étant venue d'un groupe qui se réclamait explicitement de l'islam dans son action politique violente, les soupçons se sont naturellement portés vers des groupes similaires. Le discours sécuritaire a alors constitué un terreau fertile aux dérapages xénophobes qui visaient spécialement les musulmans, d'abord dans les mesures sécuritaires elles-mêmes, dont certaines étaient clairement discriminatoires. Par exemple, le traitement différentiel en fonction de l'apparence ou du nom, ou encore les « No-Fly Lists » des citoyens ordinaires dont le nom était « suspect ». Mais c'est surtout dans certains discours populistes, qui encourageaient la méfiance et la haine envers l'islam et les musulmans, que ces dérapages se sont manifestés, produisant hélas de nombreuses agressions contre des citoyens du seul fait qu'ils et elles étaient musulmans.

C'est cet ensemble de politiques, de discours et d'attitudes hostiles à l'islam et aux musulmans qui a été désigné par le terme « islamophobie », souvent considéré comme étant synonyme de « racisme antimusulman » et comme étant étroitement lié à l'agenda sécuritaire post-11 septembre.



Les traumatisants attentats du 11 septembre 2001 ont constitué un terreau fertile aux dérapages xénophobes. (AP Photo/Graham Morrison)

Des appuis à l'islam politique

En réaction à cette islamophobie, un mouvement de solidarité et de défense des droits des musulmans s'est développé au Canada et au Québec.

Initié par des associations antiracistes et de défense des droits, ce mouvement a rapidement conclu, à juste titre, qu'il fallait lutter contre les stéréotypes négatifs associés à l'islam et le montrer sous un meilleur — et plus réaliste — jour.

Mais comment aborder la question de l'émergence des courants de l'islam politique d'inspiration wahhabite, originaire d'Arabie saoudite, et qui est une forme spécifique de salafisme ? Comment tenir compte de l'émergence de l'islamisme, avec ses composantes antidémocratiques ou même liberticides ?

C'est là, je crois, que certains mouvements antiracistes ont fait des erreurs importantes. En voulant s'opposer à l'agenda sécuritaire considéré discriminatoire et islamophobe, ils ont ignoré les dangers de l'islam politique et lui ont apporté des appuis qui vont bien plus loin que la défense des droits démocratiques. Ceci les a amenés à glorifier, à l'occasion, les pratiques salafistes comme étant émancipatrices, par exemple dans cette vidéo inattendue publiée sur le site du journal Ricochet.

Plus généralement, les symboles associés à l'islamisme, ainsi que les discours identitaires islamistes, devenaient des revendications qu'il fallait appuyer activement au nom de la diversité, du libre choix et de l'antiracisme.

Des sympathies douteuses

Cette empathie ne s'est pas seulement appliquée aux pratiques religieuses orthodoxes. Oussama Atar, citoyen belge, l'un des cerveaux des attentats de Paris du 13 novembre 2015, avait été adopté par des groupes de défense des droits, dont Amnistie internationale, dans le cadre d'une campagne intitulée « Sauvons Oussama », lorsqu'il avait été emprisonné pour son association avec des groupes djihadistes. Au Canada, le controversé Adil Charkaoui (qui s'est réjoui publiquement du retour au pouvoir des talibans) avait reçu un appui, un hommage même, de la part de la Ligue des droits et libertés, quand il luttait pour faire annuler un certificat de sécurité déposé envers lui par le ministère de l'Immigration.



Adil Charkaoui s'adresse aux journalistes, en février 2015, alors qu'il est soupçonné d'avoir encouragé de jeunes Québécois à partir en Syrie se joindre à Daesh. *La Presse canadienne*/Paul Chiasson

Ces cas ne sont pas que des anecdotes. C'est la conception même de « l'islamophobie », portée par une partie de la gauche antiraciste, qui est en jeu ici. En effet, la définition de l'islamophobie a été élargie pour considérer comme « phobie » toute critique, y compris rationnelle et documentée, des idéologies politiques qui se réclament de l'islam.

C'est ce qu'on pouvait lire dans un manuel (par ailleurs fort utile) produit dans le cadre du Islamic Heritage Month par le Toronto District School Board. Dans sa première version, publiée dans le Resource Guidebook For Educators, en 2017, on pouvait y lire cette définition : « Islamophobia refers to fear, prejudice, hatred or dislike directed against Islam or Muslims, or towards Islamic politics or culture », soit « L'islamophobie désigne la peur, les préjugés, la haine ou l'aversion dirigés contre l'islam ou les musulmans, ou contre la politique ou la culture islamique ».

Cette définition a été amendée quelques mois plus tard, en réaction aux protestations venues de... la droite, la gauche étant restée silencieuse sur cette question. Inutile de souligner ici le danger d'inclure la critique des politiques associées à l'islam comme étant du racisme islamophobe.

Cette conception de l'islamophobie portée par certains des courants antiracistes converge tout à fait avec les politiques officielles du gouvernement canadien, peut-être en raison de la stratégie d'ouverture envers l'islam politique non violent évoquée plus haut. Les efforts pour combattre l'islamophobie, définie dans ce sens très large, et sans critique de l'islamisme, trouvent ainsi un écho même au Parlement canadien, qui a adopté en 2019 une Motion pour combattre l'islamophobie.

Le combat contre le dogmatisme religieux

Cependant, dans le monde arabo-musulman, les critiques de l'islam comme idéologie politique se sont fait entendre de plus en plus. Face aux courants fondamentalistes se dressent des conceptions laïques de la société et de l'État, qui vont jusqu'à critiquer les fondements mêmes de l'islam. Ces courants ne revendiquent pas nécessairement la laïcité comme principe, mais ils l'expriment concrètement dans les arts, la culture, la littérature, les comportements sociaux et aussi la politique.

Ces critiques ne sont pas nouvelles : très visibles dans la première moitié du XX^e siècle et jusqu'après l'ère des indépendances, elles avaient été étouffées par la montée de l'islam conservateur à partir des années 1970, puissamment appuyé par le régime saoudien. Mais on les voit émerger à nouveau à présent.

Dans de nombreux pays arabes, on peut voir par exemple des groupes se disant explicitement athées proliférer sur les réseaux sociaux tout en gardant un certain anonymat par peur de représailles. Un livre autobiographique d'un ex-salafiste/djihadiste devenu athée, publié sous le nom de Kafer Maghrebi (Apostat maghrébin) a eu un énorme succès durant la foire du livre de Casablanca où sa vente avait été autorisée. D'autres critiques radicales confrontent le récit officiel de l'histoire glorieuse de l'islam et contestent les rapports de domination justifiés au nom du dogme religieux.

C'est sur ces courants, enracinés dans les sociétés arabes, qu'il faudra compter pour continuer le combat contre le dogmatisme religieux et pour la laïcité, c'est-à-dire pour que les politiques de l'État n'aient pas besoin de justifications religieuses. Souvent exilés de leur pays d'origine, ceux et celles qui appartiennent à ces courants n'auront pas l'appui de cette partie de la gauche qui, en voulant défendre les droits des musulmans, appuie la propagation de l'islamisme. Ce faisant, cette gauche a cessé d'être un allié dans le combat pour la laïcité au sein des groupes arabes en situation de migration.

198,60

<https://www.lefigaro.fr/vox/politique/zemmour-ou-le-refus-de-la-complexite-francaise-la-reponse-d-alain-minc-au-polemiste-20210910>

Le Figaro (site web)

vendredi 10 septembre 2021 - 06:01 UTC +02:00 1396 mots

Vox ; Vox Politique

«Zemmour ou le refus de la complexité française» : la réponse d'Alain Minc au polémiste

Minc, Alain

TRIBUNE - Avant la sortie du livre *La France n'a pas dit son dernier mot*, où Éric Zemmour appelle à une «renaissance» et une «reconquête française», l'essayiste a souhaité répondre à celui qu'il qualifie de «paladin de l'inévitable et de l'irréversible».

Alain Minc est un essayiste. Son dernier ouvrage paru: «Ma vie avec Marx», Gallimard.

Aux antipodes idéologiques l'un de l'autre, Éric Zemmour et moi partageons un destin commun: nous sommes des enfants exemplaires de l'assimilation telle que la France savait la pratiquer. Fallait-il que l'efficace machine assimilatrice fonctionne pour que, lui, le Juif d'Afrique du Nord devienne l'arrière-petit-fils adoptif de Charles Maurras, l'excommunié, l'homme de la «divine surprise», l'antisémite qui jetait sa judéité au visage de Léon Blum devenu président du Conseil! Zemmour aurait été un assimilé parfait en se contentant d'être gaulliste. Quel inconscient profond, quelles motivations propres à alimenter, à elles seules, une nouvelle saison d' *En thérapie*, l'ont-ils poussé à s'inventer ce rôle: ressusciter Maurras, essayer d'exercer la même attraction magnétique que l'auteur de *Kiel et Tanger* sur la droite, la droite extrême, l'extrême droite! Assimilé tendance de Gaulle, il se serait remémoré ce mot lumineux du Général: «**L'Europe, le levier d'Archimède de la France.**» C'est la devise que, de mon côté, je fais mienne et dont je persiste à penser qu'elle donne la seule réponse possible au monde d'aujourd'hui.

Étrange livre, *La France n'a pas dit son dernier mot* ! C'est le journal de bord talentueux et provocateur d'un journaliste, avec la dose de narcissisme inhérente à l'éminente profession à laquelle Zemmour appartient et qui se transforme par incises en prophétie et en envol missionnaire. Aussi ne sont-ce pas les mots, les habiletés, les brillances de l'éditorialiste doué qui méritent un contrepoint - de rares avec lesquels un accord est possible, d'autres insupportables -, mais les fondements d'une idéologie que Zemmour a décidé d'incarner dans la campagne présidentielle et dont les outrances, les faussetés auront pour seul effet d'hystériser un débat qui était déjà en voie de l'être.

Pour Zemmour, un «pacte germano-soviétique» - rien que ça! - s'est conclu dans un premier temps entre la «Soumission», c'est-à-dire la colonisation par l'Islam et la «Libération», en l'occurrence, l'ascension de l'individualisme, avant qu'un affrontement ait lieu entre les deux alliés et se termine évidemment au profit du premier, l'islamisation.

Zemmour est un paladin de l'inévitable et de l'irréversible. Inévitable l'ascension sans fin de l'Islam.

Inévitable la colonisation de l'ancien colonisateur par les descendants des colonisés. Inévitable l'enchaînement qui conduit de l'existence de zones de non-droit au triomphe du salafisme. Inévitable, enfin, le «grand remplacement» qui amène à l'effacement de la France chrétienne et blanche au profit d'une province musulmane. Et du côté de l'autre signataire du pacte «germano-soviétique», s'impose le triomphe de l'irréversible. Irréversible, l'atomisation de la société. Irréversible, la victoire du communautarisme. Irréversible, l'effondrement de l'État. Irréversible, la vassalisation de la France. Irréversible, le totalitarisme de la culture «woke».

Ce sont ces extrémismes de la pensée, cette marche vers des fins apocalyptiques, ce goût maladif des extrapolations qui interdisent de se trouver parfois en harmonie avec certains des diagnostics de Zemmour, car c'est mettre le doigt dans **un engrenage qui refuse la nuance, le compromis, la modération, de sorte qu'il ne laisse aucune place à un dialogue constructif.** Il en va de la «pensée Zemmour», comme de la Révolution chez Clemenceau: «c'est un bloc» et il n'y a, à mes yeux, d'autre cheminement que la rejeter, de ce fait, «en bloc».

Il court derrière une France chimérique

On peut être un partisan acharné de la construction européenne, un thuriféraire de l'euro, comme je le suis et s'insurger contre la lame de fond de la culture «woke», au moins autant que Zemmour. On peut croire à l'existence d'un Conseil constitutionnel, affirmer que le droit est supérieur à la loi, défendre les autorités administratives indépendantes et résister aux délires d'un féminisme qui, à force d'affirmer l'identité des femmes, finit par les ghettoïser. On peut considérer que l'individualisme est susceptible de s'accommoder d'un État fort et refuser l'existence de zones de non-droit. On peut admettre que les prénoms ne soient pas exclusivement ceux du calendrier chrétien et refuser tout compromis avec la charia. On peut croire à la solidarité atlantique et aux valeurs occidentales et se féliciter de la pérennité de notre force nucléaire.

C'est cette complexité, à l'image de toute pensée, que refuse Zemmour. **Il court derrière une France unitaire, unificatrice, blanche, judéo-chrétienne, phare du monde qui n'a existé qu'au titre de chimère chez Barrès, Maurras, Bainville, mais dont Zemmour se croit le paladin, quasiment missionné par Dieu.** Et, évidemment, à l'œuvre derrière la décadence de la France, pur artefact dont se nourrit le futur candidat à la présidentielle, joue une forme souterraine, plus puissante que ne le fut en son temps la lutte des classes, «le grand remplacement», c'est-à-dire l'occupation de notre pays par une population musulmane, l'asservissant autant que nous l'avons été sous le joug allemand. Prisonnier de son fantasme, Zemmour se fait le héraut d'une France débarrassée de ses immigrés, hormis de ceux qui, à son image ou la mienne, auront choisi l'assimilation pure et parfaite.

Fantasmagorie arsenal répressif

De là, un fantasmagorie arsenal répressif qui viole la Constitution, les règles de la vie en société, la morale ambiante. Mais Zemmour n'en a cure, car il a décidé, une fois pour toutes, d'exclure la complexité du réel de son champ de vision. Sa pensée est la version élégante du classique «Y'a qu'à, faut qu'on». Or, cher Éric, le monde est compliqué et c'est un péché impardonnable, de la part d'un intellectuel, de vouloir s'en abstraire. **La France de Zemmour, c'est une France toute rabougrie. Avec un franc en dégringolade après avoir quitté l'euro. Avec une population en déclin dès lors que la population d'origine immigrée aura été réduite de force.** Avec un système industriel construit sur des arsenaux et des protections tarifaires, donc voué à l'improductivité et à l'inefficacité. Avec des institutions débarrassées de tout ce qui fait un État de droit moderne - Conseil constitutionnel, hiérarchie des normes européennes - et dont le seul fondement demeurerait le suffrage universel, moins dans la version gaulliste du dialogue entre un homme et le peuple, mais plutôt dans la version hongroise telle qu'Orbán la dessine.

D'un intellectuel qui a fréquenté autrefois les grands ancêtres libéraux, et démocratiques, on attendrait qu'en face de nos innombrables difficultés, il recense nos atouts et pardonne d'employer un mot hérétique aux yeux de Zemmour, nos succès dont le moindre n'est pas la gestion économique de la crise Covid, avec des résultats plutôt supérieurs à ceux de nos concurrents pour un coût moindre. Car le candidat malheureux à l'ENA que fut Zemmour devrait avoir l'honnêteté de reconnaître que **notre élite vilipendée, critiquée, vouée aux gémonies par le populisme ambiant continue à être respectée hors de nos frontières. Nul ne prétend, moi le premier, que la France est un jardin d'Éden, mais aucun esprit honnête ne peut la voir tombée aussi bas que Zemmour le prétend, par aveuglement, fantasmagorie, ou plus grave, par choix démagogique, ce qui prouverait que le démon de la politique commence à éroder la qualité de son intelligence.**

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/warum-amazon-stipendien-an-gabelstaplerfahrer-vergibt-17531393.html?premium>

STUDIENFÖRDERUNG VON AMAZON:

Die Stipendiaten unter den Gabelstaplerfahrern

- VON WINAND VON PETERSDORFF-CAMPEN
- -AKTUALISIERT AM 12.09.2021-13:46



Das Lager des Amazon-Logistikzentrums in Leipzig Bild: dpa

Amazon gibt im großen Stil Stipendien aus: Damit die hochbegehrten Lagerarbeiter bei der Stange bleiben, zahlt Amazon ihnen nun Studiengebühren. Eine Antwort auf den harten Konkurrenzkampf um die besten Fachkräfte.

Der Onlinekonzern Amazon will im umkämpften amerikanischen Arbeitsmarkt Beschäftigte mit attraktiven Zusatzleistungen locken: Das Unternehmen übernimmt die Studiengebühren und Weiterbildungsaufwendungen seiner Mitarbeiter, wenn diese parallel zur Arbeit studieren, einen Schulabschluss machen oder ihr Englisch verbessern wollen. In den Genuss des Programms, für das Amazon bis einschließlich 2025 rund 1,2 Milliarden Dollar reserviert, können nach Unternehmensangaben 750.000 Beschäftigte kommen. Sie müssen mindestens seit drei Monaten für Amazon und zudem mindestens 20 Stunden die Woche arbeiten. Amazon hat seit Beginn der Pandemie in den Vereinigten Staaten mehr als 400.000 Personen eingestellt und sieht sich damit als den größten Beschäftigungsmotor in den Vereinigten Staaten.

Das Programm zielt auf gewöhnliche Arbeiter, die auf Stundenbasis in den Lagerhäusern und anderen Niederlassungen des Unternehmens arbeiten. Das Unternehmen kündigte an, die Studiengebühren vorab zu übernehmen. Die Stipendien gelten für rund 100 ausgewählte Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen und fließen von Januar nächsten Jahres an. Allerdings ist nicht jedes Fach förderwürdig.

Es sollen Ausbildungen unterstützt werden, die lokale Arbeitskräfte-Bedarfe stillen helfen. Das Programm bettet sich ein in die Strategie des Unternehmens, als Arbeitgeber attraktiver zu werden. So hat Amazon einen Mindestlohn von 15 Dollar in der Stunde eingeführt und wirbt in aufwendigen Kampagnen dafür, dieses Mindestlohn-Niveau zum landesweiten Standard zu machen.

Firmengründer Jeff Bezos versucht, nach scharfer Kritik an den Arbeitsanforderungen in Distributionszentren und einem gescheiterten Gewerkschaftsgründungs-Versuch den Ruf Amazons zu polieren. In einem Brief an Aktionäre schrieb er dieses Jahr, Amazon-Mitarbeiter seien keine „verzweifelte Seelen“, die „wie Roboter behandelt“ würden.

Viele Arbeitnehmer bleiben nur kurz bei Amazon

Eine mehrmonatige Recherche der New York Times hatte zutage gefördert, dass im vorigen Jahr außergewöhnlich viele Arbeitnehmer nach vergleichsweise kurzer Zeit ihren Job gekündigt haben mit der

Begründung, der Konzern und sein Produktivitätsmessungs-Programm nehme zu wenig Rücksicht auf individuelle Verhältnisse, die sich für viele Arbeitnehmer verkompliziert hatten. Die NYT hatte eine Abwanderungsrate von 150 Prozent ermittelt, was statistisch dem Austausch der ganzen Belegschaft nach acht Monaten entspricht. Amazon hat diese Quote aber nie bestätigt.

Bezos verteidigte die Produktivitätsvorgaben als sinnvoll, räumte aber auch Handlungsbedarf ein: Amazon will nunmehr nicht nur das kundenfreundlichste Unternehmen der Welt sein, sondern auch der beste Arbeitgeber.

Amazon ist in seinem Bestreben, Beschäftigte zu gewinnen und zu halten in großer Gesellschaft. Die Einzelhandelsriesen Target und Walmart, die jeweils zu den größten Arbeitgebern in den Vereinigten Staaten zählen, locken mit eigenen Bildungsfinanzierungs-Programmen. Auch Starbucks und die Restaurantkette Chipotle zahlen Studiengebühren, sollten ihre Beschäftigten an ausgewählten Hochschulen den Bachelor-Abschluss anstreben. Andere Unternehmen bieten ihren Beschäftigten mehr freie Tage, berechenbare Dienstpläne oder die Übernahme von Kindergarten-Gebühren.

Die Angebote spiegeln die Not vieler Unternehmen, ihre Vakanzen zu füllen. Ende Juli verzeichnete das Amt für Arbeitsstatistik knapp 11 Millionen offene Stellen in den USA, während die Arbeitslosenquote bei knapp 5,5 Prozent lag und das Beschäftigungsniveau noch deutlich niedriger war als zu Beginn der Pandemiekrise.

<https://www.economist.com/united-states/2021/09/11/being-demonised-has-not-stopped-american-muslims-impressive-rise>

Lexington

Being demonised has not stopped American Muslims' impressive rise

Anti-Muslim sentiment has become entrenched among Republicans



[Sep 11th 2021 edition](#)

Traverse the overpasses of any big city and you will see metallic domes sparkling below. The number of mosques has also more than doubled since 2001. The minority's secular growth is even more striking. Muslims are one of America's most educated religious groups. More than 15% of doctors in Michigan are Muslim, though less than 3% of the state's population is. And Muslim artists, journalists and politicians are catching up.

Mahershala Ali, Ayad Akhtar, Aziz Ansari and Hasan Minhaj are among a generation of award-winning Muslim actors, writers and comedians that has emerged in recent years. Below Rashida Tlaib and Ilhan Omar—the first Muslim women in Congress—sit innumerable Muslim officials, elected onto school boards and into local government. Four centuries after Islam came to America, its Muslims are finding their place.

And yet the Islamophobic backlash the community suffered after the twin towers fell has increased. Half of Americans, including a large majority of Republicans, say Islam encourages violence. That is twice the number who held that view in early 2002. “Though we try to integrate, these are things we live with,” Ali Dabaja, an emergency-care doctor from Michigan, told your columnist. And then he sobbed down the phone as he recalled the time a trucker in Florida tried to run him and his two headscarf-wearing sisters (one a doctor, the other a lawyer) off the road.

Such behaviour occurs not only despite the many Muslim paragons. It is also despite America having witnessed astonishingly little jihadist violence. Islamist attacks are reckoned to have claimed 107 lives since 2001, fewer than white supremacists. And nearly half of those casualties occurred in a mass shooting in a gay club which may not have been motivated by religion. To quote Donald Trump—whose promise to bar Muslims from America was backed by 60% of Republicans—what is going on?

A familiar struggle for America, is the answer, pitting openness and dynamism against nativism and paranoia. Muslims are merely the latest minority to have been embroiled in it.

On the open side of that contest, their growth and success are testament to America's genius for immigration. Over half of its Muslims were born abroad, including a skilled multitude enticed by the

immigration act of 1965. It included the South Asian fathers of Messrs Akhtar, Ansari and Minhaj; the first two doctors, the third a chemist. Having found in America opportunity, religious freedom, civic culture and physical distance from their old lives, such Muslim migrants and their offspring tend to be more patriotic than their European counterparts and much less interested in jihad. The American dream was always an antidote to extremism.

Indeed, it is striking how many Muslims, especially younger, America-born ones, responded to the discrimination they faced after 9/11 by citing America's promise of liberty. Mr Minhaj, whose hit Netflix show was called "Patriot Act", describes his father's and his own conflicting responses to the thugs who smashed their car windows; the older man fearful and resigned, the younger one astonished and incensed. Similarly, Aasim Padela, an emergency-care doctor and expert in Islamic bioethics, said the bigotry he faced even as the twin towers burned "changed my life". A Cornell medical student at the time, he rushed to help triage the injured; but no Manhattan bus driver would open his doors to him. "My stethoscope could not conceal my beard," he says. Defiantly he resolved to represent his Muslim values in his medical career.

Yet 9/11 does not explain the growth of anti-Muslim sentiment. George W. Bush tried hard to quell it. Muslim-bashing became nonetheless entrenched on the right mainly because of how it chimed with the broader grievance culture emerging there—especially after the election in 2008 of a black president with a Muslim name. The professed concerns of American Islamophobes underline this. They tend to worry less than their European equivalents about conservative Muslim practices and beliefs (some of which evangelical Christians share), and more about Muslim immigration. When Mr Trump launched himself into politics by suggesting Barack Obama was Muslim as well as foreign, he implied that they were synonymous. He then made Muslim-bashing central to his presidential campaign. Subsequent analysis suggested Islamophobia was his voters' most characteristic trait. It is a form of bigotry that persists because of the grievances of a dwindling white majority, in other words. It is scarcely about Muslims—especially the reality of America's prospering minority—at all.

That was also clear ahead of last year's election, when Mr Trump abruptly turned his sights from Muslims to black activists. The shift was consistent with research suggesting that, for all its ugly noise, Republican Muslim-bashing may be less threatening than opinion polls suggest. Because the Muslim population is based in cities and relatively small, says Shadi Hamid of the Brookings Institution, nativists have little contact with and are unlikely to focus on Muslims for long: "We are not the main target of xenophobia because there are bigger groups to be racist about."

Take the medicine

For another consolation, it is abundantly clear who is winning this struggle. The bigotry of the right reflects its members' lost status. Meanwhile Muslims will continue to rise. Covid-19—or rather the madness the right has made of it—provides a powerful image of those relative positions. The anti-vaxxer Trump voters who are now likeliest to be hospitalised with the disease tend to be the most anti-Muslim Americans. The doctors treating them are quite likely to be Muslim. The irony of this is not lost on Dr Dabaja. "But when people are coping with the reality of death or the death of their loved ones," he says, "their political agendas tend to fade."

[Sep 11th 2021 edition](#)

Still searching

After Afghanistan Germans rethink their country's foreign policy

But this month's election is unlikely to change it much



America's debacle in Kabul has caused especially deep concern in Germany. Two decades ago, after rancorous parliamentary debate, Germany approved its first military deployment outside Europe since 1945, to Afghanistan. The vision was of a Bundeswehr (the armed forces) acting in the service of noble goals: state-building, humanitarianism and diplomacy. "It sounds like a joke today, but read the debates and it really seems like the plan was to turn Afghanistan into Sweden," says Peter Neumann, a security expert and adviser to Armin Laschet, the conservative candidate for chancellor in this month's election. The fact that Joe Biden's administration now claims these goals were delusional has left a bitter taste in Germans' mouths as they head to the polls.

Initially divided about the wisdom of the mission, Germany's policymakers found a rationale for what was to become its largest post-war deployment: some 150,000 troops had passed through Afghanistan by the time the last ones left in June. Throughout the 2000s Germany ratcheted up its police-training and civil-reconstruction efforts there. Yet at the same time polls revealed growing public scepticism. Later, in the 2010s, Afghanistan slowly slipped from voters' minds. Of the main parties standing in the election, only the Greens find space to mention the Afghan mission in their manifesto.

Germany's allies have long urged it to play a more assertive role abroad. Critics gripe that those pleas have gone unheeded. But that is unfair. Jolted by Russia's adventurism in Ukraine, Germany's defence budget, though still short of nato's target of 2% of gdp, has grown by almost half since 2014. Annegret Kramp-Karrenbauer, who as defence minister has tried to get her compatriots to think seriously about security, has explicitly linked Germany's security policy to its trade—and earlier this year dispatched a frigate to the South China Sea to emphasise the point. More than 80% of voters say they support the Bundeswehr; over 40% want more defence spending.



The Economist

But they also know precious little about the dozen or so missions in which German troops serve, from Atalanta, an anti-piracy naval effort off the Horn of Africa, to stabilisation forces in Kosovo. Polls also show that Germans are persistently reluctant to throw their military weight around. There is a yawning gap between the views of voters and the security establishment. This finds expression in the mandates that parliament gives the army, which can scale absurd heights. At one point German troops in Afghanistan carried cards bearing instructions on what to say to enemies in the field: “United Nations—Stop, or I will fire!” A Pushtu translation was also provided.

Unsurprisingly, then, Afghanistan has failed to turn Germany’s election campaign upside down. There have been ritualistic expressions of support for the eu to do more for its own security amid a dawning awareness that, as an official puts it, Mr Biden’s administration is about “Americans first”. But the only substantial idea in the air is to set up a national security council to weave a coherent policy from the competing strands of Germany’s foreign-policy machinery. Opinions vary on whether such bureaucratic answers match up to Germany’s strategic challenges.

There are nuances in the parties’ foreign-policy platforms. In government the Greens would inject a degree of hawkishness towards authoritarian states; the Social Democratic Party (spd) has a contingent of Russia doves. But whichever of the possible coalitions emerges is unlikely to have a decisive impact on Germany’s foreign-policy outlook, says Fritz Felgentreu, an outgoing spd mp. None of the four parties in contention for government questions Germany’s transatlantic bond, its European vocation or its position in nato. All accept the need to recalibrate the relationship with China. The foreign-policy chapter of the next coalition agreement will be the product less of considered reflection on Germany’s place in the world than of hard-fought compromise between several parties that must find a way to govern together.

Yet there is still scope for wrangling. The next parliament must resolve a long-running debate over giving the Bundeswehr armed drones; it must boost Germany’s cyber-resilience; and it must consider its role in nato’s nuclear-sharing. The overstretched armed forces need stable funding increases, even as Germany confronts its debt overhang from covid-19. It must also articulate a new China policy that takes into account American pressure and growing Sino-scepticism among German businesses. Meanwhile its eu partners will expect it to lead the response to the next crisis, be it a fresh Russian military challenge or another flow of refugees.

Fresh thought also needs to be given to the Bundeswehr’s outstanding deployments. This applies especially to the Sahel, which now that the Afghanistan mission has ended is the largest: around 1,200 German troops take part in eu and un missions. Parallels with the Afghan effort are obvious. A German force dispatched initially to support an ally battling terrorism (America in Afghanistan; France in Mali), with a limited mandate, uncertain prospects for success and growing questions over its purpose. French troops do the

serious fighting, but German soldiers are exposed: a dozen were hurt in a suicide attack in June. “We need a serious discussion about the conditions under which we deploy,” says Carlo Masala at the Bundeswehr University in Munich. “If we do things like Afghanistan and Mali in future, we have to go fully in: meaning doing the dirty stuff.”

Yet a “grave rethinking” of public life would be needed to make Germany a truly autonomous power, argues Cathryn Clüver Ashbrook, director of the German Council on Foreign Relations. Better to carve out a role as a “hinge” power, conducting shrewd diplomacy in those areas where America or other allies struggle, including with China. But even that will require a hard-headed assessment of Germany’s interests, ambitions and limitations. If the election campaign is any guide, the country is far from ready for one.

HANKS WELT:

Zerstörung hat Zukunft

- VON RAINER HANK
- -AKTUALISIERT AM 13.09.2021-13:13



Blick in eine Autofabrik in Leipzig: Welche

Jobs wird es dort in zehn Jahren noch geben? Bild: dpa

Regelmäßig sind wirtschaftliche Transformationsprozesse verbunden mit der Angst vor hoher Arbeitslosigkeit. Doch noch nie sind diese Befürchtungen eingetreten.

So viel Transformation war nie. Wir hören viel von der „digitalen Transformation“, der „biologischen Transformation“ – und natürlich von der grundlegenden Transformation unseres Wirtschaftens angesichts der Klimakrise. Was versteht man unter Transformation? Eine erste Definition lautet: Transformation bezeichnet das Umwandeln oder Umgestalten von etwas in einen anderen Zustand. Es geht um die Umstrukturierung eines bestehenden Systems in ein anderes. Kaum ein Begriff hat in letzter Zeit eine solche Karriere hingelegt wie die Transformation. Anschaulich zeigt dies die Wortverlaufskurve des digitalen Wörterbuches der deutschen Sprache: Nach 2010 erlebt die seit 1946 flach verlaufende Linie einen exponentiellen Schub, der sie fast vertikal ansteigen lässt. Sofern Sprache etwas mit der Wirklichkeit zu tun hat, muss man sagen: Irgendetwas passiert. Aber was?

Transformationen sind mit Ängsten verbunden. Veränderungen mögen theoretisch willkommen sein; wird es konkret, fürchten wir sie. Unser Wohlstand – oder der unserer Kinder – ist gefährdet. Unsere Arbeit könnte uns ausgehen. Kein Wunder, dass Industrie und Gewerkschaften an den Staat und die Politik die Forderung herantragen, die Transformation abzufedern und potentielle Verlierer zu entschädigen.

Was wird aus der deutschen Autobranche?

Machen wir es konkret am Beispiel der Automobilindustrie, passend zur IAA in München. Die Branche befindet sich in einem der größten Transformationsprozesse seit den Erfindungen von Gottfried Daimler, Robert Bosch und Henry Ford. Wesentliche Aufgabe der Transformation ist der Umstieg von konventionellen Antrieben auf elektrische Fahrzeuge und Wasserstoffantrieb – und das in atemberaubender Geschwindigkeit. In Deutschland stellen annähernd eine halbe Million Personen Produkte her, die direkt mit der Verbrennertechnik zusammenhängen, Dieselmotoren, Abgasreinigungssysteme oder Auspufftöpfe zum Beispiel. Nimmt man die indirekt vom Auto abhängigen Beschäftigten hinzu, sind es 2,75 Millionen Menschen. Rund 50 Prozent der europäischen Wertschöpfung im Kraftfahrzeugbau findet in Deutschland statt. Was wird aus diesen Beschäftigten im Transformationsprozess?

Das Ifo-Institut in München hat dazu gerade eine nicht nur wegen ihres Ergebnisses aufregende Studie veröffentlicht. Auch die Methode ist bemerkenswert. Die Ausgangsfrage war, welche Kompetenzen bei der Fertigung von Autos künftig gebraucht werden. Und ob die heute schon in der Branche Beschäftigten diese Kompetenzen sich aneignen werden oder ob dazu Personal von außen gesucht werden muss. Es braucht nämlich nicht nur neue Berufe. Es ändern sich auch die Berufe selbst. So bleibt beispielsweise die

Berufsbezeichnung Entwicklungsingenieur bestehen. Doch der muss sich jetzt mit Batteriesteuerungen auskennen.

Um herauszufinden, wie gut oder schlecht die deutsche Industrie für die Transformation gerüstet ist, haben sich die Ifo-Forscher der Daten des beruflichen Netzwerkes [LinkedIn](#) bedient. Das ist ziemlich pfiffig. Wer bei LinkedIn Mitglied ist, gibt in der Regel mehr oder weniger detailliert ein berufliches Profil von sich und seinen professionellen Kompetenzen preis. Damit, so das Ifo-Institut, sei es möglich, die Veränderung der Kompetenzen in der deutschen und internationalen Automobilindustrie sehr zeitnah zu analysieren, besser als mit der nachhinkenden amtlichen Statistik. Allerdings scheinen die Forscher davon auszugehen, dass die LinkedIn-Nutzer ehrlich sind. Sie unterschlagen dabei die menschliche Neigung, die eigenen Kompetenzen in ein gutes Licht zu stellen. Sei's drum.

Neulinge sind die Gewinner, Altgediente die Verlierer

„Emerging Jobs“ nennen die Forscher Jobs, die das größte Wachstum innerhalb einer Branche oder Region erwarten lassen. Hier liefern die Daten von LinkedIn erfreuliche Resultate: Sowohl in Deutschland wie auch global ist in letzter Zeit vor allem die Zahl solcher Jobs gewachsen, die mit der Digitalisierung in Verbindung stehen, also Software und Entwicklung, Daten und deren Analyse. In Deutschland haben diese Jobs sogar überdurchschnittlich zugenommen. Hier gibt es auch besonders viele neue Tätigkeiten im Bereich von Verwaltung und Personal. Klingt langweilig, ist aber für Transformationsprozesse unabdingbar. Allerdings wird schnell deutlich, dass die meisten dieser „Emerging Jobs“ von Beschäftigten ausgeübt werden, die neu in der Branche sind. Im Vergleich zu den langjährig in der Autoindustrie Beschäftigten bringen die neu in die Branche gewechselten Menschen 71 Prozent häufiger digitale Kompetenzen mit.

Sofern man den Zwischenstand der Ifo-Forscher generalisieren darf, ist die Botschaft einigermaßen beruhigend: Es gibt keinen Grund für Apokalyptik. Die Transformation hierzulande ist in vollem Gang. Und auf gutem Weg. Gewinner sind die neu in die Branche kommenden Beschäftigten. Verlierer sind die Altgedienten, denen die Umstellung schwerfällt. Trägheit war immer schon ein Hindernis der Innovation; dem Strukturwandel sind Neulinge besser gewachsen.

Der Befund könnte die bisherigen Erfahrungen mit disruptiven Transformationsprozessen in der Wirtschaftsgeschichte bestätigen. Als „große Transformation“ bezeichnet man seit den Arbeiten des Wirtschaftshistorikers und Sozialforschers Karl Polanyi (1886–1964) die Verselbständigung und Entfesselung der Marktprozesse zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Polanyi bewertet diese Erfahrung der „Entbettung“ von Wirtschaft und Gesellschaft negativ. Das frühe 19. Jahrhundert markiert zugleich aber den Beginn der industriellen Revolution, die den ehemals armen Bevölkerungsschichten Wohlstand gebracht hat. Das unterschlägt Polanyi.

Hinzu kommt: Regelmäßig sind wirtschaftliche Transformationsprozesse verbunden mit der Angst vor hoher Arbeitslosigkeit. Doch noch nie sind diese Befürchtungen eingetreten. Prozesse der Automatisierung und Roboterisierung politisch verzögern zu wollen, etwa durch eine Maschinensteuer, rettet keine Arbeit, sondern zerstört sie, wie man beim Ökonomen Philippe Aghion nachlesen kann, dessen neues Buch über die „Kreative Zerstörung“ ich nicht genug preisen kann. Technische Revolutionen entfalten ihre Wachstumseffekte stets mit einer Zeitverzögerung. So war es bei der Elektrizität, die von Thomas Edison und Werner von Siemens Mitte des 19. Jahrhunderts entdeckt wurde und ihr enormes Potential erst nach der Jahrhundertwende 1900 ausspielte. Ähnlich könnte es jetzt auch mit der Computerisierung und Digitalisierung vor sich gehen. Niemand muss sich vor technologischen Revolutionen und den wirtschaftlichen Transformationen fürchten, lese ich bei Aghion. Eine beruhigende Botschaft.

CEM ÖZDEMİR UND STEFAN WOLF:

„Die Schwaben sind etwas Besonderes“

- VON RALPH BOLLMANN
- -AKTUALISIERT AM 12.09.2021-11:29



Der Unternehmer Stefan Wolf, 60, erscheint zum Gespräch in der Uracher Altstadt mit Jeans und offenem Hemd. Der Grüne Cem Özdemir, 55, bevorzugt Anzug und Krawatte. Bild: Verena Müller

Der Grüne Cem Özdemir und Gesamtmetall-Präsident Stefan Wolf sind in Bad Urach zu Hause. Ein Gespräch über die Heimat, die Autobranche, den Umgang mit der Klimakrise und die Bundestagswahl.

Herr Özdemir, Herr Wolf, was bedeutet Ihnen Ihre Heimatstadt Urach?

Cem Özdemir: Meine Eltern, die beide aus der Türkei kamen, haben sich hier kennen- und lieben gelernt. Ich verdanke Urach also meine Existenz, bin hier geboren und aufgewachsen. Schauen Sie: In dieser Straße dort befindet sich das elterliche Haus, inzwischen sind beide gestorben – meine Mutter erst vor wenigen Wochen. Früher bin ich hierhergekommen, um meine Eltern zu besuchen, jetzt gehe ich auf den Friedhof. Aber ich habe hier immer noch gute Freunde – und verbinde tolle Erinnerungen mit Urach.

Stefan Wolf: Ich wohne seit 2018 hier, habe es nah zur Firma. Urach ist für mich ein Stück Heimat geworden, ein liebens- und lebenswertes Städtchen.

Was ist das Besondere am Schwäbischen?

Özdemir: Als Jugendlicher wollte ich so schnell wie möglich weg. Was meine Mutter als Vorteil beschrieb, empfand ich als Nachteil: Man kennt sich, man weiß fast alles voneinander. Je älter ich werde, desto mehr kommt die Altersmilde. Inzwischen verstehe ich, warum meine Mutter nie nach Berlin ziehen wollte. Wenn sie hier einen runden Geburtstag hatte, dann stand das in der Lokalzeitung, und der Bürgermeister gratulierte ihr persönlich. Sie sagte: In Berlin stirbst du anonym in der Wohnung, niemand bekommt es mit, das passiert dir in Urach nicht. Im Nachhinein denke ich: Wahrscheinlich hatte sie recht.

Wolf: Ich seh's auch aus der Perspektive der Firma. Wir haben hier tolle und leistungsfähige Mitarbeiter. Außerdem ist das eine unglaublich innovative Gegend, mit vielen jungen Ingenieuren, die fürs Studium mal weggehen, dann aber wieder zurückkommen. Diese Verlässlichkeit und Klarheit, das Bekenntnis zu der Region, das ist etwas Besonderes.

Özdemir: Wir haben übrigens noch eine weitere Gemeinsamkeit. Mein Kindheitsfreund Olcay Zeybek hat seine Ausbildung bei Elring-Klinger gemacht, heute ist er dein Chefbuchhalter und sitzt bei dir im Aufsichtsrat. Er ist genauso Gastarbeiterkind wie ich, früher waren wir einmal pro Woche bei seiner Familie zum Baden, weil wir keine eigene Wanne hatten. Er bekam als Einziger von uns Gastarbeiterkindern eine Empfehlung fürs Gymnasium, konnte aber zunächst nicht das Abitur machen. Er hat das dann auf dem zweiten Bildungsweg nachgeholt, studiert – und eine Karriere im Unternehmen gemacht. Das ist für mich ein Beispiel, welche Potentiale wir in unserem Bildungssystem noch heben können.

Wolf: Er ist ein Beispiel dafür, dass es geht!

Özdemir: Aber wie viele Fälle haben wir, die es aus der Kurve haut?

Wolf: Das stimmt, leider.

Özdemir: Und was entgeht uns da menschlich, aber auch ganz nüchtern volkswirtschaftlich – an Erfindergeist, an Leuten, die Innovationen hervorbringen? **Wir brauchen ein Bildungssystem, in dem der Erfolg von den Eltern abgekoppelt wird.**

Wolf: Das soziale Gefüge, in dem man aufwächst, bestimmt immer noch zu stark den Lebensweg. Ich wäre ohne die Unterstützung von zu Hause heute nicht dort, wo ich bin. Mein Vater war Chefredakteur des Schwarzwälder Boten, ich bin in einem akademischen Elternhaus aufgewachsen. Wenn diese Prägung nicht da ist, brauchen wir Institutionen, die einspringen. Dazu gehört aber auch, dass man die Eltern überzeugt. Ich kannte zum Beispiel mal eine sehr begabte Nachbarstochter, da sagte der Vater: Was muss die studieren? Die soll was schaffen!

Özdemir: Der Anspruch muss sein, dass wir niemanden verlieren. Es braucht zum Beispiel eine Ganztagschule, auch mit einem gesunden Mittagessen. Für mich bestand das jahrelang darin, dass ich bei dem Imbiss dort drüben eine Portion Pommes gegessen habe oder zur Abwechslung eine Rote Wurst. Weil die Eltern in der Fabrik waren – und ich damals noch nicht Vegetarier war.

Herr Özdemir, Sie sind als Kind von Einwanderern aufgewachsen; Herr Wolf, Sie leben mit einem Mann zusammen. Hatten Sie jemals das Gefühl, es geht hier geistig eng zu?

Wolf: Nein. Das mag vor 25 Jahren anders gewesen sein, aber heute ist es nicht mehr so. Die Leute hier haben das Herz auf dem richtigen Fleck. Bei uns in der Firma haben wir 18 oder 20 verschiedene Nationalitäten, das ist überhaupt kein Thema. Auch ich persönlich verspüre keinerlei Ablehnung, das ist absolute Normalität.

Özdemir: **Das ist wahrscheinlich wie anderswo auch: Es hat sich was verändert. Früher haben Leute schon die Nase gerümpft, wenn eine junge Mutter berufstätig war. Heute ist das zum Glück hier der Normalfall. Da hat sich in ganz Deutschland etwas gedreht, das wurde erarbeitet und von vielen mutigen Menschen hart erkämpft. Ich bin 1994 als erster anatolischer Schwabe in den Bundestag eingezogen – und mit mir Volker Beck als erster Abgeordneter, der sich offen zu seinem Schwulsein bekannte. Wer hätte damals gedacht, dass das inzwischen auch in fast allen anderen Parteien selbstverständlich ist? Entscheidend sollte nicht sein, wo man herkommt, sondern wo man hinwill.** Da sind wir aber noch nicht am Ziel, da müssen wir auch noch eine Strecke gehen.

Trotzdem ging der Trend zuletzt dahin, dass junge Leute unbedingt in die Großstadt wollten. Firmen auf dem Land taten sich mit Fachkräften schwer. Spüren Sie das, Herr Wolf?

Wolf: Nicht so sehr. Unsere neuen Bereiche Brennstoffzellen und Batterietechnologie sind für junge Leute extrem spannend. Wir haben erst letztes Jahr unser Joint Venture mit Airbus abgeschlossen, da mussten auch Leute aus Hamburg umziehen. Sie haben das gemacht, weil sie am ersten Passagierflugzeug mitarbeiten wollten, das mit Wasserstoff fliegt und 2035 den Linienbetrieb aufnehmen soll. Ein Vorteil ist sicherlich auch die Nähe zu Stuttgart. In unserem Werk in Heidenheim tun wir uns schwerer.

Özdemir: Das Problem hat ja nicht die Autoindustrie! Sondern Firmen, die ebenfalls gute Leute suchen und nicht mit den Löhnen konkurrieren können, die bei euch oder bei den großen Firmen im Stuttgarter Raum bezahlt werden. Ein Hebel, um die Attraktivität zu erhöhen, ist die Verkehrsanbindung. In meiner Jugend wurde die Bahn nach Urach stillgelegt. Inzwischen fährt sie wieder, und im Moment wird sie ausgebaut und elektrifiziert.

Wolf: Ich bin über den Bahnanschluss auch sehr froh. Wir haben eine eigene Haltestelle direkt an der Firma. Wenn morgens um acht der Zug hält, strömen wahre Menschenmassen zum Werkstor. Vor allem für die Mitarbeiter aus der Stuttgarter Gegend ist das eine Alternative zum Stau.

Özdemir: Wir sollten auch den Güterverkehr nicht vergessen. Ihr habt ja noch einen Gleisanschluss, aber bei vielen Gewerbegebieten ist das leider nicht mehr der Fall.

Wolf: Dafür müsste die Bahn aber erst mal zuverlässiger werden! Sonst bekommen wir den totalen Verkehrskollaps. Neulich bin ich mit dem Auto von hier bis ins Münsterland gefahren: Es war wieder unglaublich, wie viele Lastwagen auf der Autobahn unterwegs waren! Da ist viel versäumt worden, nicht erst von der jetzigen Regierung, sondern in den Jahrzehnten zuvor. Man hätte viel früher mit dem Ausbau beginnen müssen.

Özdemir: Kurz vor Corona habe ich am Rangierbahnhof in Kornwestheim ein Praktikum gemacht. In der Leitstelle habe ich zuerst gedacht, die zeigen mir die Museumsabteilung. Bis ich verstanden habe, so wird das heute noch gemacht: Die fleißigen Leute dort müssen tatsächlich noch wie eh und je mit Schraubenkupplung per Hand kuppeln, nicht automatisch. Wir haben die Schiene einfach verrotten lassen. Wir reden immer von der Schuldenbremse. Die Schulden, die wir zum Beispiel bei der Infrastruktur haben, besonders bei der Schiene, übersehen viele. Ich hätte gerne Verhältnisse wie in der Schweiz oder in Österreich: pünktlich, sauber, bezahlbar.

Dann dürften aber auch die Lokführer nicht so oft streiken.

Wolf: Streiks sind in der Regel nicht konstruktiv. Man kann in der Tarifpolitik jedes Thema lösen. Dazu gehören zwei Partner, die vernünftig sind und um Lösungen ringen. Ich habe bei Südwestmetall acht Jahre lang das Tarifgeschäft betrieben – und immer versucht, mit der **IG Metall** einen Konsens zu finden. Mir fehlt das Verständnis dafür, dass die GDL streikt, obwohl ein gutes Angebot vorliegt.

Özdemir: Was ich mich aber schon immer gefragt habe: Warum wird bei Tarifverhandlungen eigentlich immer erst spät in der Nacht das Ergebnis verkündet? Ich habe manchmal den Eindruck, ihr habt euch am Abend schon geeinigt – aber wenn ihr dann schon vor die Presse tretet, heißt es bei euren Leuten, ihr habt nicht gut genug verhandelt.

Wolf: Klar, das ist schon auch ein Ritual. Bei Südwestmetall wollte ich es anfangs anders machen: Wir fangen morgens um zehn Uhr an und sind abends um acht oder neun Uhr durch. Ich bin kläglich gescheitert. Unsere Mitglieder hätten sonst gesagt: Wenn die bis morgens um drei verhandelt hätten, wär's besser gewesen. Bei der IG Metall genauso. Meistens geht es auch wirklich so lange. Nur bei einem Abschluss hatten wir das Ergebnis tatsächlich schon um zehn. Wir sind trotzdem sitzen geblieben und erst um halb drei rausgegangen. Aber das ist danach nie wieder vorgekommen.

Özdemir: Auch in der Politik verbessert das Verhandeln bis ins Morgenrauen nicht unbedingt die Qualität der Beschlüsse. Und wenn wir in Zukunft noch gute Leute gewinnen wollen, die sich nicht mit ihrer vierten oder fünften Ehe schmücken, werden wir das ohnehin ändern müssen. In Schweden gibt es die Regel, dass die Regierung möglichst keine Abendtermine macht.

Ständig wird das Gespräch unterbrochen, weil Wolf und Özdemir jemanden begrüßen müssen: erst den Inhaber des Cafés, der eine Runde Butterbrezeln ausgibt, dann den Bürgermeister von der SPD, einen Jugendfreund Özdemirs, eine gemeinsame Bekannte. Das Gespräch geht um die Besorgungen, die Özdemir anschließend noch im Metzinger Outlet-Center tätigen will – und um die modischen Fragen, die sich damit verbinden.

Özdemir: **Ich trage übrigens eine Krawatte, weil ich heute meinen Auto-Tag, eigentlich Auto-Transformationstag, habe: Ich war beim neuen Bosch-Chef, dann beim Zulieferer Mahle, jetzt bei dir. Ich stelle fest: Bei der Autoindustrie ist man als Grüner inzwischen overdressed.**

Wolf: **Bei Bosch gibt's keine Krawatten mehr. Bei uns auch nicht.**

Özdemir: Aber ich habe sie nun mal gekauft, soll ich sie wegschmeißen?

Wolf: Dann lass dir keine Krawatte aufschwätzen, solltest du heute noch in Metzingen zum Einkaufen gehen!

Özdemir: Ich brauche Schuhe. Nach der letzten Talkshow haben die Leute geschrieben, ich soll etwas mehr auf mein Schuhwerk achten. (Lacht.)

Stimmt eigentlich das Klischee, dass die Schwaben ein besonderes Verhältnis zur Arbeit haben?

Wolf: Neulich sagte ein Mitarbeiter zu mir: Diesen Begriff Work-Life-Balance finde ich total blöd. Das vermittelt den Eindruck, Work ist schlecht und Life ist gut. Aber mein Leben ist doch die Arbeit! In Baden-Württemberg haben wir schon eine besondere Arbeitsmoral, die sich historisch gebildet hat. Es ist das Land der Denker und Tüftler. Wir haben extrem viele Patente. Und das alles betrifft nicht nur die Firma, sondern auch die Freizeit. Viele bauen sich ihr Häuschen selbst, helfen sich im Dorf dabei gegenseitig.

Özdemir: **Außerdem sind wir das Land von Schiller, Hölderlin, Hegel.** Unser Ministerpräsident liest die Bücher, über die sonst nur geredet wird. **Wir halten, was die anderen versprechen: Bei den Ladestationen für Elektroautos sind wir in Deutschland führend, bei der CO2-Einsparung auch. Unser neuer Koalitionsvertrag mit der CDU ist das erste und einzige Regierungsprogramm in ganz Deutschland, das die Pariser Klimaziele umsetzt.**

Zum Schwaben-Image gehört, dass fast jedes Dorf sein Fabrikle hat, viele davon produzieren Teile für Verbrennungsmotoren. Wird es diese Fabriken in Zukunft noch geben?

Wolf: Ich bin immer dafür, dass man ehrlich ist: Einige Firmen werden die Transformation nicht schaffen. Wer bislang nichts unternommen hat, kann auf den Zug kaum noch aufspringen. Wer in Brennstoffzellen oder Batterietechnik investiert hat wie wir, der ist gut positioniert – auch wenn ich zum Beispiel dafür anfangs im Aufsichtsrat hart kritisiert wurde. Wir müssen also Menschen den Umstieg aus der Industrie in Bereiche ermöglichen, in denen Mangel herrscht: im Handwerk, in den Dienstleistungen, in der Pflege.

Das ist aber alles viel schlechter bezahlt!

Wolf: Das ist ein Problem, klar. Einen Teil wird man über Fluktuation und Rente regeln können, aber nicht alles. Man muss den Jüngeren, die keinen Arbeitsplatz in der Produktion mehr finden, klarmachen: Ihr müsst in andere Bereiche, und ihr müsst auch Abstriche machen.

Özdemir: **Die AfD behauptet immer: Es kann alles bleiben, wie es ist. Diese Alternative ist in der realen Welt aber nicht vorhanden.** Als das Smartphone aufkam, sagte der damals größte Handyhersteller Nokia: Wir beherrschen den Markt, uns kann nichts passieren. Der Rest der Geschichte ist bekannt. Das darf uns mit der deutschen Autoindustrie nicht passieren. Wir müssen das mit Respekt von dem Geleisteten tun, aber wir dürfen uns nicht auf den Erfolgen der Vergangenheit ausruhen. Die Politik muss den Rahmen setzen, aber wir können auch nicht bis in alle Ewigkeit eine staatliche Kaufprämie von 6000 Euro für neue Elektroautos zahlen.

Wolf: Absolut nicht.

Özdemir: Aber es dauert noch eine Weile, bis ein Elektroauto nicht mehr teurer ist als ein herkömmliches. Deshalb brauchen wir andere Methoden, zum Beispiel ein echtes Bonus-Malus-System.

Wolf: Entscheidend ist die Infrastruktur: fürs Laden von Elektroautos und fürs Betanken schwerer Lastwagen mit Wasserstoff. Mich stört, dass wir das nur auf nationaler Ebene diskutieren. Das ist ein europäisches Thema! **Und es funktioniert nur, wenn aus der Ladesäule auch grüner Strom kommt. Sonst können wir gleich mit dem Verbrennungsmotor weiterfahren. Da liegt das größte Problem:**

Viele Menschen sind für Klimaschutz, aber sie sind gegen ein Windrad in der Nähe des eigenen Hauses.

Das klingt jetzt sehr harmonisch. Wo sind Sie denn unterschiedlicher Meinung?

Wolf: Die Grünen wollen, dass Autos mit Verbrennungsmotor ab 2030 verboten werden. Das sehe ich ganz anders.

Özdemir: Es geht um Neuzulassungen!

Wolf: Aber unsere Branche braucht noch deutlich länger die Erträge aus dem Verbrennungsmotor, damit wir bei den neuen Technologien schneller vorankommen. Deutschland trägt nur zwei Prozent zum globalen CO2-Ausstoß bei. Wenn wir schon 2030 keine neuen Verbrennungsmotoren mehr zulassen, hilft das dem Klimaschutz wenig. Wenn wir aber weiterhin gutes Geld erwirtschaften und ich für jedes zweite Auto in Indien ein Batteriemodul verkaufe, dann haben wir für den Klimaschutz viel mehr getan.

Özdemir: Winfried Kretschmann hat die Forderung 2017 als einen Weckruf für die Wirtschaft interpretiert. Vier Jahre später würde ich sagen, das hat funktioniert. Das Ziel ist erreichbar und wichtig für den Klimaschutz wie für unsere Wettbewerbsfähigkeit.

Er hat kräftig darüber geschimpft!

Özdemir: Ich erinnere mich gut. Mittlerweile sagt man mir zum Beispiel bei Audi oder bei Daimler: Wir werden aussteigen. Die Autokonzerne mögen schwerfällige Tanker sein, das verstehe ich auch, weil sie immer auch an Aktionärinnen und Aktionäre sowie an Mitarbeitende denken müssen. Aber wenn dieser Tanker mal die Richtung ändert, dann geht das schneller, als man denkt. Die EU-Kommission fordert den Ausstieg übrigens ab 2035 für die ganze EU, also auch für Länder, die in Sachen E-Mobilität und Modernisierung sogar noch einiges mehr zu tun haben als wir.

Wolf: Im Grünen-Programm steht aber 2030!

Özdemir: Und das ist richtig so. Über 50 Prozent des Exports von deutschen Autos geht in Absatzmärkte, die den Ausstieg aus dem fossilen Verbrenner beschlossen oder zumindest geplant haben. Noch mal: Ich vertraue der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft, wenn sie einmal auf dem richtigen Pfad ist. Am Ende wird es schneller gehen, als wir denken. Mit dem richtigen politischen Rahmen.

Wolf: In unserer Branche ist der Wandel angekommen. Aber in Deutschland aus dem Verbrennungsmotor auszusteigen und dafür in China neue Fabriken zu bauen, das ergäbe keinen Sinn.

Özdemir: Das ist doch Unsinn! China investiert massiv in die Elektromobilität, nächstes Jahr geht ein chinesischer Hersteller auf den europäischen Markt. Die Weltmärkte ändern sich.

Wolf: Das ist für uns ein Geschäft, klar. Nur wenn wir die neuen Technologien global vermarkten können, werden wir die deutsche Autoindustrie auf diesem Niveau erhalten können.

Özdemir: Schon als Parteivorsitzender habe ich den Geschäftsführer des Chemieverbandes eingeladen, er sagte mir: Dass wir als deutsche Chemieindustrie auf vielen Märkten als Erste mit neuen Produkten präsent waren, das verdanken wir auch den Grünen. Ihr habt genervt und die Standards verschärft, das bringt uns heute Vorteile.

Wolf: Und ohne den Dieselskandal wäre die Autoindustrie nicht an dem Punkt, an dem sie heute ist.

Özdemir: Das war ein heilsamer Schock?

Wolf: Absolut.

Özdemir: Als Schwabe hätte man das Geld auch anders verwenden können!

Wolf: Klar. Aber es hatte schon einen Beschleunigungseffekt.

In der Corona-Pandemie haben wir erlebt, was in Deutschland alles nicht funktioniert, übrigens auch in Baden-Württemberg. Woher nehmen Sie die Zuversicht, dass es in der Klimakrise plötzlich klappt?

Özdemir: Corona hat uns vor Augen geführt, dass wir längst nicht so modern sind, wie wir immer dachten. Ich habe großen Respekt vor den Verdiensten unserer Bundeskanzlerin. Aber zur Bilanz dieser 16 Jahre gehören auch die Gesundheitsämter mit Faxgerät, Funklöcher und die Schulen ohne Internet. Ich staune, dass der Kandidat dieser Partei auf einmal ein Modernisierungsjahrzehnt ankündigt.

Wolf: Wir müssen das Land entbürokratisieren. Ständig kommt etwas Neues, die Datenschutz-Grundverordnung oder das Lieferkettengesetz. Außerdem haben wir durch Corona enorme Staatsausgaben produziert. Bei uns im Unternehmen haben wir vor zwei Jahren ein Programm zur Effizienzsteigerung aufgesetzt und uns jede Kostenposition angeschaut. Warum soll das in einem Ministerium nicht funktionieren, mit dem Bundeskanzler als CEO und den Ministern als Abteilungsleitern? Redet man dagegen ständig über eine höhere Einkommensteuer, gehen qualifizierte Leute lieber ins Ausland. Und wenn es auch noch eine rot-rot-grüne Bundesregierung gibt, dann gute Nacht!

Özdemir: Die Linkspartei hat sich durch ihre Ablehnung des Evakuierungseinsatzes in Afghanistan selbst ins Abseits befördert. Ich sehe nicht, dass diese Partei außenpolitisch regierungsfähig wäre, solange sie sich so verhält. Und wie hoch war der Steuersatz unter Helmut Kohl, bevor die Grünen in die Bundesregierung eingetreten sind? In den vielen Bundesländern, in denen wir regieren, hat deswegen noch kein einziges Unternehmen das Land verlassen. Im Gegenteil: Dort geht es der Wirtschaft gut. Was aber nicht geht, ist die esoterische Politik anderer Parteien: Infrastruktur sanieren, Steuern senken, soziale Gerechtigkeit, mehr für Entwicklungshilfe und Verteidigung – da frage ich mich, in welcher Schule sie das Rechnen gelernt haben. Das frage ich mich übrigens auch bei einigen Bundesministern, Stichwort Maut-Debakel oder Cum-Ex-Skandal. Da könnte man sparen!

Herr Wolf, können Sie mit jedem Grünen so harmonisch diskutieren wie mit Herrn Özdemir?

Wolf: **Mit Winfried Kretschmann kann ich auch auf diesem Niveau sprechen. Ihm ist Klimaschutz wichtig, aber gleichzeitig hat er einen klaren Blick für die Bedürfnisse der Wirtschaft. Mit Frau Baerbock geht das nicht.**

Özdemir: Dann hast du es vielleicht nicht richtig versucht. Annalena Baerbock kennt sich nicht nur aus mit der Transformation, sie sagt auch: Baden-Württemberg ist die Blaupause für Berlin.

Wolf: Das höre ich zum ersten Mal.

Özdemir: Das war bei der Wahlkampf-Eröffnung in Heidelberg.

Wolf: Ich hoffe, sie kann sich nach der Wahl noch daran erinnern.

Özdemir: Da mache ich mir keine Sorgen. Sie weiß, wie erfolgreich wir hier regieren.

Können Sie sich eine grüne Bundeskanzlerin vorstellen, Herr Wolf?

Wolf: **Schon, aber nicht mit diesem Programm. Weil die Grünen eine wirtschaftsfeindliche Linie vertreten und mit neuen Vorschriften die Bürokratisierung vorantreiben wollen. Das halte ich für schädlich.**

Özdemir: Die Freiheit gefährden wir dann, wenn die Klimakrise weitergeht. Die Trippelschritte beim Klimaschutz werden wir uns nicht mehr leisten können. Das muss klar sein – ganz gleich, wie kompliziert die Koalitionsverhandlungen nach dem 26. September werden.

Émeutes aux Tarterêts: « Ne nous résignons pas à voir une partie de la France faire sécession »

Par Lydia Guirous

Publié le 10/09/2021 à 19:43, mis à jour le 10/09/2021 à 20:00



La cité des Tarterêts, à Corbeil-Essonnes. *MARYAM EL HAMOUCHI*

FIGAROVOX/TRIBUNE - À Corbeil-Essonnes, les affrontements entre certains habitants et policiers perdurent depuis le 2 septembre. Lydia Guirous appelle à une reconquête de ces territoires perdus de la République.

Depuis plusieurs jours, le quartier des Tarterêts dans l'Essonne s'embrase. Tirs de mortiers, guet-apens, émeutes. Le triptyque des violences urbaines n'émeut plus et cela démontre notre accoutumance à cette guérilla séparatiste. Aurions-nous déjà accepté la tribalisation de la France ?

Comme les règlements de compte à Marseille qui ne surprennent plus non plus, même quand les victimes sont des enfants à peine entrés dans l'adolescence, les émeutes aux Tarterêts n'étonnent pas. Il y a une forme de résignation à voir une partie de la France faire sécession sur fond de trafic de drogue ou d'islamisme. Les deux marchent bien sûr main dans la main, dans un projet funeste pour la République.

Cette résignation en dit beaucoup sur l'état du pays et le peu d'espoir qu'il porte dans l'action publique et politique. Les efforts sont faits, et sans doute que le Beauvau de la sécurité apportera encore des moyens supplémentaires. Mais nous sommes au pied du mur, il n'y a plus de choix possible : la reconquête ou la fin de la République une et indivisible au profit d'une France des territoires tribalisés.

Dans ces quartiers, en dehors de la redistribution, la République et la France n'intéressent pas.

Lydia Guirous

L'indifférence qui accompagne la résignation d'une partie de l'opinion démontre aussi que beaucoup ont intériorisé l'ensauvagement de cette partie de la France qui vit, et parfois survit, dans de sinistres quartiers. Le quartier des Tarterêts compte 5000 personnes, dont la moitié vit officiellement sous le seuil de pauvreté, avec beaucoup d'enfants déscolarisés. Ces données expliquent un contexte social qui n'est ni un facteur atténuant ni aggravant.

Ces quartiers sont sortis du champ républicain car ils ont aussi rejeté la République. La solidarité nationale et la redistribution s'y expriment pourtant concrètement chaque jour ... même si ce n'est jamais suffisant. Dans

ces quartiers, en dehors de la redistribution, la République et la France n'intéressent pas. Il y a désormais les «eux» (le reste de la France et des Français qui ne vivent pas dans le quartier) et le «nous» (qui sont les personnes qui vivent dans ces quartiers).

Ce «eux» et ce «nous» ont aussi infusés dans le reste de la société française et cela est plus inquiétant car c'est l'illustration du renoncement et de la résignation. Un renoncement à reconquérir ces quartiers, une résignation car il n'y a plus l'espoir de revoir l'autorité de l'État se rétablir partout. Un renoncement à maintenir la France Une et indivisible. Une résignation qui acte la fin du «vivre ensemble» qui a cédé la place au «vivre contre eux», voire au «vivre malgré eux». Chacun à sa place, chacun son territoire, chacun ses codes et ses lois... Voilà ce que ces délinquants nous disent et voilà ce que dans une paradoxale harmonie beaucoup semblent accepter.

La reconquête de ces territoires est urgente, mais elle nécessitera des moyens colossaux, tant humains que matériels.

Lydia Guirous

Le «Ici, c'est chez nous», qui était le slogan d'une partie de l'extrême droite il y a encore quelques années, est aujourd'hui scandé par les racailles des banlieues pour affirmer qu'«ici» ils font la loi, et qu'«ici» la France ne pénètre pas. Une loi qui diffère selon le quartier et la tribu de voyous qui le tiennent. C'est une France tribale qui se dessine, la laisser prospérer est une insulte à notre héritage politique et à nos idéaux.

La reconquête de ces territoires est urgente, mais elle nécessitera des moyens colossaux, tant humains que matériels. Elle exigera surtout une ressource qui n'a pas besoin de ligne budgétaire supplémentaire : l'amour de son pays et la volonté de le voir encore exister demain. Sommes-nous capables de cette transcendance qui est l'une des ressources clefs pour insuffler la volonté et le courage, indispensables pour actionner cette reconquête ? On ne gagne aucune guerre sans y croire. Cette guerre des territoires contre la tribalisation de la France, se gagnera avant tout en refusant le renoncement et la résignation.

In einer Diskussion mit Studenten kritisiert der deutsch-französische Professor Klaus Kinzler den Begriff «Islamophobie». Kurze Zeit später benötigt er Polizeischutz

Eine Geschichte über studentischen Machtrausch, Debattenkultur in Corona-Zeiten, den Umgang mit Islamismus und das Reizwort «Cancel-Culture».

Lucien Scherrer, Grenoble 14.09.2021, 05.30 Uhr



Plötzlich rechtsextrem: Klaus Kinzler, Professor am politologischen Institut der Universität Grenoble, aufgenommen an einem geheimen Ort.

Olivier Monge / Myop

Am späten Abend des 25. Februar erhält Professor Klaus Kinzler eine E-Mail seines Kollegen Vincent Tournier. «Wahrscheinlich hast du die Dokumente auf Facebook gesehen. Mein Sohn hat mir sie gerade geschickt, du kannst dich geehrt fühlen.» Dokumente auf Facebook? Kinzler ist verwirrt. Er hat keinen Facebook-Account, bekommt nicht mit, was in den sozialen Netzwerken läuft.

Mit einer unangenehmen Vorahnung schaltet er den Computer ein und liest: Ein Professor am politologischen Institut der Universität Grenoble vertrete reaktionäres, rechtsextremes und islamophobes Gedankengut. Er verhöhne Millionen von Opfern, weshalb er nach Ansicht

«bestimmter Student.innen» sein Recht verwirkt habe, an Diskussionen teilzunehmen. Die Universität müsse Massnahmen gegen diesen Professor ergreifen. Unterzeichnet ist der Aufruf von einer Gruppe namens Sciences Po Grenoble en lutte.

Leben unter Polizeischutz

Obwohl er einiges gewohnt ist, ist Kinzler schockiert. Er, der wegen seiner wirtschaftsliberalen Haltung bisher «nur» als Neoliberaler beschimpft wurde, soll ein Rechtsextremer sein. Für ihn, den gebürtigen Deutschen, der 1983 als junger Mann nach Frankreich auswanderte, ist dieses Wort gleichbedeutend mit Nazi. Er assoziiert es mit kahlrasierten Männern in Springerstiefeln, die Asylbewerber zusammenschlagen.

Fast noch schlimmer ist das Etikett «islamophob»: Wer es öffentlich angehängt bekommt, lebt in Frankreich gefährlich. Der Tschetschene, der am 16. Oktober 2020 den Lehrer Samuel Paty enthauptete, sah sich als Rächer aller Islamophobie-Opfer. Gleiches gilt für die Terroristen, die 2015 in der «Charlie Hebdo»-Redaktion zwölf Menschen erschossen.

Für Kinzler ist der 25. Februar der Auftakt eines Dramas, das er bis heute zu verarbeiten versucht. Die NZZ empfängt er an einem abgelegenen Ort in den französischen Alpen, er trägt eine geflickte Windjacke, Sonnenbrille und einen Sechstagebart. Die Universität ist weit weg. «Wo ich lebe, muss die Öffentlichkeit nicht erfahren», sagt er. In der Küche seiner einfachen Unterkunft stehen gebrauchte Pfannen und Teller, es riecht nach Holz und Kaffee.

Sechs Wochen lebte er unter Polizeischutz, die Beamten nahm er mit auf Ski- und Bergtouren. «Die sind hier richtig fit geworden.» Jetzt arbeitet er jeden Tag rund zehn Stunden, liest Bücher über die chinesische Kulturrevolution und schreibt selber an einem Buch. Das Manuskript trägt den Titel «L'affaire de Grenoble», im Untertitel kündigt der Autor «Reflexionen über unsere Universitäten, unser Land und unsere Zeit» an.

«Propagandawaffe der Extremisten»

Die «Affäre von Grenoble» hat nicht nur in Frankreich, sondern auch in den internationalen Medien hohe Wellen geschlagen. Zumal es hier um Themen und Phänomene geht, die die meisten westlichen Gesellschaften beschäftigen – und spalten.

Es geht um den Konflikt zwischen Aktivisten und kritischer Wissenschaft, um politisch motivierte Rassismuskorrekturen und um die Missachtung rechtsstaatlicher Prinzipien. Es geht um die Macht, die kleine, aber radikale Gruppen in einem von Angst und Opportunismus geprägten Umfeld entfalten können.

Im Herbst 2020 wird Frankreich von der zweiten Corona-Welle lahmgelegt. Das soziale Leben ist stark eingeschränkt, Begegnungen finden meist nur via Mail und Zoom statt. Die politische Stimmung ist angespannt, neben Corona sorgt der islamistische Terror für Ohnmachtsgefühle und gehässige Kontroversen. Denn das Entsetzen über den Mord an Samuel Paty hat sich noch nicht gelegt, als ein tunesischer Islamist in Nizza drei Menschen ersticht.

Die Regierung von Emmanuel Macron kündigt an, islamistische Organisationen zu bekämpfen und zu verbieten, in rechten Kreisen werden Rufe nach Guantánamo-Methoden laut, Islamisten im In- und Ausland wie Recep Erdogan decken Macron mit Islamophobie-Vorwürfen und Beleidigungen ein.



Nicht der islamistische Terror ist das Problem, sondern die Islamophobie: Demonstration in Paris, November 2020.

Abdulmonam Eassa / Getty

Just in jenen Wochen machen sich Arbeitsgruppen des politologischen Instituts der Universität Grenoble daran, eine für Januar geplante Aktionswoche «für Gleichheit und den Kampf gegen Diskriminierung» zu planen. Unter anderem sollen sich acht Studenten und zwei Professoren in virtuellen Konferenzen mit dem Komplex «Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie» beschäftigen. Doch zwischen den beiden Professoren – Klaus Kinzler und Claire Marynower – entbrennt ein Streit.

Der Begriff «Islamophobie», so schreibt Klaus Kinzler am 30. November an alle Beteiligten, habe in diesem Aktionsprogramm nichts zu suchen. Sein Sinn sei fragwürdig, man könne sich gar fragen, ob es bloss «um eine Propagandawaffe von Extremisten geht, die intelligenter sind als wir». Seine Kollegin Marynower antwortet tags darauf, der Begriff «Islamophobie» sei in der Politik tatsächlich umstritten, aber: «In den Wissenschaften ist er es nicht.»

Debatte beendet

Klaus Kinzler, so wird eine staatliche Untersuchungskommission später feststellen, gilt unter den Studenten als guter Professor, der die Debatte liebt und manchmal die Provokation sucht, um Leute zum Nachdenken zu bewegen. Was er gar nicht mag: wenn er das Gefühl hat, jemand wolle ihm das Wort abschneiden. Empört über die apodiktische Antwort seiner Kollegin, schreibt er eine lange E-Mail, in der er sie der intellektuellen Anmassung bezichtigt und betont, die Debatte sei mitnichten geschlossen.

Tatsächlich ist der Begriff «Islamophobie» auch in den Wissenschaften umstritten. Kritiker verhehlen nicht, dass es in allen Gesellschaften Ressentiments gegen Muslime gibt. Sie warnen indes davor, den Unterschied zwischen Fremdenfeindlichkeit – die sich in Frankreich schon vor den gegenwärtigen Debatten oft gegen Araber richtete – und aufklärerischer Kritik am Islam und an einzelnen muslimischen Personen und Organisationen zu verwischen.

Denn damit legitimiere man die Versuche der Islamisten, sich mit Rassismusvorwürfen gegen jegliche Kritik zu immunisieren. «Der Begriff der Islamophobie», so schreibt etwa der niederländische Soziologe Ruud Koopmans, «unterstellt, berechtigte Sorgen und Ängste hinsichtlich des real existierenden Islam seien irrationale Formen des Hasses, und macht so Opfer zu Tätern.»

Dass diese Warnungen berechtigt sind, zeigt sich in Frankreich besonders deutlich. Hier haben Islamisten seit 2015 mehr als 200 Menschen ermordet, darunter Frauen und jüdische Schüler. Der von den Islamisten geschürte Hass hat zudem dazu beigetragen, dass Tausende Juden das Land verlassen haben. Was Islamisten nicht daran hindert, sich als Opfer und «neue Juden» zu inszenieren.

Mit Erfolg, denn nach Terrorakten ist oft zu hören, man müsse jetzt nicht über Islamismus, sondern über die Ausgrenzung der Täter und über Islamophobie reden, denn diese sei der Ursprung allen Übels. Geschürt wird dieser Diskurs von islamischen, oft islamistisch beeinflussten Gruppen wie dem inzwischen verbotenen Kollektiv gegen die Islamophobie in Frankreich, aber auch von linken Politikern, Aktivisten und Wissenschaftern.

In Grenoble eskaliert die Islamophobie-Diskussion ebenso rasch wie endgültig, als sich Anfang Dezember weitere Wissenschaftler einmischen – und den Fall öffentlich machen. So publiziert die Direktion des sozialwissenschaftlichen Labors Pacte ein Communiqué. Darin wirft sie dem nicht namentlich genannten Klaus Kinzler vor, er greife die Wissenschaft und seine Kollegin Claire Marynower in ungehöriger Weise an, weshalb er sich des Mobbings schuldig gemacht habe. Der offene Brief endet mit dem Aufruf, den Begriff «Islamophobie» in den Wissenschaften zu forcieren, wegen der «Zunahme rassistischer Meinungen in unserer Gesellschaft».

Aufruf zur Denunziation

Kinzler erhält einzig Sukkurs von einer Ökonomin und von seinem Kollegen Vincent Tournier. Dieser ist bei manchen Studenten und Lehrern ebenfalls eine Reizfigur, weil er sich in seinen Vorlesungen kritisch mit islamistischen Strömungen auseinandersetzt. Die Direktorin des politologischen Instituts, Sabine Saurugger, ruft die Beteiligten wiederholt zur Mässigung auf.

Aber da linksradikale Studentengruppen wie Sciences Po Grenoble en lutte und die umtriebige Union Syndicale Sciences Po Grenoble den Fall für sich entdeckt haben, ist das zwecklos. Die Studenten fordern die Direktion ultimativ auf, den Islamophobie-Begriff als wissenschaftlich einzustufen und gegen das Duo Kinzler/Tournier vorzugehen. Tourniers Vorlesung soll gestrichen werden. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, veröffentlicht die Union Syndicale am 23. Februar einen Aufruf: Wer islamophobe Äusserungen von ihm bezeugen könne, solle diese anonym melden.

In den sozialen Netzwerken entlädt sich derweil ein wochenlanges Hasssturm gegen die beiden Professoren, von dem zumindest Klaus Kinzler lange gar nichts mitbekommt. Erst am 25. Februar sieht er dank dem Hinweis seines Kollegen Tournier, was anonyme Schreiber und Anhänger von linksradikalen Studentengruppen über ihn verbreiten. Einen Tag danach wird er in seiner Vorlesung gefragt, weshalb er Hass gegen Muslime verbreite.

Nochmals sechs Tage später hängen vor dem Eingang des politologischen Instituts Plakate. «Faschisten in unseren Vorlesungssälen», steht darauf, «Tournier und Kinzler: Rücktritt! Islamophobie tötet.» Die Bilder der Plakate gehen um die Welt, Journalisten aus dem ganzen Land reisen nach Grenoble, die Regierung kündigt eine Untersuchung an. Doch da hat sich Klaus Kinzler bereits krankschreiben lassen.

Jetzt, fast genau sechs Monate später, blickt der Professor mit einer Mischung aus Schmerz, Verwunderung und Humor auf die damaligen Ereignisse zurück, obwohl sie ihn fast umgebracht hätten. Als das französische Erziehungsministerium am 8. Mai einen 55-seitigen Untersuchungsbericht veröffentlicht, ist er derart aufgeregt, dass er die ganze Nacht liest und nachdenkt. Am nächsten Tag schläft er während einer Fahrt auf dem Velo ein und stürzt. Sechs Wochen liegt er mit einem zerfetzten Lungenflügel im Krankenhaus. «Immerhin», so sagt er, «hatte ich viel Zeit zum Lesen.»

Perverse Lust am Machtrausch

In seinem Buch, das er in Anspielung auf **Klaus** Kafka zuerst «Le procès de Klaus K.» nennen wollte, stellt der 62-Jährige die Ereignisse von Grenoble in einen internationalen Zusammenhang. Er verweist auf den «identitären Linksradikalismus à l'américaine», der mittlerweile innerhalb der französischen Linken dominant ist. Und den heute auch linksliberale Intellektuelle in Frankreich, den USA und anderen Ländern für ein zunehmend intolerantes, letztlich antiintellektuelles Klima in den Universitäten verantwortlich machen.

«Das politologische Institut von Grenoble war schon immer links, aber man konnte über alles reden», sagt er. «Der heutige Forscher dagegen ist im permanenten Kampf gegen Unterdrückung, abweichende Meinungen duldet er nicht.» Ermuntert von linken Professoren, gehe es jungen Sozialwissenschaftlern oft nur noch darum, strukturellen Rassismus, Sexismus und Islamophobie zu beweisen. Dies mittels Zirkelschlüssen, Leugnung von widersprechenden Tatsachen und Fakten, die oft nur auf Gesprächen und Gefühlen beruhten.

Als Zeugen zitiert Kinzler den Politologen Pierre-André Taguieff. Dieser betrachtet die modischen Strömungen an den Universitäten als «senile Krankheit der heutigen Linksintellektuellen». Die Anhänger dieser Richtung charakterisiert Taguieff so: gravierende Defizite in der intellektuellen Neugier, bornierter Radikalismus, persönliche Feigheit, kombiniert mit perverser Lust am Machtrausch in der Gruppe.

Man könnte das alles als Wahnvorstellung alter weisser Männer abtun, die um ihre Deutungshoheit fürchten. Allerdings gibt es im Ausland ähnliche Fälle, in Deutschland etwa verleumdete linksradikale Gruppen die Professoren Herfried Münkler und Jörg Baberowski. In den USA hat der Philosoph Peter Boghossian gerade seinen Rücktritt aus der Universität Portland bekannt gegeben. Den Studenten, so erklärte er, werde nicht mehr beigebracht, zu denken. Es gehe nur noch darum, die moralische Gewissheit von Ideologen nachzuahmen.

Im Fall Kinzler bestätigt der im Mai publizierte Untersuchungsbericht des französischen Erziehungsministeriums ebenfalls, dass Taguieffs Analyse der Realität manchmal ziemlich nahe kommt. Für die Untersuchung der «Affäre von Grenoble» reisen eine Generalinspektorin und ein Generalinspektor im März für mehrere Tage in die Stadt. Sie befragen Dutzende Zeugen, darunter Studenten, Professoren und Klaus Kinzler, den man an einem geheimen Ort drei Stunden

vernimmt. Das Fazit der Inspektoren ist klar: Die Islamophobie- und Rassismuskritik gegen Vincent Tournier und Klaus Kinzler waren haltlos und politisch motiviert.

Die Unschuldsvermutung? Ein Werkzeug der Klassenjustiz

Den Studentengruppen ging es laut dem Bericht einzig darum, zwei Professoren zu verjagen, «weil sie die einzigen <rechten> Professoren am politologischen Institut sind». Sie hätten mit Diffamierungen, Verdächtigungen und Denunziationsaufrufen ein Klima der Angst verbreitet. Ihre Methoden erinnerten an «dunkelste Kapitel der Geschichte».

Besonders irritiert zeigen sich die Autoren über den mangelnden Respekt für elementare Grundrechte, den manche Studenten während der Befragung offenbarten. So erklärten Vertreter der Union Syndicale, die Unschuldsvermutung sei ein Werkzeug der Klassenjustiz. Nur die Stimme der Opfer dürfe zählen, und wer Opfer angreife, müsse sofort bestraft werden.

Dieses Dogma erklärt auch, weshalb es zwischen linksidentitären Ideologen und Islamisten eine geistige Komplizenschaft gibt, die man in Frankreich «islamogauchisme» nennt. Wenn das Opfer immer recht hat und sämtliche Muslime als Unterdrückte eingestuft werden, sind auch Islamisten Opfer. Ganz egal, ob sie selber Rassisten, Sexisten, Antisemiten, Gewalttäter oder alles zusammen sind.

Die Macht, die derartige Ideologien und Denkmuster an den Universitäten und in der Gesellschaft entfaltet haben, hat in Frankreich schon in den Wochen vor der «affaire de Grenoble» für Diskussionen gesorgt. Die Ministerin Frédérique Vidal kündigte Massnahmen gegen den «Islamogauchismus» an und provozierte damit wütende Proteste. Exponenten des Nationalen Zentrums für wissenschaftliche Forschung (CNRS) behaupteten, «Islamogauchismus» existiere überhaupt nicht. Die Regierung attackiere die Freiheit der Wissenschaften.

Selbst die französische Küche ist rassistisch

Dabei trägt das CNRS zusammen mit anderen Bildungsakteuren selber zu einem Klima bei, das aktivistische und radikale Studenten in ihrem Eifer bestärkt. So sollte eine CNRS-Studie unlängst beweisen, dass die französische Küche von «kulinarischem Weissein» («blanchité alimentaire») geprägt, also rassistisch sei. Zudem können Aktivisten darauf zählen, dass Bildungsbeamte, Professoren, Vorgesetzte und Studentenorganisationen bei Mobbing-Aktionen gegen politisch unerwünschte Personen wegschauen oder gar ermunternde Zeichen geben.

Die Unef, die grösste Studentengewerkschaft des Landes, solidarisierte sich nach der hetzerischen Plakataktion vor der Universität Grenoble öffentlich mit den Verleumdern. Das CNRS war indirekt ebenfalls in die Kampagne gegen Klaus Kinzler involviert, weil das Labor Pacte zum CNRS gehört – und dieses hat mit seinem parteiischen Communiqué massgeblich zur Eskalation beigetragen.

Radikale Studenten, das zeigt auch der Untersuchungsbericht des Bildungsministeriums, profitieren von einer Kultur der Duldung, der Angst und der Protektion. So kritisieren die Generalinspektoren, dass die Institutsdirektorin Sabine Saurugger schon früh über die Diffamierungen gegen ihren Mitarbeiter Klaus Kinzler in den sozialen Netzwerken im Bild war, ihn aber weder informierte noch die Staatsanwaltschaft einschaltete, trotz justiziablen

Verleumdungen. Weiter halten sie fest, das Communiqué von Pacte hätte gar nie veröffentlicht werden dürfen.

Während sie gegen sämtliche Delegierte der Union Syndicale Disziplinar- und Strafverfahren anregen, soll Klaus Kinzler nur verwarnet werden. Er habe zwar mangelnden Respekt für einzelne Kolleginnen gezeigt und das Neutralitätsgebot in religiösen Fragen verletzt. Sein Verhalten sei jedoch durch den enormen Druck zu relativieren: Er sei in der Geschichte eindeutig das Opfer gewesen.

«Cancel Culture» wirkt, aber noch nicht wie gewünscht

In den Medien ist Klaus Kinzler oft als Märtyrer beschrieben worden, als Opfer der «Cancel-Culture», also einer Kultur der sozialen Vernichtung. Seine Gegner – unter ihnen Kollegen am politologischen Institut – weisen derweil süffisant darauf hin, dass der Begriff «Cancel-Culture» angesichts von Kinzlers Medienpräsenz einmal mehr seine Absurdität offenbare. Tatsächlich sagt Kinzler selber, er habe dank der Affäre «eine Medienmacht, die andere nicht haben». Es gibt Hunderte mehrheitlich wohlwollende Artikel, er war am Fernsehen zu sehen und im Radio zu hören. Dazu hat er rund 4000 E-Mails und 150 Briefe erhalten, fast alle davon positiv.

Statt «Gelöschte» schaffen die Anhänger der «Cancel-Culture» Medienstars. Nur: Beweist das, dass dieses Phänomen harmlos ist? Wer in der «Affäre von Grenoble» gewonnen hat, ist offen. Das zeigt sich bei einem Besuch auf dem Campus der Universität. Das politologische Institut ist ein rostbrauner Bau, vor den Büros der Professoren hängen Aufrufe der postkommunistischen Gewerkschaft CGT, ein Flyer an der Wand wirbt für eine «feministische Aktion gegen europäische Grenzen».

An diesem Spätsommertag werden gerade die Erstsemestrigen begrüßt, an einem Stand verteilen Studentengewerkschafter Traktate gegen Sexismus und Emmanuel Macron. Ihrer Meinung nach ist alles ganz anders, als es die Medien und der Untersuchungsbericht behaupten. «Es gibt Professoren, die sich sexistisch, rassistisch, homophob und antisemitisch geäußert haben», sagt ein junger Mann mit Bart und runder Brille. «Sie haben Sachen gesagt, die strafbar sind.» Warum gab es dann keine Anklage? «Weil die Direktion nichts gemacht hat.»

Dem Erziehungsministerium, so sind die Studenten überzeugt, geht es bloss um einen Schlag gegen die Gewerkschaften. «Hoffentlich kommen sie nicht durch damit.» Zwei andere Studenten, Théophile Martinet und sein Kollege, der lieber anonym bleiben will, sind dagegen erleichtert über das Eingreifen der Regierung. Martinet hat Klaus Kinzler öffentlich unterstützt, daneben war er Mitglied der liberalen Studentengruppe Agora. In den sozialen Netzwerken wurde er deswegen beschimpft, beleidigt und verleumdet.

Was, wenn die einmal Richter und Minister sind?

«Es gibt keinen Filter, keinen Dialog mehr», sagt er. Mit Corona sei alles vollends eskaliert. Martinet zeigt Screenshots von virtuellen Diskussionen, in denen zwei Agora-Mitglieder von Aktivisten beschuldigt werden, Vergewaltiger zu sein. Juristisch gab es nie ein Verfahren. Einer der Beschuldigten sah sich aufgrund der Verleumdungen jedoch gezwungen, die Uni zu verlassen.

Für Martinet und seinen Kommilitonen ist klar: Was in Grenoble passiert, ist das Symptom einer «kranken Gesellschaft», in der nicht mehr debattiert wird, weil aggressive Gruppen bestimmen. Deren Ideologie «Alle sind gut, nur die Rechten sind böse. Und rechts von François Hollande ist rechtsextrem» werde von vielen Professoren geteilt. Ihre Macht basiere aber vor allem auf dem Schweigen der Mehrheit, die ihre Ruhe haben wolle. Martinets grösste Sorge ist die: Was, wenn diese Leute einmal Richter und Minister sind?

Sabine Saurugger, die Direktorin des politologischen Instituts, will sich nicht weiter zu den Vorfällen an der Universität äussern. Thomas Mandroux, der Wortführer der Union Syndicale, wünscht sich eine «Beruhigung» und will sich derzeit ebenfalls nicht äussern, um den «von Rechtsextremen unterstützten» Klaus Kinzler und Vincent Tournier nicht noch mehr mediale Aufmerksamkeit zu schenken.

Simon Persico, ein Institutskollege Kinzlers, wirft seinem ehemaligen Freund vor, den Ruf des Instituts mit seinen Medienauftritten beschädigt zu haben. Er habe Kollegen öffentlich angegriffen und sich zunehmend rechtsextremen Positionen angenähert. Persico will aber weiter mit ihm zusammenarbeiten.

Der Staatsanwalt von Grenoble hat eine Untersuchung gegen mehrere Personen eingeleitet. Wer die Plakate vor der Uni gemalt hat, ist bis heute unbekannt. Vincent Tournier fürchtet seit den öffentlichen Verleumdungen um sein Leben, er lebt derzeit auf Französisch-Polynesien. Klaus Kinzler weiss noch nicht, ob er an die Universität zurückkehren soll. Sein Buch erscheint im Januar.

The screenshot shows the NZZ (Neue Zürcher Zeitung) website in a browser. The address bar shows 'nzz.ch'. The navigation menu includes 'Startseite', 'Neuste Artikel', 'Briefing', 'PRO Global', 'Corona', 'Meinung', 'International', 'Wirtschaft', 'Technologie', 'Finanzen', and 'Feuilleton'. The main content area features three articles:

- Article 1:** "In einer Diskussion mit Studenten kritisiert der deutsch-französische Professor Klaus Kinzler den Begriff «Islamophobie». Kurze Zeit später benötigt er Polizeischutz". The sub-headline reads: "Eine Geschichte über studentischen Machtrausch, Debattenkultur in Corona-Zeiten, den Umgang mit Islamismus und das Reizwort «Cancel-Culture»." The author is Lucien Scherrer, Granoble, dated 14.09.2021.
- Article 2:** "Herkunft der Corona-Patienten auf der Intensivstation: Der Kanton Zürich legt erstmals Eckdaten vor". The author is Zeno Geisseler, dated 14.09.2021.
- Article 3:** "Natalie Rickli weicht das Zürcher Impfteam ein – und schweigt zu Ueli Maurers Auftritt". It is marked as "Aktualisiert" and lists authors Zeno Geisseler, Katja Baigger (Text), Christoph Ruckstuhl (Bilder), dated vor 1 Stunde.

On the right side, there is a "Sponsored Video" section with the text "SPONSORED BY ADVERTISING PARTNER" and "Watch to learn more". The Windows taskbar at the bottom shows the search bar with the text "Taper ici pour rechercher" and the system tray with the date and time "16:23 14/09/2021".

LANGSAME TRANSFORMATION:

Frankreich, unser konservativer Nachbar



Bremse für den Präsidenten: Die Gelbwesten machten Reformier Macron das Leben schwer. Bild: AFP

Nach siebzehn Jahren verlässt unser Korrespondent Christian Schubert Paris. Das Land hat sich erneuert, und doch bleibt vieles beim Vertrauten. Eine Spurensuche in einem Frankreich des langsamen Wandels.

-
- VON CHRISTIAN SCHUBERT
- -AKTUALISIERT AM 14.09.2021-09:52

An der Küste der südostfranzösischen Riviera schlängelt sich eine der schönsten Bahnstrecken Frankreichs: Von Marseille geht es über Toulon nach Nizza. Auf weiten Abschnitten der Reise breitet sich rechts der Gleise das tiefe Blau der Côte d'Azur aus und links der rötliche Sandstein des felsigen Hinterlandes, das gelegentlich von Olivenhainen durchsetzt ist. Wie gut, dass hier auch der Hochgeschwindigkeitszug „TGV“ langsam fahren muss. Wer etwas Zeit hat, kann aussteigen und sich auf den Panoramawegen der steinigten Landspitzen die Beine vertreten, einen der lang gezogenen Strände genießen oder in Saint-Raphaël, Cannes und Antibes einen Stadtbummel mit Restaurantbesuch einbauen.

In den vergangenen Tagen hat in Frankreich allerdings ein anderer Aspekt dieser Bahnstrecke für Schlagzeilen gesorgt: Die Region Provence-Alpes-Côte d'Azur entschied, die Regionalstrecke nicht mehr von der Staatsbahn **SNCF** befahren zu lassen, sondern vom Konkurrenten Transdev, der zu einem Drittel der deutschen Unternehmerfamilie Rethmann gehört. Erstmals seit der Gründung 1937 verliert die SNCF ihr Monopol im Regionalverkehr. Bald werden auch auf den Hochgeschwindigkeitsstrecken die ersten Konkurrenten eintreffen. Die Zukunft wird für die SNCF ungemütlicher, für die Reisenden vielleicht aber etwas reichhaltiger in den Angeboten.

Der Wandel ist in Frankreich eine Schnecke, sagen nicht wenige Beobachter. Der Franzose ändere seine Verhältnisse tendenziell eher eruptiv und revolutionär, doch das komme nicht oft vor, heißt es. Nach siebzehn Jahren als Wirtschaftskorrespondent der F.A.Z. in Paris und vor meinem Umzug nach Rom habe ich mich auf die Suche gemacht. Ziel: Bilanz zu ziehen, wie sich das Land verändert hat. Bahnhöfe scheinen dafür kein schlechter Ausgangspunkt. Sie stehen für Bewegung, fürs Abreisen wie fürs Ankommen, für Menschen, die Stillstand ablehnen.

Termin in einer ehemaligen Bahnhofshalle in Paris: Als ich 2004 in der französischen Hauptstadt ankam, wurden in der „Halle Freyssinet“ am Gare d'Austerlitz noch Pakete und Briefe von den Zügen auf die Lastwagen gepackt. Seit 1929 ging das so. Dann verfiel die Halle, nur noch einige Veranstalter von Partys und Modeschauen verirrteten sich dort hin. Erst als der französische Telekomunternehmer Xavier Niel auf eigene Rechnung 250 Millionen Euro in den Umbau investierte, entstand das nächste Kapitel der Halle: Das

dort heute eingerichtete Start-up-Zentrum „Station F“ ist mit tausend angesiedelten Unternehmen nach eigenen Angaben die weltgrößte Einrichtung dieser Art.

Roxanne Varza ist die Leiterin dieses französischen Silicon Valley mitten in Paris: „Die Station F ist aus der internationalen Start-up-Szene nicht mehr wegzudenken“, sagt sie. Passenderweise ist die 36-jährige Amerikanerin in Paolo Alto aufgewachsen; die Tochter iranischer Eltern hat auch die französische Staatsbürgerschaft angenommen, und sie ist mit einem chinesisch-französischen Start-up-Unternehmer zusammen, mit dem sie zwei Kinder hat. Seit sechs Jahren leitet Varza die Station F. Die französische Volkswirtschaft erinnert an diesem Ort überhaupt nicht mehr an das behäbige Gemisch, aus verstaubten Amtsstuben gesteuert, das sie früher teilweise war. Die privatwirtschaftliche Erneuerung ist hier mit Händen zu greifen – so wie auch in Dutzenden anderen Start-up-Zentren an der Seine oder etwa in der ebenfalls vom Milliardär Niel gegründeten IT-Schule „42“ im siebzehnten Arrondissement, in der junge Leute selbstbestimmt das Programmieren und Codieren lernen.

Die „Gelbwesten“-Proteste haben den umtriebigen Präsidenten ausgebremst

2017 hatte [Emmanuel Macron](#) in der Station F einen triumphalen Auftritt: Nachdem er als politischer Start-up-Unternehmer die alteingesessenen Parteien so weggefegt hatte wie Obelix eine Legion römischer Soldaten, war er frisch zum Präsidenten ernannt worden. Macron rief die begeisterten Start-up-Unternehmer auf, keine Scham beim Geldverdienen zu empfinden, aber auch ans Gemeinwohl zu denken und Frankreich „so richtig aufzurütteln“. Vorboten einer gewissen Entfremdung schlichen sich jedoch damals schon ein. „Ein Bahnhof ist ein Ort, wo man erfolgreiche Leute trifft und Leute, die nichts sind“, sagte Macron. „Leute, die nichts sind“? So hat man einen französischen Präsidenten noch nicht reden hören. Macron könnte im kommenden Jahr wiedergewählt werden, doch warm werden viele Franzosen mit ihm nicht.



Brutstätte des Wandels: Station F in Paris :Bild: Maximilian von Lachner

Der französische Präsident schaut heute auch seltener in der Station F vorbei. Seit den „[Gelbwesten](#)“-Protesten, die 2018 begannen, erscheint es weniger angebracht, sich an der Seite unternehmerischer Überflieger zu zeigen. Die „Gelbwesten“ sahen sich verglichen mit den erfolgreichen Firmengründern am anderen Ende der gesellschaftlichen Skala. Sie waren vor allem arbeitende Menschen aus der Provinz, deren Nettoverdienst kaum fürs Begleichen der Rechnungen reichte. Macron erstickte die Proteste mit staatlichen Milliardenzuschüssen – wie es auch schon viele seiner Vorgänger in ähnlichen Defensivlagen taten. Heute bleibt es vorerst ruhig. Auch der Härtetest der Pandemie mit seinen 115.000 Toten in Frankreich scheint daran nichts zu ändern.

Doch klar ist: Die „Gelbwesten“-Proteste und die darauffolgenden Streiks gegen den dann abgebrochenen Rentenumbau haben den Reformeifer ausgebremst. Wo steht Frankreich also im ausklingenden Sommer 2021? Aufschlussreich ist ein weiterer Blick zurück. Im November 2004 sprach der damalige Wirtschafts- und Finanzminister [Nikolas Sarkozy](#) vor Kommunalpolitikern in einer voll besetzten Ausstellungshalle an der Porte de Versailles von Paris: „Was ist das größte Problem unseres Landes?“, fragte er sein Publikum und gab selbst die Antwort: „Dass Frankreich seit 24 Jahren in Folge ein Haushaltsdefizit ausweist.“ Als er später Präsident wurde, erreichte das Minus in Reaktion auf die Finanzkrise neue Rekordhöhen. Danach

sank das Defizit schrittweise, doch dann kam Corona. Frankreich hat heute bei 116 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) höhere Staatsschulden denn je. Auch wenn diese zuletzt mithelfen, die Pandemiefolgen zu lindern, haben sich die öffentlichen Finanzen zu einem schweren Erbe gewandelt.

„Das Zwillingsdefizit aus Haushalts- und Außenhandelsdefizit führt dazu, dass sich Frankreich zunehmend von seinem Tafelsilber trennen muss“, meint der Ökonom Jean-Marc Daniel von der Pariser Hochschule ESCP. Länder mit überschüssigen Ersparnissen von Qatar bis Deutschland würden teilweise den Grund und Boden von Paris aufkaufen. Das Gerede vom starken Staat stimme nicht mehr. Wer dessen Vermögen zusammenzählt, also all seine Schlösser und Immobilien, Aktien und sonstigen Besitz, und davon die öffentlichen Schulden abzieht, blickt auf einen gewaltigen Rückgang: Vor der Finanzkrise 2008 betragen die Netto-Aktiva des Staates noch 58 Prozent des BIP, heute sind es nur noch 8 Prozent.



Auch ein Monument kann sich verändern: Nach der Idee des verstorbenen Künstlers Christo wird derzeit in Paris der Arc de Triomphe verhüllt. :Bild: EPA

Verarmt Frankreich also? Dieser Eindruck drängt sich in mancher tristen Vorstadt mit ihren Hochhaussiedlungen voller Sozialwohnungen auf oder in einer der Provinzstädte, in der das letzte Industrieunternehmen dichtgemacht hat, dann das Postamt, die Schule, der Bäcker und irgendwann auch der Bahnhof. Landesweit lag die Arbeitslosenquote 2004 bei 8,9 Prozent – heute notiert sie bei 8,1 Prozent kaum darunter. Besonders junge Leute haben es weiter schwer, ihre Arbeitslosenquote beträgt ungefähr 20 Prozent – etwa das Niveau von 2004. Zwischendurch hatte sich die Lage noch weiter verschlechtert, was dann korrigiert wurde. Doch bis heute hat man nur das Schlimmste verhindert. Die verdienstvollen Anstrengungen unter Macron, die berufliche Ausbildung zu stärken und das Arbeitsrecht teilweise zu flexibilisieren, sind nur ein Anfang im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Ganz Paris befindet sich im Umbau

Die Problemzonen des Nachbarn ergeben indes kein vollständiges Bild. Wie bei einem pointillistischen Gemälde von George-Pierre Seurat muss der Betrachter einige Schritte zurücktreten, um das Gesamtwerk zu begreifen. Helle Stellen gibt es genügend, Frankreichs große Unternehmen etwa. In der Fortune-500-Rangliste der weltweit größten Unternehmen finden sich heute 26 französische Konzerne, nur einer weniger als aus Deutschland. Der wertvollste börsennotierte Konzern Europas ist der Luxusriese LVMH; zusammen mit den Verfolgern L'Oréal, Hermès und Kering sind die französischen Luxusunternehmen 770 Milliarden Euro wert. Andere Erfolgsbeispiele sind die französischen Banken; auch die Autohersteller haben Boden gutgemacht. Frankreich hat in den vergangenen Jahren insgesamt zwar viel Industrie verloren, doch der Abbau scheint gestoppt und die Wettbewerbsfähigkeit nahm zu. Zwischen 2016 und 2019 verbesserte sich Frankreich im Ranking des World Economic Forum von Platz 22 auf 16. Bei den Fortschritten in der Digitalisierung sieht das Forum Frankreich vor allen anderen G-7-Ländern.

So bleibt Frankreich ein Land der Gegensätze, das seinen Weg in der ihm eigenen Geschwindigkeit geht. Wenn man in Deutschland an die Agenda 2010 von Gerhard Schröder, den Atomausstieg oder die Flüchtlingswelle von 2015 denkt, dann hat sich Frankreich in jener Zeit vergleichsweise wenigen Umbrüchen unterzogen. Frankreich ist ein Land, das seine Strukturen gern konserviert, auch unter

sozialistischen Regierungen. Eine Ausnahme ist die Einführung der 35-Stunden-Woche vor rund zwei Jahrzehnten. Zusammen mit dem ebenso defizitären wie großzügigen Rentensystem sorgen diese Regelungen dafür, dass in Frankreich zu wenige Menschen arbeiten und auch zu wenige lange genug arbeiten – obwohl viele Betriebe händeringend Arbeitskräfte suchen. Hier wartet die nächste Baustelle auf die Regierung.

Apropos Baustelle: Die ganze Hauptstadt befindet sich derzeit im Umbau. Im Großraum Paris entstehen 68 Bahnhöfe, 200 Kilometer Gleisstrecken und viele Fahrradwege. Damit dürfte die Fahrt zu einem der Hauptbahnhöfe künftig leichter werden, um von dort aus im TGV über 700 Kilometer in drei Stunden nach Marseille zu brausen. Ich werde Frankreich vermissen. Doch keine Frage, als Besucher werde ich den neuen Bahnanbieter an der Côte d'Azur testen.

INTERVIEW

« Die Linke macht den Menschen wieder zum Gefangenen seines Stands »

Jörg Baberowski ist ein Verfechter des freien Disputs und eckt damit in Deutschland an. Eine trotzkistische Splittergruppe an der Humboldt-Universität in Berlin will den Geschichtsprfessor mundtot machen. Doch hält er dagegen und wirft linken Intellektuellen seinerseits vor, voraufklärerische Zustände zu zementieren.

René Scheu 20.05.2017, 05.30 Uhr



Auf Stippvisite in Zürich, im Komiteezimmer der NZZ: Der deutsche Historiker Jörg Baberowski spricht scharf. (Bild: Annick Ramp / NZZ)
Herr Baberowski, was ist ein Rassist?

Das ist jemand, der davon überzeugt ist, dass Menschen unterschiedlichen, biologisch definierten Rassen angehören. Rassisten glauben auch, dass es eine Hierarchie der Rassen gibt und dass die biologische Ausstattung von Rassen-Kollektiven handlungsleitend ist. Zugespitzt formuliert: Rassisten schliessen von der Hautfarbe auf das Verhalten der Individuen.

Also kann es so etwas wie kulturellen Rassismus eigentlich gar nicht geben?

Doch, den gibt es. In der Sowjetunion der Stalinzeit dominierte diese Form der Stigmatisierung. Der Kultur-Rassist schreibt Menschen aufgrund ihrer kulturellen Herkunft Eigenschaften zu, die er für verwerflich hält. Wie der biologische Rassist auch, glaubt er daran, dass die kulturelle Determinierung handlungsleitend ist. So gab es in der Sowjetunion eine Hierarchie der Nationen, die kulturell begründet wurde. Muslime galten als rückständig, europäische Nationen als modern. Die Verfolgung und Deportation der Tschetschenen oder Krimtataren war zweifellos eine Praxis des kulturellen Rassismus.

Der Kultur-Rassist hält aber im Gegensatz zum biologischen Rassisten gewissermassen am Bildungspostulat fest – die kulturelle Determination lässt sich überwinden, während die biologische unveränderbar ist?

Davon waren die Kommunisten überzeugt. Kulturen werden nicht als ewig vorgestellt. Menschen können ihre Sitten und Gebräuche ändern. Man kann sie dazu bringen, ihrer Religion abzuschwören. Die Kommunisten wollten deshalb Menschen verändern, formen und umerziehen. Darin unterschieden sie sich von den Nationalsozialisten, denen es auf die Vernichtung ihrer Opfer, nicht auf Umerziehung ankam.

Rassismus zeichnet sich durch feste, unverrückbare Zuschreibungen aus. In Europa ist gegenwärtig oft von «dem» Islam die Rede, der das Denken und Handeln «der» Muslime bestimme. Beruhen solche Pauschalisierungen folglich auf rassistischem Denken?

Wer unterstellte, die Religionszugehörigkeit determiniere das Verhalten von Menschen, wäre zweifellos ein Kultur-Rassist. Die Behauptung, alle Muslime seien rückständig, ist insofern kulturrassistisch. Dagegen liesse sich einwenden, dass es keine Religion ohne die Menschen geben kann, die sie pflegen. Deshalb ist der Glaube so vielfältig wie die Lebensweisen von Menschen, die ihn angenommen haben. Es gibt keinen Islam, der das Denken und Handeln von Menschen anleitet. Es gibt immer nur Individuen, die von sich sagen, sie seien vom Glauben geleitet. Gott ist jemand, der nicht einfach da ist, sondern erkannt werden will.

Es kommt immer darauf an, wie sich das Individuum zu seiner Religion verhält.

Genau. Hierzulande beruht die Zugehörigkeit zu einer Religion auf einer individuellen Entscheidung, so wie auch die Hinwendung zum Atheismus ein Handeln aus Selbstbestimmung und Freiheit ist. Paradoxiertweise pflegen aber besonders viele Muslime die Vorstellung kulturell determinierten Handelns und bestreiten, dass auch Traditionen ergriffen und bewahrt werden müssen: durch die selbstbestimmte Entscheidung freier Menschen. Sie projizieren ihre Auffassung auf die scheinbar haltlose Welt der Ungläubigen in ihrer Umgebung und behaupten dann, dass die westliche Kultur unheilbar verdorben sei.

Die aufgeklärten Eliten wittern notorisch in medialen und akademischen Diskursen kulturellen Rassismus. Sehen Sie im besten Fall die eine Hälfte – und blenden die andere aus?

Die meisten Menschen in West- und Mitteleuropa sind tolerant und weltoffen, und diese Wirklichkeit erleben wir schon seit langem als eine Errungenschaft. Mit der Einwanderergesellschaft haben sie längst ihren Frieden gemacht und sehen auch die Vorteile, die sich daraus ergeben haben. Aber viele Menschen begreifen nicht, dass es auch Einwanderer gibt, die das Projekt der offenen Gesellschaft ablehnen. Gerade in geschlossenen Gesellschaften ist der Kultur-Rassismus weit verbreitet.

Offenheit kann sich nur leisten, wer in Sicherheit und Wohlstand lebt und nichts zu verlieren hat. Wer keine Wahlmöglichkeiten hat, begegnet dem Wandel und den Fremden mit Skepsis. Wenn Menschen, die in engen, repressiven Verhältnissen leben, in den Westen kommen, erleben sie einen Kulturschock. Sie müssen erst einmal lernen, dass Juden und Christen Menschen mit gleichen Rechten sind.

Bassam Tibi, selbst Muslim und lange Zeit Professor für internationale Beziehungen in Göttingen, hat in seinen Büchern diesen Lernprozess beschrieben, den er selbst durchgemacht hat. Längst nicht alle Einwanderer überwinden ihren Rassismus, und nicht jedem gefällt, was ihm die offene Gesellschaft anzubieten hat. Die Anwälte ungesteuerter und unkontrollierter Einwanderung in den westlichen Gesellschaften weigern sich, diese Wirklichkeit überhaupt wahrzunehmen.

Was ist ein Rechtsradikaler?

Die Antwort hängt wohl vom Standpunkt ab. Vor dreissig Jahren war ein Rechtsradikaler noch ein Faschist oder ein Nationalsozialist. Wähler der NPD galten als rechtsradikal. Später galten alle Menschen als rechtsradikal, die sich rechts von der CDU verorteten. Heute ist der Begriff inhaltsleer. Potenziell rechtsradikal ist jeder, der sich nicht selbst als links bezeichnen mag.

[Rüdiger Safranski sprach in diesen Spalten](#) von deutschen Gleichsetzungsdelirien: rechts gleich rechtsradikal gleich rechtsextremistisch gleich Schmutzdecke. Teilen Sie seine Einschätzung? In Deutschland ist das in der Tat so. Die Koordinaten haben sich in den letzten Jahrzehnten verschoben. Wer wagt es heute noch, von sich zu behaupten, er sei rechts? Ein Rechter, nun ja, das ist so jemand wie ein Pädophiler oder ein Kinderschänder. Der Begriff dient in erster Linie als Diffamierungsvokabel, um Andersdenkende aus dem demokratischen Diskurs auszuschliessen.

Woran machen Sie diese Verschiebung fest – und wie genau ging sie vonstatten?

Es gibt keine Konservativen mehr. Franz Josef Strauss hat von sich mit Stolz gesagt, er sei ein Konservativer und Rechter – das ist heute undenkbar. Wer sich dem [sozialdemokratisch-ökologisch-dirigistischen Konsens](#) verweigert, bezeichnet sich im besten Fall als Mensch der politischen Mitte. Diese Verschiebung der Koordinaten konnte nur gelingen, weil die Linke die Deutungshoheit errungen hat und allein darüber befinden kann, wer als links und wer als rechts zu gelten hat. Dumm nur, dass Liberale und Konservative sich diesen Spielregeln unterworfen haben, deren Geltung sie nicht einfach wieder aufkündigen können.
Was ist denn heute eigentlich links?

Vor Jahrzehnten galt als links, wer in der sozialen Frage als Anwalt der Schwachen auftrat. Heute gilt als links, was eine Wohlstandselite der Gesellschaft verordnet: staatliche Bevormundung der Bürger, Selbstbestimmung auf Kosten anderer, die Tribalisierung und Ethnisierung der Gesellschaft, offene Grenzen und die Verteufelung des Nationalstaats, die Anbetung der Globalisierung, die Moralisierung aller politischen Fragen und die Rehabilitierung der Religion gegenüber der Aufklärung.

Das ist ein ziemlich heterogener Cocktail.

Zugegeben: Niemand hätte vor vierzig Jahren für möglich gehalten, dass solche Standpunkte einmal für links gehalten werden würden. Das Programm der Grünen ist mittlerweile der Massstab, an dem sich die Wählbarkeit von Parteien bemessen lassen muss. Solange die meisten

Bürger in den europäischen Ländern den Staat als Instrument verstehen, das für die Verwirklichung des Menschenglücks verantwortlich ist, wird sich daran auch nichts ändern.

Die Linken haben also die Macht an sich gerissen? Das klingt nach Verschwörungstheorie.

Die Linken haben die kulturelle Hegemonie im Sinne Antonio Gramscis angestrebt und durchgesetzt. Dieser Kampf um Hegemonie wird nicht in der Politik ausgefochten, denn Politik reagiert nur, sie vollzieht, was der Deutung schon unterworfen worden ist. Die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien sprechen nur noch eine Sprache und unterscheiden sich nicht mehr voneinander. Die eigentlichen Auseinandersetzungen vollziehen sich in den zivilgesellschaftlichen Institutionen, in den Medien, im Bildungswesen, an den Universitäten. Dort aber ist die kulturelle Hegemonie der Linken auf eine Weise strukturell gesichert worden, dass Widerstand zwecklos ist.

Halt, das ist zu defaitistisch gedacht. Die Leute, die das Geld haben, ticken tendenziell bürgerlich, ihre Organisationen ebenfalls, viele Bürger setzen weiterhin lieber auf Eigenverantwortung statt auf staatliche Unterstützung. Wie kommen Sie darauf, dass linke Ideologen das Zepter übernommen haben?

Achten Sie auf den Sprachgebrauch. Gerade im bürgerlichen Milieu sprechen die meisten Menschen dieselbe genormte Sprache und geben sich Mühe, gegen die Auflagen des Tugenddiktats nicht zu verstossen. Denn wer etwas kann und etwas ist, kann auch vieles wieder verlieren. Die Gegenwehr fällt auch deshalb so schwach aus, weil Liberale und Liberalkonservative es gar nicht darauf abgesehen haben, andere Menschen zu erziehen. Sie wollen sie einfach nur gewähren lassen. Ihnen kommt es gar nicht darauf an, dass alle das Gleiche sagen, weil sie im Wettbewerb einen Freiheitsgewinn sehen.

In der Tat. Das ist ja gerade die Stärke des Liberalismus.

Ja, aber es ist zugleich seine grösste Schwäche – er kann mit intoleranten Eiferern nicht umgehen, die die Welt zum Besseren bekehren wollen. Von Heinrich Popitz, dem grossen Soziologen der Machttheorie, wissen wir: Entschlossene Minderheiten, die genau wissen, was sie wollen, verfügen über einen Informations- und Organisationsvorteil gegenüber all den vielen, die nicht organisiert sind.

Sie verbünden und verbinden sich in Institutionen und Interessengruppen, vernetzen sich in den Medien und in der politischen Sphäre, tauschen Wissen aus, unterstützen einander. So entsteht ein dicht gewobenes Geflecht von Theorien, Programmen, Begriffen und Initiativen, die den Eindruck erzeugen, als sei, was die Minderheit denkt, die Meinung aller Menschen. Ist dieser Eindruck erst einmal erzeugt, treiben jene, die die Meinungen machen, alle anderen vor sich her. Niemand will jetzt noch abweichen. Und wenn am Ende alle dieselbe Sprache sprechen, ist bald auch das Denken gleichgeschaltet.

Einspruch. Wirtschaft und Gewerbe unterhalten doch die mächtigsten Verbände – sie haben Einfluss auf den Diskurs.

Die Wirtschaftsverbände müssen die Interessen ihrer Mitglieder nach aussen vertreten und im Inneren Zusammenhalt stiften. Das gelingt nicht, wenn sie Opposition spielen. Im kleinen Kreis sagt man einander noch, was man denkt. Im öffentlichen Raum präsentieren die Verbände das Image ihrer Mitglieder und vertreten, was zum guten Ton gehört.

Gerade in der Wirtschaftswelt hat sich eine Anpassung an den hegemonialen Diskurs vollzogen, der vor Jahrzehnten nicht denkbar gewesen wäre. Die Selbstbeschreibungen der Verbände und Unternehmen sind entlarvend. Aber auch im wirklichen Leben selbst gibt es Übereinstimmungen zwischen Wirtschaftsliberalen und linken Weltverbesserungsromantikern. Beide beklatschen aus unterschiedlichen Gründen die Öffnung der Grenzen für jedermann. Die einen wollen grenzenlos Gewinne machen, die anderen träumen von der Weltgesellschaft.

Eine solche Interessenkongruenz kommt immer wieder vor, klar. Sie aber sprechen so, als würde jemand im Hintergrund die Fäden ziehen. Wer soll denn das sein – die Sozialistische Internationale?

Zöge jemand die Fäden, wäre es einfach, sie ihm auch wieder aus der Hand zu nehmen. Die Wirkung der kulturellen Hegemonie und ihrer politisch korrekten Sprache besteht ja gerade darin, dass es keinen Urheber mehr gibt, dass sich die repressiven Strukturen verselbständigt und von benennbaren Personen emanzipiert haben. Niemand verordnet etwas, aber alle glauben, sie müssten etwas tun, weil es alle anderen auch tun. Wie wirkmächtig die Hegemonie des politisch Korrekten ist, können Sie jederzeit an sich selbst erproben, und zwar genau in jenem Moment, in dem der Sprachautomat in Ihnen das Sprechen übernimmt.

Nun argumentieren Sie deterministisch.

Sie sind selbstverständlich frei, den Sprachautomaten in Ihnen abzuschalten. Nur machen Sie sich dann unbeliebt. In einem Sitzungsraum, in dem alle formelhaft sprechen, sagen Sie einfach das Gegenteil, wenn es um Fragen der Einwanderung, um Muslime, Trump, Gender oder die grüne Ideologie geht. Was wird geschehen? Niemand wird Ihnen sagen, dass Ihr Argument nicht plausibel sei. Vielmehr werden alle betreten auf den Tisch schauen und im besten Fall vorgeben, gar nicht gehört zu haben, was gesagt worden ist. Niemand wird Ihren Einwand für diskussionswürdig halten. Die Botschaft ist klar: «So etwas» sagt man nicht – und wer es dennoch tut, muss damit rechnen, aus dem Diskurs ausgeschlossen zu werden.

Auf die politische Korrektheit wird seit einiger Zeit lustvoll eingedroschen. Aber eine überlegte, angepasste Wahl der Sprache ist ja auch Ausdruck von Respekt. Können Sie dies nachvollziehen?

Sie dürfen einen weissen, ungebildeten Mann aus der Unterschicht nach Herzenslust beleidigen. Kein Tugendwächter würde sich darüber empören. Höflichkeit und Respekt im Umgang miteinander sind unabdingbar für eine offene, liberale Gesellschaft – aber Respekt heisst auch:

dem Gesprächspartner freies Denken und Sprechen zuzumuten. Die Tabuisierung ist ein Akt der Respektlosigkeit, weil sie dem anderen unterstellt, er sei zu dumm zu verstehen, was gesagt wird. Die Achtundsechziger haben anfangs selbst gegen die Tabuisierung aufbegehrt – gegen das Schweigen ihrer Eltern, die Nazis gewesen waren, sie geduldet oder sich ihnen unterworfen hatten.

Die Achtundsechziger setzten sich mit den Schrecken der Vergangenheit auseinander, aber sie legten zugleich den Grundstein für die Moralisierung des Politischen, indem sie entschieden, worüber und wie über die Vergangenheit noch gesprochen werden konnte. Seither ist der Widerstand gegen einen toten Diktator Legitimation genug, um sich moralisch über andere Menschen zu erheben. Alle anderen Bevormundungsstrategien folgen dem gleichen Muster. Wer über Rassismus, Kolonialismus, über Krieg und Frieden oder das Verhältnis der Geschlechter anders urteilt, als es der hegemoniale Diskurs erlaubt, wird moralisch diskreditiert.

Sie beschreiben eine Tendenz, die ich ebenfalls beobachte: Die Zugehörigkeit zu einer Peer-Group wird wichtiger als die gemeinsame Orientierung an so etwas wie der Wahrheit. Dies führt zu einer Verarmung des öffentlichen Diskurses.

Nicht um die Plausibilität von Argumenten geht es, sondern darum, auf der richtigen Seite zu stehen. Eine sachliche Auseinandersetzung ist unter solchen Umständen unmöglich. Daran sind jene, die die Moral auf ihrer Seite wissen, auch gar nicht interessiert. Wer ein Argument nicht danach beurteilt, ob es plausibel ist, sondern danach, wer es vorträgt, muss seinen Verstand überhaupt nicht mehr bemühen. Man erzielt einen Machtgewinn durch Diskreditierung. Und man nimmt dafür in Kauf, dass die Aufklärung auf dem Altar der wahren Tugendlehre geopfert wird.

Es lassen sich verschiedene Arten und Steigerungsformen der Diffamierung des Sprechenden unterscheiden. Stufe 1, ziemlich harmlos: Der andere ist ein Idiot. Stufe 2: Der andere ist ein schlechter, also ein moralisch minderwertiger Mensch. Stufe 3: Der andere ist krank.

Ja, und dann gibt es noch eine vierte Stufe: Der andere gehört zu einer Gruppe, die das Recht auf freie Meinungsäußerung verwirkt hat und die man diskreditieren darf, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen. Ein weisser, heterosexueller Mann darf Rassist genannt werden, eine Frau mit passendem Migrationshintergrund darf hingegen sagen, was sie über andere denkt. Über Schuld und Verantwortung müssen Deutsche anders sprechen, als es Türken oder Arabern gestattet ist. Manche glauben auch, Weiße dürften keine Blues-Musik hören, weil sie sich kulturell aneigneten, was ihnen nicht gehöre. Im Grunde gesteht dieser Essenzialismus Menschen gar nicht mehr zu, durch Reflexion klüger zu werden. Alle sollen bleiben, was sie sind.

Die Reflexion über den eigenen Standpunkt gehört zur intellektuellen Redlichkeit. Aber in ihrer Extremform führt diese Art der angeblich progressiven Diskurskritik zu einer Ethnisierung des Sprechens. Wie stehen Sie dazu?

Wer so denkt, denkt vormodern. Die Aufklärung hat uns darüber belehrt, dass Argumente unabhängig von der Person gelten sollen. Die Linke hat sich von dieser Errungenschaft freien Denkens verabschiedet. Sie hat den Menschen wieder zum Gefangenen seines Stammes, seines Standes, seiner ethnischen und religiösen Zugehörigkeit gemacht. In dieser Wirklichkeit kann man Prestigegewinne erzielen, wenn man sich auf Herkunft und Kultur beruft.

Recht hat nicht, wer das bessere Argument auf seiner Seite hat, sondern wer belegen kann, einer diskriminierten Opfergruppe anzugehören. Dieser Verlockung können nur wenige Menschen widerstehen. Inzwischen empfinden sich auch jene, die von den Eliten als «white trash» bezeichnet werden, als Opfer. Und sie haben Erfolg damit, wie die Wahlen in den USA gezeigt haben.

Eine trotzkistische Kleinstpartei hat Sie nun aufgrund Ihrer kritischen Äusserungen gegenüber Angela Merkels Willkommenskultur coram publico als «rassistisch» und «rechtsradikal» diffamiert – und was zuerst nur in den Social Media kursierte, ist in der deutschen Öffentlichkeit plötzlich zu einem «Kasus Baberowski» geworden. Was genau passiert da?

Diese stalinistische Sekte bedient sich der Instrumente des hegemonialen Diskurses, um auf sich aufmerksam zu machen. Sie sprechen überhaupt nicht darüber, wonach ihnen eigentlich der Sinn steht: über Klassenkampf, Revolution und Diktatur. Sie diskreditieren vielmehr jene, deren Weltbild ihnen nicht gefällt, als Rassisten, Rechtsradikale und Hitler-Verehrer. Das funktioniert in Deutschland immer. Für diesen Aufmerksamkeitsgewinn nehmen die Extremisten sogar in Kauf, dass ihr eigentliches Anliegen, die Verherrlichung der bolschewistischen Gewaltdiktatur, auch für sie selbst aus dem Blick gerät.

Warum haben sie es gerade auf Sie abgesehen?

Ich habe vor einiger Zeit einen bekannten britischen Historiker in mein Doktoranden-Kolloquium eingeladen, den Autor einer Biografie über Trotzki. Diese Einladung empfanden die Sektierer als Beleidigung ihres Religionsstifters und forderten mich auf, meinen Gast wieder auszuladen. Das lehnte ich ab, und seither verfolgen die Extremisten mich mit Verleumdungen.

Ausgangspunkt der gerichtlichen Auseinandersetzung war mitunter ein Beitrag, den Sie in der «FAZ» veröffentlicht hatten. Darin analysierten Sie die Folgen der Flüchtlingskrise und beurteilten die Lage anders als die Bundesregierung. Da könnte man ja einfach sagen: Da übertreibt einer, er setzt auf Panikmache.

Im Urteil steht, dass man sich gefallen lassen müsse, «rechtsradikal» genannt zu werden, unabhängig davon, ob der Vorwurf tatsächlich zutrefte oder nicht. Gegenstand des Urteils war unter anderem die Frage, ob durch die Einwanderung von Millionen der Überlieferungszusammenhang unterbrochen werde, der eine Gesellschaft zusammenhält. Und ob ein solcher Hinweis auf die Bindekräfte sozialer Gruppen rechtsradikal genannt werden dürfe. Wenn nun Begriffe, die im Zentrum der hermeneutischen Philosophie Gadamers stehen, unter Nazi-Verdacht geraten, können wir uns jede kritische Diskussion darüber, was Gesellschaften zusammenhält, ersparen.

Sie nehmen für sich in Anspruch zu sagen, was Sie denken. Das müssen Sie folgerichtig auch anderen zugestehen. Leisten Sie mit Ihrer Klage nicht dem Vorschub, was Sie bekämpfen: der Einschränkung der Meinungsfreiheit?

Natürlich dürfen Sie sagen, was Sie wollen, sofern Sie anderen keinen Schaden zufügen. Die Justiz ist blind für die Bedeutungsverschiebung der Begriffe. Wer im öffentlichen Raum als linksextrem bezeichnet wird, kann mit den Schultern zucken, denn er ist weiterhin satisfaktionsfähig. Rechtsradikal ist hingegen jemand, der aus dem Gespräch ausgeschlossen und stigmatisiert ist. Es handelt sich um einen diffamatorischen Begriff, dessen Verwendung anderen Menschen Schaden zufügt. Gegen ihn muss man sich wehren, wenn man sich von den selbsternannten Tugendwächtern nicht moralisch erledigen lassen will.

Das mag sein. Aber gleichzeitig muss jemand, der rechtsradikal denkt, auch als rechtsradikal bezeichnet werden können. Der Begriff soll ja nicht verboten werden.

Das ist völlig klar. Aber es müsste argumentativ nachgewiesen werden. Denn es ist bekannt, worauf faschistisches und nationalsozialistisches Denken beruht. Ich habe nur darauf hingewiesen, dass Einwanderung nicht über das Asylrecht gesteuert werden sollte, dass eine Willkommenskultur von der Obrigkeit nicht gegen den Willen der Bürger verordnet werden kann und dass die Einwanderung von Millionen fremder Menschen eine Gesellschaft vor Herausforderungen stellt, denen sie besser gewachsen wäre, wenn sich diese Einwanderung massvoll und verträglich vollzöge. Inzwischen kann sich selbst der Kanzlerwahlverein wieder an Selbstverständliches erinnern.

Fürchten Sie um Ihren guten Ruf als Historiker?

Nein. Zwar verfolgen diese feigen und böartigen Kampagnen immer das Ziel, dass am Ende etwas am Opfer hängenbleiben möge. Das gelingt den Denunzianten auch. Dennoch kann jeder lesen, was ich geschrieben habe. Darauf vertraue ich. Ich habe das Projekt der Aufklärung nicht aufgegeben.

Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler wurde ebenfalls in einem Blog angeprangert – die Universitätsleitung agierte ziemlich hilflos. Ist die Freiheit von Forschung und Lehre in Gefahr?

Sie ist in Gefahr, wenn die Universitäten Fanatikern, Eiferern und Tugendaposteln das Feld überlassen. Die Universitäten, an denen einst das wilde Denken zu Hause war, an denen man intellektuell etwas wagen konnte, haben sich in Orte des Konformismus verwandelt. Im Falle Münklers stellte sich am Ende heraus, dass eine einzige Person hinter der Kampagne stand.

Die Täter brauchen den Schutz der Anonymität, um ihr Vorhaben auszuführen. Sie brauchen nichts anderes zu tun, als die Konventionen des politisch Korrekten zu bedienen, und schon singen alle das gleiche Lied, ganz gleich, von welchem Taktstock sie sich dirigieren lassen. Wenige können im Netz eine Rufmordkampagne ins Werk setzen, die den Anschein erweckt, als werde sie von einer Bewegung getragen. Und so kommt es, dass sie Wirkungen auch dann erzielen, wenn sich dahinter niemand verbirgt.

Sehen Sie sich selbst als Opfer einer Rufmordkampagne?

Ja, zweifellos.

Wie würden Sie die Gewalt definieren, die gegen Sie gerichtet ist?

Der Soziologe Heinrich Popitz hat Gewalt als Machtaktion definiert, die auf die Verletzung oder die Beseitigung des Körpers zielt. Psychische Gewalt erfüllt dieses Kriterium – sie verursacht Schmerzen. Und man kann ihre Urheber benennen. Wer öffentlich ausgestellt, diffamiert und verleumdet wird, soll sich schlecht fühlen. Das ist das Ziel solcher Kampagnen. Wenn man am Ende schweigt, ist das Ziel psychischer Gewalt erreicht. Dagegen kommt man nur an, wenn man sich wehrt.

Sie sind weiterhin in Amt und Würden als ordentlicher Professor für Geschichte an der Humboldt-Universität, Sie schreiben und treten im Fernsehen auf.

Das stimmt alles. Aber in der Öffentlichkeit sind Sie angreifbar, müssen sich dem Druck der Verhältnisse ganz anders aussetzen als jemand, dessen Urteile gar nicht wahrgenommen werden. Ein Hartz-IV-Empfänger ist ohnmächtig, wütend, aber er hat nichts zu verlieren. Wer sich indessen in die Öffentlichkeit begibt und sagt, was nicht gesagt werden darf, riskiert Ruf und Ansehen.

Nun stilisieren Sie sich als Ketzer. Radikalisieren Sie sich innerlich?

Ich gebe mir Mühe, nüchtern zu bleiben und auch meine eigene Situation mit kühlem Blick zu betrachten. Selbstradikalisierung führt in die Isolation. Aber ich will mich nicht beugen, sondern sagen, was der Fall ist.

Sie machen einen Schritt zurück und agieren als Anthropologe Ihrer selbst. Gewinnen Sie dadurch Souveränität zurück?

Ja, das versuche ich. Eigentlich müsste man den Irrsinn ignorieren, der einem zugemutet wird, wenn nicht andere Menschen an ihn glaubten. Jemand setzt eine Verschwörungstheorie in die Welt, und sofort müssen jene, die beschuldigt werden, zu den Anschuldigungen Stellung nehmen. Die Beschuldigten geben also zu, dass Vorwürfe plausibel sind, auf sie selbst aber nicht zutreffen. Mit dem Spiel der Verdächtigung können Menschen vernichtet werden. Ich muss das nicht tun, denn ich bin ein Historiker, dessen Bücher jeder lesen kann und dessen Auffassungen lesenden Menschen bekannt sind. Ich kann auf meine Texte verweisen. In ihnen steht, was ich denke und was ich für plausibel halte.

Nutzen Sie Ihren Opferstatus, um auf sich aufmerksam zu machen?

Wer öffentlich angegriffen wird, muss sich wehren. Man darf Fanatikern und selbsternannten Moralaposteln nicht die Deutungshoheit überlassen. Auch in der linken Szene wird inzwischen erkannt, dass die Überschreitung von Grenzen auf ihre Urheber zurückfällt. Denn die Verleumder bedenken nicht, dass es in der postheroischen Gesellschaft von Vorteil ist, ein Opfer zu sein. Wer als Opfer wahrgenommen wird, kann sich Gehör verschaffen. Wäre ich ein hilfloser und machtloser Hartz-IV-Empfänger, könnte man mich leicht zum Schweigen bringen.

Dann würden wir dieses Gespräch kaum führen.

Und niemand würde überhaupt bemerken, was geschieht. Wer sprechen und schreiben kann, soll aber sagen, was der Fall ist. Genau das tue ich, auch wenn ich lieber an meinem nächsten Buch weiterschreiben würde.

Pierre Vermeren: « Les jeunes hommes sont-ils en trop dans la société française? »

Par Pierre Vermeren

Publié il y a 1 heure, mis à jour il y a 1 heure



Pierre Vermeren. *Clairefond*

TRIBUNE - C'est un fait social majeur et pourtant occulté: plusieurs millions de jeunes hommes français en grande difficulté se sont mis en marge de notre société. Or ils ne suscitent nulle empathie et ne bénéficient d'aucune sollicitude, explique l'universitaire, normalien, agrégé et docteur en histoire.

Auteur de nombreux ouvrages remarquables, Pierre Vermeren a en particulier publié La France qui décline. Les gilets jaunes, une jacquerie du XXI^e siècle (Tallandier, 2019) et On a cassé la République. 150 ans d'histoire de la nation (Tallandier, 2020).

Des millions de jeunes hommes nés en France dans les années 1990 et 2000 sont à la dérive dans notre société, et cela ne se limite nullement aux classes populaires. Cette réalité humaine augure mal de l'avenir du pays en tant que nation libre et souveraine, socle de notre démocratie. Certes, la France n'a jamais été avare du sang de ses jeunes hommes, comme l'ont prouvé tant de guerres ou de faits sociaux (l'automobile a tué 600.000 Français pendant un gros demi-siècle d'accidents de voiture, de 1948 à 2015, très majoritairement des jeunes hommes). Mais notre longue période de paix accouche d'un mode sacrificiel inédit pour des millions de jeunes concitoyens. Par où commencer, tant les éléments de cette crise sont avérés, nombreux et irréfutables pour peu qu'on les observe avec attention?

Notre société âgée - cela saute aux yeux de retour d'un autre continent - a fait le choix d'occulter ses jeunes hommes, de passer outre leur avenir. Que l'on songe à la crise du Covid-19, qui a aggravé leurs maux, notamment la déprise éducative, alors qu'ils n'ont jamais couru de péril mortel; à la réussite scolaire et universitaire des filles, qui, à situation comparable, surclassent partout les garçons, sauf en sciences (seul ce second sujet n'est pas tabou); à la déliquescence de leurs domaines professionnels traditionnels, l'artisanat, l'industrie, l'agriculture et la chose militaire; et, plus généralement, à l'abandon des activités productives, transférées à l'étranger, au profit des services qui sont plus propices aux femmes; enfin, à la désintégration de la famille comme structure de protection, de transmission culturelle, mais aussi de responsabilisation et d'amour. La liste n'est pas close.

On rétorquera dans les milieux favorisés que les grandes écoles sont peuplées de garçons brillants, que tout un chacun connaît un jeune ingénieur ou un financier junior plein d'avenir, un jeune chef cuisinier prometteur ou un ambitieux médecin, un énarque qui ira loin ou un talentueux journaliste! Mais ces arbres cachent la forêt.

Une poignée de repêchés de la filière ZEP et la réalité de jeunes femmes en grandes difficultés ne changent rien à cet effet de structure: la disqualification et la mise à l'écart de millions de jeunes hommes dans notre société, alors même que les générations sont moins nombreuses. **Ce phénomène a été dévoilé en Grande-Bretagne, où les statistiques révèlent que les jeunes hommes blancs des classes populaires sont, par leur éloignement culturel et géographique, presque exclus des études supérieures (voir, par exemple, Christopher Snowden, *The Lost Boys. The White Working Class Is Being Left Behind*, *The Spectator*, 18 juillet 2020).**

La France accepte bon an mal an de vivre avec 6 millions de chômeurs, inactifs tout ou partie, et 2 millions d'allocataires du RSA (une faible part se recoupant). L'OCDE a pointé dans ce pays l'existence de 3 millions de jeunes ni à l'université, ni exerçant un travail, ni en stage. Le gouvernement se félicite à juste titre des progrès de l'apprentissage, puisque 500.000 apprentis (16-29 ans) sont entrés dans cette filière l'an passé. Fort bien. Mais, alors que la France traverse une période de chômage et de sous-emploi à son acmé, les employeurs attendent en vain des centaines de milliers de travailleurs et autant d'offres d'emploi demeurent non pourvues.

Il y a longtemps que la désincitation sociale et médiatique au travail, a fortiori quand il est physique, manuel et exigeant, décourage des millions d'actifs potentiels. Les causes et les justifications de ce refus de travailler trouvent leur rationalité. Les revenus sociaux de toutes sortes permettent de vivre petitement, mais tranquillement, hors du monde du travail ; le travail au noir et l'économie délictueuse emploient beaucoup de monde ; l'école, puis l'enseignement supérieur, en fourvoyant des millions de jeunes, leur ont laissé une piètre image d'eux-mêmes, incitant les plus dynamiques à partir (1 million de jeunes Français ont quitté la France en dix ans, et pas seulement de brillants diplômés), et d'autres à sombrer ; le travail ouvrier et les stages, mal payés en France, ne permettent pas de se loger dans les métropoles, sauf à jongler entre allocations, familles ou colocations, toutes choses dont il n'est pas aisé de se dépêtrer. La carence de main-d'œuvre corvéable est la première cause de l'immigration, les classes supérieures réfugiées dans les métropoles ayant besoin d'hommes (et de femmes) à tout faire. Enfin, nous avons tous en tête le suicide d'agriculteurs ou de policiers, ce qui révèle la piètre condition offerte à de nobles métiers.

Bercés par le ronron rassurant d'une poignée de psychiatres médiatiques des années 1990 et 2000, expliquant aux boomeurs que jamais les jeunes Français n'avaient été si bien dans leur tête - ce que ces derniers voulaient entendre pour attester des vertus de leur éducation libérale-libertaire -, nos dirigeants sont passés à côté d'un phénomène de masse qui compromet gravement l'avenir du pays: la perte de confiance, d'estime, de motivation, pour tout dire de pulsion vitale, de millions de jeunes hommes. Il y a belle lurette que de jeunes Français n'ont plus gagné le Tour de France et que nos équipes professionnelles de football sont en grande partie peuplées de jeunes étrangers chargés d'animer nos stades. Nos clubs de football ont d'ailleurs souvent fermé leurs centres de formation. Mais le mal est plus grave.

La nature ayant horreur du vide, ces millions de jeunes hommes ont reconverti leur pulsion de vie. Les jeunes Français des siècles derniers étaient en majorité paysans, marins, soldats ou ouvriers ; ils se mariaient jeunes et fondaient une famille qu'ils avaient pour mission de nourrir. Tout cela est devenu résiduel, notre brillante économie de services ayant rendu inutiles des millions d'existences. La dignité du paysan, de l'ouvrier, du clerc et de l'instituteur ayant fait long feu, tout homme ne pouvant devenir un «intellectuel», le capitalisme libéral a offert des champs d'action et de substitution au réel. Car tout le monde ne peut pas partir ou disparaître.

Le ministère de l'Intérieur affirme que 200.000 jeunes sont enrôlés dans l'économie active de la drogue, un chiffre qui fait de cette filière d'emploi une des premières du pays (si l'on a des doutes, le film *Bac nord*, actuellement à l'écran, en présente une illustration dramatique). Mais à qui cette drogue est-elle revendue et pour quels usages? Notre pays est devenu le premier consommateur européen de psychotropes, de cannabis en particulier. Chaque jour, 1,5 million de consommateurs réguliers s'adonnent à cette drogue «*de la crétinisation*», qui altère peu à peu les capacités neuronales et la volonté, «*faisant stagner ses victimes dans des statuts des plus modestes, en faisant même des assistés à vie*», selon les termes de la «Lettre ouverte aux députés à l'origine du rapport sur le cannabis "récréatif"» (*une mission parlementaire éponyme a été créée en janvier 2020, NDLR*) du président du Centre national de prévention, d'études et de recherches sur les toxicomanies (CNPRT), le 17 mai 2021.

Cette drogue soi-disant interdite est disponible pour tous à faible coût. C'est le retour de *L'Assommoir*, dans lequel Zola décrivait la condition d'ouvriers parisiens du XIXe siècle ayant sombré dans l'alcoolisme. Des centaines de milliers de jeunes voient leur santé mentale irrémédiablement affectée par le cannabis, cependant que l'État réduit encore le nombre de lits en psychiatrie. Chacun peut observer au quotidien les jeunes toxicos de la rue, souvent en groupes avec des chiens, la France comptant 300.000 SDF... en grande majorité des hommes.

Il existe deux autres faits technologiques qui ont pour conséquence de neutraliser les volontés et de tenir à domicile un nombre élevé de jeunes hommes en les occupant nuitamment. Il s'agit d'une part des jeux en ligne, dont la France se targue d'être un champion en termes de créativité et de production. Les jeux en réseau mobilisent certainement des centaines de milliers de jeunes gens, nuit et jour, soustraits pour un temps indéterminé aux échanges humains «en présentiel». Comme la drogue, les jeux peuvent devenir une source d'addiction féroce qui arase tout sur son passage: la vie affective et conjugale, le travail et la vie sociale, la culture et l'éducation. La prise en compte de ce risque social, qui n'est pas incompatible - tant s'en faut - avec la prise de psychotropes - car il faut se tenir éveillé durant des dizaines d'heures parfois - n'est que marginalement actée par la santé publique, qui se concentre sur les urgences.

La tabagie stagne en France (la contrebande compensant la baisse des recettes taxées) et l'obésité ne cesse de croître. Elles amplifient les effets de la sédentarité et des addictions que l'on vient d'évoquer. Il serait naïf et faux de croire que seuls les jeunes démunis sont frappés par ces phénomènes, car la drogue ou le jeu demandent des moyens matériels et intellectuels parfois conséquents.

Enfin, tout cela est imbriqué à la pornographie librement accessible, fournie à foison par les États-Unis, qui perturbe la sexualité vécue et la fréquentation du deuxième sexe, voire s'y substitue. Malgré des tentatives de restriction poussées par les autorités françaises pour les mineurs, la pression du capitalisme libertaire souffle puissamment pour maintenir ouvertes ces vannes.

Que l'on comprenne bien, pour résumer, qu'il existe en France peut-être 3 millions de jeunes hommes, pour reprendre le chiffre suggéré par l'OCDE (soit deux fois le nombre de morts en 1914-1918), qui sont enfermés dans ces nouveaux faits sociaux et ces spirales addictives ; ces hommes manquent cruellement et peut-être définitivement pour beaucoup à la vie sociale, économique et démocratique. Car, entre non-inscription sur les listes électorales, absence de participation à la cité ou radicalités politiques, les conséquences sont lourdes.

Le déséquilibre ainsi fait à la société compromet son avenir. Depuis dix ans, la chute avérée de la natalité (moins 100.000 bébés en une décennie) en France, en dépit d'une surnatalité migratoire que tout démontre (comme le triplement en vingt ans des prénoms musulmans attribués à la naissance, selon la base Insee), en est un indice avancé. Elle va s'intensifier avec la progression du célibat et des couples sans enfants encouragés par une tendance radicale de l'écologie. L'effondrement de la production française, que révèle notre déficit extérieur croissant depuis 2000, est un autre indice de notre paralysie: il faut importer toujours davantage ce que nous ne produisons plus.

Pour compenser ces tendances lourdes, l'État français joue sur deux tableaux: financer les dépenses courantes en empruntant, avec pour résultat une croissance quasi nulle ; et recourir à une forte immigration (surtout des hommes), avec le même résultat.

Face à tant de dysfonctionnements, qui ne sont pas sans affecter les jeunes femmes, souvent plus diplômées, mais confrontées à la défaillance de tant d'hommes, toute la société est bousculée, fragilisée et menacée. Notre société politique oscille entre deux pôles: les 17 millions de retraités, soit la moitié des Français qui votent - et qui «font» la présidentielle -, raison pour laquelle les candidats les aiment (la génération Belmondo) ; et la jeunesse minoritaire et supposément rebelle des métropoles (la génération Greta), portée aux nues, qui offre de belles images médiatiques. Entre les deux, le monde du travail et les déclassés sont priés de se faire discrets. À notre péril.

Le Figaro (site web)

mardi 14 septembre 2021 - 18:32 UTC +02:00 1509 mots

Économie ; Conjoncture

Les enseignants sont-ils deux fois moins payés en France qu'en Allemagne et aux Pays-Bas ?

LA VÉRIFICATION - Anne Hidalgo juge «inadmissible» le niveau de rémunération des enseignants en France, et affirme vouloir doubler les salaires si elle est élue en 2022.

LA QUESTION. «*C'est inadmissible que nos enseignants soient aussi peu payés en France. En début de carrière comme en fin de carrière, [les salaires] sont deux fois moins élevés qu'en Allemagne et qu'aux Pays-Bas.*» Candidate à l'élection présidentielle 2022, Anne Hidalgo a fait de la rémunération des enseignants son cheval de bataille, comme elle l'a rappelé ce lundi matin sur *France Inter*. Un postulat qui vient corroborer des propos issus de son propre livre *Une femme française* (Éditions de l'Observatoire), qui paraîtra ce mercredi 15 septembre et dans lequel la maire de Paris écrit : « *Je crois possible, sur la durée d'un quinquennat, de multiplier par deux au moins le traitement de toutes les personnes au contact avec les élèves* ».

La proposition d'Anne Hidalgo a été largement reprise et critiquée, notamment par le ministre de l'Éducation Nationale Jean-Michel Blanquer, qui a prévenu que «*l'élection présidentielle ne [pouvait] pas être une Foire du Trône de la démagogie*». Mais Anne Hidalgo a-t-elle raison de dire que certains de nos voisins paient deux fois mieux leurs professeurs ?

VÉRIFIONS. En France d'après les dernières données de l'OCDE, qui s'arrêtent à 2019, un enseignant en primaire touche en début de carrière l'équivalent de 31.300 dollars bruts par an (soit 26.312 euros). Au bout de quinze ans, le même instituteur sera rémunéré 38.173 dollars, soit une revalorisation de 21%. En fin de carrière, l'instituteur touchera 55.086 dollars, soit un peu plus de 46.000 euros bruts. Du début à la fin de sa carrière, cet enseignant en primaire aura donc vu son salaire augmenter de 76%, une revalorisation principalement effectuée lors de sa deuxième partie de carrière, au bout de quinze ans.

En comparaison le salaire moyen d'un professeur en primaire allemand s'élève à 63.257 dollars en début de carrière, soit, comme l'affirme Anne Hidalgo, deux fois ce que touche le même enseignant en France. Partant de si haut, l'augmentation est un peu plus timide au cours de la carrière, avec +22% au bout de quinze ans et +31% du début à la fin de carrière. Au final lorsqu'il rend la blouse, l'instituteur allemand touche tout de même 83.178 dollars, soit 70.579 euros par an. C'est 50% de plus que son homologue français.

Les Français en dessous de la moyenne

Aux Pays-Bas, le même professeur touchera 44.215 dollars en début de carrière, soit 41% de plus qu'un professeur français. Mais au bout de quinze ans de carrière, sa rémunération va passer à 77.936 dollars, soit un peu plus de deux fois celle de son homologue dans l'hexagone. Et en fin de carrière, l'instituteur hollandais pourra toucher 90.639 dollars.

Les ordres de grandeur sont sensiblement les mêmes dans les trois pays pour la rémunération des professeurs de collège et de lycée. Ainsi par exemple un professeur de collège en France touchera 32.941 dollars en début de carrière et 56.889 dollars à la fin, contre 91.510 en fin de carrière pour un Allemand et 90.639 pour un Hollandais.

Anne Hidalgo a donc raison sur un point : à un moment ou à un autre dans leurs carrières, les enseignants français sont deux fois moins bien payés que leurs homologues allemands et néerlandais. Et ce ne sont pas les 29 à 57 euros nets d'augmentation mensuelle promis pour 2022 qui changeront la donne. En élargissant cette analyse, en moyenne la France offre ainsi des rémunérations 7% en dessous de la moyenne de l'OCDE. Elle se

trouve en compagnie de pays comme l'Italie (31.313 dollars pour un instituteur débutant en primaire), la Lituanie (28.431), la Slovaquie (28.905) le Japon (29.440) et un peu au-dessus d'Israël (21.786) ou de la Turquie (21.534 dollars).

En règle générale, comme le note cette publication de l'Union Européenne, le niveau de salaire des enseignants est corrélé au niveau de vie moyen dans le pays - que l'on peut calculer en PIB par habitant -. En France, le salaire moyen d'un instituteur ayant quinze ans d'expérience représente ainsi 93% du PIB par habitant, ce qui veut dire que les professeurs vivent en dessous du niveau de vie moyen des Français. Le constat est le même pour les professeurs au primaire, au collège ou au lycée. À titre de comparaison, ce ratio passe à 150% aux Pays-Bas ou à 167% en Allemagne, deux pays où les enseignants vivent donc (beaucoup) mieux que la moyenne de leurs concitoyens.

«Dégraisser le mammouth»

Mais y a-t-il, entre la France, l'Allemagne et les Pays-Bas de grandes disparités dans le nombre d'heures travaillées pour justifier de tels écarts de salaires ? La réponse n'est pas la même selon que l'on parle des professeurs de primaire, ou de ceux des collèges et lycées. D'après l'OCDE, les instituteurs français enseignent ainsi 900 heures par an, ce qui équivaut à une rémunération horaire en début de carrière de 34,7 euros. Les Allemands travaillent une centaine d'heures de moins par an en «présentiel» : 799 heures passées devant les élèves. Ainsi en début de carrière, un instituteur allemand touche près de 80 euros par heure enseignée. Aux Pays-Bas enfin, les instituteurs travaillent un peu plus qu'en France (930 heures) pour une rémunération de 47,50 euros par heure. À noter qu'en moyenne, les enseignants des pays membres de l'OCDE travaillent 772 heures par an en primaire.

Le constat est inverse au collège et au lycée. En effet un professeur français du secondaire travaille 684 heures par an, ce qui le place en dessous de la moyenne de l'OCDE (706 heures) ou des Pays-Bas (720 heures), et légèrement au-dessus de l'Allemagne (651 heures). En salaire horaire pour un professeur débutant au collège ou au lycée, le Français touche alors 48 dollars, le Néerlandais 61 dollars et l'Allemand 107 dollars.

Comment expliquer de tels écarts, notamment entre la France et l'Allemagne ? Le budget total alloué à l'Éducation nationale en France est pourtant supérieur, en part de PIB, à celui de l'Allemagne (5,5% contre 4,9% en 2017 d'après la Banque mondiale). Alors où va l'argent ? Dans une note datant de 2012, mais toujours d'actualité dans le fond, l'institut Thomas More notait que l'essentiel des dépenses d'éducation en France partait dans les « *coûts de structure et d'administration* » qui représentaient alors 19,9 milliards d'euros de plus par an qu'en Allemagne. Globalement, la France ne dépense que 30,7% de son enveloppe allouée à l'éducation dans les salaires, quand l'Allemagne y consacre 50,1%.

Selon l'analyste éducation de l'OCDE Eric Charbonnier, deux raisons expliquent cet écart : d'abord la structure même des écoles françaises, avec notamment « *beaucoup de petits lycées qui coûtent cher, dans de petites villes avec de gros coûts de fonctionnement* », mais aussi un « *personnel administratif en plus grand nombre qu'en Allemagne* ». D'après la note de l'institut Thomas More en effet, la France héberge 74% d'établissements de plus que l'Allemagne, et la dépense administrative était en 2012 presque trois fois supérieure dans l'hexagone, avec 3,55 milliards d'euros contre 941 millions en Allemagne.

Utopie

Même en dégraissant un peu le mammouth, la proposition de doubler les salaires paraît au mieux utopique. Une telle mesure coûterait en effet 35 milliards d'euros par an à l'État selon les estimations de l'ancien rapporteur général du rapport de la Cour des comptes François Ecalte. Et ce, sans même inclure l'augmentation consubstantielle des retraites, qui en découlera forcément. « *À titre de comparaison, le budget des armées est de 36 milliards, et la charge de la dette de 38 milliards, ajoute Jean-Yves Archer, économiste. Même si on voulait augmenter à ce point les enseignants, on ne pourrait pas l'absorber dans les comptes publics.* »

Selon Jean-Yves Archer, si l'Hexagone est à ce point éloigné de l'Allemagne ou de la Hollande en termes de rémunération des enseignants, c'est que les finances publiques françaises sont « *bien plus dégradées* » qu'outre-Rhin. Et pour cause, « *le budget social de la France absorbe toutes les marges de manœuvre que l'on pourrait avoir pour la rémunération dans l'emploi public* », assure-t-il. « *Une telle proposition montre bien que certaines personnalités politiques ont l'impression que la France peut s'endetter sans limite* », ajoute pour sa part François Ecalte. *Mais un jour ou l'autre, il faudra reprendre le contrôle de la dette publique.* »

Schau, wie sie lachen. Nein, sie weinen – Die Nobelpreisträgerin Herta Müller über den Humor.

Diktatoren haben Angst vor seinen Abgründen: Der Humor ist die natürliche, direkteste Art, zu durchschauen und zu begreifen.

Herta Müller 15.09.2021, 05.30 Uhr



Nobelpreisträgerin Herta Müller im Jahr 2009.

Seit vier Jahren kaufe ich in diesem Fleischerladen ein. Ich bin eine Stammkundin und kenne die junge Verkäuferin. Heute verlange ich zum ersten Mal ein halbes Kilo gemahlenes Schweinefleisch. «Hackepeter», sagt die Verkäuferin zu mir. Ich verstehe nicht, dass sie mich nicht versteht, und wiederhole: gemahlenes Schweinefleisch. Sie sagt wieder «Hackepeter». Ihre Stimme wird unnötig hoch. «Gehacktes vom Schwein mit Salz, also Hackepeter.» Sie meint das, was ich meine. Aber sie will meine Abweichung vom «Hackepeter» nicht akzeptieren und wartet darauf, dass ich ihren «Hackepeter» wiederhole. Das kann ich nicht. Mir kommt es vor, als würde ich zerhackten Peter, ein halbes Kilo Menschenfleisch, verlangen. Das sage ich nicht. Ich sage bloss, das Fleisch sei doch durch den Fleischwolf gedreht, also gemahlen, und nicht mit dem Beil oder einem Messer gehackt. Und es sei doch vom Schwein und nicht vom Peter. Es habe aber mit Hacken und Peter zu tun, weil es eben Hackepeter ist, gibt sie mir zurück.

Wenn die Verkäuferin nicht unnötig die Stimme gehoben hätte, als wolle eine freche Dahergelaufene etwas Vertrautes ausser Kraft setzen, hätte die Diskussion vergnüglich werden können. In «Hackepeter» steckt makabrer Witz, den ich mag. Aber die Verkäuferin wollte sich vom Hackepeter nicht trennen. Als wären beide ein Paar. Amüsiert habe ich mich innerlich doch, aber ich war darauf bedacht, dass man es nicht merkt.

Neben mir stand schon der nächste Kunde. Ein Mann um die 60 Jahre. Er neigte den Kopf zu weit nach vorn, sein kalter Blick griff mir an die Wange. Während ich meinen Hackepeter an der Kasse bezahlte, verlangte er extra laut: «Zwei Pärchen Landjäger.» Eine zärtliche Betonung lag auf dem Wort «Pärchen». Ich sah auf dem Bildschirm der Rechenmaschine den Preis meines Hackepeters als vier weisse Zahlen klicken, und jede Zahl wurde ein kleiner homosexueller Jäger, der mit

seinem Liebsten ins Grüne zieht. Ich begann laut zu lachen, und der Mann sagte: «Kauf doch besser Kartoffeln, mehr verstehst ja eh nicht.»

Wie ist das mit dem Humor? Seit ich nach Deutschland gekommen bin, ist er da, wo ich ihn ausmache, nicht erlaubt. Und umgekehrt da, wo er sich für die Deutschen aufhält, für mich nicht vorhanden. Unsere Vorstellung von Witz ist verschieden, unsere Pointen treffen sich nicht, laufen apathisch oder provozierend aneinander vorbei. Man kann in einem fremden Land alles schneller und einfacher lernen als den Humor. Weshalb glaubte der Kunde, seine zwei Pärchen Landjäger gegen mich verteidigen zu müssen? Sie waren durch mich nicht gefährdet. Die Pärchen der Landjäger klangen rührend, ich hätte kein Problem damit gehabt, sie zu übernehmen, hätte vielleicht beim nächsten Einkauf diese Würstchen gekauft, um «zwei Pärchen Landjäger» laut auszusprechen. Aber es kam anders.

Anders als in Rumänien gehört der Humor in Deutschland nicht als immer mitlaufender zweiter Faden zum Werkeln der Finger und Drehen des Augapfels dazu. Die schmale Freundlichkeit im Alltag beschränkt sich auf das funktionale Lächeln mit unverbindlichen Worten. Es kommt nicht zu lustigen, sarkastischen oder zynischen Situationen und darin zur gegenseitigen Bestätigung der eigenen Geringschätzung. Man verbietet sich, im spontanen Hin und Her zwischen zwei Personen eine verbindliche, inhaltlich geschlossene Nebenbeigeschichte zu fabrizieren. Wenn sie dennoch entsteht, ist sie ein Unfall, weil nicht beidseitig gewollt, sondern vom einen abgewehrt und als Verletzung empfunden.

Ist ein Humor, der die Selbstachtung aus spielendem Selbstzweifel baut, wie ich ihn mitbringe aus einer entfernten, an Repressalien, Armut und offizielle Lügen gewöhnten Gegend, nicht transportabel, weil man, abgesichert im Gelände der Menschenrechte, nicht lernen musste, auf seinen eigenen Wert zu pochen durch den Knick des Zweifelns? Wieso hat man gerade hier Angst vor dem Alltagsspiel des Infragestellens? Wenn ich in Rumänien eine der schäbigen gummiartigen Schweinshaxen verlangte, weil es nichts anderes gab, und von der Verkäuferin einen «Turnschuh» verlangte, gab es keine Probleme. Der Zynismus war hier Realismus.

Humor entsteht für mich aus den Unsicherheiten der Details durch und durch bekannter Verhältnisse. Unsicher und bekannt sind kein Gegensatz. Die Unsicherheit entsteht unablässig, weil das durch und durch Bekannte jeden Tag hundertmal vertraut und wieder fremd wird. Weil das, was man weiss, ständig dorthin springt, wo man seiner nicht mehr Herr sein kann.

Ich habe in Rumänien dadurch, dass ich oft entlassen wurde und ständig gar keine oder eine kurzfristige neue Arbeit hatte, mehr als zwanzigmal meine Alltagsorte und Bezugspersonen vollständig auswechseln müssen. Ich bin durch dieses Leben wie im fahrenden Karussell zu der Meinung gelangt, Humor sei ein Schlüssel, mit dem man eine fertige, weil vorhandene Gruppe von Menschen, zu der man stösst, für sich öffnen kann. Man wird schnell aufgenommen. Jemand, der ankommt und gleich, nachdem er sich vorgestellt hat, die Gruppe zum Lachen bringt, hat in wenigen Sätzen das Eis gebrochen. Das lange Taxieren wird überflüssig, die neue Person wird umstandslos angenommen. Man hat verstanden, dass sie nicht ichsüchtig, schikanös vernörgelt ist, sondern auf gleicher Augenhöhe. Lustig bedeutet: nicht dogmatisch, sondern fähig zur Komplizenschaft, also menschlich.

Mit lustigen Menschen lässt sich das Schlimme teilen wie von selbst. Ich kenne aus Rumänien den Humor als Garantie für persönliche Nähe. Ich glaube bis heute an diese Garantie, an dieses aus der Selbstdistanz gemachte Funkeln, auf das jeder noch etwas draufsetzt, weil jeder Satz von sich selber überrumpelt wird, weil die Kleinstparabeln längst über sich hinausweisen, typisieren und auf vielerlei Situationen der kommenden Tage zutreffen werden. Weil mit jedem halsbrecherisch draufgängerischen Fetzen schon das Lachen für den nächsten Tag vorbereitet ist. Man wird von selbst aufs Heutige zurückkommen und es dem Lauf des Morgigen entlang weitertreiben, weil man es nötig hat.

Der Humor ist das Surreale, das auf der Hand liegt, und man braucht es zum Atmen, wenn man am Realen erstickt. Und Humor ist nicht nur Ulk. Er formuliert unbewusst über sich hinaus, er typisiert, und er ist eine Form der Analyse sozialer Verhältnisse – die unkomplizierteste, angenehme Art, etwas einzuordnen. Er ist die natürliche, direkteste Art, zu durchschauen und zu begreifen. Er ist intimer Umgang, ohne auch nur ein einziges Wort über sich selber sagen zu müssen.

Deshalb haben Diktaturen so Angst vor seinen Abgründen. Der Humor präzisiert im schallenden Lachen den Zustand der Existenz, um sich ja nicht zu belügen, betreibt er den Erdrutsch, rückt den Tatsachen mit Gefühlsausbrüchen zu Leibe. Und darin liegt seine Zweischneidigkeit: genauso rasch, wie er befreiend wirkt, wird er gnadenlos, mal unabsichtlich verletzend, wenn er nicht passt, oder als regelrechte Fertigmache, wenn er absichtlich und treffsicher auf Demontage steuert.

Kann man Humor lernen? Kann man es erlernen, wenn es am aussichtslosesten ist und man am wenigsten die Kraft dazu hat, sich still in den Kopf oder jemand anderem laut zu sagen: «Ich bin so müde, dass ich vor Hunger nicht weiss, wo ich heute Nacht schlafen soll.» Kann man für sich selbst darauf bestehen, es gerade deshalb zu denken oder zu sagen, weil man am wenigsten Lust dazu hat, gerade weil es einem gegen den Strich geht? Ja, man kann. Man kann auf den Geschmack kommen, dass es hilft, wenn man sich entschliesst, im Aussichtslosen noch einmal verbal gegen sich selber vorzugehen. Denn man verschlimmert nichts dadurch, sondern man verbessert seinen inneren Standpunkt, obwohl man den äusseren nicht verändern kann.

Man kann Humor erlernen, auch wenn er im Milieu der Herkunft nicht vorhanden war. Man kann sich dafür entscheiden, gegen alles aus der Kindheit Mitgebrachte, weil man andere Leute dafür beneidet hat. Man hat gespürt, dass sie Glücksmomente haben, eine helle Aura, in der sie mit sich und den anderen durch die innere Freiheit torkeln. Sie haben einen im Vergleich armselig aussehen lassen. Man hat begriffen, dass ihre wegwerfenden Gesten keinen zusätzlichen Verlust bedeuten, sondern Inbesitznahme des Augenblicks auf dem kürzesten Weg durch die unwirkliche Tür.

Im Milieu meiner Herkunft, im banatschwäbischen Dorf, war der Humor verpönt. Ein von meiner Grossmutter alle paar Tage wiederholtes Verdikt lautete: «Am Lachen erkennt man den Narren.» Ich sagte als Kind, wenn die frisch geschlüpften Schwalben mit den gelb gesäumten, in die Breite laufenden Dreiecksschnäbeln übern Nestrand quietschten: «Schau, wie sie lachen.» Und meine Mutter sagte sofort: «Nein, sie weinen.» So wollte sie die Welt haben, so mussten die Dinge aussehen. Den anderen, umgekehrten Zugriff hat sie sich verboten.

Ich habe, bis ich mit fünfzehn in die Stadt ging, keinen Mund in diesem vor Strenge knirschenden Kaff herzhaft lachen hören. Sicher, die Zeitläufte hatten gewütet in ihrem Leben. Erster und Zweiter Weltkrieg, danach Deportation ins Sowjetimperium zur Zwangsarbeit. Schuftent, Unterernährung, an chronischem Hunger im sibirischen Frost beinahe krepieren. Dann Enteignung durch den Staat, aus Feldbesitzern wurden Habenichtse. Aber daran war nichts zu ändern, sie hatten überlebt und wohnten wieder unter diesem Stück Himmel, so prüde und verkniffen, dass es wirklich Übertreibung wäre, würde man statt Wohnen Leben sagen.

Als ich den Stadtasphalt betreten hatte, bin ich auf den Geschmack des Lachens gekommen. Ich wurde ihnen abspenstig. Ihre ernsten Gesichtsknochen sahen wie unterkühlte Zimmer aus. Ich wurde den Verdacht nicht los: Sie hätten sich in diesen zwanzig Jahren nach den Katastrophen von den zweifellos schweren Beschädigungen erholen können, sie hätten, statt nur zu wohnen, leben können, wenn sie das Lachen nicht mit Verachtung gestraft hätten. Sie haben kollektiv gekniffen, aus Selbstmitleid geklagt oder geprotzt und daher politisch nichts durchschaut. Sie haben kleinmütig pariert, nie mit Unterwanderung hantiert.

Ich schlug mich in der Stadt mit Verhören, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen von Freunden, Todesdrohungen durch den Geheimdienst herum. Ich wusste längst, wie staatlich gebaute Todesangst aussieht, wenn sie einem in die Poren kriecht. Ich war dem Regime längst Staatsfeind, zur Jagd freigegeben. Aber nie hat mich von diesen Angehörigen einer gefragt, ob ich Angst vor dem Zerbrechen habe. Ihre gealterte Beschädigung nahm keine Notiz davon, dass das Kaputtgehen an meiner Haut täglich zugange war. Sie kauten mir an den Wochenenden, wenn ich sie besuchte, ihre Vergangenheit zum tausendsten Mal ins Gesicht, sonst nichts – keine Neugierde, kein Versuch der Anteilnahme. Ich liess es abwesend geschehen, tat, als würde ich zuhören, schwieg, erwähnte mich nicht. Ich war bei ihnen längst nicht mehr zu Hause, sondern auf dem Asphalt, wo man mir nachstellte.

Ich brauchte das Lachen, den Humor als weisses Trampolin für dunkle Ecken. Und ich erinnerte mich an die Prügel, die ich als Kind bekommen hatte wegen meiner Lachanfalle. Ich hatte sie manchmal bei Beerdigungen und wenn jemand im Haus schlimm stürzte. Sie schlugen mich, weil sie nicht begriffen, dass Lachanfalle nichts mit Freude zu tun haben, sondern Fallen sind. Sie schnappen zu, und man muss sich abwärts lachen. Und sie verknoten den Nerv, den man glatt haben müsste für den Halt. Im Lachanfall vergrössert sich der Schrecken. Und nach dem Lachanfall dann diese schockierend klare Stille, wie ein Glasauge schaut sie einen an – diese wahllos selbstzugefügte, spliternackte Blamage.

Herta Müller ist Schriftstellerin.

GASTKOMMENTAR

Angela Merkel am Ende ihrer Zeit

Die 16 Jahre Amtszeit von Angela Merkel waren nicht die besten für Deutschland. Nur weil das Land wirtschaftlich immer noch stärker ist als Nachbarstaaten, hat es diese Zeit überstanden.

Hans-Hermann Tiedje 0 Kommentare 15.09.2021, 05.30 Uhr



Sie hatte einen enormen Machtwillen: die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Wenn Angela Merkel in Berlin aus dem Fenster schaut, was sieht sie dann? Die Spree, die Schweizer Botschaft, den Potsdamer Platz und ein Land, das aus der Schockstarre erwacht ist und das Leben neu entdeckt. Ein Leben sehr bald ohne die Kanzlerin Merkel. Wer sie in diesen Tagen beobachtet, sieht eine Frau am Ende ihrer Zeit. Die Kanzlerin ist erkennbar müde, ihre Stimme mürbe, ihre Haltung kraftlos. Beim G-7-Gipfel wirkte sie manchmal, als gehörte sie gar nicht mehr dazu. Und es stimmt ja: In ein paar Monaten wechselt die oberste Lenkerin der deutschen Politik ins Private.

Aus dem Wahlkampf hält sich Merkel weitgehend heraus. Das ist klug, denn sie hat nichts mehr zu gewinnen und zu erwarten, ausser den üblichen Apotheosen, die Leben und Werk rühmen werden.

Die Fakten

Der guten Erinnerung halber Fakten. Als Merkel 2005 Kanzlerin wurde, übernahm sie von Gerhard Schröder ein stabiles Land, mit einem schweren Geburtsfehler: Das Ende der Atomkraft war von SPD und Grünen beschlossen, aus Koalitionsrason, gegen wirtschaftliche Vernunft. Helmut Kohl hatte sich 1998 mit 35,2 Prozent der Wählerstimmen verabschiedet, mit ebenfalls 35,2 Prozent der Stimmen kam Merkel sieben Jahre später ins Amt. Sie stellte sich als solide dar, zuverlässig, glaubwürdig. Eine echte Alternative zum Image von Schröder, der als politischer Hallodri galt und als Spezialist für Putin, Frauen, Rotwein und Fussball. Merkels Markenzeichen wurde die Raute. «Sie kennen mich.» Und sie versprach eine Regierung des Fortschritts und der Transparenz. Was Merkel dachte und plante, war ja bekannt.

Eine Auswahl: «Der Mindestlohn ist Gift für die Wirtschaft» (Merkel in Varianten ab 2005). «Wir werden die Laufzeiten unserer Atomkraftwerke – der sichersten der Welt – verlängern» (Merkel 2005). «Muss Deutschland für die Schulden anderer Länder aufkommen? Ein ganz klares Nein!» (Merkel schon 1999 auf dem CDU-Plakat zur Europawahl). «Ich sage ausdrücklich: Ich bekenne mich zur Wehrpflicht. Sie ist zum Markenzeichen unserer Streitkräfte geworden» (vielfache Zitate aus Wahlkämpfen). «Die multikulturelle Gesellschaft ist keine lebensfähige (sic!) Form des Zusammenlebens» (Merkel 2000). Und immer wieder legte sie sich auch später fest: «2018 soll jeder Deutsche Zugang zum schnellen Internet haben» (Regierungserklärung 2014). Unvergessen auch: «Mit mir wird es keine Maut geben» (2013). Beschlossen wurde dann die Maut.

Ständig kam es anders. Wie erklärte die Kanzlerin ihre Windungen, Drehungen, Wendungen? Lapidar: Man dürfe sich neuen Erkenntnissen nicht verschliessen. Diese waren stets im Gleichklang mit dem Zeitgeist. Aber der ist bekanntlich ein flüchtiger Freund und führt meist in die Irre.

Instinkt für Konkurrenten

Heute kann man ohne Soupçon feststellen: Merkels 16 Jahre waren nicht die besten für Deutschland. Nur weil das Land wirtschaftlich immer noch stärker ist als Nachbarstaaten, hat es diese Zeit überstanden. Ausgangspunkt der Misere: Merkel hatte – im Gegensatz zu Vorgängern wie Adenauer, Brandt, Schröder und Kohl – keinen Plan, keine Idee, nicht einmal ein Projekt. Dass sie je eine Überzeugung hatte ausser jener, unbedingt im Amt zu bleiben, darf man bezweifeln. Sie war eine ungewöhnliche Besetzung, weil: Frau, in der DDR sozialisiert, Physikerin, kinderlos. Sie hatte einen enormen Machtwillen, dem nacheinander die etablierten Politikgrößen Rühle, Koch, Merz, Stoiber, Schäuble zum Opfer fielen, und auch Annegret Kramp-Karrenbauer, die jetzt als Verteidigungsministerin beweist, wozu sie als Parteichefin hätte imstande sein können.

Merkels Lebenslauf veranschaulicht, dass man aus der DDR kommen und dass einem trotzdem alles offenstehen konnte, bis hin zum Kanzleramt. Für die Bewohner der neuen Bundesländer ist sie, wiewohl eine von ihnen, ein Fremdkörper geworden.

Von Anfang an hatte Merkel einen untrüglichen Instinkt für gefährliche Konkurrenten. Und einen Sinn für willfährige Helfer. Prototyp war Volker Kauder, der CDU/CSU-Fraktionschef mit der längsten Amtsdauer (13 Jahre) und dem geringsten Nachhall. In der Fraktion hatte jeder das Recht, seiner Meinung zu sein, und das war die von Merkel. Auch Kauder hat seinen Beitrag geleistet, die Union dahin zu bringen, wo sie heute ist: in Teilen des Landes noch Volkspartei, mit der Aussicht, auch diesen Status zu verlieren, und als Menetekel am Horizont immer das Schicksal von Italiens Democrazia Cristiana, oder besser: was von dieser blieb. Nichts.

CDU nach links verschoben

Zurück zu Merkel. Sie erlernte den Politikbetrieb in Westdeutschland fünfzehn Jahre, bevor sie Kanzlerin wurde. Das politische Framing der Bundesrepublik war ihr nicht geläufig – oder wurscht. Erinnert sei an den Grundsatz von Franz-Josef Strauss, rechts von der Union dürfe es keine einzige demokratisch legitimierte Partei geben. Strauss dachte strategisch: Was von CDU und CSU verdaut werden kann, wird verschluckt. Was unverdaulich ist, wird ausgespuckt. Wie die NPD und die DVU, die deshalb nie in den Bundestag kam, wie die Republikaner, die aus den Landtagen kurzfristig wieder vertrieben wurden.

Der Lehrsatz von Strauss war als Bestandteil der Unions-Architektur eine wesentliche Folie des Unions-Erfolgs über 65 lange Jahre. Dann kamen 2015 die Flüchtlinge, dann Migranten aus Syrien und übers Mittelmeer, und Merkel zeigte ihr «freundliches Gesicht». Als Reaktion darauf und auf das Gewurstel in der Griechenland-Frage gründete sich die AfD, rechts von der Union. Wie richtig Strauss lag, kann man überall in deutschen Parlamenten besichtigen.

Schon vorher hatte Merkel ihre Unionspartei erst sanft, dann immer deutlicher nach links verschoben. Sie nahm in Kauf, dass der Begriff «rechts» heute von vielen als Synonym für «rechtsradikal» wahrgenommen wird. Die Kontamination eines politischen Begriffs, der für konservativ steht und damit politisch ehrbar ist, wurde von Merkel nie thematisiert. Das mag man nicht nur ihr vorwerfen, sondern auch denjenigen (Herren), die es zuließen. Diese Tatsache und ein mitleidheischer Zerfallsprozess liessen zeitgleich die SPD zur Mittelpartei schrumpfen. Das half Merkel. Dies bei steigender Konjunktur der Grünen, die von den Gretas unserer Zeit profitieren und mit dem Klima-Thema in die städtische SUV-Gesellschaft eindringen.

AfD und die Folgen

Und so haben wir nun genau die Lage, vor der Strauss, Kohl und andere immer gewarnt hatten: eine starke Partei rechts von der Union, die AfD, die schon wegen der «Vogelschiss»-Rede ihres Altvaters Gauland und einer Reihe von anderen unappetitlichen Vorkommnissen als Koalitionspartner ausfällt, und die ein Bündnis mit den Grünen wahrscheinlicher macht.

Apropos Migranten: Dass sich eine Million Menschen fern in Syrien, dem Irak und in Afghanistan auf den Weg Richtung Deutschland gemacht hatten, war monatelang bekannt. Etwa so lange hatten die Kanzlerin und ihre Berater Zeit, den Zug zu stoppen oder stoppen zu lassen. Dann war es zu spät. Mit allen bekannten Folgen. Ihr Kommentar: «Nun sind sie halt da.» Wer den Schaden hatte, war egal. Der Publizist Stefan Aust urteilte damals entgeistert in der «Welt», hier werde den Deutschen «die Abwesenheit von Politik als Politik verkauft».

Fest steht: Merkel hatte ausreichend Zeit und trotzdem keinen Plan. Umso patziger ihre Feststellung, man könne «sie doch nicht alle ertrinken lassen». Mir ist niemand bekannt, der Freude an ertrinkenden Menschen hat. Von Tucholsky stammt die Feststellung: Es reicht nicht, keine Idee zu haben, man muss sie auch nicht ausführen können.

Das Corona-Desaster

Womit wir bei Corona wären und dem Desaster, das die Regierung angerichtet hat. Da wird der beste Impfstoff in Deutschland erfunden, und kein Deutscher kriegt ihn – so war das lange Zeit, und wie ist das zu erklären? Unvergessen: Als die Katastrophe schon ihren Lauf nahm, sprach sich Merkel noch gegen «Impfnationalismus» aus. Warum? Während es in Israel hiess: «Unsere Alten zuerst», hiess es im Kanzleramt: «Europa zuerst.» National verfuhr die Etatistin Merkel nach der Devise: Der Staat wird es richten. Sie führte ein rigoroses Regiment ein. Den Deutschen wurde fortan alles Mögliche vorgeschrieben, Verbote tarnte man als «Regeln». In früheren Zeiten wurden nur Kranke weggesperrt, diesmal auch Gesunde.

Die Dreistigkeit, mit der staatliche Stümper heute behaupten, alles doch ganz gut gemacht zu haben, wird von der Faktenlage karikiert. Nichts war gut bei Corona in Deutschland. Zu langsam, zu undurchsichtig, zu verwirrend. Wäre das alles nicht passiert – man würde es gar nicht glauben.

Von der Kanzlerin dazu kein Wort – Schweigen ist auch eine Meinung. Bisher herrschte die Ansicht vor, Künstler hätten Denk- und Redefreiheit. Denkste. In Deutschland hat sich eine Mischung aus Dünnhäutigkeit und Humorlosigkeit verbreitet, Haltung ist wichtig und Verständnis für die Regierung. Sollte tatsächlich etwas falsch gelaufen sein, gibt es als Sündenböcke ja noch die Ministerpräsidenten.

Wer schützte eigentlich die Verfassung vor der Übergriffigkeit der Berliner Akteure? Artikel 1 des deutschen Grundgesetzes ist einzigartig und wirklich alternativlos. «Die Würde des Menschen ist unantastbar.» In Deutschland ist diese Würde mit Füßen getreten worden, wie man es nicht für möglich gehalten hätte und wie man es hierzulande gern autoritären Staaten vorwirft.

Vor dem Hintergrund all dieser Ereignisse: Warum ist Angela Merkel unverändert populär? Die Presse, unter Auflagenschwund, wird regierungsseitig mit Anzeigen gefüttert. Im Fernsehen hat Haltungsjournalismus bei vielen inzwischen einen höheren Stellenwert als klassische Recherche, und über Merkel scheint die Sonne, weil sie mitschwimmt auf der Welle der Guten und Diversen. Zur Erinnerung: Der Kanzler Kohl hatte während seiner ganzen Amtszeit nicht ansatzweise so viel Rückenwind der Medien wie Merkel seit 2005. Kohl stand ständig im Sturm, weil er Projekte gegen Medien durchsetzte, von Europa über den Euro bis zur deutschen Einheit.

So aber entstand das Phänomen Merkel. Wesentlich: Ihr Auftreten voller Bescheidenheit und Selbstkontrolle. Diese signalisieren eine Volksnähe, die ihr eigentlich abgeht. Was bleibt von ihr? Wenn sie weg ist, werden viele merken, was man nicht an ihr hatte. Verlässlichkeit, Visionen, verantwortliches Handeln in jeder Lage.

Am Ende herrscht Ratlosigkeit

Die oft verbreitete Meinung «Merkel kann Krise» ist eine Mär. Richtig ist: Sie konnte sich persönlich behaupten. Richtig ist auch: Sie hinterlässt ein zerrissenes Land, eine zerrissene Partei.

Die Kanzlerdämmerung neigt sich dem Ende zu. Es bleibt Ratlosigkeit, leider kein Aufbruch. 2021 ist die Lage wie folgt: Die meisten Bürger sind (wieder) gesund, und die Toten können nicht mehr reden. Wie viele wirtschaftlich kaputtgehen, wird man erst nach Merkel feststellen, aber dann kann sie ja nichts mehr dafür. Eine ihrer zentralen Lebensbotschaften lautete: «Ich muss ganz ehrlich sagen, wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land.»

Für viele Deutsche ist das schon lange nicht mehr ihr Land.

Hans-Hermann Tiedje war Chefredaktor von «Bild» und persönlicher Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl. Er ist Aufsichtsratsvorsitzender der Kommunikationsagentur WMP Eurocom AG in Berlin.

Présidentielle 2022 : Xavier Bertrand dévoile ses mesures sur la sécurité



Par **Dinah Cohen**

Publié il y a 7 heures, mis à jour il y a 4 heures

Le candidat à la présidentielle, Xavier Bertrand, a dévoilé ce mercredi ses mesures sur la sécurité. *POOL / REUTERS*

Depuis Saint-Quentin (Aisne), le prétendant à l'Élysée a assuré que s'il était élu, son mandat serait celui de «la fin de l'impunité».

C'est un duel de propositions. Mardi, Xavier Bertrand s'est fait le spectateur des annonces du chef de l'État, qui clôturait le Beauvau de la sécurité. Ce mercredi 15 septembre, c'était à son tour de prendre la parole. Depuis Saint-Quentin (Aisne), le candidat (ex-LR) à la présidentielle a présenté ses mesures sur le même thème. Il y a indiqué ses priorités : assurer «*la protection des Français*», sonner «*la fin de l'impunité*» et soutenir les forces de l'ordre.

Xavier Bertrand n'a pas manqué de cibler son potentiel rival pour 2022. En préambule de ses annonces, le président des Hauts-de-France a reproché à Emmanuel Macron d'avoir «*oublié*» de «*restaurer l'autorité*». «*Il n'a pas mesuré combien nos concitoyens étaient livrés à la violence (...). Il n'a jamais mesuré l'explosion de la criminalité et de la délinquance*», a-t-il déclaré. Avant de fustiger «*les postures martiales, les discours de circonstance, les avalanches de milliards*» qui ont, selon lui, «*marqué ce quinquennat*». «*Les mises en scène électorales, à Marseille, à Roubaix ou ailleurs, n'ont fait que renforcer la défiance des Français*», a encore ajouté l'élu.

Comme une réponse aux annonces d'Emmanuel Macron, Xavier Bertrand a ensuite durci le ton, assurant que «*l'heure est grave*». «*J'entends comme vous l'exaspération et la colère de nos concitoyens. Demain, si on ne fait rien, certains feront justice eux-mêmes. Et après-demain, ce sera la guerre civile*», a-t-il affirmé.

«Protéger les Français»

Il s'agit donc pour le candidat de respecter un «*principe simple*» : «*Toute personne qui commet un délit ou un crime doit avoir la certitude qu'elle sera sanctionnée*». Pour ce faire, l'ancien ministre a détaillé plusieurs mesures.

- Donner la possibilité aux procureurs de prononcer «*sans passer par un juge du siège, des peines d'amende ou des travaux de réinsertion pour tout délit dont la peine d'encourue est de moins de cinq ans.*»

- Rétablir les courtes peines de prison, *«même inférieures à un mois»*. Au motif que ces dernières permettent *«une prise de conscience qui empêchera le basculement dans une forme de délinquance plus grave.»*
- **Acter le *«rajeunissement de la délinquance»*, en ramenant la majorité pénale à 15 ans.** *«À cet âge, on encourra la même peine que les adultes et on répondra de ces actes devant un nouveau juge spécialisé, le juge pénal des mineurs»*, a précisé l'élu.
- Appliquer la comparution immédiate aux *«mineurs récidivistes de plus de 15 ans»* pour permettre à la justice de *«passer plus rapidement»*.
- Mettre en place des *«peines minimales obligatoires pour les récidivistes et pour les crimes et délits les plus graves»* : *«Tous ceux qui seront reconnus coupables d'agression sur les forces de l'ordre, les pompiers, les magistrats, les maires, seront passibles d'une peine minimale d'un an de prison ferme avec comparution immédiate et mandat de dépôt»*. Ce point fera l'objet d'une *«modification constitutionnelle nécessaire»* à laquelle Xavier Bertrand se dit *«prêt»*.
- **Passer de 60.000 à 80.000 places de prison *«au minimum»* en reconvertissant des *«sites désaffectés en centres de détention pour les délinquants les moins dangereux»*.** *«Les communes qui accepteront d'en accueillir verront leur dotation globale de fonctionnement fortement augmenter»*.
- Mettre un terme *«définitif»* aux aménagements de peine *«quasi automatiques»*. Ils ne seront accordés *«qu'à ceux qui présenteront un comportement irréprochable et toutes les garanties de réinsertion et de non-récidive»*.
- **Instaurer l'expulsion automatique pour *«tout détenu étranger à l'issue de sa peine de prison»*.**

«Trois défis majeurs» à relever

Pour engager *«la grande révolution pénale du XXIe siècle que réclament les Français»*, le candidat s'est aussi fixé *«trois défis majeurs»*.

- **Lutter contre *«le phénomène des bandes, qui installe l'ultra-violence»***, en condamnant notamment *«ceux qui restent sciemment dans un groupe qui est en train de commettre des violences volontaires»* et en rendant *«systématique l'éloignement du quartier d'origine des meneurs»*.
- **Lutter contre le *«trafic des stupéfiants»* en érigeant le *«démantèlement des trafics»* en priorité et en généralisant la *«saisie des biens appartenant aux dealers et trafiquants»*.**
- **Lutter contre le terrorisme en faisant évoluer le *«droit pour combattre l'islamisme»* : expulser *«ceux qui sont étrangers»*, dissoudre *«les associations notamment salafistes»* et *«fermer sans délai les lieux de culte qui les encouragent»*.**

«Restaurer les forces de la police»

Enfin, en tant que *«chef des forces de sécurité»*, l'élu des Hauts-de-France a avancé la modernisation du matériel de la police et de la gendarmerie, le renforcement de la formation, une meilleure rémunération des horaires supplémentaires qu'il s'agira aussi de payer *«sans délai»*. *«Rien ne sera possible sans les femmes et les hommes qui composent la chaîne de sécurité»*, a assuré le candidat.

Le Figaro, no. 23972

Le Figaro, jeudi 16 septembre 2021 1044 mots, p. 18

Débats

Augmenter encore des droits de succession déjà bien trop élevés ? Ce serait une folie !

Douet, Frédéric

Un rapport de l'OCDE préconise d'alourdir les droits de succession dans les 38 États membres. S'il existe bien un pays membre de l'OCDE où une telle mesure serait une catastrophe, c'est la France. Notre pays connaît déjà, de longue date, des droits de succession parmi les plus élevés des pays développés, démontre le professeur de droit fiscal*. Un rapport de l'OCDE relatif à l'impôt sur les successions, qui sera rendu public le 15 octobre, préconise d'augmenter les droits de donation et de succession pour améliorer les finances publiques et réduire les inégalités. Certes, les rédacteurs, conscients des très grandes divergences de la fiscalité des 38 pays de l'OCDE en la matière, concèdent que « *les réformes retenues dépendront des circonstances propres à chaque pays* ». Mais nul doute que ce rapport va servir d'argument dans la campagne présidentielle française. Il importe donc d'être précis.

Dix des trente-huit États membres de l'OCDE ont purement et simplement supprimé les droits de succession (Mexique en 1961, Canada en 1972, Australie en 1979, Israël en 1980, Nouvelle-Zélande en 1992, République slovaque et Suède en 2004, Autriche en 2008, Norvège et République tchèque en 2014).

Dans les autres États membres de l'OCDE, qui les ont maintenus, les droits sur les donations et les successions ne représentent qu'une très faible part des recettes fiscales, 0,5 % en moyenne en 2019. Or il s'agit d'un domaine dans lequel la France fait déjà figure d'exception, comme souvent en matière fiscale. Il n'y a que dans notre pays, ainsi qu'en Belgique, au Japon et en Corée du Sud, que ces droits dépassent 1 % des recettes fiscales. Et en France, en 2021, les droits de donation et de succession devraient rapporter 3,94 % des recettes fiscales de l'État.

Dans un monde idéal, les États membres de l'OCDE harmoniseraient leurs règles en matière de droits de donation et de succession. Mais comme le prouvent les disparités qui existent entre ces États, il s'agit d'un vœu pieux. Nous vivons dans un monde ouvert où la concurrence fiscale fait rage, et ce au profit des contribuables suffisamment mobiles et fortunés.

Il faut mesurer ce que signifie la pression fiscale actuelle en matière de droits de succession en France. Seuls le conjoint survivant, le pacsé survivant et, sous certaines conditions, le frère ou la soeur survivants sont exonérés de droits de succession. Les biens et les droits transmis aux enfants sont imposés, sous déduction d'un abattement de 100 000 euros par enfant, au taux de 0 % jusqu'à 8 072 euros, de 10 % de 8 072 euros à 12 109 euros, de 15 % de 12 109 euros à 15 932 euros, de 20 % de 15 932 euros à 552 324 euros, de 30 % de 552 324 euros à 902 838 euros, de 40 % de 902 838 euros à 1 805 677 euros et de 45 % au-delà de 1 805 677 euros, étant précisé que ces montants n'ont pas été revalorisés depuis 2011.

Lorsque les successions entre frères et soeurs sont imposables, elles sont taxées, sous déduction d'un abattement de 15 932 euros, au taux de 35 % jusqu'à 24 430 euros et de 45 % au-delà. Le taux atteint 55 % entre parents jusqu'au 4e degré, voire 60 % entre parents au-delà du 4e degré et entre personnes non parentes (par exemple entre concubins).

La conclusion s'impose : alourdir les droits de donation et de succession serait une catastrophe. On dissuaderait l'ardeur au travail, qui a souvent pour moteur le désir légitime de constituer un patrimoine conséquent pour le transmettre à ses enfants. Et, de surcroît, on prendrait le risque de faire une fois encore la fortune de nos voisins européens comme cela a déjà été le cas avec l'ISF. Il n'y a guère à faire d'efforts pour comprendre que « trop d'impôt tue l'impôt ». Le Parlement l'a d'ailleurs reconnu à mi-mots. Les « pactes Dutreil transmission » permettent de faire échapper les entreprises aux droits de succession à concurrence des trois quarts de leur valeur, et c'est crucial pour la pérennité de notre tissu économique. Mais ce dispositif révèle aussi, en creux, que ces droits sont trop élevés pour le commun des mortels.

Reste à examiner un des deux arguments avancés par l'OCDE pour justifier une augmentation des droits de succession : réduire les inégalités. En somme, prendre davantage aux plus aisés pour redonner à ceux qui le sont moins. Pour séduisante qu'elle puisse être aux yeux d'une partie des électeurs, l'idée est erronée.

L'impôt redistributif ne permet que de corriger, au demeurant à la marge, les inégalités de revenus entre les contribuables. Celles-ci résultent d'inégalités extra-économiques (niveau de formation, âge, état de santé, milieu social, localisation, etc.). L'impôt en général -et les droits de succession en particulier- ne peuvent pas corriger ces dernières.

Concevoir la fiscalité comme un outil de réduction des inégalités revient, comme souvent en France, à ne pas s'attaquer aux racines du mal. La paupérisation et le déclassement de la France le démontrent alors qu'elle est championne du monde des impôts et de la dépense publique. De l'aveu même de l'OCDE, les revenus fiscaux ont représenté 46,1 % du PIB français en 2018 alors qu'en moyenne ils ne s'élèvent qu'à 34,3 % dans les autres pays membres. Or, en dépit de dépenses considérables et de plans en tous genres, la pauvreté ne cesse de gagner du terrain dans notre pays depuis le milieu des années 2000. Le Conseil national des politiques de lutte contre la pauvreté et l'exclusion sociale (CNLE) évalue le taux de pauvreté de la population française à 18,46 %. Douze millions de personnes sont concernées. Ce résultat dramatique prouve qu'il n'y a pas de corrélation entre pression fiscale record et forte baisse de la pauvreté.

La lutte contre les inégalités, objectif légitime en soi, doit faire d'autre choix que le nivellement par le bas et, en définitif, l'appauvrissement collectif. Réfléchissons à un système compétitif qui favoriserait une gestion dynamique des patrimoines et l'entraide entre les générations. Quel beau programme pour un candidat à l'Élysée !

* Professeur à l'Université Rouen-Normandie. Dernier ouvrage paru : « L'Antimanuel de psychologie fiscale - Techniques de plumaison des contribuables sans trop les faire crier » (Enrick B. Éditions, 2020).

Sciences Po: la nouvelle procédure d'admission est-elle vraiment plus démocratique?

Par **Claire Conruyt** • Publié le 16/09/2021 à 06:00



«La rédaction d'une lettre de motivation est très discriminante socialement», argue Pierre Merle, sociologue. *Crédits photo: Shutterstock/Shutterstock*

INTERVIEW - Pour le sociologue Pierre Merle, la suppression du concours d'entrée à Sciences Po renforce les inégalités sociales. Avec des lettres de motivation faites le plus souvent par l'entourage, la nouvelle procédure d'admission est à la fois opaque et non pertinente.

Sciences Po a depuis 2021 [abandonné son traditionnel concours d'entrée](#) afin de «donner leur chance à tous les meilleurs talents». Pour intégrer l'école de la rue Saint-Guillaume, [il faut déposer son dossier scolaire sur Parcoursup](#) où sont évalués les résultats du bac, la performance académique et trois exercices rédactionnels (le «parcours personnel du candidat, ses activités et ses centres d'intérêt», la «motivation du candidat et son projet intellectuel pour Sciences Po» et un «essai personnel sur l'une des cinq thématiques proposées»). Enfin, l'admission repose sur un oral.

Ce nouveau processus d'admission est-il plus méritocratique? Selon Pierre Merle, sociologue et auteur de [Parlons école](#) (La Documentation française), cette réforme renforce certaines inégalités sociales.

«Tous ces laïus autour de la personnalité de l'élève tendent à déconsidérer les compétences académiques» Pierre Merle, sociologue

LE FIGARO. - L'un des critères d'admissibilité à Sciences Po est la «performance académique» qui comprend les notes obtenues depuis la seconde. Qu'en penser?

Pierre MERLE. - Cette prise en compte des notes depuis la seconde surprend. Il a été montré que ce sont les élèves d'origine favorisée qui obtiennent le plus souvent les meilleures notes. La

réforme d'admission indique par ailleurs qu'elles seront ensuite pondérées par l'origine sociale. Mais comment cette pondération est-elle mise en œuvre? Elle est d'autant plus discutable que les notes, d'une classe à l'autre, ne sont pas comparables. Elles le sont encore moins d'un établissement à l'autre. Elles ne sont donc pas représentatives des compétences scolaires des candidats. En prenant en compte des notes non comparables entre elles, et pondérées d'une façon inconnue, la nouvelle procédure d'admission est à la fois opaque et non pertinente.

L'admissibilité ne dépend plus d'un concours reposant sur un programme commun mais, entre autres, de rédactions dans lesquelles est évaluée la «personnalité» d'un candidat. Qu'en pensez-vous?

Le projet d'évaluer la «personnalité» des candidats suscite beaucoup de questions. Pourquoi telle motivation serait préférée, et donc mieux notée, qu'une autre? Comment évaluer la «personnalité» de façon objective? Il est difficile d'avoir une grille de correction partagée par l'ensemble des correcteurs. **Tous ces laïus autour de la personnalité de l'élève tendent à déconsidérer les compétences académiques.** Défendre une thèse, être capable de rédiger des contre arguments et une synthèse sont des compétences indispensables à tous les étudiants de Sciences Po et de l'université. De même, on peut aussi se demander pourquoi un écrit portant sur une «question personnelle» serait plus pertinent qu'une épreuve portant sur des questions contemporaines telles que la gestion de la pandémie ou la crise des gilets jaunes, sujets sur lesquels des futurs étudiants de Sciences Po pourraient montrer, de façon comparable, leur niveau d'argumentation. **Actuellement, il existe une sorte de dévalorisation assez systématique de la compétence académique.**

« Des épreuves de sélection qui devaient être «personnelles» deviennent familiales ! » Pierre Merle, sociologue

L'objectif de la réforme est de démocratiser l'accès à l'institution. Ces écrits, qui n'exigent aucune préparation annexe, ne permettent-ils pas cela précisément?

La rédaction d'une lettre de motivation, d'une «question personnelle» et d'un dossier sur les activités extrascolaires est très discriminante socialement. Dès la maternelle, l'origine sociale détermine largement les compétences linguistiques, syntaxiques et lexicales. Les enfants de professeurs ou de cadres sont avantagés dans leur maîtrise de la langue par rapport aux autres. Ces différences se maintiennent, voire se renforcent au cours de la scolarité comme le montrent les évaluations ministérielles. **S'appuyer sur des écrits qui prennent la forme de lettres de motivation ou d'essais personnels revient à évaluer la force des déterminants sociaux.** Quelles

que soient les modalités d'évaluation, la maîtrise de l'orthographe, la rigueur de l'expression et la qualité de la syntaxe sont toujours des critères de sélection. **Ces nouveaux écrits sont en fait plus inégalitaires car certains candidats, lorsque leurs parents sont diplômés, se feront très probablement aider. Des épreuves de sélection qui devaient être «personnelles» deviennent familiales.** Bien sûr, les différences de compétences selon l'origine sociale sont à l'œuvre quel que soit le mode d'épreuve. La mission de l'école est notamment de réduire celles-ci.

« La logique actuelle est opaque : il y a eu des candidats refusés ou admis sans que l'on sache très bien pourquoi » Pierre Merle, sociologue

L'ancien modèle de concours commun le permettait-il selon vous?

La réforme Descoings, a favorisé une discrimination positive fondée sur la préparation spécifique au concours de Science Po d'élèves scolarisés dans les lycées classés éducation prioritaire. Cette réforme était pertinente en ce qu'elle réduisait les écarts de compétence entre ces lycéens et les autres. **La logique actuelle est opaque**: il y a eu des candidats refusés ou admis sans que l'on sache très bien pourquoi. **C'est une réforme qui aboutit à un arbitraire considérable.** Elle débouche sur des sentiments inévitables d'injustice. **La première qualité d'une sélection est d'être fondée sur des critères le plus explicites possible. Des épreuves anonymes et identiques pour tous constituent un premier gage d'équité.**

Le mot de la Directrice de l'IEP

Une nouvelle année universitaire a débuté la semaine dernière : Sciences Po Grenoble a accueilli une nouvelle promotion d'étudiantes et d'étudiants qui intègrent l'Institut en 2021. Cette année, les candidatures ont été trois fois plus nombreuses que les années précédentes pour le concours réformé de première année. En 2021, nous avons créé deux nouveaux double-diplômes – avec Grenoble Ecole de Management (GEM) et l'Université de Padoue -, mis en place un nouveau parcours d'architecture et de politiques urbaines avec l'Ecole nationale d'architecture de Grenoble (ENSAG) et l'Institut d'urbanisme et de géographie alpine (IUGA) de l'Université Grenoble Alpes et, enfin, inscrit Sciences Po Grenoble comme partenaire dans le programme d'Euromasters (<https://www.euromasters.eu/>) qui regroupe cinq grandes universités européennes et américaines. Enfin, un cursus de premier cycle tout en anglais a été ouvert pour les étudiants internationaux issus d'un établissement secondaire non-français.

Ces réformes ont été menées au cours de cette année particulièrement mouvementée pour l'Ecole. Tout d'abord, l'impact de la pandémie, encore et toujours. Elle a, tout au long de l'année dernière, obligé l'établissement à mettre en place des continuités virtuelles – la continuité pédagogique, en premier lieu, la continuité administrative ensuite, et, enfin, la continuité scientifique via sa recherche. Les équipes pédagogiques et administratives de Sciences Po Grenoble se sont, de nouveau, engagées, pour fournir le service public qu'on attend d'un établissement d'enseignement supérieur et d'une Grande Ecole. Notre intégration à l'UGA nous a fourni de précieuses arènes d'échange sur la politique à mener en temps de pandémie et nous a offert l'accès aux vaccinations mises en place par l'UGA avec le CHU.

La crise des violences sexistes et sexuelles (VSS) ensuite. Au regard d'une résurgence nationale de signalements de violences sexistes et sexuelles portée par les réseaux sociaux au début de l'année 2021, nous avons renforcé les dispositifs existants, avec le concours des enseignants, la communauté étudiante et des associations agréées autour de trois priorités : la prévention, la formation et l'accompagnement. Après avoir présenté lors du CA du 9 mars 2021 une feuille de route pour lancer des travaux collectifs sur la lutte contre les VSS, Sciences Po Grenoble a engagé les réformes qui renouvellent, restructurent et amplifient les nombreuses actions menées depuis 2018.

Le 2 juin la « Charte pour l'Egalité, contre les discriminations, le harcèlement et les violences sexistes sexuelles » est venue compléter la précédente charte adoptée en mai 2018, en prenant en compte la lutte contre les violences sexistes et sexuelles. Le processus participatif qui a mené à cette réforme a regroupé les étudiants et étudiantes, enseignants et enseignantes, personnel administratif autour de la directrice de Sciences Po Grenoble et l'ancienne directrice générale du Défenseur des droits. La Charte a été adoptée à l'unanimité le 17 juin 2021 par le Comité technique de Sciences Po Grenoble, le 28 juin 2021 par le Conseil des études et de la vie étudiante (CEVIE) avant d'être présenté et approuvée au CA le 6 juillet 2021. Parallèlement à la refonte des chartes, d'autres dispositifs sont en train d'être mis en place pour accompagner les victimes dans le recueil de leur témoignage, leurs saisines des instances judiciaires ou disciplinaires et pour les assister pédagogiquement et psychologiquement. Une chargée de mission égalité de genre a pris ses fonctions le 1er septembre 2021 pour piloter l'ensemble de ces dispositifs et évaluer en continu les éventuels besoins d'adaptation afin que ceux-ci soient pleinement connus et appropriés par l'ensemble des communautés de Sciences Po Grenoble.

Enfin, la crise des affiches, qui a donné lieu à des *attaques nauséabondes de l'Institut et de toute la communauté de Sciences Po Grenoble dans les médias et sur les réseaux sociaux, a mis à mal la sérénité des études, de l'enseignement et de la recherche.* Je me permets de réitérer ici une série de principes fondamentaux. Sciences Po Grenoble est un établissement d'enseignement supérieur et de recherche dans lequel les libertés académiques sont la garantie de la qualité pédagogique de la formation. Notre communauté étudiante attend de nous une ouverture large sur l'ensemble des champs de recherche et des perspectives théoriques, et l'initiation à des méthodologies plurielles afin de mettre en œuvre une réflexion adaptée à un monde complexe. Les sciences sociales procurent le matériau nécessaire à cette

réflexion, en montrant notamment comment les phénomènes historiques, économiques, politiques et sociaux sont construits. Sciences Po Grenoble comme établissement d'enseignement supérieur est un lieu où les théories sont exposées et discutées, où les points de vue s'affrontent, où les outils d'enquêtes et de démonstration s'essaient et s'acquièrent.

La série des webinaires organisée tout au long de 2020-2021 sur des sujets d'actualité, dont certains sont disponibles en replay (<http://www.sciencespo-grenoble.fr/recherche/les-webinaires-de-sciences-po-grenoble/>), mais aussi les 26 billets de blog des enseignants-chercheurs sur la neutralité de l'enseignement et de la recherche en sciences sociales (<http://blog.sciencespo-grenoble.fr/index.php/category/objectivite-en-sciences-sociales/>) illustrent cet art de la controverse pour lequel l'Institut est connu. Les élections présidentielles de 2022, tout comme la présidence française de l'Union européenne au premier semestre 2022 ne seront que deux occasions parmi tant d'autres qui nous amèneront à poursuivre le débat, en se fondant sur des méthodes rigoureuses en sciences sociales.

Je salue ici la résilience des étudiantes et des étudiants et de toute la communauté de Sciences Po Grenoble. Je suis confiante que Sciences Po Grenoble saura afficher une réelle volonté d'apprendre de cette période sombre, et de tourner la page pour montrer aux mondes qui nous entourent et à nous mêmes que l'art de la controverse et du débat au sens le plus noble du terme, celui du débat argumenté, est notre ADN. Avec l'équipe de direction composée du Directeur des études, Simon Godard, du Directeur des relations internationales, Fabien Terpan et de la Directrice de la Recherche et de Valorisation, Marie-Estelle Binet et avec la Directrice générale des services, Pascale Martinot et le Directeur général des services adjoint, Marc Sabin, ma direction continuera à avoir comme objectif de garantir la qualité de la formation et de la recherche de Sciences Po Grenoble au cœur de l'UGA.

Enfin, nous continuerons à travailler, avec les autres établissements-composantes, pour construire l'Université Grenoble Alpes. Des nombreux projets communs ont vu le jour pendant l'année dernière, année qui a permis à l'UGA d'obtenir la labellisation IDEX de manière pérenne. Si le maintien de notre personnalité morale dans l'UGA nous est centrale, notre volonté de coopérer et de porter collectivement des projets innovants du futur est immense que ce soit dans le domaine de la Responsabilité sociale et environnementale, dans le schéma directeur de la vie étudiante ou encore dans le domaine de la recherche.

J'espère, comme déjà l'année dernière que les étudiantes et étudiants de Sciences Po Grenoble pourront, dans cette nouvelle année universitaire 2021-2022, compter sur le soutien des diplômés, notamment à travers des possibilités de stages ou encore des propositions d'emploi. Ce n'est qu'en coopérant étroitement que nous pourrons offrir le meilleur à nos étudiantes et étudiants, en termes de formation, de recherche et d'accompagnement professionnel, plus encore dans une situation aussi difficile que celle d'une pandémie mondiale dont nous n'avons pas encore vu la fin.

Sabine Saurugger

Was wird aus den Deutschen, wenn Mutti weg ist?

Deutschland jammert derzeit so viel wie nie. Angela Merkel verabschiedet sich. Ist das gut oder schlecht? Hauptsache, es wird besser, lautet der Tenor der Klagen. Wann werden die Deutschen endlich erwachsen?

Claudia Schwartz (Text), Ingmar Björn Nolting (Bilder) 54 Kommentare 16.09.2021, 05.30 Uhr

Drohende Bundestagswahlen versetzen den allgemeinen Gemütszustand in kollektive Schwingungen. Was derzeit vor allem auffällt: wie steigerungsfähig die sprichwörtliche schlechte Laune noch ist im Land der Schwarzseher und Nörgler. Mit Pandemiemüdigkeit alleine lässt sich das nicht erklären.

Der Essayist Eike Geisel hat das deutsche Selbstverständnis einmal umschrieben mit der Bemerkung, die Deutschen hätten sich noch nie als Bürger dieser Welt, sondern immer als Verdammte dieser Erde gesehen. Die Wiedervereinigung habe daran nichts geändert, nur die Opferzahl habe sich nochmals um 17 Millionen erhöht.

So ist es auch normal, dass alle vier Jahre bereits Monate vor dem Urnengang verlässlich ein grosses Jammern darüber anhebt, dass die Partei der eigenen Wahl dieses Mal auf keinen Fall mehr wählbar sei. Und spätestens ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl geht das Seufzen erneut los. Weil das Kreuz, das man auf dem Wahlzettel gemacht hat, bereits wieder schwer auf den Schultern lastet: Diese Regierung ist definitiv nicht die richtige!

Alles normal im Land der Dichter und Denker.

Aber in diesem Jahr wirkt das Jammertal noch tiefer, der Aufschwung des Missmutes noch steiler.

Demokratie in der Pflicht

Wahr ist: Den Deutschen ging es noch nie so gut. Nicht erst seit der Pandemie macht sich nun allerdings die Ahnung breit, dass die Zeiten der Sorglosigkeit und der beständig verbesserten Lebensumstände vorbei sind. So etwas bringt den deutschen Seelenhaushalt mehr in Bedrängnis, als es bei anderen Nationen der Fall wäre. Weil sich hier seit der Nachkriegszeit ein kontinuierliches optimistisches Aufstiegsnarrativ (in der DDR zumindest ein Vorwärtznarrativ) einprägte. Darauf erwuchs Identität.

Mit Mauerfall und Wiedervereinigung hatte man den Kommunismus erfolgreich hinter sich gelassen. Mit dem Umzug von Bonn nach Berlin wehte – «Wind of Change» – Normalisierung durchs Land. Die Berliner Republik beanspruchte eine Rolle als Nationalstaat im Zentrum Europas, formulierte für die Katastrophe der Vergangenheit die Verantwortung für kommende Generationen und wurde von den anderen wieder mit Respekt und Wohlwollen betrachtet.

Im Inneren steht die deutsche Demokratie nach allem, was der Nationalsozialismus niedergehen liess, in dieser Nachfolge gegenüber den Bürgern besonders in der Schuld, was Sicherheit und Stabilität anbelangt. Jede Regierung wird sich zu dieser Frage neu positionieren, eine Idee davon entwickeln müssen, wie das deutsche Gemeinwesen gesellschaftspolitisch zusammengehalten wird.

Das verleiht deutschen Wahlkämpfen notorisch einen ideellen Überschwang und eine typische Prägung: Die Spitzenkandidaten müssen hochfliegende Visionen von eher symbolischer Natur entwerfen und alles meiden, was sich nach bürgerschaftlichen Anforderungen oder gar sozialen Abstrichen anhören könnte. «Zumutungs»-Wahlkämpfe waren in Deutschland nie erfolgreich. Die weitverbreitete Idee, dass der Staat es für einen richtet – dafür zahlen die Deutschen auch gerne viel Steuern.



«Superwahljahr», «Epochenwende»: Helfen nur noch Superlative, um die Schockstarre nach sechzehn Jahren Merkel zu lösen?

Enttäuschte Liebe

Womit wir bei Angela Merkel wären, die sich nun nach 16 Jahren verabschiedet – «Mutti». In despektierlicher Biederkeit nahm man hier die erste Bundeskanzlerin der Geschichte in die Pflicht. Mit dem Übernamen erneuerten die Deutschen in der Amtszeit Merkels nochmals ihre typische Erwartungshaltung: Mit dem Schnuller im Mund gibt man die Eigenverantwortung ab. Dass man sofort mault, wenn nicht alles nach eigenem Wunsch läuft, bringt diese Form des rundum versorgten Erdenbürgertums mit sich.

Merkel soll ihren Spitznamen einmal kommentiert haben mit der ihr eigenen lapidaren Schlagfertigkeit: «Da ich nun mal eine Frau bin, sind männliche Bezeichnungen eher unwahrscheinlich.» Man kann ihrer Politik allerlei vorwerfen in der Flüchtlingsfrage, bei der Energiewende, bei vielen liegengebliebenen Themen von Bildung über Bürokratieabbau bis Bundeswehr. Es lässt sich dabei nicht von der Hand weisen, dass hier das mütterlich Fürsorgliche oft unvermittelt ins Autoritäre überging. Die einen rebellierten in beispielloser Emotionalität und mit persönlicher Häme gegen das, was sie als Merkels bevormundende Art empfanden.

Die grosse Mehrheit aber fühlte sich in den entpolitisierten Verhältnissen, die Merkel schuf, besonders gut aufgehoben. Bis heute ist sie in allen Umfragen die beliebteste Politikerin Deutschlands. Nicht auszuschliessen, dass die Deutschen nochmals Merkel wählen würden, wenn es möglich wäre. Vielleicht ist Deutschland reif für eine Familientherapie.

Sicher ist, dass jede Zeit die Kanzlerin hat, die sie verdient.

Superwahljahr

Die Erwartungshaltung gegenüber dem, was die Politik demnächst alles richten soll, steigt derzeit grad wieder einmal ins Unermessliche: beschleunigte Digitalisierung und Technologisierung, Klimaziel, Schuldenbremse, mehr Generationengerechtigkeit, weniger Reichtum für wenige, erschwingliche Mieten für alle und passend dazu bitte von Autos gesäuberte Bullerbü-artige deutsche Innenstädte.

Dieses «Superwahljahr» wurde als historische Wende eingeläutet. Ein solcher Machtwechsel macht es im deutschen Selbstverständnis dann auch nicht unter einer «Epochenwende». Mindestens eine «parteilpolitische Neuausrichtung» oder «Neuordnung der Parteienlandschaft» muss es sein. Mit dem österreichischen Dramatiker Johann Nestroy möchte man dagegenhalten, dass der Fortschritt oft «grösser ausschaut, als er wirklich ist».

Was tatsächlich zutrifft: Zum ersten Mal stellt sich ein bundesdeutscher Kanzler nicht mehr zur Wiederwahl; zum ersten Mal hatten die Grünen vorübergehend die Chance, zweitstärkste Kraft zu werden; noch nie gab es so vielfältige Koalitionsmöglichkeiten; erstmals seit zwanzig Jahren könnte laut Umfragen die SPD die Union wieder überholen und deren Erfolgskurs ausbremsen; in 72 bundesrepublikanischen Jahren standen CDU/CSU 52 Jahre an der Spitze der Regierung.

Im Hinblick auf das Ende der Ära Merkel wurde von allen Seiten «Aufbruchstimmung» verordnet. Aber wer könnte dem gerecht werden?

In Annalena Baerbock steckt zu wenig Habeck und in Armin Laschet zu viel Merkel, so der Tenor. Während die grüne Kandidatin über Plagiate stolperte und dem Christlichdemokraten wegen eines falschen Lachers gleich das Format zum Regieren aberkannt wurde, wächst Olaf Scholz praktisch ohne eigenes Zutun zum überlebensgrossen Favoriten heran.

Manche wollen in Scholz deshalb schon die neue Merkel erkannt haben, aber das ist vor allem ein gelungener Werbegag seiner Partei. Scholz fehlt fürs wirksame Merkeln die Chuzpe. Was der derzeitige Stellvertreter der Kanzlerin und Finanzminister ausstrahlt, ist der Stallgeruch der grossen Koalition. Zudem weiss jedes Kind, dass in diesem Polittheater hinter dem derzeit aus seinem parteipolitischen Umfeld so schön herausgezoomten Olaf-Kasperle nach der Wahl wieder die ganze SPD, sprich: Frau Esken, unerbittlich hervorschiessen wird.

«Nie gab es mehr zu tun»

Die deutsche Öffentlichkeit trägt solche Erkenntnis seit Monaten in betonter Lustlosigkeit vor sich her. Hoffnungsträger, denen man zutraut, den vielbeschworenen Umbruch zu stemmen, sehen tatsächlich anders aus. Wenngleich man derzeit gerade so tut, als ob die deutsche Wahlkampfgeschichte bis anhin immer nur von angriffslustigen, rhetorisch überwältigenden Spitzenkandidaten wie Helmut Schmidt oder Franz Josef Strauss geschrieben worden sei.

Eher trifft es zu, dass die Deutschen im Zuge des steten sozialen Aufstiegs ein bisschen den Realitätssinn verloren haben; man muss hier erst wieder lernen, dass im Alltag selbst deutsche Politik nicht nur aus Hochs und Tiefs, sondern meist aus solidem Mittelmaß besteht. Die diesjährigen Wahlplakate haben in ihrer schlichten Biederkeit deshalb durchaus einen tieferen Sinn: «Unser Land kann viel, wenn man es lässt» (Grüne); «Kompetenz für Deutschland» (SPD); «Nie gab es mehr zu tun» (FDP).

Das tönt so heilsam wie Harfenklänge. Aber redet so Politik, die grosse Probleme löst?

Hauptsache, wir haben darüber geredet. Oder mit Nestroy: «Der Fortschritt ist halt wie ein neu entdecktes Land.» Vielleicht soll der Hype um Aufbruch und Neustart einfach den Blick davon ablenken, dass deutsches Regieren sich auch in Zukunft nicht in allem so sehr unterscheiden wird von dem, was vorher war. Selbst wenn Annalena Baerbock sich derzeit präsentiert als Kandidatin «gegen das Weiter-so».

Vielleicht helfen aber auch nur noch Superlative, um die Schockstarre zu lösen, in die sich die anfängliche Ruhe und Verlässlichkeit in Merkels von Krisen geprägter Amtszeit irgendwann verwandelten: Euro-Krise; Flüchtlingskrise; eine dem Volk abgeforderte Willkommensleistung, die Deutschland für immer tiefgreifend veränderte; Spaltung der Gesellschaft; islamistische Anschläge; wachsender Antisemitismus; noch mehr Spaltung der Gesellschaft.

Als die AfD aufstieg und Destabilisierung und Tabubruch im Bundestag etablierte, wie man sie für immer überwunden geglaubt hatte, reagierte die deutsche Öffentlichkeit mit allerhöchstem Alarmismus. Gerade so, als sei nun das Ende der «Wiedergutwerdung» (Eike Geisel) der Deutschen in Sicht.

Das ist bezeichnend für die deutsche Mentalität. Der Nationalsozialismus bleibt die Negation, die jede deutsche Regierung neu formulieren muss. Wo Brandts Kniefall einst noch den Zeitgeist vorgab, folgte die Berliner Republik später dem jeweils vorherrschenden. So propagierte Schröder ein Holocaust-Mahnmal, «wo die Menschen gerne hingehen», und Merkel forderte ein Deutschland, «in das man gerne einwandert».

Es ging denn auch in Anbetracht der AfD nicht unter der Heraufbeschwörung des alten Nazi-Gespensts. Das, obwohl rundherum in Europa die Populisten an die Macht streben und den demokratischen Rechtsstaat und die liberal-pluralistische Gesellschaftsordnung angreifen.

Dass Deutschland aufgrund der historischen Erfahrung um einiges besser gerüstet ist, mit so etwas in aller demokratischen Reflektiertheit umzugehen, war erstaunlicherweise kaum ein Thema. Folglich wird im Wahlkampf auch kein Wort darüber verloren, wie man sich zukünftig in dieser Sache zu Frankreich, Polen oder Ungarn positionieren will.



Die derzeitige Fallhöhe zwischen wundersamer Zukunftsbeschwörung und der Weigerung, politisch Klartext zu reden, könnte grösser nicht sein.



Wenn Zukunftsangst zusammenkommt mit einem Gefühl der Wehrlosigkeit: Demonstranten (mit Nationalflagge und Reichsfahne) geben ihrem Unmut über die Corona-Massnahmen Ausdruck.

Im Krisenmodus

Wer ein Wahljahr schon im Vorfeld als historisch bezeichnet, legt die Latte hoch. Dass zur Pandemie aus Versehen dann noch Flutkatastrophe und Afghanistan-Versagen dazukamen, war so natürlich nicht geplant. In den letzten Wochen bis zur Wahl klafften Anspruch und Wirklichkeit unübersehbar auseinander. Der Krisenmodus lässt sich derzeit irgendwie nicht mehr ausschalten.

«Sobald die Vorstellung aufkommt, die aktuelle Krise stehe für einen Wendepunkt der Geschichte, hat das Krisen verschärfende Folgen», konstatieren Marina und Herfried Münkler in einer der aufschlussreichsten Analysen der jüngsten Zeit über gegenwärtige deutsche Zustände («Abschied vom Abstieg»). Nur schon die Tatsache, dass «sozialer Aufstieg wie Abstieg zu einer wesentlichen individuellen Angelegenheit geworden sind», treffe eine auf kollektive Entwicklung konditionierte Nation wie die deutsche tiefgreifend in ihrem Selbstverständnis, so die Autoren.

In welche Richtung entwickeln sich die westlichen Gesellschaften, wohin geht die Reise? Wir wissen es nicht, aber nur in Deutschland hegt man die Überzeugung, man sei ausschliesslich selbst betroffen.

Angesichts des Katzenjammers hat die «New York Times» jüngst darüber berichtet, wie langweilig und uninspiriert der deutsche Wahlkampf sei – in einem wirklich langweiligen und uninspirierten Artikel. Man muss das nicht so sehen, auch wenn Parteiprogramme und brisante Themen derzeit gemieden werden wie der Teufel das Weihwasser meidet.

Im ersten Fernseh-«Triell» wurden die drei Spitzenkandidaten gefragt: «Was würden Sie als Bundeskanzler verbieten?» Wo sonst in der freien Welt würde man einer potenziellen Regierungschefin, einem potenziellen Regierungschef eine solche Frage stellen, die Politik und Bürger ins Verhältnis von Verbrechen und Strafe setzt? Die drei Vertreter von Grünen, CDU und SPD reagierten verschmitzt-verlegen, hoben fast unmerklich die Schultern und murmelten einhellig, dass sie Verbote ablehnten.

Niemand hat die Absicht, etwas zu verbieten.

Nicht einmal Annalena Baerbock. Sie entgegnete im ersten TV-«Triell» auf die Frage, ob zwecks Klimaschutz Inlandflüge verboten werden sollten, mit dem Verweis auf ein bald wahnsinnig ausgebautes Schienennetz in Deutschland. Dabei würde hier mehr Schienennetz zuallererst einmal nur bedeuten, dass mehr Züge zu spät oder vor allem gar nicht fahren.

Nun neigen Politiker naturgemäss dazu, Probleme auszublenden, die sie rhetorisch nicht für handhabbar halten. Der Philosoph nennt so etwas «Orientierungsunsicherheiten mittels moralischer Dezsion» bannen (Hermann Lübbe). Die Spitzenkandidaten wissen, dass mit einem Plädoyer für mehr Freiheit, eine Stärkung der Bürger oder bürokratischen Abbau – kurzum: mit liberalen Orientierungshilfen, die auf Eigenverantwortung und -initiative setzen – in Deutschland keine Wahlen zu gewinnen sind. Wer punkten will, stellt mehr Sicherheit und Gerechtigkeit in Aussicht, spricht: mehr Steuern für Reiche und mehr öffentliche Mittel für alle. Das war früher nicht anders, als es heute ist.

Der Traum vom besseren Leben

Seit der Geburt der Bundesrepublik sei «Realpolitik im Gewande der Idealpolitik» ein «Klassiker», schreibt der «Zeit»-Herausgeber Josef Joffe («Der gute Deutsche»). Die Frage bleibt, wie Baerbock, Laschet oder Scholz die epochalen Veränderungen ohne Abstriche, Gebote oder Einschränkungen denn eigentlich bewerkstelligen wollen.

«Wann fangen Sie an, den Menschen zu sagen, dass sich ihr Leben verteuern wird, wenn sie zu viel CO₂ ausstossen?», fragte die Moderatorin Maybritt Illner die Kandidaten beim zweiten TV-«Triell». Die Antwort von Armin Laschet lautete: «Na ja, wir sagen vor allem den Menschen, dass ihr Leben besser wird, wenn sie klimaneutral leben.»

Die derzeitige Fallhöhe zwischen wundersamer Zukunftsbeschwörung und der Weigerung, politisch Klartext zu reden, könnte grösser nicht sein. Der Historiker Dominik Geppert diagnostiziert in der eigentlichen Themenvermeidung eine Strategie, mit der schon Gerhard Schröder in der rot-grünen Koalition operiert habe und die von Angela Merkel perfektioniert worden sei. Auf diese Art würden «Politikblockaden der Konsensdemokratie» ausgehebelt. Man verwirkliche Projekte, «die eher der politischen Gegenseite zuzuordnen sind und nimmt das eigene Lager damit gleichsam in Geiselnhaft», so Geppert («Geschichte der Bundesrepublik Deutschland»).

Alles starrt auf Umfragen

Es ist ein Zeichen politischer Verarmung, wenn kein Spitzenkandidat mehr nach Ausdifferenzierung strebt, sondern alle in chamäleonhafter Tarnung verharren. Beispielhaft dafür ist Olaf Scholz' halbherzige Distanzierung von der koalitionswilligen Linken-Kandidatin Janine Wissler, die das Land am liebsten zwangskollektivieren würde.

Den Deutschen scheint Scholz' Lavieren ganz recht zu sein. Wer als Politiker keine klare Kante zeigt, mit dem wird es schon nicht so schlimm werden! Und so bringt der Vizekanzler derzeit seine Sozialdemokraten in Umfragen prompt nach vorn und setzt damit eine bewährte Wahlkampfstrategie um, die besagt, dass nie klare Antworten geben darf, wer gute Umfragewerte einfahren will.

Woher eigentlich die Liebe der Deutschen zur Umfrage komme, erkundige ich mich bei einer Berliner Freundin und ehemaligen Politikerin angesichts der täglich neuen schwarz-rot-gelb-grünen Zahlendiagramme. «Sicherheit, die Deutschen wollen Sicherheit», antwortet sie. Sicherheit? Derzeit rauschen die Umfragewerte im Land des Politbarometers rauf und runter, dass einem schwindlig wird.

Richtig problematisch werde es, wenn eine Krise zusammenkomme mit dem derzeit weitverbreiteten Gefühl der «Einflusslosigkeit, der Wehrlosigkeit gegenüber Entwicklungen, die als bedrohlich wahrgenommen werden, und des Ausgeliefertseins an Mächte, denen man hilflos gegenübersteht» (Münkler).

In diesen Tagen tiefsitzender Unsicherheit hat die Meinungsforschung den Richtungsstreit ersetzt. Zahlen sind alternativlos, man muss nicht darüber diskutieren. Aber was, wenn die Zahlen nichts erklären?

Irgendwann scheint Angela Merkel auch zum Symptom einer allzu ausgeprägten deutschen Sehnsucht nach Ruhe und Bequemlichkeit geworden zu sein. Die Stimmung während ihrer Amtszeit hat der deutschen Streitkultur jedenfalls nicht gutgetan.

In der Pandemie, konstatiert Dominik Geppert, seien «die Defizite des merkelschen Regierungsstils» verschärft zutage getreten. Der Verweis auf die Autorität der Wissenschaft habe zunehmend den eigentlichen Weg politischer Entscheidungen ersetzt, die «in einer repräsentativen Demokratie nur nach strittiger Auseinandersetzung im Parlament zu erzielen sind».

Dem Soziologen Ralf Dahrendorf schien es unabdingbar, dass eine «selbstgewisse und dynamische Gesellschaft» Konflikte anerkennen muss. Deren Leugnung habe «ebenso schwere Folgen für die Gesellschaft wie die Verdrängung seelischer Konflikte».

Die Deutschen reagieren wie gelähmt. Laut Umfragen wussten zwei Wochen vor der Wahl 40 Prozent – mehr denn je – nicht, wem sie ihre Stimme geben sollen. Das führt erfahrungsgemäss zu

Last-Minute-Entscheidungen. Diese darf man dann auch genauso schnell und sehr gründlich wieder bereuen.



Die diesjährige Bundestagswahl ist eine Reise ins Ungewisse. Das macht den Deutschen Angst.

Was nun also? Der Holocaust ist singulär. Aber so ganz dann eben doch nicht? –Jürgen Habermas greift ein im Streit um die deutsche Erinnerungskultur

Darf man die Vernichtung der Juden durch die Nationalsozialisten mit anderen historischen Tatsachen vergleichen? Ja, sagt Jürgen Habermas und äussert eine heikle These.

Thomas Ribi 16.09.2021, 05.30 Uhr



Das politische Selbstverständnis der Bürger nicht einfrieren: Jürgen Habermas plädiert für eine Öffnung der Erinnerungskultur.

Das Vergangene ist nie vergangen. Die Auseinandersetzung darüber auch nicht. Und nun ist der Holocaust wieder einmal an der Reihe. Genauer gesagt: die Bedeutung des Holocaust im Selbstverständnis der Deutschen. Der australische Historiker A. Dirk Moses hat die Diskussion losgetreten. Die überragende Position, die das Gedenken an den Holocaust für die deutsche Staatsräson einnehme, so kritisierte er [in einem Beitrag im Schweizer Onlineportal «Geschichte der Gegenwart»](#), verstelle den Blick für die Untaten in den Kolonien. Zum Beispiel den Völkermord an den indigenen Herero und Nama in Namibia durch deutsche Kolonialtruppen. Moses geht noch einen Schritt weiter, indem er dem Holocaust-Gedenken eine nicht offen deklarierte Absicht unterstellt. Die Erinnerung an die industriell organisierte Ermordung der Juden durch die Nationalsozialisten werde bewusst instrumentalisiert, sagt er. Nicht einfach als Mahnmal für einen Zivilisationsbruch, der sich nie wiederholen darf. Sondern zum einen als Verpflichtung Deutschlands gegenüber den Juden – konkret: dem Staat Israel. Zum anderen, um die kolonialen Verbrechen der Deutschen auszublenden.

Auf einmal war sie wieder da, die Frage nach der Singularität des Holocaust. Und die Historiker waren auf vertrautem Gelände. Das hatten wir ja schon einmal. Mitte der 1980er Jahre, als der deutsche Historiker Ernst Nolte die Shoah mit dem Gulag-System verglich, den Nationalsozialismus als Reaktion auf die «existenzielle Bedrohung» Deutschlands durch den Kommunismus zu verstehen versuchte, und damit einen Skandal auslöste. Die zentrale Frage im «Historikerstreit», der sich an Noltés Thesen anschloss, war genau diese: Kann man den Holocaust mit anderen historischen Tatsachen vergleichen? Und darf man es tun?

Deutschlands Raison d'Être

Sehr bald trat damals Jürgen Habermas auf den Plan, [mit einer Kampfansage](#). Nolte und die Historiker, die ihn argumentierend unterstützten, so Habermas, bereiteten einer Revision der Geschichte der NS-Zeit den Boden, leugneten die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung und zimmerten sich und den konservativen Kräften der Bundesrepublik eine deutschnational geprägte Nato-Philosophie zurecht.

Damit war für Habermas die Raison d'Être Deutschlands in Nachkriegseuropa gefährdet. Wer den Deutschen mit Verweis auf eine angebliche «Schuldbesessenheit» die Schamröte angesichts des Faktums des Holocaust austreiben wolle, wer sie zu einer konventionellen Form ihrer nationalen Identität zurückrufen wolle, so schloss er seine Anklage, zerstöre die einzige verlässliche Basis von Deutschlands Bindung an den Westen.

Das war scharf geschossen, gegen eine konservative Intervention, die für Habermas nur auf eine Relativierung der deutschen Schuld hinauslaufen konnte und damit den Grundkonsens der Bundesrepublik aufkündigte. Vor wenigen Tagen hat sich Jürgen Habermas nun wieder in die Debatte eingeschaltet. In einem Beitrag für das «Philosophie Magazin» nimmt der 92-jährige Altmeister der Diskursethik Stellung zu dem, was in den deutschen Feuilletons bereits zum «Historikerstreit 2.0» hochstilisiert wurde. Die Argumente, die vor gut drei Jahrzehnten galten, lässt er dabei nicht mehr gelten. Oder nur noch zum Teil.

Heute ist alles anders

«Wie alle historischen Tatsachen mit anderen Tatsachen verglichen werden können, so auch der Holocaust mit anderen Genoziden», hält er fest. Der Sinn des Vergleichs hänge vom Kontext ab. Und da sieht Habermas den entscheidenden Unterschied zwischen heute und gestern. «Im sogenannten Historikerstreit», schreibt er, «ging es seinerzeit darum, ob der Vergleich des Holocaust mit den stalinschen Verbrechen die nachgeborenen Deutschen von ihrer politischen Verantwortung oder, wie Jaspers mahnte, «Haftung» für die NS-Massenverbrechen entlasten könne.»

Die zentrale Frage der heutigen Kontroverse dagegen laute, ob der Holocaust im politischen Selbstverständnis der Deutschen den Stellenwert eines einzigartigen Zivilisationsbruchs verliere, wenn man ihn in die Perspektive einer Nachfolge der Kolonialverbrechen rücke, die erst heute wieder in Erinnerung gerufen würden. Und ob sich bereits im Genozid der deutschen Kolonialverwaltung im südlichen Afrika die kriminellen Züge zeigten, die im Holocaust verstärkt und in anderer Weise wiederkehrten.

Im Kern, das steht für Habermas ausser Frage, trage der Holocaust singuläre Züge: die Wendung gegen die Juden als «inneren Feind», der nicht ausgebeutet werde, um ein Ziel zu erreichen (Land oder Bodenschätze), sondern aus rein ideologischen Gründen ausgelöscht werde. Auf diesem singulären Zug zu beharren, so schliesst Habermas, bedeute allerdings nicht, «dass sich das politische Selbstverständnis der Bürger einer Nation einfrieren lässt».

Was nun also?

Die Erinnerung an die Kolonialgeschichte sei wichtig. Denn die politische Kultur Deutschlands müsse sich angesichts der Immigration der vergangenen Jahrzehnte «so erweitern, dass sich Angehörige anderer kultureller Lebensformen mit ihrem Erbe und gegebenenfalls auch mit ihrer Leidensgeschichte darin wiedererkennen können». Mit dem Erwerb der Staatsbürgerschaft

akzeptierten die neuen Bürgerinnen und Bürger ja auch die politische Kultur und das geschichtliche Erbe des Landes. Die Ächtung des Holocaust sei unerlässlicher Kern davon: «Aber der Immigrant erwirbt gleichzeitig die Stimme eines Mitbürgers, die von nun an in der Öffentlichkeit zählt und unsere politische Kultur verändern und erweitern kann.»

Was nun also? Der Holocaust ist singulär. Aber so ganz dann eben doch nicht? Und wenn's darum geht, die politische Kultur ein bisschen bunter zu machen, braucht's halt auch einmal etwas Neues? Schwer zu glauben, aber anscheinend meint Habermas das so. Die deutsche Erinnerungskultur soll irgendwie anschlussfähig werden für Bürgerinnen und Bürger aus anderen Kulturen. Und dafür ist Habermas bereit, eine Position aufzuweichen, die ihm vor gut drei Jahrzehnten als nicht verhandelbar galt.

Das ist mehr als heikel. Zum einen mit Blick auf die Perspektive, die A. Dirk Moses eröffnet hatte: die Loyalität Deutschlands gegenüber Israel. Zum anderen angesichts der Tatsache, dass die Immigration der vergangenen Jahre Deutschland auch um eine neue Form des Antisemitismus «bereichert» hat, die islamistische. Da wünschte man sich die Entschiedenheit zurück, mit der Habermas 1986 festgehalten hatte, dass es nur einen Konsens geben könne, der Deutschland dem Westen nicht entfremde: die in Überzeugungen verankerte Bindung an universalistische Verfassungsprinzipien. Dem ist nichts beizufügen.

Der Katechismus der Deutschen

Die Erinnerung an den Holocaust als Zivilisationsbruch ist für viele das moralische Fundament der Bundesrepublik. Diesen mit anderen Genoziden zu vergleichen, gilt ihnen daher als eine Häresie, als Abfall vom rechten Glauben. Es ist an der Zeit, diesen Katechismus aufzugeben.

23. Mai 2021 Lesezeit ca. 16 Minuten [Artikel drucken](#) [In Pocket speichern](#)

Die hitzigen Debatten über Achille Mbembes angeblichen Antisemitismus, über Michael Rothbergs Buch *Multidirektionale Erinnerung* oder auch Jürgen Zimmerers *Von Windhuk nach Auschwitz?*, lassen einen als Beobachter aus der Ferne ratlos zurück. Denn die Frage nach dem Zusammenhang zwischen dem Kolonialismus des Deutschen Reichs und dem Vernichtungskrieg der Nazis wird außerhalb Deutschlands schon seit zwei Jahrzehnten unaufgeregt verhandelt. Bereits 2003 haben Rothberg und Zimmerer in Sydney an einer von mir organisierten Konferenz mit dem Titel „Genocide and Colonialism“ teilgenommen. Im darauffolgenden Jahr hat Zimmerer einen seiner vielen Aufsätze zur Verbindung von Kolonialismus und Holocaust in einem von mir herausgegebenen [Sammelband](#) veröffentlicht. Wenige Jahre später hatte sich unter vielen Wissenschaftler:innen die Annahme etabliert, dass wesentliche Aspekte des NS-Regimes und des Holocaust durch deren Beziehung zum imperialistischen Kolonialismus überhaupt erst erfassbar werden.

Was also ist neu? Die Gegenargumente sind es sicher nicht. Es sind dieselben, die bereits in den 2000er Jahren von Historikern:innen wie [Birthe Kundrus](#), Robert Gerwarth und Stefan Malinowski vorgebracht wurden. Die damalige Debatte entprovinzialisierte die historische Holocaustforschung und zwang alle Teilnehmer:innen zu schärferem Nachdenken. Heute liegen die Dinge anders. Die Heftigkeit der Reaktionen auf den Artikel, den Rothberg und Zimmerer am 31. März 2021 unter dem Titel „[Enttabuisiert den Vergleich!](#)“ [in der Zeit](#) veröffentlicht haben, ihr denunziatorischer, sarkastischer, herabwürdigender Ton – all dies erinnert an Häresieprozesse. Empörung tritt an die Stelle von Nüchternheit, vermutlich noch potenziert durch die Fähigkeit der Sozialen Medien, politische Emotionen zu lenken und für diese Öffentlichkeit zu schaffen. Es scheint, als ob wir zunehmend zu Zeugen von nicht weniger als öffentlichen Exorzismen werden, die unter der Aufsicht selbsternannter „Hohepriester“ den „Katechismus der Deutschen“ bewachen.

Der Katechismus

Dieser Katechismus besteht aus fünf Überzeugungen:

1. Der Holocaust ist einzigartig, da er die uneingeschränkte *Vernichtung von Juden um deren Vernichtung willen* Im Unterschied zu den pragmatischen und begrenzten Zielen, um derentwillen andere Genozide unternommen wurden, versuchte hier ein Staat zum ersten Mal in der Geschichte ein Volk ausschließlich aus ideologischen Gründen auszulöschen.
2. Da er die zwischenmenschliche Solidarität beispiellos zerstörte, bildet die Erinnerung an den Holocaust als Zivilisationsbruch das moralische Fundament der deutschen Nation, oft gar der Europäischen Zivilisation.
3. Deutschland trägt für die Juden in Deutschland eine besondere Verantwortung und ist Israel zu besonderer Loyalität verpflichtet: „*Die Sicherheit Israels ist Teil der Staatsräson unseres Landes.*“
4. Der Antisemitismus ist ein Vorurteil und Ideologem *sui generis* und er war ein spezifisch deutsches Phänomen. Er sollte nicht mit Rassismus verwechselt werden.
5. Antizionismus ist Antisemitismus.

Dieser Katechismus verdrängte um die Jahrtausendwende den vorangegangenen Katechismus, der seinerseits Werten wie der nationalen Ehre und Tradition verpflichtet war. Die Anhänger des „alten Katechismus“ verstanden den Holocaust als ein historisches Unglück, für das lediglich eine kleine Gruppe ideologischer Fanatiker verantwortlich gemacht werden könne. Diese kleine Gruppe werde nun von „Nestbeschmutzern“ instrumentalisiert, um Schmach und Schande über die Nation als Ganzes zu bringen.

„Nichts ist „rein“. Der Holocaust ist Teil vieler Geschichten: des Antisemitismus, der massenhaften Versklavung, von Aufständen in den Kolonien und von Vertreibungen, um nur einige Beispiele zu nennen.“



Alan Moore, *Blind Man in Bergen-Belsen*, 1947

Viele deutsche Familien durchlebten im Verlauf der 1960er und 1970er Jahre den Generationenkonflikt, bei dem diese ältere Vorstellung von nationaler Identität auf ein neues Selbstverständnis traf, das von den jüngeren Kohorten der 68er Generation getragen wurde. Das bedeutet nicht, dass die 68er bereits an die Einzigartigkeit des Holocaust geglaubt hätten: In ihrem antiimperialistischen Furor verglichen seinerzeit viele die Vereinigten Staaten ausdrücklich mit Nazi-Deutschland, da diese in Vietnam Krieg führten („USA-SA-SS“).

Mit den 1980er Jahren begann sich die Deutung des Holocaust als ein historisch einzigartiges Geschehen dann aber allgemein durchzusetzen. Viele linke und liberale Deutsche begriffen nun, dass sie nach dem Holocaust nur dann als „gute Menschen“ gelten können, wenn sie diese Deutung in das eigene Selbstverständnis eingliederten, und dies auch gegenüber einer internationalen Öffentlichkeit dokumentierten. Im Historikerstreit Mitte der 1980er Jahre, in dem es um die Frage ging, ob der Holocaust als „asiatische Tat“ von den Bolschewiken provoziert wurde, setzte sich der neue Katechismus aber noch nicht durch. Er war lediglich eine frühe Episode in einer ganzen Reihe von Debatten – etwa jener der 1990er Jahre über den Multikulturalismus, Daniel Goldhagens Buch „Hitlers willige Vollstrecker“, die Wehrmachtsausstellung oder das Holocaust Mahnmal in Berlin. In diesen Debatten führten Konservative ein Rückzugsgefecht im Namen des alten Katechismus, bei dem ihnen in erster Linie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* ein öffentliches Forum bot.

Letztlich aber mussten irgendwann auch sie einsehen, dass Deutschlands geopolitische Legitimität davon abhing, ob der neue, im Austausch mit amerikanischen, britischen und israelischen Eliten ausgehandelte Katechismus von ihnen akzeptiert wurde.

Dessen fünf Elemente sind für eine ganze Generation zu Glaubensartikeln geworden. Millionen Deutsche haben während der vergangenen Jahrzehnte verinnerlicht, dass für die sündige Vergangenheit ihrer Nation nur über den Katechismus Vergebung zu erlangen ist. Kurz gefasst impliziert der Katechismus eine Heilsgeschichte, in der die „Opferung“ der Juden durch die Nazis im Holocaust die Voraussetzung für die Legitimität der Bundesrepublik darstellt. Deshalb ist der Holocaust für sie weit mehr als ein wichtiges historisches Ereignis: Er ist ein heiliges Trauma, das um keinen Preis durch andere Ereignisse – etwa durch nichtjüdische Opfer oder andere Völkermorde – kontaminiert werden darf, da dies seine sakrale Erlösungsfunktion beeinträchtigen würde. Für den Historiker Dan Diner etwa nimmt der Holocaust als Zivilisationsbruch den Platz ein, der vormals Gott zukam. Das Bezeugen der universalen Bedeutung der Leiden der jüdischen Opfer des Völkermords wird hier zum Fundament für eine neue Welt, die, so Diner, notwendigerweise all jenen verschlossen bleibt, die durch einen „sakralen Zeitstau“ in der Vergangenheit vor der „Opferung“ verweilen. Die nationalsozialistische Moral

muss negiert werden: statt „erlösender Antisemitismus,“ (Saul Friedländer) – „erlösender Philosemitismus.“

Ein Erlösungsnarrativ

Eine zentrale Rolle in diesem christologisch geprägten Erlösungsnarrativ kommt hier auch der „Wiederauferstehung“ des Opfers bei. Seit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten und dem Kollaps der Sowjetunion unternimmt der deutsche Staat diverse Maßnahmen, die eine „Wiederaufforstung“ von Juden in Deutschland hervorbringen sollen. So zieht sich auch durch die Diskurse, die beispielsweise die Migration von Juden und Jüdinnen aus der ehemaligen Sowjetunion begleiteten, ein Erlösungsnarrativ, in dem die jüdischen Migranten mit den Opfern des Holocaust zu einer Figur verschmelzen und die „deutsch-jüdische Symbiose“ als bourgeoise Kulturbürger wiederherstellen sollen. Nachdem Deutschland nun nicht nur die gründlichste „Aufarbeitung der Geschichte in der Geschichte“ hinter sich gebracht hat, sondern auch Juden und Jüdinnen „wiederbelebt“ hat, kann es im Bewusstsein seiner Rolle als Leuchtturm der Zivilisation wieder stolz unter den anderen Nationen stehen und sich von der politischen Klasse Israels und den USA anerkennend den Kopf tätscheln lassen.

Den Glauben nicht zu verlieren verlangt jedoch ständige Wachsamkeit.

Angeführt von offiziellen Amtsträgern mit dem beeindruckenden Titel *Beauftragte:r der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus* auf Bundes- und Länderebene halten die Hüter der erinnerungspolitischen Orthodoxie ständig Ausschau nach antisemitischen Häresien und Anzeichen für den Glauben an den alten Katechismus, etwa die Wiederkehr von Schlussstrichdebatten. Obwohl die Nazis als Ergebnis einer ganzen Reihe von NS-Vergangenheits-Skandalen, die bis in die 1960er Jahre zurückreichen, längst symbolisch aus der Nation-auf-Wiedergutmachungskurs ausgestoßen worden sind, hat sich die Anspannung bis heute nicht gelegt. Heute entdecken die Glaubenswächter neue Nazis, etwa Palästinenser:innen und ihre nicht-zionistischen israelischen Freunde, die Allianzen in Deutschland und anderswo schaffen und mit den Modi des Zusammenlebens jenseits nationalstaatlicher Grenzziehungen experimentieren.

Das bislang unheilvollste Signal dafür ist der BDS-Beschluss des Deutschen Bundestags von 2019. Er verurteilt die *Palestinian Boycott, Divestment and Sanctions* Bewegung, weil sie – wie es in der Begründung etwas provinziell heißt – die Abgeordneten „an die schrecklichste Phase der deutschen Geschichte“ erinnere. Der Beschluss und die breite Unterstützung, auf die er traf, lässt darauf schließen, dass der politische Konsens in dieser Frage ein Spektrum von den Antideutschen bis hin zur AfD umfasst. Welche alternativen Möglichkeiten Palästinenser:innen ergreifen können, um sich der Kolonisierung ihres Landes zu widersetzen, schien diese Politiker:innen nicht zu kümmern: Sie fühlen, dass sie die Zustimmung der Palästinenser:innen für

ihr ethisch aufrichtiges Selbstbild und ihre internationale Reputation nicht benötigen.

Diese moralische Hybris führt zu der bemerkenswerten Situation, dass nichtjüdische Deutsche amerikanische und israelische Juden und Jüdinnen mit erhobenem Zeigefinger [über korrekte Gedenkkultur und Loyalität zu Israel belehren](#). Das hielt jene Deutsche nicht davon ab, Disziplin zu wahren – einerseits um zu verhindern, dass Juden und Palästinenser gemeinsam Bündnisse und Allianzen schmieden, andererseits, um sogar die AfD zur Konformität zu bringen: Nach einigen Wiederbelebungsversuchen des alten Katechismus hatte diese schließlich erkannt, dass das öffentliche Erscheinungsbild wichtig ist, um einem Verbotsverfahren aus dem Weg zu gehen. Davon abgesehen bringt die AfD Israel als ethno-nationalistischem und anti-islamischem Staat mit einer restriktiven Einwanderungspolitik eine gewisse Bewunderung entgegen. Das Klima ist mittlerweile derart angespannt, dass der oder die deutsche Autor:in eines Beitrags zu einem von mir im *Journal of Genocide Research* veröffentlichten [Forum zur Mbembe-Debatte](#) ausdrücklich darum bat, anonym bleiben zu dürfen.

Der Erfolg der Glaubenswächter hat aber auch eine Reaktion provoziert. Die Jagd auf Häretiker hat unter den liberalen Geistern, die Deutschlands Kulturinstitutionen leiten, den Verdacht aufkommen lassen, dass die Gedanken womöglich doch nicht ganz so frei sind und sie selbst als nächstes an die Reihe kommen könnten. Deshalb starteten sie im Dezember die *Initiative GG 5.3 Weltoffenheit*, eine Erklärung über Meinungsfreiheit und das Recht, die Politik Israels zu kritisieren. Obwohl viele der Beteiligten Gegner des BDS sind, denken sie, dass man deshalb nicht um seinen Arbeitsplatz oder die Teilnahme am öffentlichen Leben fürchten müssen sollte. Aus demselben Grund unterstützen einige von ihnen auch die [Jerusalemser Erklärung zum Antisemitismus](#). Letztere tritt den erschreckenden Auswirkungen der IHRA Definition entgegen, für die sich die [israelische Regierung](#) stark macht.

Die andere Perspektive der Migrant:innen

Aufgrund der demografischen und generationellen Umbrüche wird es zugleich immer schwieriger, die Bevölkerung zu disziplinieren. Für immer mehr jüngere Deutsche spiegelt der Katechismus ihre Lebenswelt nicht wider – unabhängig von den Mühen schulischer Vermittlung. Wie ihre Altersgenossen und Genossinnen, die in den USA und in anderen Ländern für Black Lives Matter auf die Straße gegangen sind, verstehen viele, dass Rassismus gegen Deutsche mit „Migrationshintergrund“ – und nicht nur wenn er antisemitisch ausgerichtet ist – ein allgemeines Problem ist. Sie beobachten zugleich, dass in Israel kontinuierlich rechtsgerichtete Regierungen an der Macht sind, die durch eine aggressive Siedlungspolitik die Illusion von der Zwei-Staaten-Lösung ad absurdum führen. Diese hatte es Deutschen (und US-Amerikanern) lange erlaubt, den Traum von der Vereinbarkeit von Zionismus und Gerechtigkeit für Palästina zu träumen.

Selbstverständlich bringen Einwanderer:innen Erfahrungen und Perspektiven auf Geschichte und Politik mit, die den von Europäern so oft rezitierten,

selbstgefälligen Geschichten über die Verbreitung der Zivilisation durch die Jahrhunderte hindurch nicht anhängen. Viele von ihnen dürften die Rede vom Zivilisationsbruch als schal empfinden, selbst wenn sie die unbestreitbar spezifischen Eigenschaften des Holocaust anerkennen. Wurden im Namen der westlichen Zivilisation nicht weite Teile der Welt von Europäern und US-Amerikanern erobert und Millionen von Menschen getötet, auch von Angestellten der deutschen Kolonialverwaltungen?

In Berlin treffen diese jungen Deutschen mittlerweile auf tausende junger Israelis (mit und auch ohne deutsche Staatsbürgerschaft), die hoffen, hier dem Alptraum in ihrer Heimat zu entfliehen. Berlin ist außerdem Heimat der größten palästinensischen Diaspora Europas, die sich seit den 50er Jahren durch Flucht und Vertreibung formiert hat. Zugleich sorgt die demokratische Anarchie des Internet dafür, dass die priesterlichen Zensoren, anders als noch in den 1980er und 90er Jahren, die öffentliche Meinung kaum mehr kontrollieren können. Die Sozialen Medien schaffen Diskursräume, in die man schlecht hineinregieren kann. Obwohl ein „speaking back to power“ durch das überparteiliche Bekenntnis zum Katechismus im Zaum gehalten wird, entstehen durch die Sozialen Medien subalterne Diskursräume.

Gleichzeitig schlossen sich deutsche Akademiker:innen ihren Kolleg:innen andernorts an: Nicht länger ausschließlich an den Gedanken und Taten weißer Menschen interessiert, widmeten sie der imperialen Geschichte und der Kolonialliteratur zunehmend Aufmerksamkeit. Die „Postcolonial Studies“ sind als Feld zu komplex, um sie kurz zusammenzufassen. Ein zentraler Punkt besteht jedoch in dem Verständnis von Metropole und Kolonie als einer Einheit, in der Informationen zirkulieren, und Menschen und Kulturen durch ungleiche Machtverhältnisse konstituiert werden. Ein weiterer Punkt besteht darin, sich Rechenschaft darüber abzulegen, wie sehr Politik noch bis vor kurzem in imperialen Kategorien verstanden wurde: in Begriffen der Hierarchie von Kulturen und Zivilisationen und in historischen Analogien, beispielsweise der Nachahmung Roms.



Opfer eines Massakers an mutmasslichen Mau-Mau-Aufständischen in Kenya, frühe 1950er Jahre.

Viele Historiker:innen halten daran das Beharren darauf, der Holocaust habe nichts mit der Kolonialgeschichte zu tun, für genauso pervers wie die Behauptung, Antisemitismus sei etwas grundsätzlich anderes als Rassismus.

Wie Claudia Bruns gezeigt hat, überlagerten sich „Schwarz“-Sein und „Jüdisch“-Sein in den Aufklärungsdebatten über die jüdische Emanzipation, in denen „koloniale“ Lösungen für die „Judenfrage“ vorgeschlagen wurden. [Wilhelm Marr](#), der berühmte Erfinder des Begriffs „Antisemitismus“, war von den rigiden Rassen-Hierarchien, die er auf seinen Reisen über den amerikanischen Kontinent in den 1850er Jahren beobachtete, inspiriert. Das Verständnis jüdischer Präsenz in Deutschland stand im Kontext einer von Rassentheorie geprägten Weltsicht, in deren Rahmen Eroberung und Kolonisierung fremder Völker, Vorstellungen von einer Hierarchie der Zivilisation, Fortschritt und Niedergang, Überleben und Auslöschung zentrale Elemente darstellten. Jahrzehnte nach Marr lieferte, wie Historiker festgestellt haben, die deutsche Herrschaft über afrikanische Menschen mit dem Alldeutschen Verband das Modell rassistischer Unterjochung, Segregation und Gewaltherrschaft. So verlangten jene [Antisemiten in den 1890er Jahren](#) etwa, dass Juden unter ein spezielles Ausländerrecht fallen sollten, während sie zur selben Zeit dafür kämpften, auf Afrikaner ein gesondertes „Eingeborenenrecht“ in den Kolonien anzuwenden.

Nichts ist „rein“

In Anbetracht dieser Verbindungen ist die Rede von der „Relativierung“ sinnlos: Sie scheint eher einer theologisch imprägnierten Vorstellung von der Einzigartigkeit des jüdischen „Opfers“ verpflichtet, als einer Betrachtung des Holocaust in seinem historischen Kontext. Wenn Michael Rothberg die Erinnerung an den Holocaust mit anderen historischen Traumata in Beziehung setzt, dann zeigt er dadurch, wie sehr dieses „in Beziehung setzen“ seit dem Holocaust eine globale Praxis darstellt. Erinnerung ist notwendigerweise durch rekursive Prozesse von Inklusion und Exklusion konstituiert, durch das Herstellen von Analogien und Unterscheidungen. Nichts ist „rein“. Der Holocaust ist Teil vieler Geschichten: des Antisemitismus, der massenhaften Versklavung, von Aufständen in den Kolonien und von Vertreibungen, um nur einige Beispiele zu nennen.

In der Verbindung von Aktivismus „von unten“ und Wissenschaft „von oben“ hat der Zeitgeist in den letzten Jahren eine neue Befassung mit dem Erbe des Kolonialismus in den Ländern des Westens erzwungen. Wie sind [koloniale Objekte in Museen](#) gelangt und wie können ihre Geschichten multidirektional aus Sicht von Einwander:innen der Diaspora, People of Colour und Vertreter:innen der Herkunftsländer erzählt werden? Warum sind Straßen nach „Kolonialhelden“ benannt und warum stehen ihre Statuen auf prominenten Plätzen in europäischen Städten? Wie haben Institutionen, ja ganze Ökonomien von der systematischen Versklavung afrikanischer Menschen profitiert oder waren sogar abhängig von ihr? Was hatten europäische Mächte überhaupt in Afrika und in anderen Teilen der Welt zu suchen, und sollten Reparationen an die Nachfahren der Opfer dieser genozidalen Feldzüge und Hyper-Ausbeutungen gezahlt werden? Diese Entwicklungen haben die regelmäßig zu beobachtende Reaktion provoziert, die ich an anderer Stelle „Ängste in der Holocaust- und Genozid-

Forschung“ genannt habe: Eine Panik, der ikonische Status des Holocaust würde dadurch auf einen „einfach weiteren“ Genozid in der Geschichte reduziert, und das Heilige durch das Profane verunreinigt. Manche, wie Thomas Schmid in der *Zeit*, machen sich Sorgen über einen „Generalverdacht gegen den weißen Mann“. Die alternde 68er-Generation erlebt den Einfluss der Postcolonial Studies als Einfall der Barbaren in Rom. Eine Debatte über diese Dinge ist an der Zeit. Anstatt aber Argumente zu liefern, wollen die Hohepriester sie als Inquisition führen, Häretiker denunzieren und den Katechismus herunterbeten.

Deutsche Eliten instrumentalisieren den Holocaust, um andere historische Verbrechen auszublenden. Nehmen wir Claudius Seidl, der in der *FAZ* fragte: „War der Holocaust eine koloniale Tat?“. In seiner negativen Antwort beharrt er darauf, dass den Deutschen wegen des Holocaust eine besondere Verpflichtung gegenüber den Juden zukommt. Von vergleichbaren Verpflichtungen gegenüber Namibiern spricht er nicht. Als sie Reparationen für Angehörige der Opfer verlangten, verweigerte Ruprecht Polenz diese mit dem Verweis darauf, dass man die in Namibia begangenen Verbrechen nicht mit dem Holocaust vergleichen könne. Schmid erklärt ausdrücklich: „Der Holocaust war kein Kolonialverbrechen,“ zudem sei „der ‘globale Süden‘ den Beweis schuldig geblieben, dass er für einen neuen, besseren Entwicklungsweg steht“. Kein Wunder, dass diese Nachfahren der Opfer des deutschen Staats, deren Entwicklungsmöglichkeiten durch die genozidale kolonialistische Kriegsführung zerstört wurden, die deutsche Erinnerungskultur als rassistisch empfinden: Sie behauptet eine Hierarchie des Leidens, Abstufungen von Humanität und bietet gleichzeitig wenig Ansätze für Selbstreflektion.

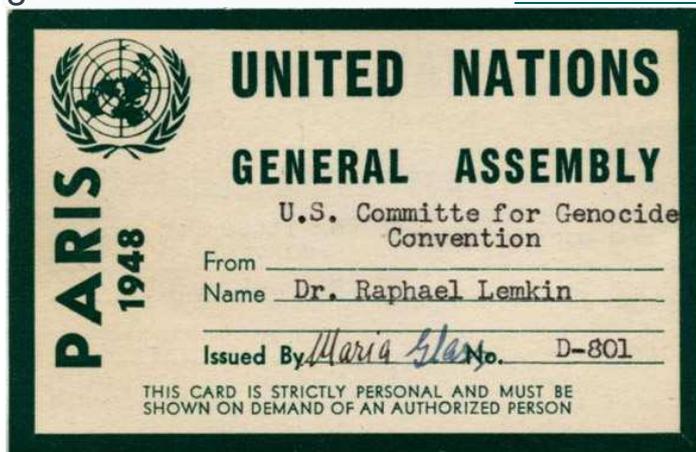
Gerechtfertigt wird diese Hierarchie mit dem Verweis auf die vermeintliche empirische Einzigartigkeit des Holocaust: Nur Juden seien um des Tötens willen und einzig aus Hass getötet worden, während alle anderen Opfer von Genoziden aus „pragmatischen Gründen“ ermordet wurden. Während die Nazis die Slawen durch die koloniale Brille gesehen haben mögen, sahen sie die Juden durch die antisemitische Brille, was zu ihrem entgrenzten, in der Geschichte einzigartigen Kampf geführt habe. Zudem, so geht das Argument weiter: Wenn der Kolonialismus ein so bedeutender Faktor gewesen sei, warum hätten dann Frankreich und Großbritannien mit ihren weit größeren Imperien keinen Holocaust begangen?

Der Kolonialismus der Nationalsozialisten

In meinem neuen Buch *The Problems of Genocide* argumentiere ich, dass diese vertrauten Einwände auf einem falschen Geschichtsverständnis beruhen. Sie ignorieren die Tatsache, dass alle Genozide durch Sicherheits-Paranoia betrieben werden. Das Nazi-Reich war ein kompensatorisches Unternehmen, das permanente Sicherheit für das deutsche Volk anstrebte: nie wieder sollte das Volk z.B. einer Hungersnot erleiden müssen, wie es sie in der Blockade der Alliierten während des Ersten Weltkriegs erlebt hatte. Es ging also um den utopischen Ehrgeiz der Kontrolle über ein autarkes Territorium und seine

Ressourcen und der damit verbundenen Ausschaltung innerer Gefahren für die eigene Sicherheit. Viele Deutsche gaben den Juden und der Linken die Schuld an der Niederlage von 1918. Die Nationalsozialisten betrachteten Juden von Anfang an als Volksfeinde, die das kommende Reich durch ihre angebliche Verbindung mit den internationalen Ideologien des Liberalismus und Kommunismus gefährdeten. Historiker:innen wissen, dass eine solche Eliminierung ganzer Gruppen in paranoiden und rachsüchtigen Kämpfen gegen „Erbfeinde“ keineswegs einzigartig und in der Weltgeschichte ein verbreitetes Muster ist. Hitler und andere führende Nationalsozialisten haben derartige Muster in den Imperien der Antike wie der Moderne studiert und eine rücksichtslos moderne Version davon entworfen, um nach der Erniedrigung durch die militärische Niederlage einem wiedergeborenen deutschen Volk eine Heimat zu geben.

Wie Rom und die alten Germanen würde auch das neue Deutsche Reich die europäische Zivilisation vor der „asiatischen Barbarei“ bewahren: „dem drohenden Ansturm des innerasiatischen Ostens, dieser ewig latenten Gefahr für Europa.“ Das war in der Tat eine historische deutsche Mission, wie Hitler noch im November 1944 versicherte: „Jahrhundertlang mußte das alte Reich seinen Kampf gegen Mongolen und später Türken mit eigenen und wenigen verbündeten Kräften führen, um Europa vor einem Schicksal zu bewahren, das in seinen Ergebnissen genauso unausdenkbar gewesen wäre, wie es heute der Vollzug einer Bolschewisierung sein würde.“ Dieser Orientalismus gehörte untrennbar zu einer [dauerhaften Tradition des deutschen Okzidentalismus](#).



Quelle: cjh.org

Unter den jüdischen Gelehrten, die in die Emigration gingen, waren diese Verbindungen allgemein bekannt. Mehr als ein Jahrzehnt, bevor Aimé Césaire und Frantz Fanon darüber schrieben, verstanden sie, dass die Nazis einen europäischen Herrschaftsstil importierten, den Europäer zur Herrschaft über ihre Imperien eingesetzt hatten. Kein Zufall, dass [Raphael Lemkin](#), der das Konzept des Genozids 1944 einführte, diesen in Begriffen des Kolonialismus definierte (es geht um die Ersetzung der ursprünglichen Bewohner durch Siedler) und dass Franz Neumann in seinem Buch *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944* (1942, 1944) den Nationalsozialismus als „rassischen Imperialismus“ bezeichnete, der die Bevölkerung zu einen versuche, indem er ihr die Beute der „Welteroberung“ versprach, was

bedeutete, dass „die besiegten Staaten und ihre Satelliten auf den Status von Kolonialvölkern reduziert“ würden.

Es ist Zeit für ein inklusives Denken

Der deutsche Katechismus begreift historische Gerechtigkeit als Transaktion zwischen identifizierbaren und stabilen Völkern: Statt Jüdinnen und Juden zu ermorden, sollten die Deutschen nett und weltoffen sein.

Dieser Philosemitismus sieht Juden und Jüdinnen in Deutschland weiterhin als Gäste, nicht völlig deutsch, und er begreift die jüdische Gemeinschaft als Repräsentanten eines ausländischen Staats, nämlich Israels. Während diese Verbindung in der deutschen politischen Klasse sehr geschätzt wird, sollen muslimische Migrant:innen sich gefälligst nicht mit Muslimen im Ausland identifizieren, um nicht dem Dschihad Vorschub zu leisten. Die Bewältigung des Zivilisationsbruchs erlaubt es, eine neue Zivilisierungsmission zu proklamieren, in deren Rahmen Migrant:innen und deren Nachfahren dazu angehalten werden, sich mit dem deutschen Katechismus zu identifizieren, und nicht nur formell, sondern auch moralisch zu deutschen Staatsbürgern zu werden. Man fragt sich, wie diese Migrant:innen und ihre Nachfahren den deutschen Sinn für historische Gerechtigkeit empfinden, wenn er die Verteidigung einer seit mehr als fünfzig Jahren herrschenden Militärdiktatur, unter der die Palästinenser:innen zu leben haben, mit einschließt.

Keine Frage, der Katechismus hat bei der Entnazifizierung des Landes eine wichtige Rolle gespielt. Es ist gut, dass in Berlin ein Holocaust-Mahnmal existiert. Aber das Land hat sich verändert. Der Katechismus ist nicht nur nicht mehr nützlich, er gefährdet inzwischen gerade die Freiheit, die die Deutschen zu schätzen vorgeben. In seinen völkischen Vorannahmen und seiner Fetischisierung der europäischen Zivilisation gegenüber den asiatischen Barbaren steckt der Katechismus voller Widersprüche, auf die jüngere deutsche und nicht-deutsche Stimmen den Finger legen. Es ist an der Zeit, diesen Katechismus zu verabschieden und die Forderungen nach historischer Gerechtigkeit auf eine Weise neu zu verhandeln, die alle Opfer des deutschen Staats und alle Deutschen – auch BPoC, inkl. Juden und Jüdinnen und Muslime und Muslimas, Einwander:innen und ihre Nachfahren – respektiert.

Réponse à Michel Wieviorka sur le wokisme français : « On ne peut pas réveiller celui qui fait semblant de dormir »

Toute pandémie aura toujours ses virologues dits « rassuristes ». Face au virus woke, nous avons en France Michel Wieviorka.

Monsieur Wieviorka déplore l'usage des « métaphores médicales qui pathologisent les questions sociales plutôt que de les aborder sur le fond », et semble vouloir attribuer la métaphore virale concernant la *Cancel culture* au Ministre de l'Éducation. Celui qui m'a fait la courtoisie de me lire, et j'en suis très reconnaissant, oublie que cette analogie est issue des penseurs woke, et non de leurs détracteurs.

Je me permets de renvoyer vers l'article académique de 2016 « *Women's Studies as Virus: Institutional Feminism, Affect, and the Projection of Danger* », qui affirme que « l'une des priorités pédagogiques futures des *Women's studies* est de former les étudiants non seulement à la maîtrise d'un corpus de connaissances, mais aussi à servir de "virus" symboliques qui infectent, déstabilisent et perturbent les domaines traditionnels ». Jacques Derrida lui-même affirmait que l'on pouvait résumer, en schématisant, « la matrice de tout ce [qu'il] a fait depuis qu'il a commencé à écrire », à une « parasitologie, une virologie », et cette métaphore est en effet bel et bien présente à travers son œuvre. Ces auteurs « pathologiseraient »-ils leurs propres travaux avec cette métaphore médicale ?

Le wokisme est un complotisme

Ce sociologue critique la perspective selon laquelle « le phénomène s'apparente au complotisme le plus sectaire. Le wokisme dès lors n'a à être ni compris, ni mis en débat, il appelle uniquement répression ». Cette inversion accusatoire ne manque pas de sel. Lorsque le professeur Bret Weinstein, à Evergreen, essayait de débattre avec une foule woke, elle lui a vite fait comprendre que « *we're not here to debate* », préférant les invectives, les monologues accusateurs, voire les lynchages. Faut-il rappeler que dans les jours qui ont suivis la fuite de ce professeur menacé, des étudiants rôdaient sur le campus armés de battes de base-balls et de tasers. On ne souhaite pas à Monsieur Wieviorka de connaître pareils « débats ».

La qualification du wokisme en complotisme est assumée, et aisément démontrable. La notion de « savoir-pouvoir » chez Michel Foucault induit déjà, en germes, l'idée de « ce qu'ILS ne veulent pas que vous sachiez », car le pouvoir en place conditionne dès lors l'accès à la vérité selon ses intérêts. Le savoir désintéressé, objectif, disparaît de fait. Cette idée sera reprise et radicalisée dans le wokisme, héritier paradoxal du postmodernisme.

Le wokisme – et c'est là une autre preuve de son complotisme – rejette d'avance la possibilité d'un désaccord étayé et bienveillant. Le « dominant » qui n'est pas d'accord est naïf et ignorant, car il a vécu et grandi dans des sociétés occidentales qui seraient sexistes et racistes, et tel le poisson qui ne perçoit pas l'eau dans laquelle il baigne, il est forcément incapable de percevoir le mal dont il est issu et qu'il propage malgré lui. Dans les cas plus sévères, ses paroles seront réduites à des stratégies pour conserver son monopole sur le

pouvoir. C'est comme cela qu'il faut interpréter la véritable « pathologisation » du désaccord que l'on peut observer avec la prolifération des attaques verbales suffixées en « phobe ».

À l'inverse, même en étant « dominé », le véritable désaccord avec le wokisme n'est toujours pas réellement permis. On sera alors accusé de souffrir d'une forme de syndrome de Stockholm ou alors d'avoir « intériorisé » les normes du « Système » au point de ne plus pouvoir s'en défaire. Une femme qui critique une théorie woke souffrirait probablement d'*internalised misogyny*, tout comme un noir non woke aurait internalisé le racisme de la classe dominante. L'argument valide et le *ad hominem* en viennent à se confondre.

Comment débattre avec ceux qui ne croient pas au débat ? Comment raisonner avec ceux qui ne croient pas en la rationalité, fiction « blanche » au service des dominants ?

Le wokisme français n'existe pas ?

Venons-en à sa principale critique : « notre pays ne peut servir à Pierre Valentin pour illustrer un phénomène pourtant tenu pour menaçant pour notre culture. » Il va plus loin, en affirmant que « ceux qui dénoncent l'emprise du "wokisme" à l'université ont peu de faits lourds ou de tendances fortes à signaler ». Ce serait oublier le très exhaustif « [Rapport sur les manifestations idéologiques à l'Université et dans la Recherche](#) » publié en mai dernier par l'Observatoire du décolonialisme et des idéologies identitaires.

La cascade, *l'avalanche* de faits bruts est là, indiscutable : vingt-trois pages d'« exemples de thèses en Sciences Humaines et Sociales » woke, dix-sept pages d'exemples de manifestations de la « Cancel Culture » dans le monde universitaire, vingt pages d'exemples d'enseignements, cours et autres séminaires woke, onze pages sur les « Revues et événements en sciences humaines et sociales » wokisés. En Amérique ? Au Royaume-Uni ? Au Canada ? Non, en France, et avec des exemples très récents à l'appui.

Nous avons d'ailleurs frôlé en France le privilège d'avoir notre propre petit Evergreen à nous, lorsque les noms de deux professeurs de Sciences Po Grenoble ayant été accusés « d'islamophobie » ont été placardés sur les murs de l'université. Cet événement a eu lieu quelques mois seulement après la décapitation de Samuel Paty, poussant les pouvoirs publics à placer ces deux enseignants sous protection policière. L'intention était claire, ou en tout cas le risque assumé.

Malgré l'évidence même de cette tendance lourde aux dires de nombreux chercheurs et professeurs du monde universitaire français, Michel Wieviorka préfère jouer la carte de l'aveuglement : « la recherche et l'enseignement en sciences humaines et sociales ne s'engagent que bien peu sur la voie du "woke" et autres perspectives qui lui sont associées, "cancel culture", "rapports de race", etc. Oui, il existe des groupes militants qui portent des idéologies liées au "woke" ou à la "cancel culture", aux marges de l'université, voire en son sein, et quelques chercheurs, enseignants et étudiants sont impliqués. Mais il n'y a rien ici de très significatif ».

Quant aux entreprises françaises, il juge également que « rien ne démontre qu'elles sont et seront de plus en plus confrontées massivement aux problèmes que vient subsumer le terme de "woke" ». Pourquoi diable est-ce que Arielle Schwab et Benoît Lozé de Havas Paris ont-ils ressenti le besoin pressant de [travailler sur un livre blanc](#) pour « aider les entreprises françaises à répondre aux questions soulevées par la

vague *woke* américaine » ? Pourquoi voyons-nous désormais de plus en plus de marques *françaises* communiquer en écriture inclusive sur les réseaux sociaux ? Plusieurs personnes du monde entrepreneurial *français* m'ont d'ailleurs déjà contacté afin de discuter de ce sujet, signe de l'intérêt que beaucoup d'entre eux y portent, comme le démontre également [cet article de L'Opinion](#).

Michel Wieviorka écrit aussi : « Faits, analyses : pour contrer le "wokisme", presque tout est importé ». Le fait de s'appuyer sur des analyses anglo-saxonnes dans l'analyse du wokisme est parfaitement assumé. Sinon, cela reviendrait à se plaindre – pour reprendre la métaphore - que l'on se fie à des vaccins contre le COVID-19 fabriqués dans des pays plus infectés (et donc mieux informés) que nous.

Un combat entre gauches irréconciliables

Dans l'étude rédigée pour la Fondation pour l'innovation politique, la quasi-totalité des auteurs cités se réclament pêle-mêle du libéralisme, du progressisme et du centre-gauche. En les traitant de « conservateurs », Michel Wieviorka rejoint le wokisme dans la volonté non de qualifier ses adversaires intellectuels, mais de les disqualifier, quitte à sombrer dans des imprécisions grossières. On peut d'ailleurs difficilement tenir un propos fustigeant un manque de rigueur intellectuelle et même temps citer le footballeur Lilian Thuram au premier degré pour ses analyses sociologiques.

De plus, en sociologie, un étiquetage rigoureux des uns et des autres est fondamental. Croire que cette gauche, parfois libérale, toujours républicaine, descendrait d'Edmund Burke ou de Sir Roger Scruton laisse songeur. Si ce combat « vise la gauche » - on l'admettra volontiers - c'est plus précisément une certaine gauche qui est visée par une autre. Ce débat est ainsi essentiellement celui de deux gauches irréconciliables, et non une joute entre la gauche et la droite, à moins d'admettre officiellement que les étiquettes « droite » ou « conservateur » ne soient désormais plus que des repoussoirs et non des catégories légitimes de la sociologie politique.

Dynamique exponentielle

L'autre problème avec le fait de nier le problème du wokisme français, c'est que l'on est obligé de nier des courbes et des dynamiques évidentes. Sans être fataliste, le sondage IFOP de février dernier annonce également l'aspect exponentiel de la popularité du wokisme français. En 2013/2014, personne ne savait ce qu'était « l'écriture inclusive ». Aujourd'hui, 13% de la population française y adhère, et cette écriture domine déjà de nombreuses universités françaises. L'administration de La Sorbonne en raffole.

15% de la population française estime que « le privilège blanc » correspond à une réalité dans notre société, 19% pour le concept de « culture du viol ». Ces termes n'existaient pas hier, et ils sont désormais partie prenante de notre débat public. De plus, ce qui ressort de ce sondage c'est que ce sont les jeunes - diplômés ou en passe de l'être - des classes aisées qui sont le plus woke. C'est-à-dire les élites culturelles, politiques, institutionnelles, universitaires, et médiatiques de demain.

Il est intéressant d'étudier l'évolution des virologues « rassuristes » ces dernières années. Face au postmodernisme mutant des universités américaines des années 1990 à 2010, ils expliquaient que ce phénomène n'était qu'intellectuel. Face aux manifestations du wokisme étudiant sur les campus états-uniens

de 2012 à 2017, ils affirmaient que ce phénomène n'était ni significatif ni dangereux. Face aux événements de l'université d'Evergreen en 2017, ils concédaient que si ce mouvement pouvait comporter des dangers et des excès, il resterait circonscrit aux universités américaines. Lorsque l'Amérique élit un Président, Joe Biden, qui reprend les derniers concepts woke et réserve des allocations aux non-blancs, ils nous expliquent que si le wokisme est bien sorti des campus, il restera américain. Lorsque le Royaume-Uni s'y met, le wokisme ne serait qu'un phénomène anglo-saxon. Et face au début du wokisme français, nous avons le discours de Michel Wieviorka.

Peut-être que Monsieur Wieviorka est de ceux qui, constatant qu'un incendie a ravagé les maisons voisines, ne se préoccupent pas de l'odeur de fumée qui émane de la leur. Voire critiquent ceux qui crieraient au feu un peu trop fort. Ou alors avec le mauvais goût de le faire avec trop d'avance.

198,149

<https://www.lefigaro.fr/vox/culture/zhang-zhang-ou-est-la-justice-quand-on-renvoie-des-musiciens-classiques-parce-qu'ils-ne-representent-pas-la-diversite-20210916>

Le Figaro (site web)

jeudi 16 septembre 2021 - 15:52 UTC +02:00 2387 mots

Vox ; Vox Culture

Zhang Zhang:

«Où est la justice quand on renvoie des musiciens classiques parce qu'ils ne représentent pas la “diversité” ?»

FIGAROVOX/ENTRETIEN - Afin d'accroître la diversité parmi ses membres, l'English Touring Opera va se séparer de 14 de ses musiciens blancs. La violoniste de l'Orchestre philharmonique de Monte-Carlo juge cette décision scandaleuse. Et elle réfute les accusations de racisme à l'encontre du monde de la musique classique.

LE FIGARO. - L'English Touring Opera (ETO), une compagnie qui regroupe des musiciens indépendants et effectue des tournées dans tout le Royaume-Uni pour favoriser l'accès à l'opéra, ne renouvellera pas les contrats de 14 de ses musiciens blancs, tout en reconnaissant leurs compétences, afin de parvenir à une «plus grande diversité dans l'orchestre». En tant que violoniste professionnelle, quel regard portez-vous sur cette décision ?

Zhang ZHANG. - Aucune discrimination n'est positive. Au nom du progrès, on justifie des injustices. En raison de leur appartenance ethnique, des artistes de l'English Touring Opera, dont certains font partie de cet ensemble depuis 20 ans, se sont vus annoncer qu'ils n'auront plus de travail. Cette décision n'a rien à voir avec la musique, elle est purement idéologique. C'est d'autant plus choquant et cruel que le monde des arts du spectacle ne fait que revenir à la vie après un an d'arrêt dû à la pandémie mondiale. Cela signifie aussi que des carrières vont être fragilisées, et des familles probablement poussées vers la précarité. Où peut-on voir de la justice et du progrès dans tout cela ?

Pour justifier ce choix, le directeur de l'English Touring Opera, James Conway, a invoqué le manque d'artistes issus de minorités dans son orchestre. Cet argument est-il recevable ?

Cette justification est en soi discriminatoire. Au lieu de considérer l'ensemble des musiciens comme des artistes humains partageant la même passion et le même métier, on les examine, et les évalue, en fonction de leur couleur de peau ou de leur origine ethnique. N'est-ce pas ce qu'on appelle le racisme ? Par ailleurs, quand et pourquoi est-il devenu inacceptable que des musiciens d'origine européenne jouent dans des orchestres européens ? Dans d'autres régions du monde, il existe des orchestres entièrement composés de musiciens asiatiques, africains ou hispaniques. Leur reproche-t-on également de ne pas inclure suffisamment les minorités ?

Peut-on parler d'une «discrimination systémique» dans l'ensemble du secteur de la musique classique comme l'affirment certains ? L'homogénéité ethnique d'un orchestre procède-t-elle d'un rejet discriminatoire, comme le laissait sous-entendre le trompettiste Ibrahim Maalouf ?

J'ai écrit une longue tribune dans votre journal en février 2021 sur ce sujet précis.

Le fossé entre «l'injustice perçue» et la réalité est immense. Accuser l'ensemble de la musique classique de discrimination envers des groupes ethniques spécifiques en comptant le nombre de blancs ou le nombre de «minorités» qui composent l'orchestre est aussi illégitime et absurde que d'accuser une équipe de la NBA de discriminer systématiquement les Asiatiques.

Pour établir une authentique «discrimination systémique», il faudrait fournir des éléments concrets: à compétences égales, combien de candidats représentant telle ou telle minorité ethnique ont participé au processus ? Si j'accusais le Vendée Globe ou le

PSG de racisme à l'égard des Asiatiques, on me demanderait probablement: combien d'Asiatiques ont postulé ? La même logique ne s'applique-t-elle pas au monde de la musique classique? La plupart des musiciens professionnels commencent leur formation avant l'âge de 10 ans, et il faut en moyenne 15 à 20 ans pour arriver à un niveau professionnel. Tous les enfants ne souhaitent pas cette vie, tous les parents ne soutiennent pas ce choix. Au lieu de compter les «races» dans les orchestres symphoniques, il faudrait d'abord examiner combien d'élèves issus de minorités sont dans les écoles de musique, et combien ont choisi d'en faire leur vie.

Comment sont sélectionnés les musiciens de l'English Touring Opera et, de façon plus large, dans les différents orchestres ?

Je ne dispose d'aucune information sur la manière dont sont menées les auditions de l'English Touring Opera. D'après mon expérience personnelle, la plupart des grands orchestres européens et nord-américains mènent leurs auditions de recrutement derrière un paravent, afin de garantir l'objectivité, où seule la qualité musicale est jugée. C'est un système lancé depuis les années 1970 aux États-Unis. Résultat : on note une nette augmentation du nombre de musiciennes entrant dans les grands orchestres symphoniques. Avant la mise en place du système de paravent, il y avait environ 5 % de femmes dans l'orchestre philharmonique de New York, aujourd'hui elles sont 50 %. Je suis favorable au système du paravent pour les auditions.

Sélectionner les artistes en partie sur des critères autres que le seul talent, est-ce méritocratique ?

J'ai récemment lu une tribune exigeant que les grands orchestres symphoniques américains choisissent leurs artistes de manière à refléter la démographie des villes où ils sont basés. Il ne viendrait à l'idée de personne qu'un club de football, ou d'un autre sport, sélectionne ses athlètes en fonction de ces critères et non sur leurs performances uniquement. Alors, pourquoi devrait-on l'accepter pour les arts musicaux ?

Tout le monde peut taper dans un ballon et s'amuser, mais cela ne signifie pas que tout le monde a le niveau pour participer à une Coupe du monde. De même il y a une différence entre les mélomanes, ceux qui aiment jouer de la musique de façon épisodique et ceux qui consacrent leur jeunesse à l'apprentissage de cet art. On ne devient pas un musicien classique de niveau professionnel sur un coup de tête, c'est l'une des rares choses dans la vie pour lesquelles il n'existe pas de raccourcis. Quelle que soit la couleur de votre peau ou la fortune de vos parents, vous devrez quand même passer des années à faire des gammes, seul, pendant plusieurs heures chaque jour. Tout le monde ne peut pas jouer en Ligue 1 ni accéder à un orchestre de haut niveau, mais vous pourrez toujours vous inscrire dans un club ou un orchestre amateur.

Si nous vivions dans une société où tous les enfants pratiquaient une activité sportive ou jouaient de la musique, nous serions tous plus heureux et en meilleure santé. Mais ce n'est pas en démolissant les orchestres, les opéras ou les équipes de football de haut niveau, en invoquant le prétexte d'un manque de diversité ethnique, que l'on rendra ce monde meilleur.

Dans la lettre adressée par le directeur de l'English Touring Opera, il est écrit que sa «démarche est conforme aux directives fermes de l'Arts Council England», une instance rattaché au ministère de la Culture britannique. Se dirige-t-on vers une institutionnalisation de la discrimination positive dans le monde de la musique classique ou est-ce un phénomène marginal ?

On pourrait penser qu'il s'agit de faits mineurs et isolés: un orchestre de l'autre côté de la Manche discrimine un groupe ethnique, une personnalité publie un tweet accusant le monde de la musique classique d'être raciste, des statues déboulonnées... Je constate que ces événements se multiplient, au nom du changement, du progrès social et sont le fait d'activistes autoproclamés. Comme si, par la destruction totale de la société existante, le monde allait miraculeusement devenir plus juste, plus sûr, et plus porteur d'espoir. Ces événements ne laissent rien présager de bon si nous ne tenons pas tête à cette idéologie.

En Chine, la révolution culturelle [que la famille de Zhang Zhang a vécue, NDLR] était également censée promouvoir la justice sociale et le progrès sociétal, mais elle a débouché sur une décennie de chaos, de peur, de vies perdues et de pertes irremplaçables de monuments historiques symbolisant notre civilisation. Certes, nous sommes dans une démocratie, nous sommes en France et, heureusement, je pense que nous n'en arriverons pas jusque-là. Mais lors de la révolution culturelle, tout a commencé par la suppression des arts et des artistes.

Le Syndicat des musiciens britanniques (The Musicians' Union) a réagi et s'est dit «consterné». Dans le monde de la musique classique, des voix s'élèvent-elles pour dénoncer une dérive ? Après votre polémique avec Ibrahim Maalouf, avez-vous reçu des messages de vos confrères ?

Au cours des derniers mois, bien que personne ne l'ait exprimé publiquement, j'ai reçu de nombreux et chaleureux soutiens de la part de mes collègues. Ils ont encouragé mes efforts pour défendre notre art auprès du grand public, notamment en

démystifiant de nombreux préjugés par des faits, tels que l'accessibilité des concerts et des cours de musique. L'Orchestre Philharmonique de Monte-Carlo et le gouvernement princier de Monaco m'ont fait part de leur soutien et je leur en suis reconnaissante.

Les musiciens ont la capacité de jouer et créer de la musique ensemble, l'essentiel de notre art consiste à apprendre et à s'écouter les uns les autres. Nous sommes bien plus que de «entertainers». Au lieu de retirer des emplois aux artistes, nous devrions nous efforcer à en créer de nouveaux afin de transmettre encore davantage notre passion pour la musique.

J'espère voir davantage d'artistes prendre publiquement position pour faire savoir au grand public ce que nous faisons réellement. Et pourquoi il est important de préserver notre profession et notre art. Aux quatre coins du monde, il existe de nombreuses initiatives remarquables, notamment en faveur des moins favorisés. On l'a vu pendant la pandémie. La musique est un langage universel, elle fait partie de notre humanité, même lorsque nous ne parlons pas la langue de l'autre, nous sommes capables de partager de la musique ensemble.

Séparer les artistes par leur couleur de peau et leurs origines ethniques est le contraire de ce que nous sommes. Je crois à l'action plutôt qu'à l'accusation, à la création plutôt qu'à la «culture de l'annulation». Les artistes de musique classique ne sont pas l'ennemi du peuple, mais son allié. Au lieu de nous rejeter, venez nous écouter.

Que répondez-vous à ceux qui accusent la musique classique d'être, par essence, élitiste ?

Le mot élitiste suggère que cette activité est exclusivement réservée à un certain groupe de personnes seulement, ce qui serait le contraire de l'universalisme. Or c'est absolument faux. La musique classique est l'une des formes d'art les plus inclusives et les plus accessibles de la planète. Tout être humain, quels que soit son origine et son âge, peut jouer ou chanter de la musique classique. Il existe des orchestres, des chœurs, dans le monde entier, qui jouent les mêmes instruments et les mêmes compositions. «L'Hymne à la joie» de Beethoven, les «Quatre Saisons» de Vivaldi, la «Petite musique de nuit» de Mozart font depuis longtemps partie de la vie quotidienne.

En Europe, l'accessibilité à la musique classique est remarquable, ce qui est tout à fait naturel, puisque la musique classique est un élément essentiel du patrimoine culturel européen. Et puis, de nombreuses initiatives sont prises en France pour rendre la musique plus accessible : des concerts gratuits sont organisés, des églises proposent d'ailleurs d'excellentes performances musicales, accessibles à tous. La Philharmonie de Paris, située dans le XIX^{ème} arrondissement, accessible en transport public, propose des tarifs spéciaux pour les jeunes et les étudiants, ainsi que pour les chômeurs à 8-10€. Le tarif pour un concert symphonique de l'Orchestre de Paris, dirigé par des grands chefs internationaux, coûte entre 10€ et 52€. À titre de comparaison, le prix d'un concert à Bercy pour voir des stars comme le rappeur Kalash ou Ibrahim Maalouf oscille entre 40€ et 95€. Pour se rendre au «Fun Radio Ibiza Experiences», il faut déboursé à minima 39€. Qui sont les élitistes ?

Les cours de musique au conservatoire restent toutefois onéreux...

Dans les années 1970, en banlieue parisienne, une famille modeste pouvait envoyer ses enfants au conservatoire local. Pour s'y inscrire, le prix annuel était compris entre 60 et 100 francs, instrument compris, ce qui a permis à certains de faire carrière dans la musique classique. Aujourd'hui, le coût des écoles de musique et des conservatoires locaux est proportionnel aux revenus de la famille, et reste plus accessible que beaucoup de sports. On le sait, apprendre à jouer d'un instrument de musique est bénéfique pour le développement de l'enfant, car cela renforce sa capacité de résister aux épreuves, sa confiance en soi, sa coordination et son appréciation de la beauté. Mais en démocratie, on ne contraint pas les gens à étudier la musique classique ou à l'écouter.

L'idée, fautive, de certains qui considèrent que la musique classique est exclusivement destinée aux riches car elle est appréciée par des personnes aisées a été reprise pendant la révolution culturelle en Chine. Des artistes de l'opéra traditionnel chinois ont été persécutés pour s'être prétendument «alliés à la classe dominante», même si la plupart de ces artistes venaient de milieux très pauvres. Ce n'est pas parce que la Cour impériale appréciait l'opéra de Pékin que les artistes étaient des aristocrates, et des «dominants». Les plus pauvres aimaient aussi cette musique, mais les gardes rouges ne se souciaient pas de ce que les plus pauvres pensent.

Si d'aucuns n'entrent pas dans ces institutions, c'est peut-être que leur familiarité avec l'instrument ou la musique classique n'existe pas. Au lieu d'instituer une discrimination positive, ne faudrait-il pas plutôt enseigner Bach et Mahler à l'école ?

Chaque culture dans le monde a son propre langage musical et ses propres traditions. Il serait faux de penser que la musique classique est la seule culture musicale légitime de l'humanité. Comme la nourriture et la poésie, les gens ont des préférences différentes et c'est leur droit. Pour autant, la musique classique a toujours été disponible pour tout le monde. Dans les églises, à la radio, dans les écoles, dans les films, etc. la musique classique est partout, disponible pour ceux qui veulent l'entendre. Le prix d'une paire de baskets ou d'un sac à main de marque pourrait payer une année de cours dans une école de musique. La démocratie signifie que les gens ont la liberté de choisir entre s'acheter des baskets ou un sac à main au lieu de souscrire un abonnement à une année de concerts symphoniques ou de cours de musique classique.

Nous pouvons et nous allons faire plus, mais il serait malhonnête et injuste d'ignorer les efforts et les engagements de la communauté musicale pour la société. On peut atteindre le progrès social lorsque nous travaillons ensemble, les uns avec les autres, plutôt que les uns contre les autres. Un orchestre est l'exemple parfait de la façon dont l'humanité peut s'unir pour créer de la beauté.